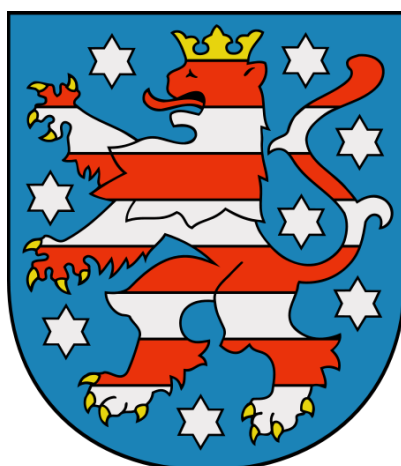


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Demokratie in der Corona-Pandemie

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2021

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Anne Küppers

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Axel Salheiser

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	3
II. Leben in Thüringen	7
III. Demokratie im Freistaat	16
III.1. Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen	16
III.2. Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen	25
III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsord- nungen	31
III.4. Politische Partizipation	39
IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen	46
IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen . . .	46
IV.2. Corona-Skepsis und Rechtsextremismus	62
IV.3. Corona-Skepsis und Demokratie	66
V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschen- feindlichkeit	73
V.1. Ideologische Selbsteinstufung der Thüringer*innen	73
V.2. Aktuelle Entwicklungen	74
V.3. Die Abwertung der Anderen	94
VI. Fazit	108
Literaturverzeichnis	118
Bisherige Thüringen-Monitore	128
Methodik des Thüringen-Monitors	130
Anhang 1: Methoden-Glossar	135
Anhang 2: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungs- regionen	139
Anhang 3: Stichprobeninformationen	140
Anhang 4: Tabellarische Übersichten	141

Abbildungsverzeichnis

1.	Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen sowie der individuellen finanziellen Lage, 2000-2021 . . .	7
2.	Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlust nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert)	9
3.	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2021	10
4.	Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994-2020	12
5.	7-Tage-Inzidenz für Thüringen, Mai 2020 bis September 2021	13
6.	Zufriedenheit mit dem Corona-Management der Politik (in Prozent) .	14
7.	Antwortkategorien: „Was ist für Sie persönlich das wichtigste Merkmal der Demokratie?“ (Häufigkeit der Kategorien in Prozent)	19
8.	Häufigkeit der Antwortkategorien „Freiheiten“ und „Partizipation“ nach Altersgruppe (in Prozent)	20
9.	Anzahl der Attribute der Demokratie, die für „sehr wichtig“ gehalten werden (in Prozent)	21
10.	Demokratieverständnis der Thüringer*innen („sehr wichtig“ in Prozent)	22
11.	Merkmal der Demokratie: Der Staat kümmert sich um die Schwächen („sehr wichtig“ in Prozent)	23
12.	Freiheit oder Gleichheit? 2004–2021 (in Prozent)	26
13.	Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2021 (in Prozent)	27
14.	Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001–2021 (in Prozent)	28
15.	Institutionenvertrauen 2000–2021 (in Prozent)	29
16.	Institutionenvertrauen (in Prozent)	31
17.	Präferenzen für alternative Demokratiemodelle nach Zufriedenheit mit dem Demokratiefunktionieren und Selbstwirksamkeit (in Prozent)	34
18.	Präferenzen für alternative Demokratiemodelle nach Links-Rechts-Selbstverortung (in Prozent)	35
19.	Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001-2021 (in Prozent)	37
20.	Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent)	38
21.	Formen legaler politischer Partizipation 2001–2021 (in Prozent) . . .	40
22.	Politische Partizipation (in Prozent)	42

23.	Gefahr für die persönliche wirtschaftliche Situation nach Einkommen (in Prozent)	47
24.	Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein für... (in Prozent)	48
25.	Bedrohungswahrnehmung nach Gefahr für die eigene wirtschaftliche Situation („große Gefahr“ in Prozent)	49
26.	Corona-skeptische Einstellungen der Thüringer*innen (in Prozent)	51
27.	Zustimmung zu Corona-skeptischen Aussagen	52
28.	Zustimmung/Ablehnung der Aussage „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ nach Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse (in Prozent)	55
29.	Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis und Teilnahme an Protestaktionen gegen Corona-Maßnahmen (in Prozent)	56
30.	Zustimmung zu pandemiebezogenen Verschwörungsmythen (in Prozent)	58
31.	Wahrnehmung der Corona-Pandemie durch rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellte Thüringer*innen (in Prozent)	64
32.	Demokratieverständnis der Thüringer*innen, aufgeschlüsselt nach Corona-Skepsis und Angst vor Abgleiten in „Corona-Diktatur“ („sehr wichtig“ in Prozent)	67
33.	Präferenzen der Corona-Skeptiker*innen für alternative/ergänzende Demokratiemodelle („stimme (eher) zu“ bzw. „sehr wichtig“ in Prozent)	68
34.	Die Präferenzen für alternative Demokratie- und Gesellschaftsmodelle unter rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen (in Prozent)	71
35.	Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2021 (in Prozent)	74
36.	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent)	80
37.	Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen (2021, in Prozent aller Befragten)	90
38.	Zustimmung zur Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ nach nationalem Chauvinismus (in Prozent)	99
39.	Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus nach Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung (in Prozent)	101
40.	Zustimmung zu Aussagen im Kontext der Corona-Pandemie nach antisemitischer Einstellung (in Prozent)	102
41.	Migrant*innenfeindlichkeit nach Ostdeprivation (in Prozent)	103
42.	Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen nach Region (in Prozent)	105

Abbildungsverzeichnis

- 43. Negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden nach Ostdeprivati-
on (in Prozent) 106
- 44. Zustimmung zur Aussage „Durch den Feminismus werden ... die
Männer systematisch benachteiligt.“ nach Alter und Geschlecht (in
Prozent) 107
- 45. Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen . 139

Tabellenverzeichnis

1.	Einflussfaktoren auf die Präferenz für alternative Demokratiemodelle (logistisches Regressionsmodell)	36
2.	Politische Partizipation und Corona-Skepsis (in Prozent)	43
3.	Determinanten Politischer Partizipation (Multivariate lineare Regression)	44
4.	Einflussfaktoren für Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“) (logistische Regression)	53
5.	Einflussfaktoren für pandemiebezogenes Verschwörungsdenken (logistische Regression)	61
6.	Rechtsextremismus und Corona-Skepsis (in Prozent)	62
7.	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent)	79
8.	Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen (Zustimmung in Prozent und gruppierte Ladungen einer Faktorenanalyse)	86
9.	Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2021	96

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR 2021 ist das 21. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Ziel der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Befragung der Thüringer Bevölkerung ist die Untersuchung ihrer politischen Einstellungen, ihrer Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, ihres Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation. Im Fokus stehen aber auch Phänomene der Demokratiegefährdung und der politischen Radikalisierung.

Unser diesjähriger Titel lautet *Demokratie in der Corona-Pandemie*. Damit rücken wir in diesem Jahr ausnahmsweise zwei Schwerpunktthemen ins Zentrum: Im ersten Schwerpunkt möchte der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR das Demokratieverständnis und die Einstellungen zur Demokratie in Thüringen tiefer ausleuchten und verstehen. Was halten die Thüringer*innen selbst für den Wesenskern der Demokratie? Aktuelle Relevanz erfährt diese Frage u. a. durch das in der Anti-Corona-Bewegung verbreitete Narrativ, auf dem Weg in eine „Corona-Diktatur“ zu sein. Es ist davon auszugehen, dass die politischen Einstellungen der Thüringer*innen weiterhin von der Corona-Pandemie beeinflusst werden, die auch im Jahr 2021 das Leben der Thüringer*innen maßgeblich geprägt hat. Daher untersuchen wir in einem zweiten Schwerpunkt, wie die Thüringer*innen die COVID-19-Pandemie im zweiten Jahr in Folge erleben und wie sich ihre Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen verändert haben.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Die Grundlage ist eine repräsentative telefonische Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 4. Juni bis 3. Juli 2021
- Stichprobenziehung: nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quotierte Zufallsauswahl unter Thüringer*innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahl von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.110 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)

Tabellenverzeichnis

- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS wird im Anhang ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert außerdem das Methoden-Glossar. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, sofern nicht anders angegeben, um gültige Prozente, d. h. die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Wir danken Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die auch in diesem Jahr die telefonische Befragung durchgeführt haben. Danken möchten wir auch der design.ideo aus Erfurt für die Erstellung des barrierefreien Dokuments. Ein besonderer Dank gilt Frau Ines Schildhauer, Herrn Maximilian Nehring, Frau Pauline Uhrmeister, Herrn Johannes Weiß und Herrn Gideon Wessel.

Jena, im September 2021

Marion Reiser

I. Einleitung

Im nunmehr 21. Jahr untersucht der THÜRINGEN-MONITOR 2021 die Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Ein besonderer Fokus liegt dabei in jedem Jahr auf der Analyse der politischen Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie, aber auch zu Phänomenen der Demokratiegefährdung und der politischen Radikalisierung. Das Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS wechselt hingegen jährlich und greift jeweils aktuelle politische und gesellschaftliche Themen und Entwicklungen im Freistaat auf. Mit dem diesjährigen Titel „Demokratie in der Corona-Pandemie“ rücken wir in diesem Jahr ausnahmsweise zwei zentrale Themen ins Zentrum:

Im ersten Schwerpunkt möchte der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR die Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie in Thüringen tiefer ausleuchten und verstehen. Welches Verständnis von Demokratie haben die Thüringer*innen? Welche Aspekte von Demokratie sind ihnen besonders wichtig? Wie stark unterstützen die Thüringer*innen die Idee und die Praxis der Demokratie? Und wie (stark) wollen sich die Thüringer*innen politisch beteiligen? Während im THÜRINGEN-MONITOR in jedem Jahr die Einstellungen zur Demokratie untersucht werden, legen wir in diesem Jahr einen besonderen Fokus auf das hinter den Aussagen liegende Demokratieverständnis. Dabei greifen wir neuere Erkenntnisse auf, die auf unterschiedliche Demokratieverständnisse der Menschen hinweisen (vgl. Ferrín & Kriesi 2016). Neben liberalen, partizipativen und sozialen Demokratiekonzeptionen gibt es auch Menschen, die ein autoritäres Verständnis oder gar keine klaren Vorstellungen davon haben, was Demokratie für sie bedeutet (vgl. u. a. Dalton et al. 2007; Canache 2012).

Es geht darum festzustellen, was die Thüringer*innen heute, rund 30 Jahre nach der Deutschen Einheit, angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren und im zweiten Jahr einer globalen Pandemie, für den Wesenskern der Demokratie halten. Die Frage ist auch insofern relevant, als dass sich eine positive oder eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie ebenso wie das Partizipationsverhalten eines Menschen auch daran orientiert, was Demokratie für die jeweilige Person eigentlich ausmacht (vgl. Canache 2012). Dadurch möchten wir auch die Ambivalenzen im Antwortverhalten der letzten Erhebungswellen besser verstehen.

Aktuelle Relevanz erfährt die Frage des Demokratieverständnisses zudem durch das in der Anti-Corona-Bewegung verbreitete Narrativ, in einer „Hygienesdiktatur“

I. Einleitung

zu leben, oder auf dem Weg in eine „Corona-Diktatur“ zu sein (vgl. Florack et al. 2021). Insofern ist davon auszugehen, dass die Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie auch von der Corona-Pandemie beeinflusst werden.

Da die Corona-Pandemie auch in diesem Jahr das Leben der Thüringer*innen und die politische Kultur weiterhin maßgeblich geprägt hat, ist der zweite Schwerpunkt des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS dementsprechend der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat. Thüringen, das in der ersten Welle im Frühjahr 2020 im bundesweiten Vergleich noch wenig betroffen war, gehörte in der zweiten und dritten Corona-Welle, neben Sachsen zu den Bundesländern mit der höchsten Inzidenz. Insgesamt sind im Freistaat bisher 4.400 Menschen an bzw. mit einer COVID-19-Infektion gestorben.¹

Um die Gesundheit der Bürger*innen zu schützen, wurden Beschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie massive Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte in Kraft gesetzt. Dieser sogenannte „Lockdown“ oder „Shutdown“ ließ die Wirtschaft zeitweilig in eine tiefe Rezession rutschen und brachte manche Berufsgruppen in wirtschaftliche Existenznöte. Als Folge der Corona-Krise verschärften sich bestehende soziale Ungleichheiten, da von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns nicht alle Einkommens- und Berufsgruppen gleichermaßen betroffen waren (vgl. Hövermann & Kohlrausch 2020; Möhring et al. 2020). Auch Eltern waren durch die Doppelbelastung von Beruf und Care-Arbeit in einem besonderen Maße belastet.

Angesichts dieser weiterhin hohen Relevanz greifen wir daher das letztjährige Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS zur Corona-Pandemie in diesem Jahr nochmals auf. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen der Thüringer*innen zeigten. Neben positiven Trends und Ergebnissen (u. a. einem Anstieg der Demokratiezufriedenheit, einem Rückgang rechtsextremer Einstellungen und einer hohen Zufriedenheit mit dem Pandemiemanagement) wurden in dieser vergleichsweise frühen Phase der Pandemie bereits große Herausforderungen für die Demokratie und die Gesellschaft im Freistaat deutlich: So äußerte ein nicht unerheblicher Anteil der Thüringer*innen Corona-skeptische Einstellungen und glaubte an pandemiebezogene Verschwörungserzählungen. Es zeigte sich eine deutliche Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremen Einstellungen. Zudem spiegelte sich in diesen Wahrnehmungen und Einstellungen ein tieferliegendes Misstrauen in die Demokratie (vgl. TM 2020, 97). Daher möchte der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR untersuchen, wie sich die Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen der Thüringer*innen im zweiten Jahr der Pandemie und durch das dramatische Infektionsgeschehen in der zweiten und dritten Welle verändert

¹<https://www.corona-in-zahlen.de/bundeslaender/> (Stand 15.09.2021).

haben. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf dem Demokratieverständnis und den Einstellungen der Corona-Skeptiker*innen zu Demokratie, Rechtsextremismus und gegenüber alternativen Gesellschaftsordnungen. Damit werden die beiden Schwerpunktthemen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS miteinander verknüpft.

Kapitel II beleuchtet zunächst die aktuell verfügbaren Rahmendaten zur ökonomischen und soziodemographischen Entwicklung in Thüringen. Dabei wird auch ein Überblick über den bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie im Freistaat gegeben.

In Kapitel III stehen die Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie im Mittelpunkt. Dabei geht es zunächst darum, was die Thüringer*innen unter Demokratie verstehen und welche Merkmale der Demokratie für sie von besonderer Wichtigkeit sind (Kapitel III.1). Anschließend wird untersucht, wie stark die Befragten die Demokratie unterstützen, mit der Praxis der Demokratie zufrieden sind und inwiefern sich das Vertrauen in die zentralen Institutionen im Zeitverlauf verändert hat (Kapitel III.2). Ein dritter Schwerpunkt liegt auf der Frage, inwiefern die Thüringer*innen alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen präferieren (Kapitel III.3). Da die Thüringer*innen der politischen Partizipation eine zentrale Bedeutung in der Demokratie beimessen, wird in Kapitel III.4 untersucht, wie sich die Thüringer*innen selbst politisch beteiligen und welche Formen der Beteiligung sie sich vorstellen können.

Kapitel IV beinhaltet mit dem Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat das zweite Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS. Dabei geht es zunächst um die Wahrnehmung verschiedener, mit der Pandemie verbundener Gefahren sowie die Bewertung der Gefährlichkeit des Virus und Corona-skeptische Einstellungen (Kapitel IV.1). Da im vergangenen THÜRINGEN-MONITOR die deutliche Überlappung von rechtsextremen und Corona-skeptischen Einstellungen als große Herausforderung für die politische Kultur diskutiert wurde, wird anschließend untersucht, wie sich diese Überlappung im zweiten Jahr der Pandemie entwickelt hat (Kapitel IV.2). Im abschließenden Kapitel IV.3 werden die Demokratievorstellungen der Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen genauer untersucht.

Kapitel V berichtet die aktuelle Befundlage zu Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dazu wird zunächst die ideologische Selbsteinstufung der Thüringer Bürger*innen auf dem klassischen Links-Rechts-Kontinuum analysiert (Kapitel V.1). Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, legt dieses Kapitel auch einen Schwerpunkt auf die Messung rechts-extremer (d. h. ethnozentrischer und neo-nationalsozialistischer) Einstellungen. Dabei liegt in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf der Verbindung mit populistischen und neurechten Einstellungen (Kapitel V.2). Ein dritter zentraler Bestandteil des

I. Einleitung

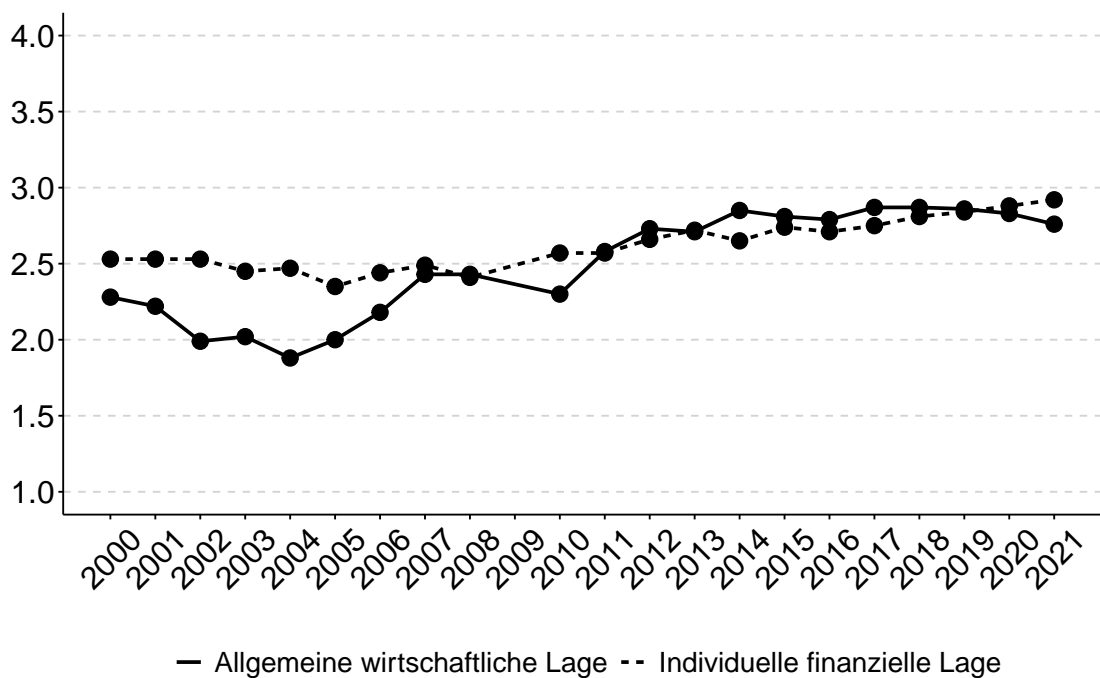
Kapitels ist der Themenkomplex „Migration, Integration, Diversität“ (Kapitel V.3).

In Kapitel VI werden schließlich die zentralen Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS im Rahmen eines Fazits zusammengefasst.

II. Leben in Thüringen: Sozio-ökonomische & demographische Entwicklung

Wie in den Vorjahren soll dieses Kapitel über die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen den kontextuellen Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS bilden. Zwei Jahre nach dem Auftreten der ersten COVID-19-Fälle im chinesischen Wuhan hat die Pandemie nach wie vor großen Einfluss auf den Alltag der Menschen im Freistaat, sodass einleitend erneut auch die wesentlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie berichtet werden sollen.

Abbildung 1. Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen sowie der individuellen finanziellen Lage, 2000-2021



Anmerkung: Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut

Aus Abbildung 1 ist zu entnehmen, wie die Thüringer*innen die wirtschaftliche Lage des Freistaats im zweiten Jahr der Pandemie sowie ihre persönliche finanzielle Situation bewerten. Trotz der Corona-Krise bleibt die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Freistaat im Vorjahresvergleich stabil (Mittelwert: 2,76; Vorjahr: 2,83). Die Bewertung der individuellen ökonomischen Situation bleibt ebenfalls auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (Mittelwert: 2,92; Vorjahr: 2,88).

II. Leben in Thüringen

Dies könnte möglicherweise daran liegen, dass nur einzelne Gruppen von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise besonders stark betroffen waren (siehe auch Kapitel IV.1).

Um die subjektive Einschätzung der sozioökonomischen Lage um objektive Klassifikationskriterien zu ergänzen, wird im THÜRINGEN-MONITOR das Haushaltsnettoeinkommen (in Einkommensintervallen) abgefragt. In Verbindung mit den ebenfalls erhobenen Angaben zu Haushaltsgröße und Kinderzahl lässt sich daraus ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen² der Befragten errechnen. Insgesamt beziehen 65 Prozent der Befragten, für die ein Einkommenswert errechnet werden konnte, nach den Standards der Sozialstatistik³ ein mittleres Einkommen. 16 Prozent gelten als Bezieher*innen von Niedrigeinkommen und 19 Prozent verfügen über ein hohes Einkommen. Unterdurchschnittlich fällt das Nettoäquivalenzeinkommen für formal niedrig Gebildete sowie für Arbeitslose aus. In dieser letzten Gruppe haben nahezu zwei Drittel ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

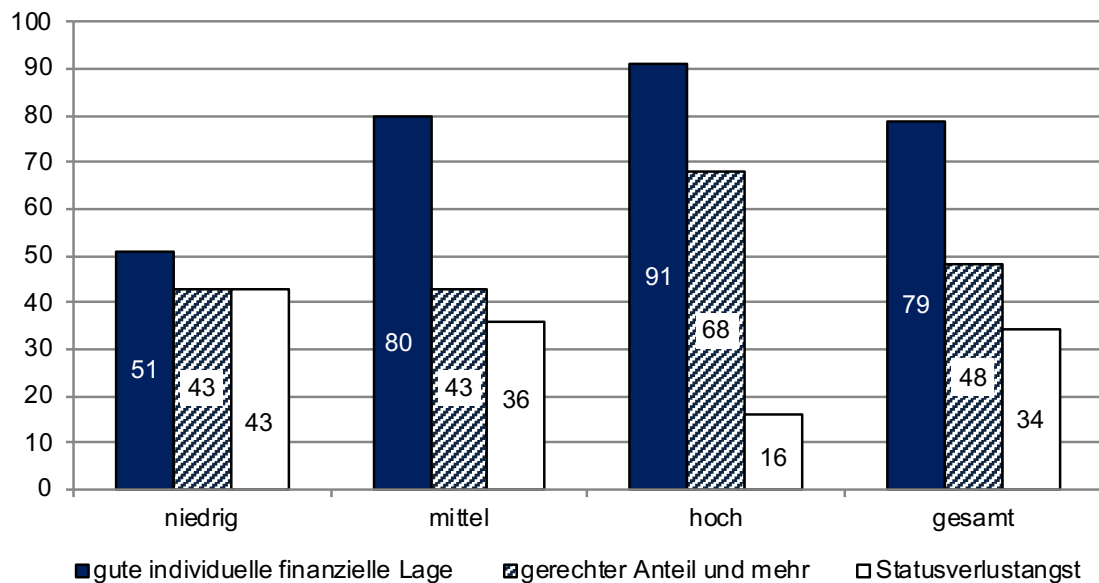
Abbildung 2 ist zu entnehmen, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten sowie ihrer Bewertung der individuellen finanziellen Lage, ihrer Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen

²Das (monatliche) Nettoäquivalenzeinkommen wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014, 72; Datenreport 2016, 170; ARB 2017; vgl. TM 2017, 39 ff. u. 219; TM 2018, 19 ff., TM 2019, 13 f.): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl der im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben, dem Mikrozensus bzw. dem Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden kann, handelt es sich hier um die Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro Befragte*r. Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei Letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6.000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener*in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Nettoäquivalenzeinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS verstehen sich folglich immer als Schätzungen.

³Geschätzte Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (s.o.), gruppiert. Diese Einkommensgruppen wurden wie folgt gebildet: Der Median (Wert am mittleren Rangplatz) des geschätzten monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR beträgt 2.000 Euro. 60 Prozent des Medians (hier: 1.200 Euro) gelten üblicherweise als „Armutsgefährdungsschwelle“; Einkommen darunter gelten als gering. Einkommen oberhalb 150 Prozent des Medians (hier: 3.000 Euro) gelten als hoch. Die Einkommen zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medians gelten als mittlere Einkommen (vgl. TM 2017, 41 f. sowie dortige FN 19, 20 und 21).

und ihrer sogenannten Statusverlustangst gibt. Wenig überraschend liegt der Anteil der Thüringer*innen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle, die ihre finanzielle Situation als „gut“ bewerteten, deutlich unter dem Durchschnitt aller Befragten (51 Prozent gegenüber 79 Prozent). Bezieher*innen niedriger bzw. mittlerer Einkommen teilen zudem häufiger die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (die sogenannte Statusverlustangst) als Befragten mit einem hohen Einkommen (43 bzw. 36 Prozent gegenüber lediglich 16 Prozent). Insgesamt ist der Anteil der Befragten, die Abstiegsängste äußern, jedoch trotz der z. T. schwerwiegenden ökonomischen Folgen der Corona-Krise im Vergleich zum Vorjahr nur leicht auf 34 Prozent gestiegen (2020: 30 Prozent). Hingegen war jedoch weniger als die Hälfte der Thüringer*innen insgesamt der Ansicht, dass sie „den gerechten Anteil oder mehr“ bekämen. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Lage und der subjektiven Einschätzung.

Abbildung 2. Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert)

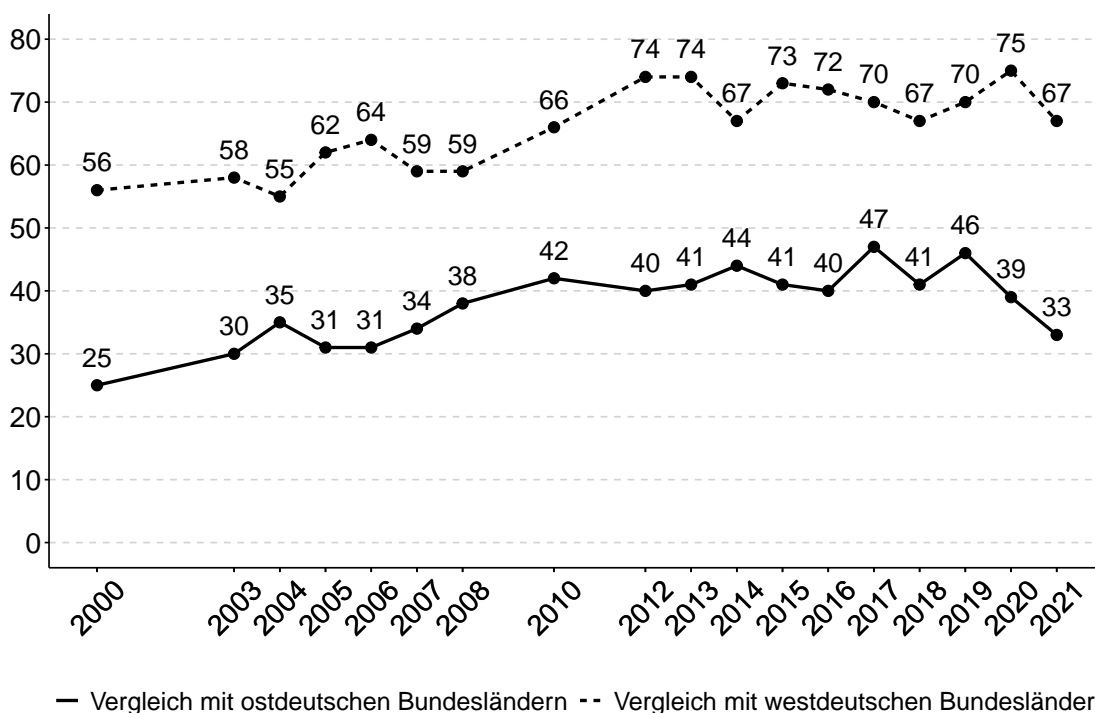


Ein weiterer Indikator der wirtschaftlichen Situation im Freistaat ist der Vergleich mit anderen Bundesländern. Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern bewerteten die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation des Freistaats nun schon zum zweiten Mal in Folge schlechter als im Vorjahr, wie aus Abbildung 3 hervorgeht. Nur noch ein Drittel der Befragten war 2021 der Meinung, dass Thüringen im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern besser dastehe (2020: 39 Prozent). Auch der Vergleich mit den Westländern fällt nun schlechter aus als in den beiden Vorjahren. Zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage, Thüringen

II. Leben in Thüringen

brauche „den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“, zu (2020 waren es noch 75 Prozent). Um der subjektiven Einschätzung der Thüringer*innen eine weitere objektive Einschätzung gegenüberzustellen, sollen im Folgenden die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie der Arbeitslosenzahlen kurz andiskutiert werden. Das BIP sank im Zuge der Corona-Krise 2020 bundesweit um 4,6 Prozent im Vergleich zu 2019 (vgl. Statistisches Bundesamt 2021). Auch in Thüringen lag der Rückgang auf diesem Niveau. Damit verzeichnete Thüringen einen Rückgang, der etwas über dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer (minus vier Prozent) lag. Insbesondere in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sank das BIP mit jeweils minus 3,2 Prozent vergleichsweise schwach (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2021a), sodass die Thüringer*innen mit ihrer Einschätzung, Thüringen stehe im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern nicht mehr besser dar, richtig liegen.

Abbildung 3. Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2021



Zustimmung in Prozent: „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ und „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“

Die Corona-Krise wirkte sich auf den Arbeitsmarkt aus, wobei 2021 jedoch eine Erholung einsetzte. Die Folgen des Winter-Lockdowns für den Arbeitsmarkt erwiesen sich als weniger gravierend als die Folgen des Lockdowns im Frühjahr 2020. Für 2020 war ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte auf sechs Prozent zu verzeichnen (vgl. Abb. 4).⁴ Vor dem Hintergrund sinkender Inzidenzen,

⁴Für das Jahr 2021 liegen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung lediglich monatliche Werte der

einer steigenden Impfquote sowie damit einhergehenden Öffnungen näherte sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Sommer 2021 allerdings fast wieder dem Vor-Corona-Niveau an. So gab es zum Ende des Befragungszeitraums in Thüringen im Juli 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat 14,4 Prozent weniger Arbeitslose. Das waren allerdings immer noch 3,5 Prozent mehr als im selben Monat des Jahres 2019. Die Arbeitslosenquote in Thüringen lag mit 5,4 Prozent (im Vormonat waren es noch 5,6 Prozent gewesen) deutlich unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer (7,0 Prozent) und leicht unter dem Bundeschnitt (5,6 Prozent) (vgl. TMASGFF 2021). Der Corona-bedingte Anteil der Thüringer Arbeitslosenquote wird von der Bundesagentur für Arbeit mit 0,5 Prozentpunkten beziffert (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2021a, 17).

Um die Folgen des Lockdowns für den Arbeitsmarkt abzufedern, hatte die Bundesregierung einen vereinfachten Zugang zum Kurzarbeitergeld beschlossen. Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit bekommen für die ersten drei Monate 60 Prozent ihres Nettolohns; Beschäftigte mit mindestens einem Kind erhalten 67 Prozent. Die Höhe des Kurzarbeitergeldes steigt mit zunehmender Bezugsdauer auf bis zu 80 bzw. 87 Prozent. Kurzarbeit ist für die Beschäftigten damit mit Einkommenseinbußen verbunden. Im Winter-Lockdown meldeten vor allem Unternehmen aus dem Einzelhandel, Friseursalons, sowie das Hotel- und Gastgewerbe Kurzarbeit an. Mit den weitgehenden Öffnungen sowie der Erholung des Arbeitsmarktes ging auch die Zahl der Kurzarbeiter*innen zurück. Vor Beginn der Befragung, d. h. im Mai 2021 waren in Thüringen sechs Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit (vgl. Süddeutsche Zeitung 2021). Mit den weitgehenden Öffnungen sowie der Erholung des Arbeitsmarktes zeigt sich aber ein neues Problem: Da viele Arbeitnehmer*innen, aus den Bereichen Gastronomie und Hotelgewerbe die Branche gewechselt haben herrscht dort nun ein Fachkräftemangel (vgl. TMASGFF 2021).

Wie schon in den Vorjahren setzen sich die beiden Trends der negativen Bevölkerungsentwicklung sowie der Überalterung der Thüringer Gesellschaft fort. Ende 2020 lebten noch 2.120.237 Menschen im Freistaat, womit die Einwohnerzahlen im Freistaat gegenüber dem Vorjahr noch einmal um rund 13.000 Personen sank. Dieser Bevölkerungsschwund führte im Zeitverlauf der letzten 30 Jahre zu einer deutlichen Alterung der Thüringer Bevölkerung. So stieg der Anteil der Thüringer*innen über 60 Jahre kontinuierlich von 19 Prozent im Jahr 1991 auf fast 35 Prozent im Jahr 2020.⁵ Obschon der Wanderungssaldo 2020 das vierte Jahr in Folge leicht positiv war, da rund 1.400 mehr Menschen nach Thüringen zogen als den Freistaat verließen, konnten diese Zuzüge den Überschuss an Sterbefällen im Vergleich zu den Geburten nicht ausgleichen (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2021b). 2.951

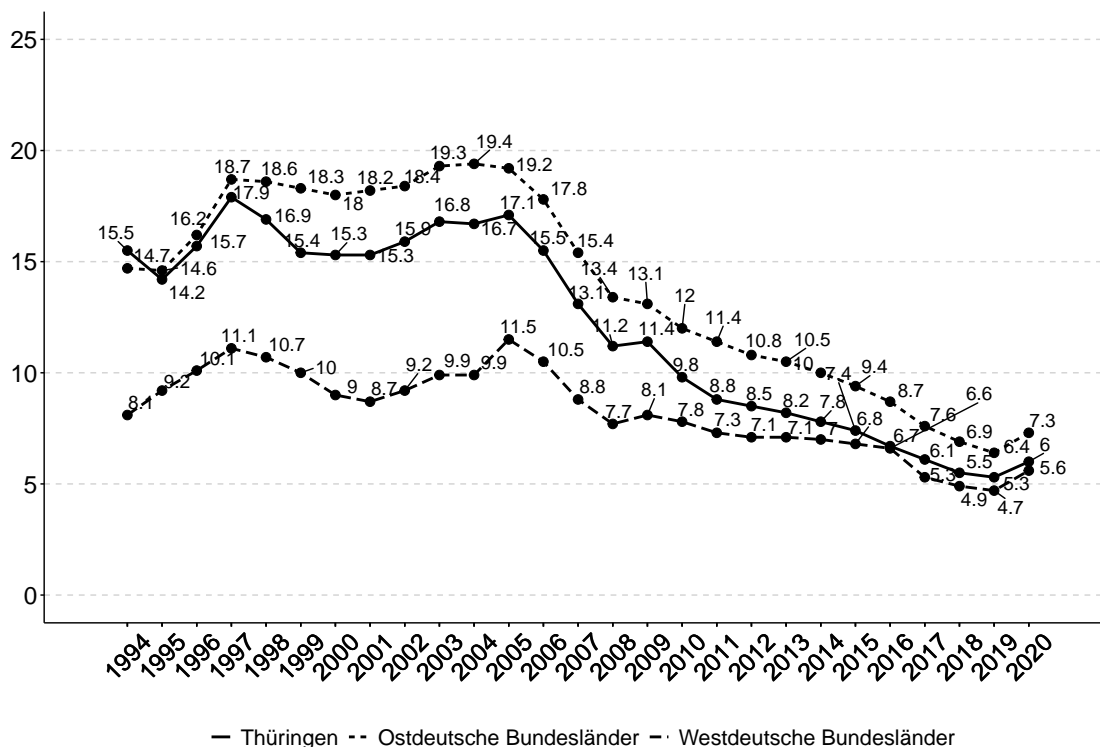
Arbeitslosenquote vor.

⁵Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA, <https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/SSDstart.php>.

II. Leben in Thüringen

Personen stellten 2020 einen Asylantrag in Thüringen (gut 600 weniger als 2019); im ersten Halbjahr 2021 kamen noch einmal 1.916 Asylanträge hinzu (vgl. BAMF 2021a; BAMF 2021b). Damit liegen die derzeitigen Antragszahlen weit unterhalb des Niveaus von 2015 bzw. 2016.

Abbildung 4. Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994-2020

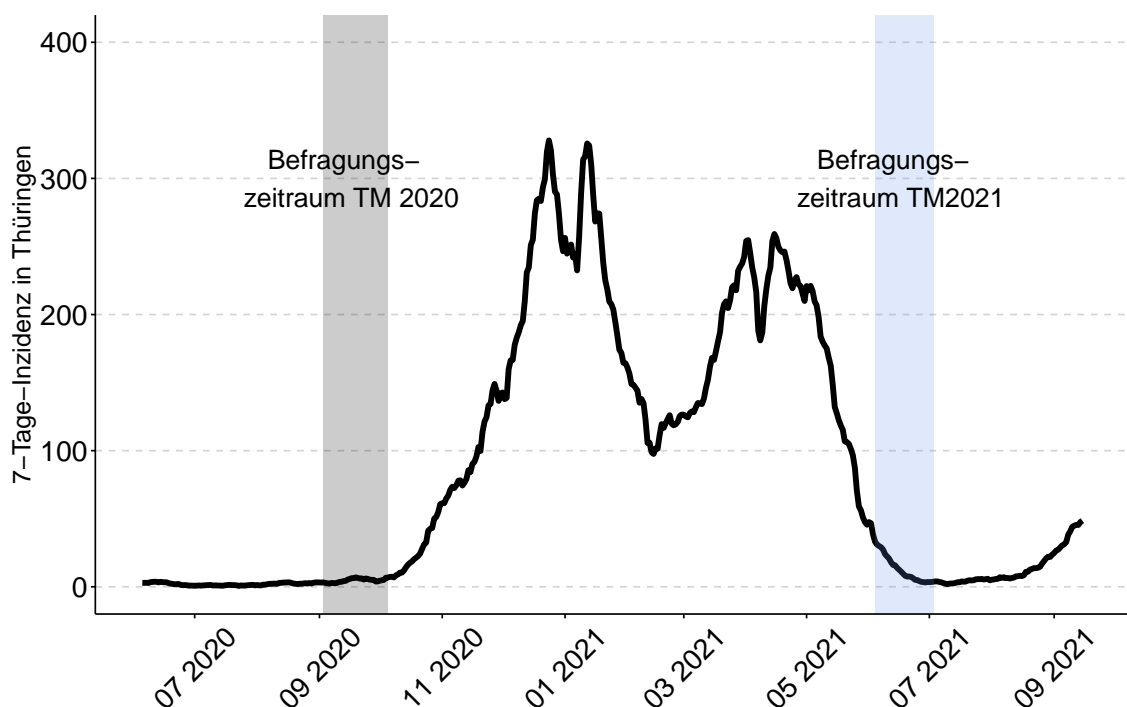


Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2021b, Thüringer Landesamt für Statistik.

Da die COVID-19-Pandemie erneut einen Schwerpunkt in der diesjährigen Befragung einnimmt, werden im Folgenden die wesentlichen Entwicklungen rund um die Corona-Krise in Thüringen referiert. Die 7-Tage-Inzidenz, d. h. die Anzahl der COVID-19-Fälle pro 100.000 Einwohner*innen in den vergangenen sieben Tagen, die von der Politik bis vor Kurzem als alleiniger Indikator für die Einschätzung der Pandemieentwicklung genutzt wurde, schwankte – wie in Abbildung 5 zu erkennen – in Thüringen während des Befragungszeitraums im einstelligen bzw. niedrigen zweistelligen Bereich. Damit fand die Befragung erneut, wie schon 2020, in einem Kontext niedriger Inzidenzen statt. Anders als im Vorjahr war der Umfrage aber eine Phase hoher Infektionszahlen in den Wintermonaten vorausgegangen, in der Thüringen zwischenzeitlich zum – gemessen an seiner Bevölkerungszahl – stärksten betroffenen Bundesland avancierte: Ab November 2020 nahm die Zahl der Infektionen mit dem Corona-Virus sehr stark zu und der 7-Tage-Inzidenzwert lag – trotz neuerlicher staatlicher Einschränkungen ab Mitte November – ab Mitte Dezember 2020

konstant über einem Wert von 200. Im Februar 2021 erreichte die 7-Tage-Inzidenz im Freistaat einen Höchstwert von 325. In dieser zweiten Welle der Pandemie war die Gesundheitsversorgung im Freistaat zum Teil gefährdet, Krankenhäuser gerieten wegen der rasant steigenden Corona-Fallzahlen und der damit einhergehenden Zahl schwerer Krankheitsverläufe an ihre Kapazitätsgrenze (vgl. z. B. MDR 2020; Wetzel 2021). Nach einer Phase der Erholung, in der die 7-Tage-Inzidenz kurzzeitig unter 100 gefallen war, nahm das Infektionsgeschehen im März und April 2021 wieder zu: Die 7-Tage-Inzidenz stieg wieder auf Werte von über 250 an, bis sie schließlich ab Ende Mai dauerhaft unter dem kritischen Wert der sogenannten Bundesnotbremse von 100 lag.

Abbildung 5. 7-Tage-Inzidenz für Thüringen, Mai 2020 bis September 2021



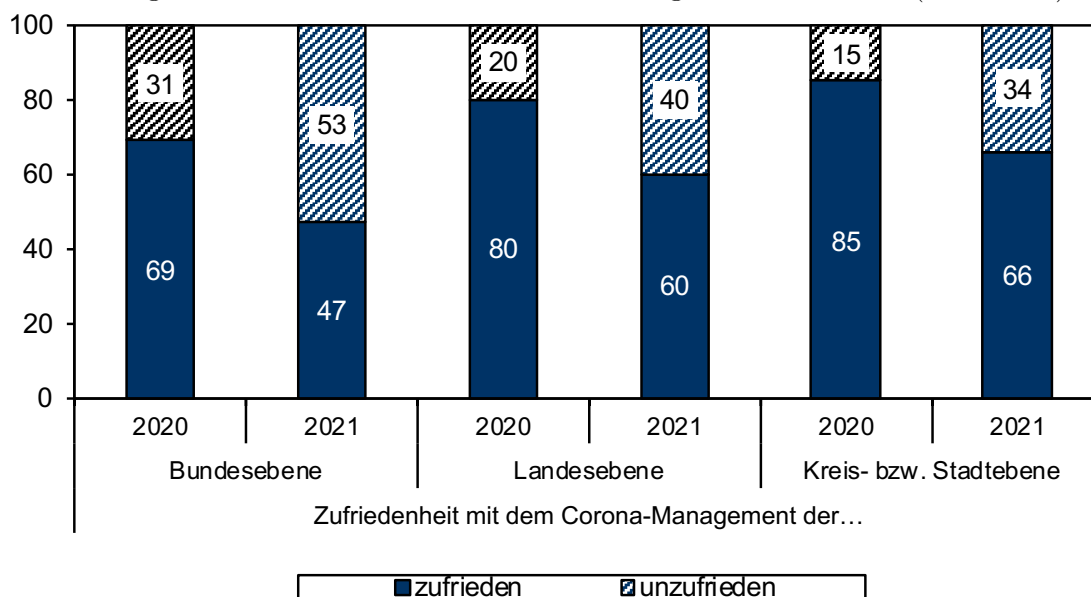
Quelle: Robert-Koch-Institut.

Auch die Zahl der im Zusammenhang mit dem Corona-Virus stehenden Todesfälle stieg in der zweiten und dritten Welle der Pandemie stark an: Allein im Dezember 2020 starben mehr Thüringer*innen an und mit dem Virus als dies in den neun Monaten zuvor der Fall gewesen war. Für den Dezember 2020 weist die Sterbefallstatistik eine sogenannte Übersterblichkeit aus, d. h. eine über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 liegende erhöhte Sterblichkeit. Die Zahl der Todesfälle im Freistaat lag in diesem Monat bei rund 40 Prozent über dem durchschnittlichen Wert der Vorjahre. Dies betraf insbesondere die älteren Altersgruppen, also Menschen zwischen 65 und 80 Jahre und noch einmal stärker die über 80-Jährigen. In letzterer Altersgruppe starben im Dezember sogar ca. 60 Prozent mehr Menschen als

II. Leben in Thüringen

im Durchschnitt der Vorjahre (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2021c). Diese Entwicklung setzte sich zu Beginn des Jahres 2021 fort. Im Januar verstarben in der Gruppe der über 80-Jährigen im Vergleich zum Durchschnitt des Monats Januar in den Vorjahren sogar 72 Prozent mehr Menschen (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2021d). Die hohen Infektionszahlen im Freistaat in der zweiten und dritten Welle der Pandemie spiegeln sich auch in den Daten des THÜRINGEN-MONITORS sehr deutlich wider: Mit 56 Prozent gab mehr als die Hälfte der Befragten an, selbst oder im engeren Freundes- oder Familienkreis gesundheitlich vom Corona-Virus betroffen gewesen zu sein. Bei der Befragung im September und Oktober 2020 hatten dies nur 12 Prozent der Befragten berichtet (vgl. TM 2020, 25).

Abbildung 6. Zufriedenheit mit dem Corona-Management der Politik (in Prozent)



Um das Infektionsgeschehen einzudämmen, setzte die Politik – wie bereits im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 – auf Kontaktbeschränkungen, Schul- und Kitaschließungen, die Schließung des Einzelhandels sowie von Restaurants, Cafés, Bars und Kulturstätten. Hinzu kam im Winter 2020/21 eine nächtliche Ausgangssperre in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer Inzidenz von über 200. Als weitere zentrale Säulen der Pandemiebekämpfung kamen ab Ende Dezember 2020 die Impfung sowie im März 2021 die sogenannten „Bürgertests“ hinzu. Damit hatte jede*r Bürger*in mindestens einmal in der Woche Anspruch auf einen kostenlosen Antigen-Schnelltest. Die Impfung stand aufgrund der anfänglichen Impfstoffknappheit zunächst nur Menschen zu, die aufgrund ihres Alters oder ihres Berufs als besonders gefährdet angesehen wurden. Erst am 7. Juni 2021 wurde die Impfpriorisierung deutschlandweit vollständig aufgehoben.

Bei der Befragung für den THÜRINGEN-MONITOR 2020 im September und Oktober 2020 waren die Thüringer*innen zu einem hohen Maße mit dem Pandemiemanagement zufrieden. In der diesjährigen Befragung zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Zufriedenheit auf allen Ebenen um rund 20 Prozentpunkte (vgl. Abb. 6). Mit der Bundespolitik sind die Thüringer*innen damit mehrheitlich nicht mehr zufrieden, wohingegen die Mehrheit weiterhin mit dem Pandemiemanagement der Landesebene (60 Prozent) sowie den Städten und Kreisen (66 Prozent) zufrieden ist. Dieses ebenenspezifische Muster, wonach die höchsten Zufriedenheitswerte für die kommunale Ebene und die niedrigsten Zufriedenheitswerte für die Bundesebene gemessen wurden, bleibt somit das gleiche wie 2020. Der deutliche Rückgang der Zufriedenheit mit dem Management der COVID-19-Pandemie überrascht vor dem Hintergrund der starken Kritik, u. a. an der zunächst unter Impfstoffmangel leidenden Impfkampagne, an (mehrheitlich) als unübersichtlich und kompliziert wahrgenommenen Corona-Maßnahmen, an der Organisation von Hilfen für Selbständige sowie Defiziten bei der Organisation des Schulbetriebs unter Pandemiebedingungen, nicht. Dieser Rückgang ist auch in bundesweiten Befragungen zu beobachten (vgl. z. B. Infratest dimap 2021).

III. Demokratie im Freistaat

III.1. Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Welches Verständnis von Demokratie haben die Thüringer*innen? Welche Aspekte von Demokratie sind ihnen besonders wichtig? Wie stark unterstützen die Thüringer*innen die Idee und die Praxis der Demokratie? Die Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie sind seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 ein zentraler Bestandteil der jährlichen Untersuchungen. So stimmen in diesem Jahr 89 Prozent der Thüringer*innen der Aussage zu: „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“. 65 Prozent sind mit der Demokratie, wie sie derzeit in Deutschland funktioniert, zufrieden (vgl. Kapitel III.2). Wenn so die Unterstützung und die Zufriedenheit mit der Demokratie gemessen werden, wird häufig implizit angenommen, dass alle Menschen unter Demokratie dasselbe verstehen. Mittlerweile weisen jedoch einige Studien durchaus Unterschiede im Demokratieverständnis der Menschen nach. So ist Demokratie ein „multidimensionales Konzept“ (Ferrín & Kriesi 2016). Es lassen sich Menschen, die ein liberales, ein eher partizipatives oder ein soziales Demokratieverständnis haben, unterscheiden. Zudem gibt es Menschen, die gar keine klaren Vorstellungen davon haben, was Demokratie eigentlich für sie bedeutet (vgl. u. a. Dalton et al. 2007; Canache 2012; Kriesi & Ferrín 2016).

Gut 20 Jahre nach dem ersten THÜRINGEN-MONITOR möchte der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR daher die Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie in Thüringen tiefer ausleuchten und verstehen. Dabei interessiert uns v. a. das hinter den Aussagen zur Demokratie liegende Demokratieverständnis. Ziel ist es u. a., die Ambivalenzen im Antwortverhalten der letzten Erhebungswellen besser zu verstehen. Es geht darum festzustellen, was die Thüringer*innen heute, rund 30 Jahre nach der Deutschen Einheit, angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren und im zweiten Jahr einer globalen Pandemie, für den Wesenskern der Demokratie halten. Dies ist außerdem insofern relevant, als dass sich eine positive oder eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie ebenso wie das Partizipationsverhalten eines Menschen auch daran orientiert, was Demokratie für die jeweilige Person eigentlich ausmacht (vgl. Canache 2012). Aktuelle Relevanz erfährt die Frage des Demokratieverständnisses zudem durch das in der Anti-Corona-Bewegung verbreitete Narrativ, in einer „Hygienesdiktatur“ zu leben, oder auf dem besten Wege in eine „Corona-Diktatur“ zu sein. Möglicherweise wird die Bewertung der Corona-Krise von der bereits vorher existierenden Demokratiekonzeption der Befragten beeinflusst; denkbar ist jedoch auch ein umgekehrter

Effekt, bei dem die Corona-Krise die Demokratievorstellungen eines Menschen verändert (siehe Kapitel IV.3).

Zentrales Definitionsmerkmal der liberalen Demokratiekonzeption sind freie Wahlen, durch die in regelmäßigen Abständen die politischen Repräsentant*innen bestimmt werden (vgl. Schumpeter 1950, Merkel et al. 2003; Møller & Skaaning 2010) sowie die für einen tatsächlich freien Wettbewerb um die politische Macht notwendigen Grundfreiheiten wie die Meinungs- und Pressefreiheit. Daneben werden von der Literatur häufig noch die horizontale Gewaltenteilung (Trennung von Exekutive und Legislative bzw. Dualismus von Regierung und Opposition) sowie die Rechtsstaatlichkeit als zentrale Definitionsmerkmale der Demokratie ausgemacht (vgl. u. a. Ferrín & Kriesi 2016; Merkel et al. 2003; Møller & Skaaning 2010). Einem weitreichenderen partizipativen Demokratieverständnis können demgegenüber neben den repräsentativen Bestandteilen auch noch direktdemokratische oder deliberative Elemente zugerechnet werden. Zusätzlich zu diesen prozeduralen Elementen schließt ein substanzielles Verständnis von Demokratie den Output bzw. die Effektivität des Systems mit in die Demokratiedefinition ein. Damit ist gemeint, dass für manche Bürger*innen nicht nur die Verfahren, sondern auch das Ergebnis der Politik ein zentraler Bestandteil von Demokratie ist. Die Vorstellung einer sozialen Version der Demokratie (soziale Demokratiekonzeption) umfasst demnach Elemente wie soziale Sicherheit und Einkommensumverteilung (vgl. Pickel 2016, 320; Ferrín & Kriesi 2016, 6 f.). Die Idee dahinter ist, dass politische Gleichheit nur gewährleistet werden kann, wenn auch ein gewisses Maß an sozialer Gleichheit gegeben ist; andernfalls schließen soziale bzw. ökonomische Gründe bestimmte Menschen von der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte aus.

Ziel ist es daher, die Vielfältigkeit an Demokratiekonzeptionen zu verstehen, die in der Thüringer Bevölkerung vorherrschen. Eine Stärke des von uns gewählten methodischen Vorgehens liegt in der Kombination aus einer offenen Frage mit einer auf Basis der politikwissenschaftlichen Literatur zusammengestellten Liste von Attributen der Demokratie.⁶ Die offene Frage spiegelt das ungefilterte Demokratieverständnis der Befragten wider. Da die Befragten jedoch lediglich das äußern, was ihnen beim Gedanken an die Demokratie als *erstes* einfällt, kann damit das multidimensionale Konzept von Demokratie kaum erfasst werden. Daher wurden den Thüringer*innen zusätzlich Fragen zu den drei Demokratieversionen (liberale, direkte und soziale Demokratie) gestellt. Zudem wurden weitere Aspekte abgefragt (wie z. B. das Responsivitätsverständnis), sodass darüber ein facettenreiches Demokratieverständnis erhoben werden kann. Ein wichtiger Hinweis ist, dass wir die Thüringer*innen nicht gefragt haben, inwieweit sie die von ihnen für wichtig erachteten Merkmale derzeit in der Demokratie der Bundesrepublik verwirklicht sehen. Wir haben sie jedoch gefragt, wie zufrieden sie mit der aktuellen Praxis der Demokratie sind (vgl. Kapitel

⁶Die Items sind an die wegweisende Arbeit von Kriesi & Ferrín 2016 angelehnt.

III. Demokratie im Freistaat

III.2).

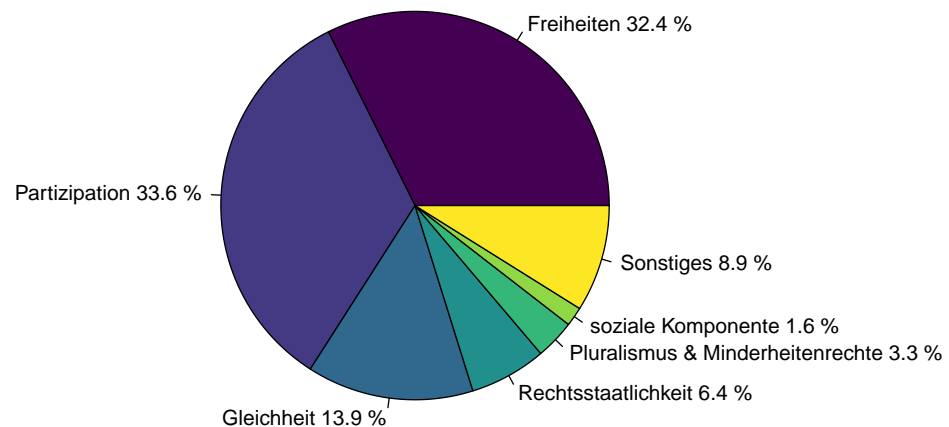
Im THÜRINGEN-MONITOR 2021 waren die Befragten dazu aufgerufen, in eigenen Worten zu definieren, was sie unter Demokratie verstehen. Die Frage lautete: „Es wird viel darüber diskutiert, was Demokratie eigentlich ist. Was ist für Sie persönlich das wichtigste Merkmal der Demokratie?“ Obwohl nur nach einer Nennung gefragt wurde, nennen etliche Befragten mehr als ein Merkmal. Häufig ist es jedoch so, dass dabei mehrere Einzelaspekte derselben Dimension angesprochen werden (z. B. Freiheit generell und zusätzlich Meinungsfreiheit); 15 Prozent der Thüringer*innen nennen mehr als eine Facette. 14 Prozent der Befragten können spontan das für sie wesentliche Merkmal der Demokratie nicht in eigenen Worten definieren. Die hohe Zahl an fehlenden Antworten ist jedoch verständlich, da die offene Abfrage eine anspruchsvolle Methode darstellt, um das Demokratieverständnis der Bürger*innen im Freistaat zu messen.

Um eine Auswertung zu ermöglichen, haben wir die Merkmalsnennungen stärker systematisiert und je einer von sieben Kategorien zugeordnet: Freiheiten, Partizipation, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus & Minderheitenschutz, soziale Komponente sowie Sonstiges (vgl. für einen ähnlichen Ansatz: Canache 2012). Abbildung 7 zeigt die relative Häufigkeit der Kategorien (eine Antwort auf die offene Demokratiefrage konnte dabei mehreren Kategorien zugeordnet werden).⁷ Auffällig ist, dass die mit Abstand am häufigsten verwendeten Kategorien Freiheitsrechte sowie Partizipation sind. Erst mit deutlichem Abstand folgen die Antwortkategorien Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Unter dem Oberbegriff Partizipation sind sowohl freie Wahlen als auch der Wunsch nach einem Mehr an direkter Demokratie enthalten. Überraschenderweise wurde jedoch nur von einem kleinen Teil der Befragten unmissverständlich der Wunsch nach mehr direkter Demokratie geäußert. Werfen wir einen Blick auf die Unterkategorien, zeigt sich, dass sich die drei am häufigsten genannten Aspekte der Demokratie unter den Schlagwörtern „Mitbestimmung“, „Meinungsfreiheit“ sowie „Freiheit (generell)“ zusammenfassen lassen, die je 14 bis 17 Prozent der substantziellen Nennungen insgesamt ausmachen. Auffällig ist, dass insbesondere beim Freiheitsbegriff vielfältige Assoziationen geweckt werden und neben der Meinungsfreiheit noch die Pressefreiheit, Reisefreiheit, Berufsfreiheit, Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben genannt werden. Es ist zu vermuten, dass sich dieser hohe Stellenwert sowohl auf Effekte aus dem Erleben der DDR als auch auf die Freiheitsbeschränkungen in der Corona-Pandemie zurückführen lässt.

⁷Die Antworten eines*einer Befragten wurden mehreren Kategorien zugeordnet, wenn mehr als eine Facette der Demokratie genannt wurde. Beispielsweise wurde häufig sowohl der Aspekt Meinungsfreiheit (Kategorie: Freiheiten) als auch die Mitsprache (Kategorie: Partizipation) angesprochen.

III.1. Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Abbildung 7. Antwortkategorien: „Was ist für Sie persönlich das wichtigste Merkmal der Demokratie?“ (Häufigkeit der Kategorien in Prozent)



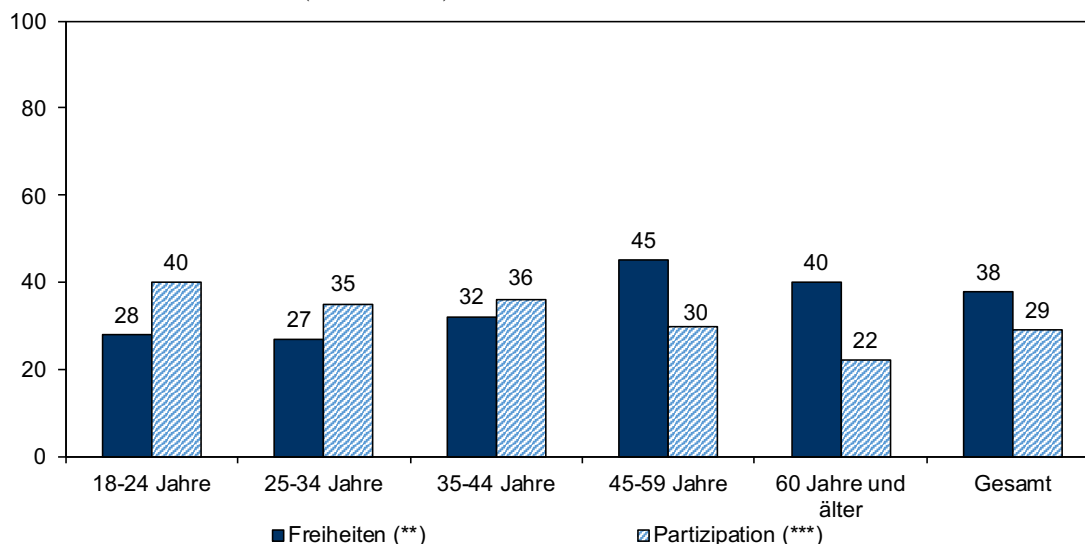
Unter dem Dach der Kategorie „Minderheitenschutz & Pluralismus“ sind auch Nennungen des Mehrheitsprinzips erfasst. Hier heißt es, die Mehrheit und nicht eine Minderheit solle entscheiden. Hierin schwingt möglicherweise eine anti-pluralistische Kritik an der politischen Praxis mit, die Suche nach Kompromiss und die Integration möglichst vieler Interessen in den Entscheidungsprozess über die Mehrheitsentscheidung zu stellen. In die Kategorie „Sonstiges“ wurden jene Aspekte zusammengefasst, die – bis auf wenige Ausnahmen – nicht zu den in politikwissenschaftlichen Demokratiekonzeptionen ausgemachten Kernmerkmalen zählen. Dazu gehören Assoziationen wie „Toleranz“, „Frieden“, „Sicherheit“, „Zusammenhalt“, „Brüderlichkeit“, „Transparenz“, ein „glückliches Leben“ oder schlichtweg das „Gegenteil von Diktatur“.

Blicken wir nicht auf die Häufigkeiten der Kategorien, sondern darauf, von wie vielen Befragten die jeweilige Dimension angesprochen wurde, bestätigt sich, dass Freiheitsrechte (von 38 Prozent der Befragten genannt) sowie Partizipation (von 29 Prozent der Befragten genannt) die für die Thüringer*innen wichtigsten Elemente der Demokratie sind. Rund ein Viertel der Befragten assoziiert mit der Demokratie zudem spontan Gleichheit oder Rechtsstaatlichkeit. Hingegen sprechen lediglich drei Prozent Aspekte aus der Kategorie „Pluralismus & Minderheitenschutz“ an und weitere zwei Prozent der Befragten nennen in der offenen Abfrage Elemente der sozialen Dimension der Demokratie (z. B. soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit oder

III. Demokratie im Freistaat

den Sozialstaat). Auffällig ist, dass etwa jede*r zehnte Befragte Attribute nennt, die keiner der sechs Hauptdimensionen zugeordnet werden können. Signifikante Effekte finden sich zum Teil für Gruppenunterschiede mit Blick auf Bildung und politisches Interesse. Hervorzuheben ist aber v. a. ein Alterseffekt (vgl. 8). So wird in den jüngeren Alterskohorten der Aspekt der Partizipation wesentlich häufiger als wichtigstes Merkmal identifiziert als unter den älteren Befragten. Eine mögliche Erklärung findet sich in der These vom Wertewandel (vgl. Inglehart 1977, 1997). Ein umgekehrter Effekt zeigt sich für die Freiheitsdimension, die von den älteren Befragten verstärkt als wichtigstes Merkmal der Demokratie identifiziert wird. Es ist zu vermuten, dass sich hier die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen zwischen den in der DDR sozialisierten Generationen und den nach 1989/90 Aufgewachsenen widerspiegeln.

Abbildung 8. Häufigkeit der Antwortkategorien „Freiheiten“ und „Partizipation“ nach Altersgruppe (in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

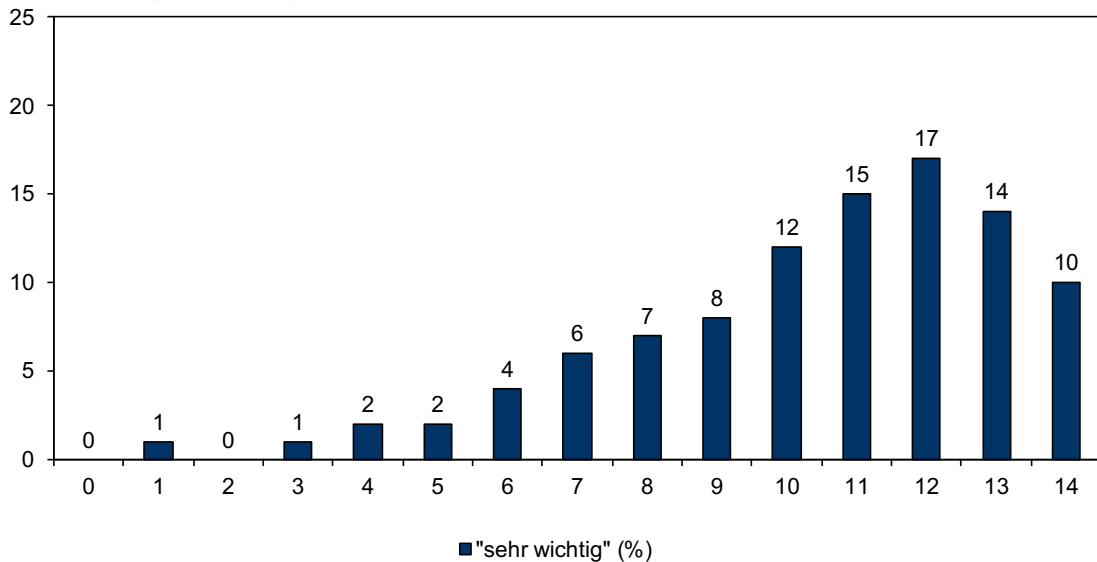
Im Unterschied zur offenen Frage sehen wir beim Blick auf die Antworten der geschlossenen Fragen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Thüringer Bürger*innen ein weites Demokratieverständnis teilt. So werden beinahe alle Facetten der Demokratie von mindestens zwei Dritteln der Thüringer*innen als „sehr wichtig“⁸ eingestuft (vgl. Abb. 10). Die meisten Befragten halten zwölf der 14 abgefragten Elemente einer Demokratie für „sehr wichtig“, im Durchschnitt sind es zehn (vgl. Abb. 9). Lediglich eine Minderheit von zehn Prozent der Befragten erachtet lediglich sechs oder weniger Items für sehr wichtige Merkmale der Demokratie; und

⁸Um eine bessere Differenzierung der Antworten zu erhalten werden im Folgenden – angelehnt an das Vorgehen bei Kriesi & Ferrín 2016 – die Auswertungen ausschließlich für die Antwortoption „sehr wichtig“ vorgenommen.

III.1. Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

die Mehrheit bewertet elf oder mehr Attribute als sehr wichtig. Dies steht im Einklang mit den Befunden zum Demokratieverständnis der Europäer*innen, die mit den Daten des European Social Survey 2012 ermittelt wurden (vgl. Hernández 2016).

Abbildung 9. Anzahl der Attribute der Demokratie, die für „sehr wichtig“ gehalten werden (in Prozent)

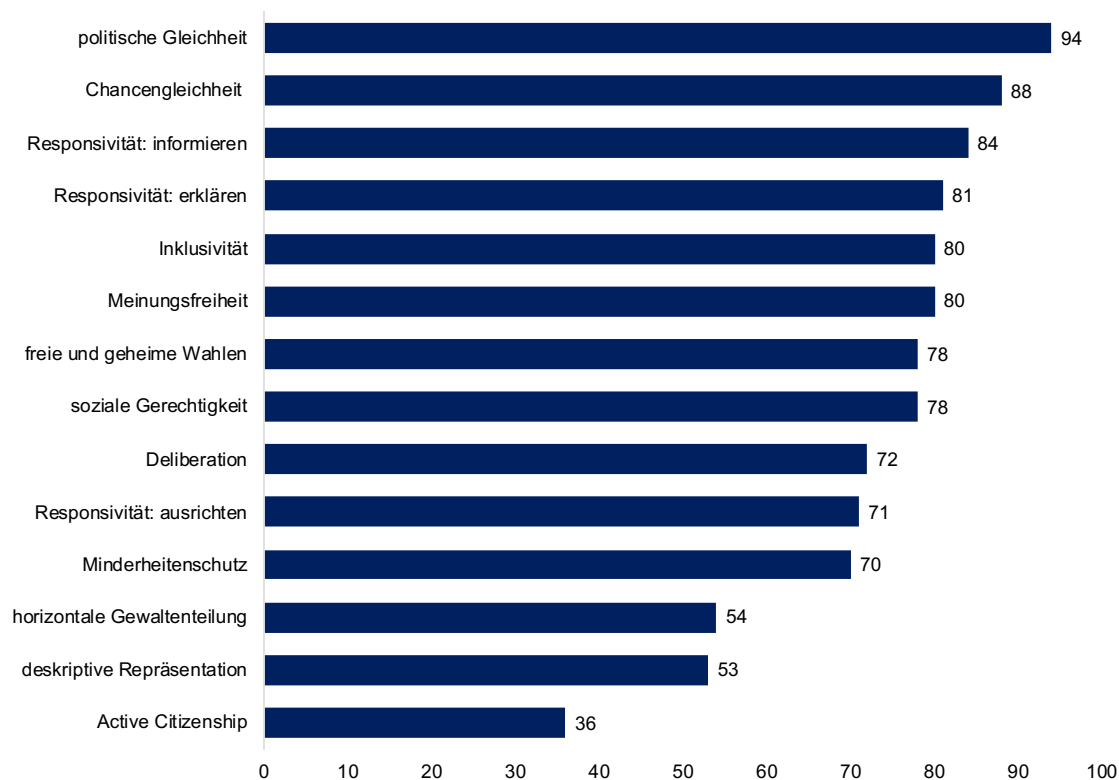


Als am wichtigsten für die Demokratie wird von den Thüringer*innen die politische Gleichheit, d. h. die Gleichheit vor dem Gesetz, angesehen. Die Chancengleichheit, d. h. die Vorstellung, dass alle Menschen im Leben die gleichen Chancen haben sollen, folgt auf Platz zwei (vgl. Abb. 10). Auch die Responsivität, also die Bereitschaft der politischen Repräsentant*innen, auf die Interessen der Bürger*innen einzugehen, wird von einer großen Mehrheit der Thüringer*innen als sehr wichtig erachtet. Hierbei ist es für die Bürger*innen überraschenderweise etwas weniger wichtig, dass die Politiker*innen tatsächlich die Politik an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten. Hingegen wird es jedoch als sehr bedeutsam angesehen, dass sich die Politiker*innen über die Wünsche der Bürger*innen informieren sowie dass sie nach den Entscheidungen die Politik erklären. Jeweils mehr als 75 Prozent der Thüringer*innen halten Inklusivität, Meinungsfreiheit und freie Wahlen für sehr wichtig (die genauen Formulierungen finden sich auch im Tabellenanhang).

Obwohl soziale Gerechtigkeit und auch die Deliberation von der Wissenschaft nicht zum Standardrepertoire der Demokratie gezählt und eher umfassenderen Demokratiedefinitionen zugeordnet werden, werden sie von einer sehr hohen Zahl der Thüringer*innen als „sehr wichtig[es]“ Merkmal der Demokratie bezeichnet (jeweils von über 70 Prozent der Befragten). Anders ausgedrückt: Elemente wie soziale Gerechtigkeit und Deliberation werden von den Menschen im Freistaat für nicht weniger oder kaum weniger wichtig gehalten als der Kern des liberalen Demokratiemodells.

III. Demokratie im Freistaat

Abbildung 10. Demokratieverständnis der Thüringer*innen („sehr wichtig“ in Prozent)

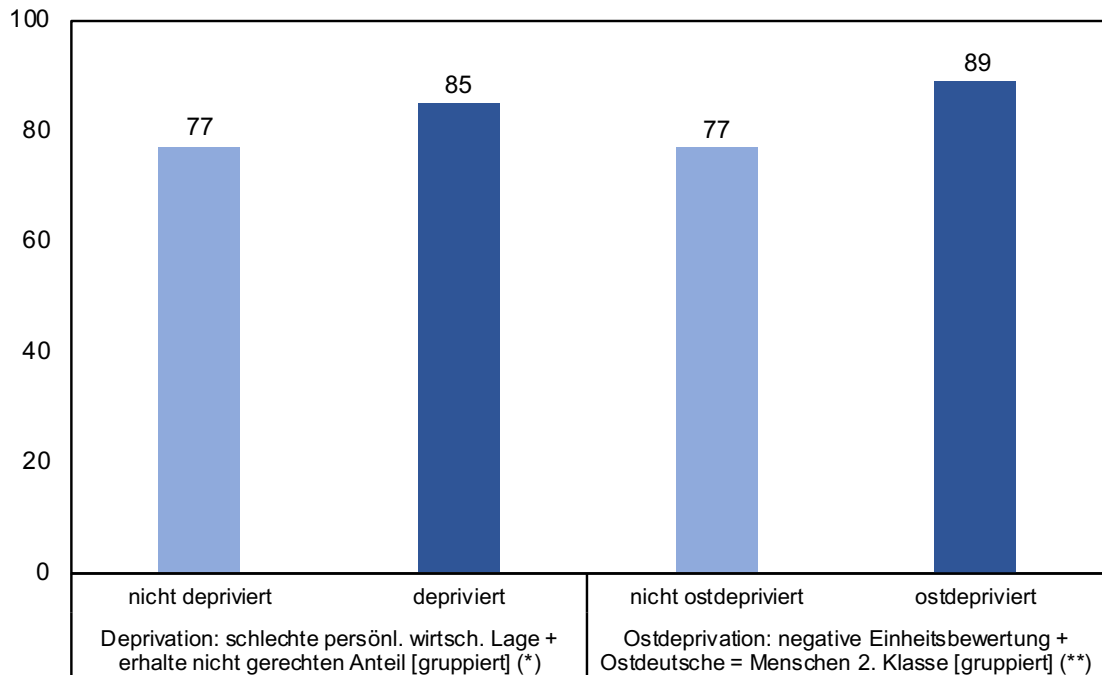


Ähnliche Befunde ergaben sich auf Basis des European Social Survey 2012 (ESS 2012) (vgl. Hernández 2016). Die große Bedeutung, die die Thüringer*innen der sozialen Komponente der Demokratie beimessen, hatte sich auch schon in früheren THÜRINGEN-MONITOREN gezeigt. So lag 2011 der Zustimmungswert zur Aussage: „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie“ bei 82 Prozent (vgl. TM 2011, 73).

Der sozialen Komponente der Demokratie wird vor allem von Befragten mit einer niedrigeren formalen Bildung und Menschen, die depriviert bzw. ostdepriviert sind, eine hohe Bedeutung beigemessen. Unter den (Ost-)Deprivierten liegt der Anteil derjenigen, die es für ein sehr wichtiges Merkmal der Demokratie halten, dass sich der Staat um die Schwächeren kümmert, um sieben bzw. elf Prozentpunkte über dem Zustimmungswert der Gesamtbevölkerung (vgl. Abb. 11). Auch Befragte, die sich selbst politisch dem linken Spektrum zurechnen, halten die soziale Komponente eher für ein sehr wichtiges Merkmal der Demokratie. Dies steht ebenfalls im Einklang mit den auf Basis im ESS 2012 ermittelten Befunden zum Demokratieverständnis der Europäer*innen und dessen Determinanten (vgl. Ceka & Magalhães 2016).

III.1. Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Abbildung 11. Merkmal der Demokratie: Der Staat kümmert sich um die Schwächeren („sehr wichtig“ in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Drei Elemente – Active Citizenship, deskriptive Repräsentation sowie eine horizontale Gewaltenteilung – scheinen für viele Thüringer*innen hingegen nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Im parlamentarischen System versteht man unter horizontaler Gewaltenteilung nicht – wie im „klassischen“ Gewaltenteilungskonzept – den Gegensatz von Exekutive und Legislative, sondern einen Dualismus von Regierung und die sie tragenden Regierungsfractionen einerseits und den Oppositionsfractionen andererseits. Damit ist für die effektive Kontrolle der Regierung die Existenz einer funktionsfähigen Opposition nötig. Demzufolge überrascht, dass die Thüringer*innen einer ebensolchen starken Opposition, die die Regierung kontrolliert, in ihrem Demokratieverständnis verhältnismäßig wenig Bedeutung beimessen. Eine Erklärung könnte in der verringerten Funktionsfähigkeit dieses Dualismus in Zeiten der Großen Koalition liegen, sodass die Befragten hier möglicherweise im Zuge der letzten 16 Jahre, in denen immerhin zwölf Jahre lang eine Große Koalition auf Bundesebene regierte, ihr Demokratieverständnis in diesem Punkt an die politischen Gegebenheiten angepasst haben. Denkbar ist auch ein Einfluss der Corona-Pandemie auf das aktuelle Demokratieverständnis der Thüringer*innen. So lag im vergangenen Jahr der Zustimmungswert zur Aussage „Bei der Bewältigung der Corona-Krise sollte die Opposition die Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen“ bei 83 Prozent (vgl. TM 2020, 33). Dieser Interpretation steht jedoch entgegen, dass die Thüringer*innen auch in früheren Befragungen der Aussage „Auf-

III. Demokratie im Freistaat

gabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen“ sehr stark zustimmten (2004: 75 Prozent; 2003: 78 Prozent; vgl. TM 2004, 70).

Da deskriptive Repräsentation sowie Active Citizenship über die Kerndefinitionen der Demokratie hinausgehen, verwundert die geringe Häufigkeit der Nennung der beiden anderen Attribute nicht. Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten erachtet eine aktive Rolle der Bürger*innen in der Politik (das sogenannte Active Citizenship) als sehr wichtig und nur knapp über die Hälfte assoziiert die Demokratie mit dem Konzept der deskriptiven Repräsentation. Damit ist gemeint, dass die Abgeordneten die Bevölkerung spiegelbildlich abbilden.

Auch mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit ist die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den gesamtdeutschen Eliten nach wie vor ein Manko. Vor diesem Hintergrund soll ein Blick auf die Präferenzen zur deskriptiven Repräsentation geworfen werden. Allerdings wurde deskriptive Repräsentation in der im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommenden Frage nicht näher bestimmt, sodass die Wünsche nach einer stärkeren deskriptiven Repräsentation möglicherweise nicht nur die Ost/West-Herkunft betreffen, sondern sich dahinter auch eine stärkere Vertretung anderer soziodemographischer Gruppen im Parlament (z. B. nach Berufszugehörigkeit, Geschlecht oder Migrationshintergrund) verbergen kann. Insgesamt lässt die Analyse erkennen, dass Frauen deskriptive Repräsentation als weniger wichtig bewerten als Männer. Befragte, die angaben, schon einmal aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein, halten deskriptive Repräsentation aber eher für ein sehr wichtiges Merkmal der Demokratie. Vielleicht wünschen sie sich eine stärkere Berücksichtigung von Menschen mit ostdeutscher Herkunft im Bundestag. Auch für Thüringer*innen mit einem geringen Einkommen ist die deskriptive Repräsentation eher ein wesentliches Element der Demokratie. Dieses speist sich möglicherweise aus einem Gefühl mangelnder Repräsentation ihrer Interessen, da die Politik nachweislich eher den Präferenzen der Reichen folgt und die Präferenzen der unteren und mittleren Einkommensgruppen ignoriert (vgl. Elsässer et al. 2017). Hier liegt daher die Vermutung nahe, dass ärmere Menschen die Hoffnung hegen, mehr deskriptive Repräsentation führe auch zu einer substantiellen Repräsentation ihrer Interessen (zum Konzept der Repräsentation vgl. Pitkin 1967). Die Präferenzen für alternative Demokratiemodelle beleuchtet Kapitel III.3 näher.

Abschließend soll mit Blick auf das Demokratieverständnis der Menschen im Freistaat noch der normative Urkonflikt über die Vorrangigkeit von Freiheit oder Gleichheit ins Zentrum der Analyse gerückt werden. Aufgefordert, beide politische Normen hinsichtlich ihrer Wichtigkeit zu ordnen (vgl. Abb. 12), ergibt sich ein interessantes Bild: Obwohl sich die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit teils erheblichen Kontaktbeschränkungen sowie Demonstrations- und Versammlungsverboten verban-

III.2. Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen

den, nimmt die Freiheitsnorm im Vergleich zur Gleichheitsnorm den bislang geringsten Wert (46 Prozent) der seit 2004 bestehenden Zeitreihe an. Dahingegen sprechen sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR 44 Prozent der Thüringer*innen für den Vorrang der Gleichheitsnorm aus – zuletzt wurde ein solcher Wert im Jahr 2006 gemessen. Beide Normen halten sich somit aktuell die Waage. Dieser Trend spiegelt sich zudem in der Antwortkategorie „beides gleichermaßen“ wider, welche mit zehn Prozent den größten Wert seit Erhebungsbeginn aufweist. Im Geflecht von Freiheits- und Kontaktbeschränkungen sowie Impfpriorisierungen oder föderal divergierenden Maßnahmen – um nur einige wenige Pandemiefolgen zu nennen – wird deutlich, wie groß die gegenwärtige Herausforderung für politische Entscheidungsträger*innen ist, beiden Normen etwa in der Waage zu halten. Als gewisse Einschränkung sei darauf verwiesen, dass die Verschiebungen zugunsten der Gleichheitsnorm in den letzten Jahren stets in nur sehr kleinen Schritten geschahen und sich die Veränderung zur Vorjahresehebung darüber hinaus als nicht signifikant erweist. Wie bereits in früheren Erhebungen, wird indes auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR deutlich, dass in der Abwägung von Freiheit und Gleichheit das Freiheitsbedürfnis mit zunehmendem Alter abnimmt, während das Gleichheitsbedürfnis im Gegenzug steigt. Ein identisches Bild ergibt sich darüber hinaus, wenn nach der Vorrangigkeit von Freiheit oder Sicherheit gefragt wird. Auch hier zeigt sich, dass jüngere Befragte die Freiheitsnorm vorziehen, wohingegen mit zunehmenden Alter das Bedürfnis nach Sicherheit zulasten der Freiheit steigt. Dies ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die älteren Befragten, im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen, Freiheit signifikant häufiger als wichtigstes Merkmal der Demokratie genannt haben (vgl. Abb. 8). Ferner zeigt sich, dass das Gleichheitsbedürfnis einkommens- und geschlechterabhängig ist. Frauen messen der genannten Norm ebenso wie einkommensschwächere Personen einen höheren Stellenwert bei.

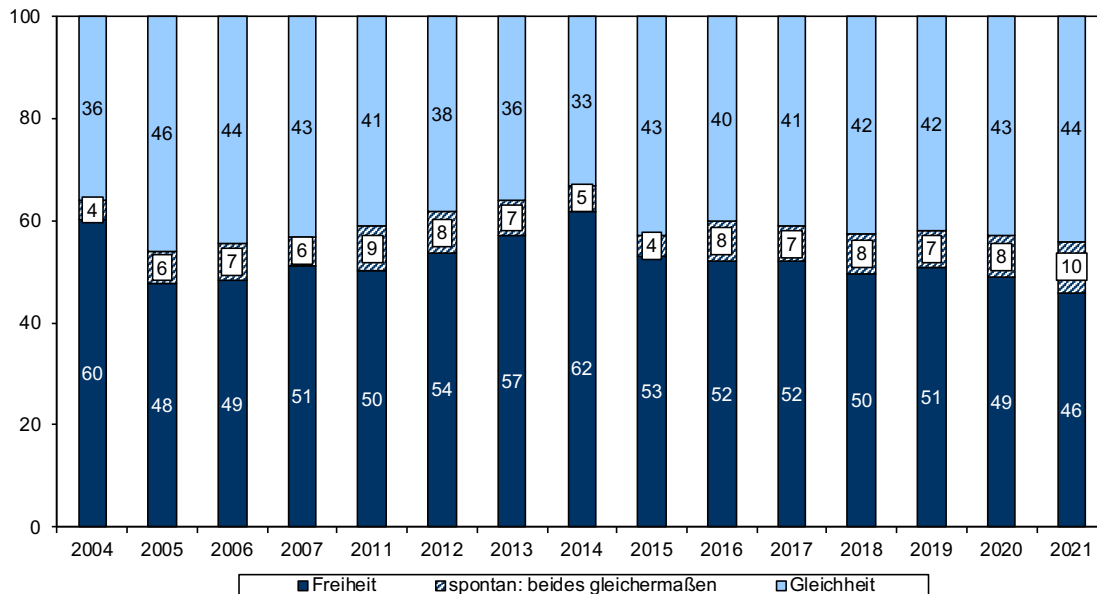
III.2. Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen

Während bisher die Demokratievorstellungen der Thüringer*innen im Zentrum standen, geht es im Folgenden um die Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit. Dabei misst die Demokratieunterstützung die längerfristigen Orientierungen gegenüber der Idee und der Herrschaftsform Demokratie, wohingegen die Demokratiezufriedenheit insbesondere auf die konkrete Bewertung der aktuellen Praxis der Demokratie abzielt.

Dass beide Konzepte theoretisch nah verwandt sind (vgl. Easton 1975), aber dennoch zwei unterschiedliche Aspekte messen, wird anhand der gegenläufigen Trends in Abbildung 13 deutlich. War die Zustimmung zur Aussage „[d]ie Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ im Vorjahr um drei Prozentpunkte auf 87 Prozent zurückgegangen, stieg diese in der aktuellen Erhebung wieder leicht auf 89 Prozent

III. Demokratie im Freistaat

Abbildung 12. Freiheit oder Gleichheit? 2004–2021 (in Prozent)

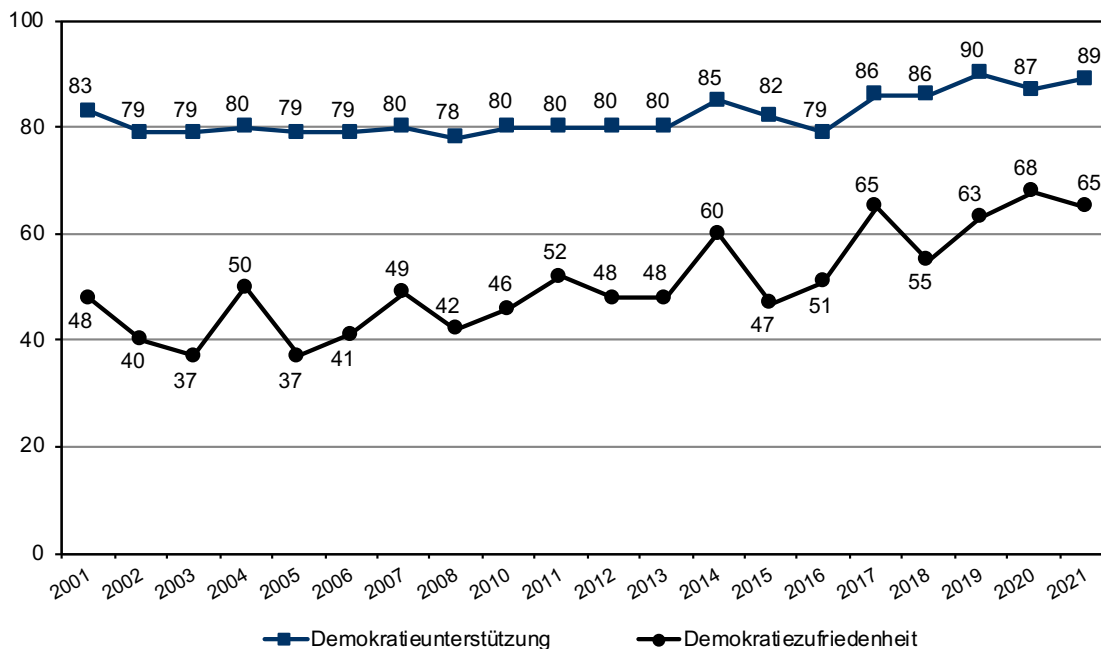


an. Nach dem bisherigen Spitzenwert im Jahr 2019 (90 Prozent) markiert dies den zweithöchsten Wert seit dem Beginn der Messungen im Jahr 2001. Dies ist ein bemerkenswerter Befund, wäre doch ein gewisser „Coronaknick“ möglich gewesen (vgl. Römmele 2021, 171). Letztlich ist das Gegenteil der Fall und es zeigt sich, dass selbst eine globale Pandemie mit teils drastischen sowie mitunter heftig umstrittenen Eindämmungsmaßnahmen offenkundig kein Leck in das „reservoir of good will“, wie Easton (1975, 454) diese diffuse Form der politischen Unterstützung einst metaphorisch umschrieb, treiben konnte.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für den eher an tagespolitischen Entwicklungen orientierten Indikator der Demokratiezufriedenheit. Dieser traditionell niedriger ausgeprägte Messwert hat sich im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte auf 65 Prozent etwas verringert. Dass der Rückgang so gering ausgefallen ist, ist jedoch in mehrfacher Hinsicht überraschend: So stellte der im Jahr 2020 gemessene Wert von 68 Prozent den bisherigen Spitzenwert dar. Gleichzeitig ist der aktuell gemessene Zustimmungswert der bislang zweithöchste Wert der Zeitreihe seit 2001. Auch angesichts der im Zuge der Corona-Debatte vorgebrachten Kritiken von Entparlamentarisierung, Exekutivdominanz, Expertokratie oder Entdemokratisierung (u. a. Merkel 2020, Römmele 2021), massiver Kritik am Pandemiemanagement (vgl. Tagesspiegel 2021) sowie der von Corona-Skeptiker*innen geäußerte Vorwurf einer „Corona-Diktatur“ (vgl. Kapitel IV.3) bleibt die Demokratiezufriedenheit auf einem erstaunlich hohen Niveau. Dass von einem erheblichen Rückgang der Demokratiezufriedenheit keine Rede sein kann, wird auch von dem Umstand unterstrichen, dass in der Vergangenheit Rücksetzer von zehn (oder mehr) Prozentpunkten keine Aus-

nahme darstellten (vgl. 2005, 2015 oder 2018).

Abbildung 13. Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2021 (in Prozent)



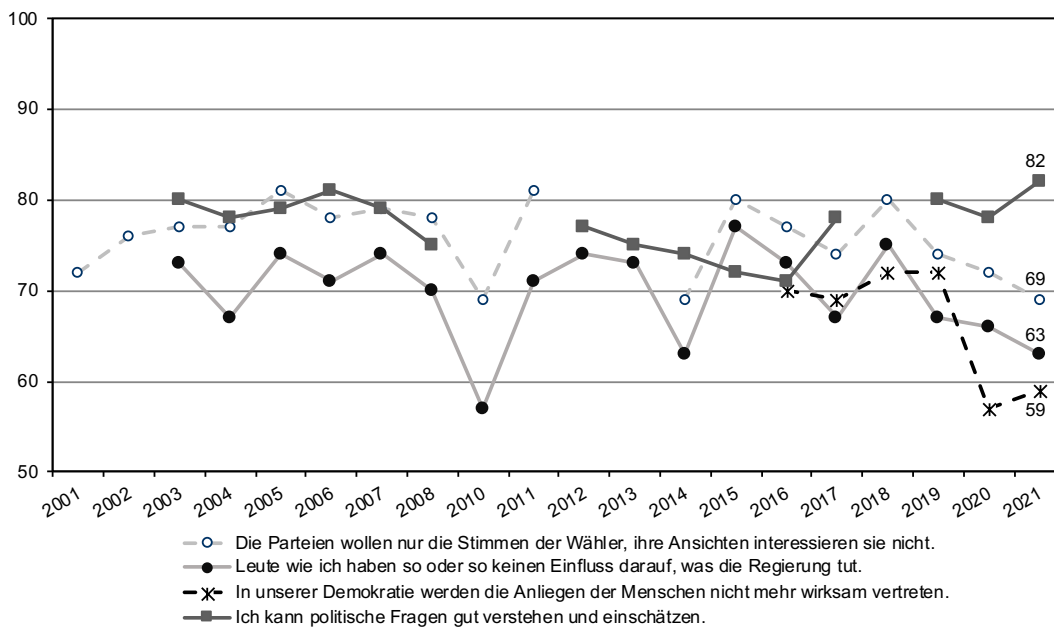
Unter Verwendung tiefergehender multivariater statistischer Verfahren wird darüber hinaus deutlich, dass sich eine als gut befundene persönliche wirtschaftliche Situation sowie ein hohes Vertrauen in die Bundesregierung und den Rechtsstaat positiv auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Wie im vorherigen Jahr wirkt sich auch eine positive Bewertung der Corona-Politik auf Bundes- sowie Landesebene auf die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie aus. Hinsichtlich des Geschlechts lässt sich festhalten, dass Frauen zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als Männer. Dahingegen wirkt sich das Gefühl, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben – welches von der Forschung auch als externe politische Selbstwirksamkeit bezeichnet wird – negativ auf die Demokratiezufriedenheit aus. Wie bereits im Vorjahr zeigt sich jedoch, dass Corona-Skepsis unter Einbeziehung weiterer Kontrollvariablen keinen signifikanten statistischen Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie ausübt, wengleich sich im bivariaten Fall signifikante Korrelationen sowie Mittelwertunterschiede ergeben (vgl. dazu ausführlich auch Kapitel IV.3).

Ebenfalls wichtige Aufschlüsse über die Zufriedenheit mit dem Demokratiefunktionieren liefert die Einschätzung der politischen Selbstwirksamkeit sowie Responsivität. Mit Blick auf die perzipierte politische Selbstwirksamkeit Thüringer Bürger*innen wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur zwischen zwei konkreten

III. Demokratie im Freistaat

Formen unterschieden: Während die interne politische Selbstwirksamkeit danach fragt, ob Bürger*innen den Eindruck haben, politische Zusammenhänge und Fragestellungen adäquat zu verstehen, interessiert sich die externe politische Selbstwirksamkeit für die von Individuen wahrgenommene Fähigkeit, durch persönliches Handeln politische Prozesse beeinflussen zu können. Beide Indikatoren entwickeln sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR in eine normativ positive Richtung: So kletterte einerseits die Zustimmung zur Aussage „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ mit 82 Prozent auf den bisherigen Spitzenwert und andererseits reduzierte sich die Befürwortung des Items „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ abermals. Letzterer Indikator folgt damit seit dem Jahr 2018 einem monoton rückläufigen Trend und beläuft sich mit einem aktuellen Zustimmungswert von 63 Prozent auf den zweitniedrigsten Zeitreihenwert (vgl. Abb. 14).

Abbildung 14. Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001–2021 (in Prozent)



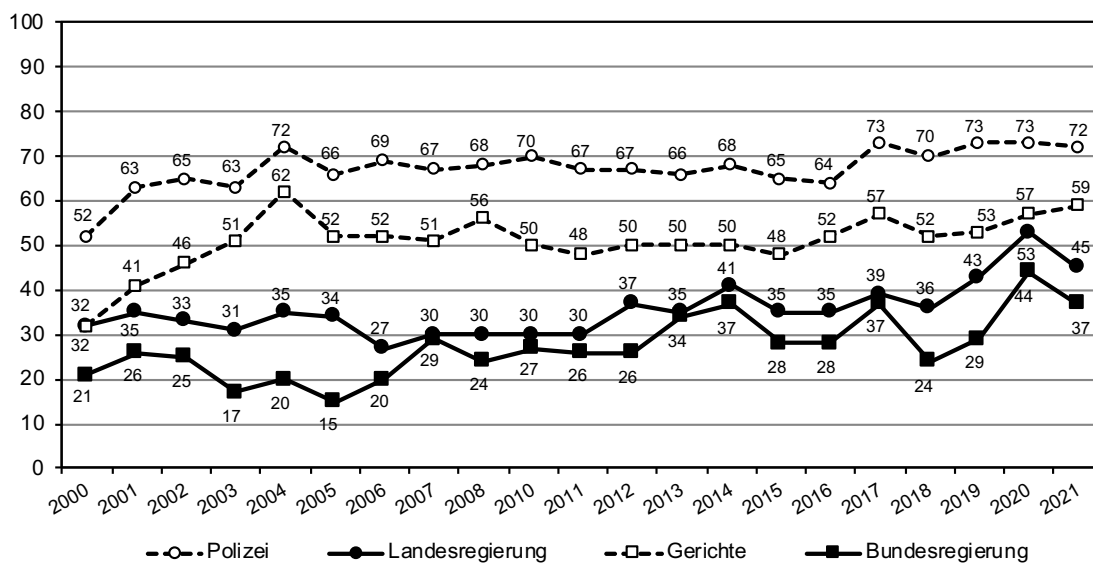
Dieselbe Beobachtung lässt sich auch für die Parteienverdrossenheit tätigen, welche seit dem Jahr 2018 einem permanenten Abwärtstrend folgt. Hatten im Jahr 2018 noch 80 Prozent aller befragten Thüringer*innen der Aussage zugestimmt, dass „Parteien nur die Stimme der Wähler*innen wollen, ihre Ansichten sie aber nicht interessierten“, trifft dies in der aktuellen Erhebung lediglich für 69 Prozent der Umfrageteilnehmer zu (-11 Prozentpunkte). Die wahrgenommene Responsivität des politischen Systems bleibt auf einem ähnlichen Niveau wie im letzten Jahr. War die Zustimmung zur Aussage „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ im Jahr 2020 erheblich um -15 Prozentpunkte auf 57 Prozent gesunken, hat sich das Zustimmungsniveau seither nur leicht um

III.2. Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen

zwei Prozentpunkte erhöht. Dieser Wert markiert damit den bislang zweitniedrigsten Wert seit der ersten Erhebung des Items im Jahr 2016. In der Summe zeichnet sich für die untersuchten Indikatoren somit zwar ein positiver Trend ab. Allerdings darf aus einer breiteren Perspektive nicht übersehen werden, dass nach wie vor eine klare Mehrheit der Thüringer*innen der Meinung ist, dass Parteien lediglich in ihrem Eigeninteresse handeln und politische Entscheidungsträger*innen nicht responsiv handeln.

In Ergänzung zu einer positiven Bewertung der Demokratie als Staatsidee sowie der aktuellen demokratischen Praxis hat die politische Kulturforschung wiederholt auf die hohe Bedeutung des Institutionenvertrauens als zentrale Unterstützungsleistung hingewiesen. Aus diesem Grund wird das Vertrauen in die Kerninstitutionen der Demokratie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR durchgehend erhoben (vgl. Abb. 15).

Abbildung 15. Institutionenvertrauen 2000–2021 (in Prozent)



Anmerkung: „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst

Nachdem die abgebildeten Vertrauensniveaus in den letzten drei Jahren einem gleichförmigen Trend des gemeinsamen Ab- und Aufsteigens gefolgt waren, hat sich dieses Muster im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR leicht verändert. So hat sich das Vertrauen in Gerichte und damit implizit den Rechtsstaat im Vergleich zum Vorjahr geringfügig sowie statistisch nicht signifikant erhöht (59 Prozent gegenüber 57 Prozent im Jahr 2021) und entzieht sich damit dem rückläufigen Trend, der für die Landes- und Bundesregierung zu konstatieren ist. Ein genauerer Blick auf die Zeitreihe verdeutlicht zudem, dass das Vertrauen in Gerichte nur 2004 höher gewesen ist und sich seit der ersten Erhebung im Zeitverlauf nahezu verdoppelt hat. Unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz ist das Vertrauen in

III. Demokratie im Freistaat

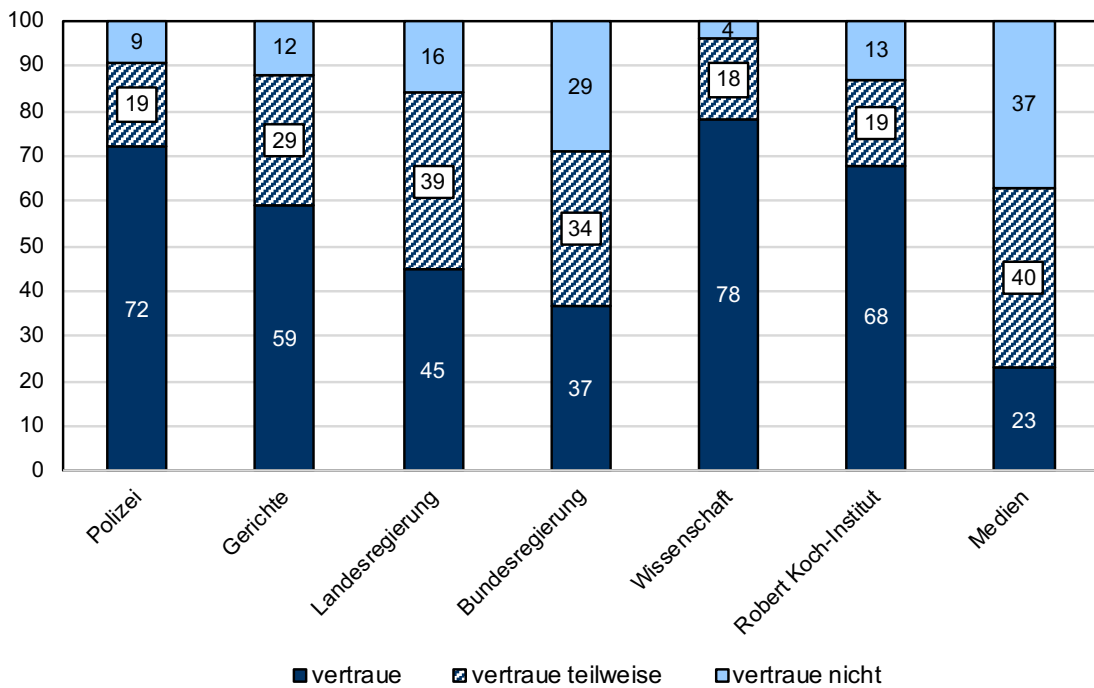
die Polizei im Vergleich zur Erhebung im Vorjahr stabil geblieben. Als unverändert erweist sich darüber hinaus die klare Vertrauensreihenfolge, die sich aus dem Antwortverhalten der Thüringer Bürger*innen ergibt: Seit der ersten Erhebungswelle genießt die Polizei das höchste Vertrauen, gefolgt von den Gerichten sowie der Landes- und Bundesregierung. Damit weisen die beiden politiknahen Akteure traditionell niedrigere und, wie aus Abbildung 15 ebenso hervorgeht, deutlich volatilere Vertrauenswerte auf. Im Falle des aktuellen THÜRINGEN-MONITORS stellen sich die Vertrauenswerte für die Landes- und Bundesexekutiven aber nicht nur als niedriger und volatiler dar, sondern, wie bereits erwähnt, auch als entgegengesetzt und rückläufig. Waren die Vertrauenswerte im letzten Jahr noch auf die bisherigen Rekordwerte geklettert (Landesregierung: 54 Prozent; Bundesregierung: 37 Prozent), verzeichnen beide Institutionen in diesem Jahr einen Rückgang von sieben respektive acht Prozentpunkten. Damit rutscht das Vertrauen in die Landesregierung wieder unter die symbolisch bedeutsame 50-Prozent-Mehrheitsschwelle. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass die aktuellen Messwerte damit die zweithöchsten Vertrauensniveaus in den jeweiligen Zeitreihen markieren. Angesichts der Tatsache, dass sich die Anzahl derjenigen, die mit dem Corona-Management der Landesregierung unzufrieden sind, im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt hat (2020: 20 Prozent; 2021: 40 Prozent), kann dieser Rückgang einerseits in gewisser Weise als „Coronaknick“ interpretiert werden. Andererseits stellt ein Vertrauensrückgang im Bereich von fünf bis zehn Prozentpunkten keine Seltenheit dar und das Vertrauen befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Insofern ist keine Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen zu erkennen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Corona-Pandemie wurde im vergangenen sowie aktuellen THÜRINGEN-MONITOR zusätzlich das Vertrauen der Bürger*innen in die Wissenschaft, das Robert Koch-Institut (RKI) sowie die Medien erhoben (vgl. Abb. 16). Zunächst fällt auf, dass die bereits im Vorjahr beobachtete Vertrauensreihenfolge, nach welcher die Wissenschaft sowie das RKI über ein deutlich höheres Institutionenvertrauen als die Medien verfügen, sich auch in diesem Jahr in gleicher Weise ergibt. Die spezifischen Vertrauensniveaus weichen dabei erheblich voneinander ab: Wohingegen knapp vier von fünf Thüringer*innen der Wissenschaft vertrauen, ist dies im Falle der Medien nur bei einem knappen Viertel aller Befragten der Fall. Auch wenn hierfür keine gesonderten Kontrollvariablen erhoben wurden, ist davon auszugehen, dass insbesondere zentrale forschungsleitende Normen wie Objektivität, Neutralität und Transparenz ursächlich für das hohe Wissenschaftsvertrauen sind. Anders als das Vertrauen in Wissenschaft und Medien, erweisen sich die für das RKI gemessenen Werte als rückläufig. So ist der Anteil der Thüringer Bürger*innen, die dem RKI nicht vertrauen, von acht Prozent im Vorjahr auf nunmehr 13 Prozent angestiegen. Somit lässt sich für alle im Zuge der Pandemiebewältigung aktiven Institutionen – Bundes- und Landesregierung sowie RKI – ein spürbarer Rückgang des Institutionenvertrauens konstatieren. Ferner deckt sich der Vertrauensrückgang in

III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

das RKI mit der in Kapitel III.3 beobachteten gesunkenen Zustimmung zur Aussage „Wichtige Entscheidungen in einer Demokratie sollten besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden“ (-9 Prozentpunkte). Aus weiterführenden statistischen Analysen geht zudem hervor, dass insbesondere Befragte, welche über eine niedrige Schulbildung verfügen, das Corona-Virus als Grippe verharmlosen sowie für Verschwörungserzählungen empfänglich sind, dem RKI kein Vertrauen schenken (vgl. hierzu auch Kapitel IV.1).

Abbildung 16. Institutionenvertrauen (in Prozent)



III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

Im Folgenden wird zunächst untersucht, welche alternativen Demokratievorstellungen zum Status Quo die Thüringer*innen bevorzugen. Im zweiten Teil dieses Abschnittes wird untersucht, wie alternative Gesellschaftsordnungen (Diktatur, Nationalsozialismus oder Sozialismus) bewertet werden. Auf dieser Basis wird drittens die Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS diskutiert.

Hinsichtlich der alternativen Demokratiekonzeptionen werden drei Formen beleuchtet: die direkte Demokratie, die deliberativen Demokratie und technokratische Demokratievorstellungen. Grundgedanke der direkten Demokratie ist, dass politische Entscheidungen unmittelbar vom Volk (z. B. durch Volksabstimmungen) getroffen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass politische Entscheidungen den

III. Demokratie im Freistaat

Mehrheitswillen des Volkes möglichst unverfälscht widerspiegeln. Auch das Modell der deliberativen Demokratie kann den partizipationsorientierten Demokratiemodellen zugeordnet werden, da dem Willen der Bürger*innen ebenfalls ein großes Gewicht beigemessen wird. Im Unterschied zur direkten Demokratie ist aber der Diskurs über die politischen Fragen das zentrale Merkmal. Ziel ist es, sich über den Austausch von Argumenten auf ein gemeinsames Ergebnis zu einigen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Menschen auf Basis überzeugender Argumente bereit sind, ihre Präferenzen zu verändern (vgl. Dryzek 2000).

In der Technokratie wird die politische Macht hingegen nicht vom Volk direkt oder von gewählten Repräsentant*innen ausgeübt, sondern durch technische Eliten. Im Gegensatz zur direkten oder deliberativen Demokratie soll die Technokratie auch kein Mehr an Partizipation verwirklichen, sondern zu „einer effektiveren, verantwortungsvolleren und sachverständigeren“ (Bertsou & Caramani 2020) Regierung führen. Technokratische bzw. expert*innenbasierte Demokratiemodelle können in verschiedenen Abstufungen auftreten: in Form regierungsberatender Positionen für Expert*innen, in Form technokratischer Minister*innen oder als rein technokratische Kabinette. Den Technokrat*innen wird dabei nachgesagt, unabhängig von kurzfristigen parteipolitischen oder ideologischen Interessen zu sein und nicht nur einem bestimmten Teil der Wählerschaft zu dienen (vgl. Bertsou & Caramani 2020).

Wie stehen die Thüringer*innen diesen drei alternativen Entscheidungsverfahren gegenüber und warum befürworten sie diese? Direktdemokratische Verfahren, die den Bürger*innen mehr Partizipationsrechte einräumen, werden im THÜRINGEN-MONITOR mit dem Item „Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen“ erfasst. 65 Prozent der Menschen im Freistaat sind dieser Auffassung. Aufgrund der bedeutsamen Rolle technokratischer Institutionen im Zuge der Pandemiebewältigung wurde im letzten THÜRINGEN-MONITOR erstmalig die Einstellung Thüringer Bürger*innen zur Technokratie erhoben. Befürworteten im vergangenen Jahr noch mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der Thüringer Bürger*innen die Aussage, dass „wichtige Entscheidungen in einer Demokratie besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden sollten“, sank die Zustimmung zu expertokratischem Regieren im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR spürbar um neun Prozentpunkte auf nunmehr 61 Prozent. Dieser Befund korrespondiert mit einem leichten Rückgang des Vertrauens in das Robert Koch-Institut (vgl. Kapitel III.2). Auch die deliberative Demokratie soll in die nachfolgende Analyse mit aufgenommen werden. Dazu nutzen wir das Item aus der Fragenbatterie zu den wichtigsten Merkmalen der Demokratie. Dort hatten 72 Prozent der Befragten angegeben, politische Entscheidungen im engen Dialog mit Bürger*innen und Betroffenen zu entwickeln, sei für sie eine „sehr wichtige“ Facette der Demokratie.

III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

Es lassen sich in der Literatur zwei Erklärungsansätze unterscheiden, warum Menschen alternative Demokratiemodelle präferieren: So gibt es einerseits stabile Präferenzen für alternative Demokratiemodelle, die sich v. a. aus einer Unzufriedenheit mit dem Status Quo speisen. Andererseits gibt es instrumentelle Beweggründe, ein alternatives Entscheidungsmodell zu bevorzugen, beispielsweise, weil man hofft, mit einem anderen Entscheidungsverfahren eine Mehrheit erzielen zu können (vgl. Werner 2020; ähnlich: Landwehr et al. 2017). Letztere sollten hier jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielen, da mit den im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommenden Items eher generelle Einstellungen gegenüber den Demokratiemodellen gemessen werden. Unzufriedenheit kann sich wiederum aus zwei Quellen speisen: Zum einen wünschen sich Menschen mit postmaterialistischen Einstellungen mehr Partizipationsmöglichkeiten und lehnen die hierarchischen Strukturen von Parteien ab (vgl. Inglehart 1977, 1997). Auch erhöht eine höhere formale Bildung, die nunmehr größeren Teilen der Bevölkerung zugutekommt, die Zahl der Bürger*innen, die sich kompetent fühlen, politische Entscheidungen zu treffen. Diesem sogenannten „new politics“-Ansatz nach, sollte die Unterstützung für direkte Demokratie unter besser gebildeten, postmaterialistisch eingestellten und politisch stärker interessierten Personen mehr verbreitet sein (vgl. Dalton et al. 2001; Danovan & Karp 2006). Demgegenüber steht die „stealth democracy“-Hypothese, die eine stärkere Präferenz für alternative Demokratiemodelle unter denjenigen annimmt, die aktuell mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie oder mit bestimmten politischen Entscheidungen unzufrieden sind. Sie haben das Gefühl, ihre Bedürfnisse werden durch alternative Entscheidungsformen besser erfüllt (vgl. Dalton et al. 2001). Für diese sogenannten „stealth democrats“ ist nach bisherigen Erkenntnissen ein partizipativeres Modell der Demokratie jedoch lediglich die Zweitpräferenz; sie bevorzugen eher eine expert*innenbasierte Demokratie (vgl. Werner 2020).

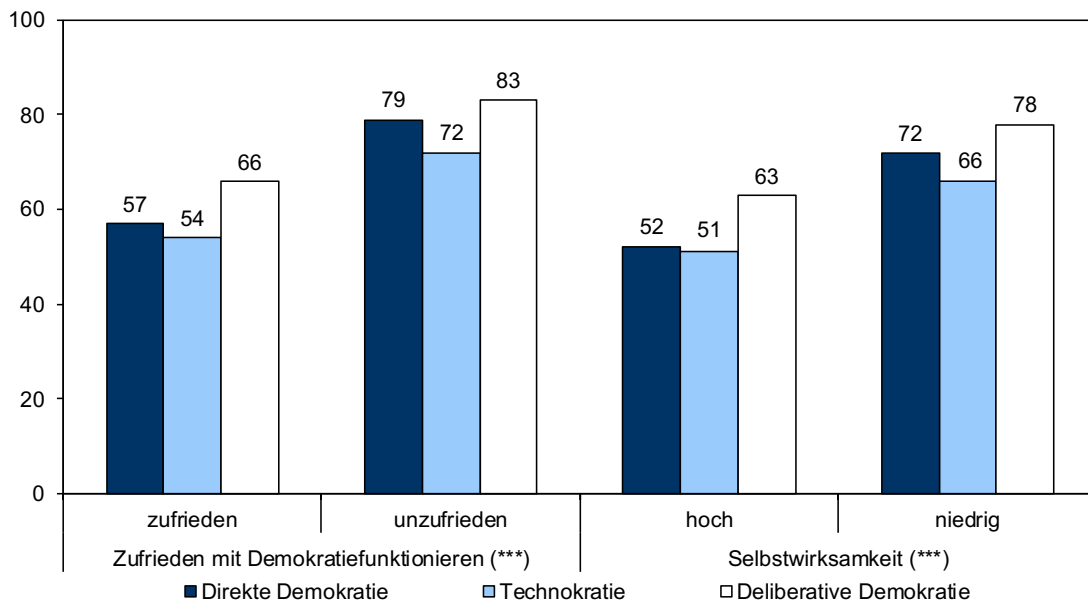
Das multivariate Modell in Tabelle 1 fasst die wichtigsten Prädiktoren für direktdemokratische, deliberative sowie technokratische Entscheidungsverfahren zusammen. Entgegen der „new politics“-Hypothese haben sowohl eine höhere formale Bildung als auch ein höheres Einkommen einen negativen Effekt auf die Befürwortung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren. Unter den Befragten in der höchsten Einkommensgruppe sind etwas mehr als die Hälfte der Auffassung, das Volk anstelle der Politiker*innen solle wichtige Entscheidungen treffen. In der mittleren Einkommensgruppe wird diese Ansicht von beinahe zwei Dritteln der Befragten vertreten und unter Menschen in der niedrigsten Einkommensgruppe zeigen sogar drei Viertel eine Präferenz für direktdemokratische Entscheidungsverfahren. Dies dürfte auf ein verstärktes Gefühl der Menschen in den unteren Einkommensgruppen zurückzuführen zu sein, dass ihre Bedürfnisse nicht erfüllt werden. So kommen Studien zum Ergebnis, dass die Politik des Bundestages v. a. an den Präferenzen der Einkommensstarken ausgerichtet ist, während die Wünsche der mittleren und niedrigen Einkommensgruppen weitestgehend ignoriert werden (vgl. Elsässer et al. 2017). Hin-

III. Demokratie im Freistaat

gegen geht der „new politics“-Hypothese entsprechend ein höheres politisches Interesse mit einer stärkeren Präferenz für ein direktdemokratisches Demokratiemodell einher. Somit ergibt sich, ähnlich wie bei Gherghina & Geissel (2019, 2020), hinsichtlich der „new politics“-Hypothese also ein gemischtes Bild.

In Übereinstimmung mit der „stealth democracy“-Hypothese hat ein hohes Institutionenvertrauen sowie Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie einen hemmenden Einfluss auf die Befürwortung der direkten Demokratie. Dies bestätigen auch andere Forschungsergebnisse zu alternativen Demokratiemodellen (vgl. Gherghina & Geissel 2019, 2020; Ceka & Magalhães 2016; Landwehr & Faas 2015). Unter den mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedenen Thüringer*innen zeigen 57 Prozent eine Präferenz für ein direktdemokratisches Demokratiemodell. Unter denjenigen, die damit unzufrieden sind, stimmen hingegen acht von zehn Befragten der Aussage zu, das Volk anstelle der Politiker*innen solle wichtige Entscheidungen treffen (vgl. Abb. 17). Menschen mit einer geringen politischen Selbstwirksamkeit, die der Auffassung sind „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“, sprechen sich ebenfalls eher für die direkte Demokratie aus. 72 Prozent der befragten Thüringer*innen mit einer niedrigen politischen Selbstwirksamkeit äußern eine Präferenz für direktdemokratische Verfahren, während es unter denen mit einer hohen Selbstwirksamkeit nur rund die Hälfte so sieht (vgl. Abb. 17).

Abbildung 17. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle nach Zufriedenheit mit dem Demokratiefunktionieren und Selbstwirksamkeit (in Prozent)

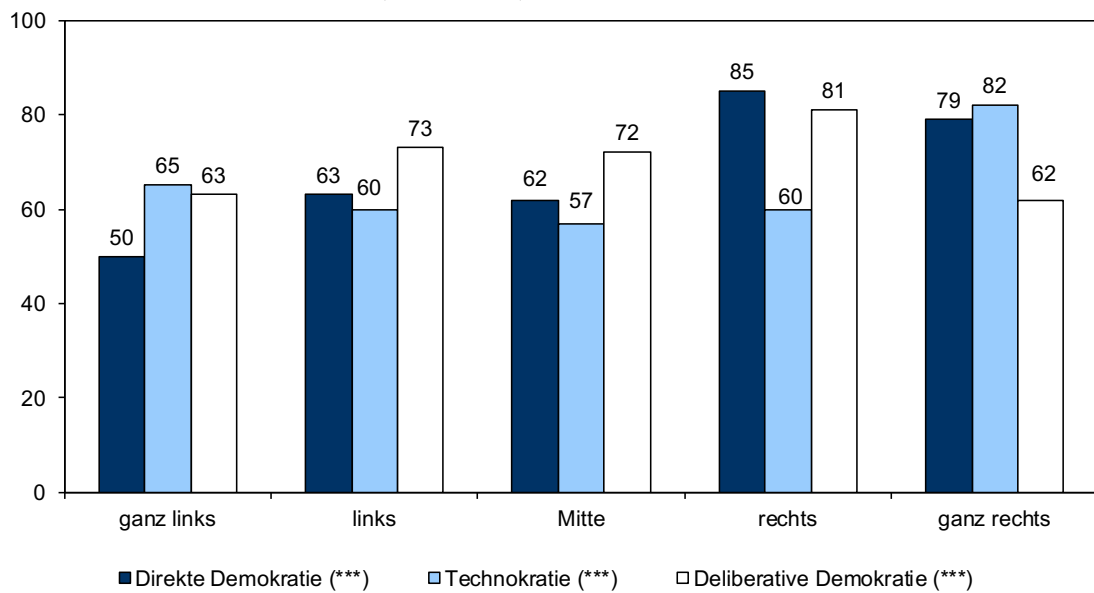


Anmerkung: „stimme zu“ bzw. „sehr wichtig“; Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

Wer sich politisch rechts verortet, befürwortet ebenfalls eher ein partizipatorisches Demokratiemodell als Befragte, die sich politisch dem linken Lager zuordnen (s. Abb. 18). Auch eher autoritär eingestellte Befragte äußern eine Präferenz für direktdemokratische Verfahren, was sich vermutlich durch die rechtspopulistischen Einstellungen und Forderungen rechtspopulistischer Parteien nach mehr direkter Demokratie erklärt (vgl. hierzu auch Kapitel V.2).

Abbildung 18. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle nach Links-Rechts-Selbstverortung (in Prozent)



Anmerkung: „stimme zu“ bzw. „sehr wichtig“; Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Die zentralen Einflussfaktoren für eine Präferenz für die deliberative Demokratie ähneln denen für die direkte Demokratie stark. Allerdings haben hierbei Geschlecht, Einkommen, politische Ideologie sowie Autoritarismus in der multivariaten Analyse keine signifikanten Effekte auf die Unterstützung eines deliberativen Demokratiemodells (s. Tabelle 1).

Präferenzen für ein expert*innenbasiertes Demokratiemodell sind dagegen bei Befragten, die sich selbst links der Mitte verorten, stärker ausgeprägt als in der Mitte des politischen Spektrums. Damit widersprechen die Befunde aus dem THÜRINGEN-MONITOR den Ergebnissen anderer Studien zur Technokratie, demnach vor allem rechts-gerichtete Individuen die Technokratie bevorzugen (vgl. Bertou & Caramani 2020; Bertou & Pastorella 2017). Befragte, die mit der Praxis der Demokratie zufrieden sind, sprechen sich eher dagegen aus, wichtige Entscheidungen besser von unabhängigen Experten treffen zu lassen. Befragte mit einer autoritären Persönlichkeitsstruktur äußern zudem ebenfalls eine stärkere Präferenz für das expert*innenbasiertes Demokratiemodell. Dies steht im Einklang mit neueren Forschungsergebnissen (vgl.

III. Demokratie im Freistaat

Chiru & Enyedi 2021). Institutionenvertrauen, Selbstwirksamkeit und das politische Interesse beeinflussen die Einstellung gegenüber der Technokratie nicht. Signifikante Einflüsse soziodemographischer Faktoren auf die Zustimmung zum expert*innenbasierten Demokratiemodell zeigen sich ebenfalls nicht (mit Ausnahme für das Geschlecht), sodass die „stealth democracy“-Hypothese nicht bestätigt werden kann. Generell weist das Regressionsmodell zur Erklärung technokratischer Einstellungen eine niedrigere Erklärungskraft auf als das statistische Modell, das die Präferenz für ein direktdemokratisches Demokratiemodell erklärt.

Tabelle 1. Einflussfaktoren auf die Präferenz für alternative Demokratiemodelle (logistisches Regressionsmodell)

Einflussfaktoren	Direkte Demokratie	Deliberative Demokratie	Technokratie
Alter (höher)		+	
Geschlecht (weiblich)	+		+
Bildung (Abitur und höher)	-	-	
Nettoäquivalenzeinkommen (arm)	++		
Nettoäquivalenzeinkommen (mittel)			
Politisches Interesse (höher)	+	+	
Ganz links			+
Links			
Rechts	++		
Ganz rechts			
Institutionenvertrauen (höher)	-	-	
Interne Efficacy (niedrig)			
Externe Efficacy (niedrig)	+	+	
Zufrieden. mit Demokratie (hoch)	-	-	-
Autoritarismus (ja)	+		+
Corona-Skepsis (ja)	+		++
Fallzahl	816	829	800
Log Likelihood	-398,297	-381,252	-434,065
Nagelkerke Pseudo-R2	0,2588	0,1973	0,1672

Anmerkung: Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalen Effekten und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginaleffekte ($p > .5$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/-$; AME $> .2 = ++/-$; AME $> .00 = +/-$.

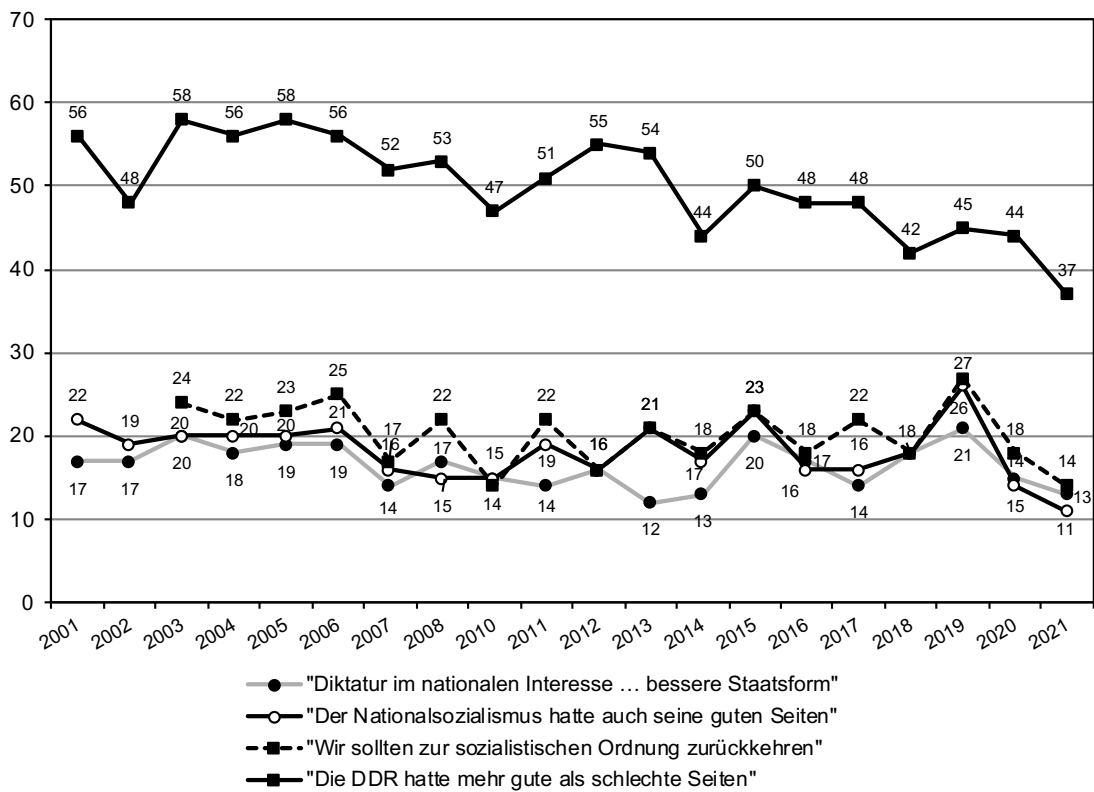
Eine Corona-skeptische Einstellung, d. h. die Zustimmung zur Aussage „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ hat ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Befürwortung alternativer Demokratiemodelle und zwar sowohl für die direkte als auch die expert*innenbasierte Demokratie. Dies ist vor dem Hintergrund der im Laufe der Corona-Krise immer wieder geübten Kritik an medizinischen Expert*innen in diesem Segment einerseits überraschend (vgl. Kapitel IV). Andererseits sind Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen – zumindest in bivariaten Analysen – weniger zufrieden mit der Praxis der Demokratie. Vor diesem Hinter-

III.3. Präferenzen für alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

grund passt es in das hier allgemein vorgefundene Muster, dass Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie nicht bzw. weniger zufrieden sind, eher alternative Demokratiekonzepte bevorzugen.

Im Folgenden steht die Bewertungen der Thüringer*innen von alternativen Gesellschaftsordnungen (vgl. Abb. 19) im Zentrum. Dabei zeigt der Vergleich zum Vorjahr, dass die Zustimmung zu Diktatur, Nationalsozialismus und der sozialistischen Ordnung im Durchschnitt um mehr als vier Prozentpunkte abgenommen hat. Dieser Rückgang ist umso bemerkenswerter, da die Zustimmungswerte bereits im vergangenen Jahr teils erheblich zurückgegangen waren, und in drei von vier Fällen nun den niedrigsten Wert seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 aufweisen.

Abbildung 19. Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001-2021 (in Prozent)

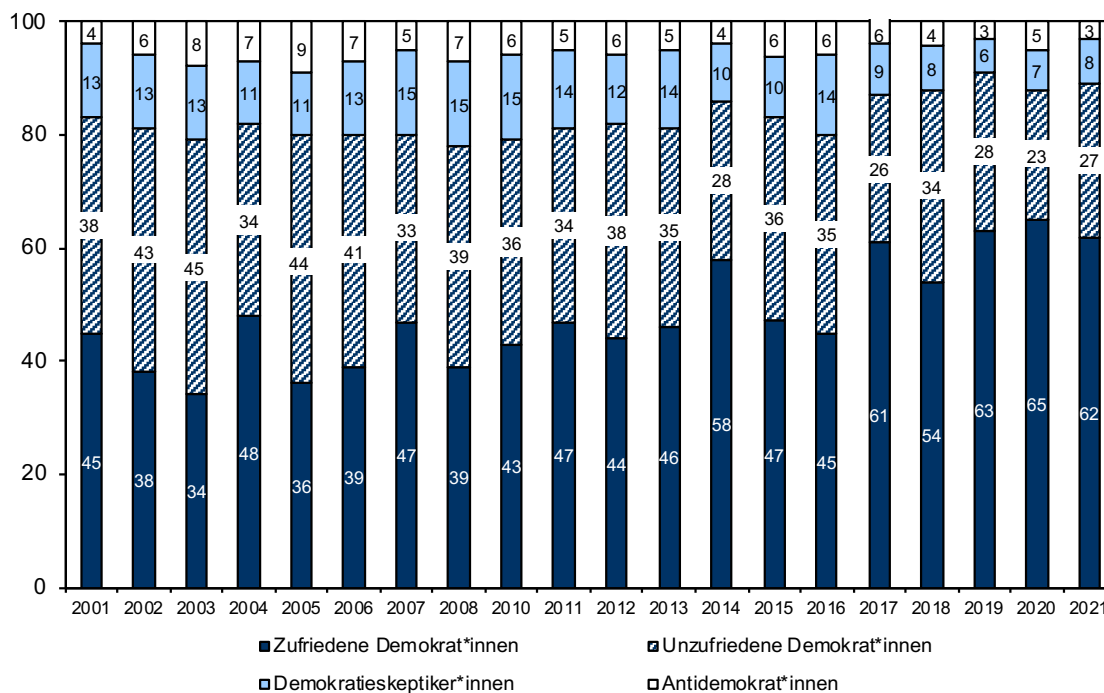


Die Befürwortung der Aussage, dass die „Diktatur im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform“ sei, sank zwar auf kein neues Minimum (2013: 12 Prozent), näherte sich diesem mit dem zweitniedrigsten Zeitreihenwert (13 Prozent) allerdings deutlich an. Dieser Umstand lässt sich in Teilen möglicherweise damit erklären, dass im Zuge der Pandemiebewältigung immer wieder das Narrativ der „Corona-Diktatur“ bemüht und somit eine zusätzliche negative Assoziation hinsichtlich diktatorischer Systeme erzeugt wurde. In der Summe

III. Demokratie im Freistaat

perpetuiert sich für die untersuchten Indikatoren damit ein seit 2019 bestehender Abwärtstrend, der insbesondere im Falle der Zustimmung zum Nationalsozialismus bemerkenswerte Ausmaße annimmt (vgl. hierzu ausführlich Kapitel V.2).

Abbildung 20. Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent)



Aus der Verknüpfung von Diktaturbewertung sowie Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit (vgl. hierzu Kapitel III.2) wird bereits seit der Ersterhebung des THÜRINGER-MONITORS eine Demokratietypologie⁹ berechnet (s. Abb. 20). In Übereinstimmung mit dem Trend der Demokratiezufriedenheit ist ein leichter Rückgang des Typs zufriedener Demokrat*innen um drei Prozentpunkte festzustellen. Nichtsdestotrotz markiert der Wert von 62 Prozent den bislang dritthöchsten beobachteten Wert seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2000. Im Umkehrschluss hat sich der Anteil der unzufriedenen Demokrat*innen um vier Prozentpunkte auf aktuell 27 Prozent erhöht – ein Wert, der aber nach wie vor deutlich unter dem langjährigen Mittel von 35 Prozent liegt. Positiv ist zu erwähnen, dass sich der Anteil der Antidemokrat*innen auf drei Prozent verringert und damit den bisherigen Tiefstwert aus dem Jahr 2019 erneut eingestellt hat. Der kumulierte Anteil

⁹Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

von Demokratieskeptiker*innen sowie Antidemokrat*innen (elf Prozent) ist damit weiterhin rückläufig. Gehörten in den Nullerjahren noch knapp ein Fünftel aller befragten Thüringer*innen den besagten Kategorien an, trifft dies in den vergangenen drei Jahren nur noch auf rund ein Zehntel aller befragten Personen zu. Weiterführende statistische Analysen weisen zudem darauf hin, dass eine negative Bewertung der deutschen Einheit (Ostdeprivation) sowie das Gefühl, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben (externe politische Selbstwirksamkeit), signifikant dazu beitragen, demokratieskeptische bzw. antidemokratische Einstellungen auszubilden. Bemerkenswert ist ferner, dass 58 Prozent der Antidemokrat*innen der Altersgruppe „60+“ angehören.

III.4. Politische Partizipation

Die Analyse zum Demokratieverständnis der Thüringer*innen hat gezeigt, dass mehr als ein Drittel der Befragten die Partizipation als wichtigstes Element der Demokratie bewertet und eine aktive Rolle der Bürger*innen in der Politik (das sogenannte Active Citizenship) als sehr wichtig ansieht (vgl. Kapitel III.1). Darüber hinaus wünschen sich mehr als 65 Prozent mehr direkte Beteiligung (vgl. Kapitel III.3). Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden untersucht werden, wie sich die Thüringer*innen beteiligen bzw. welche Formen der Beteiligung sie sich vorstellen können.

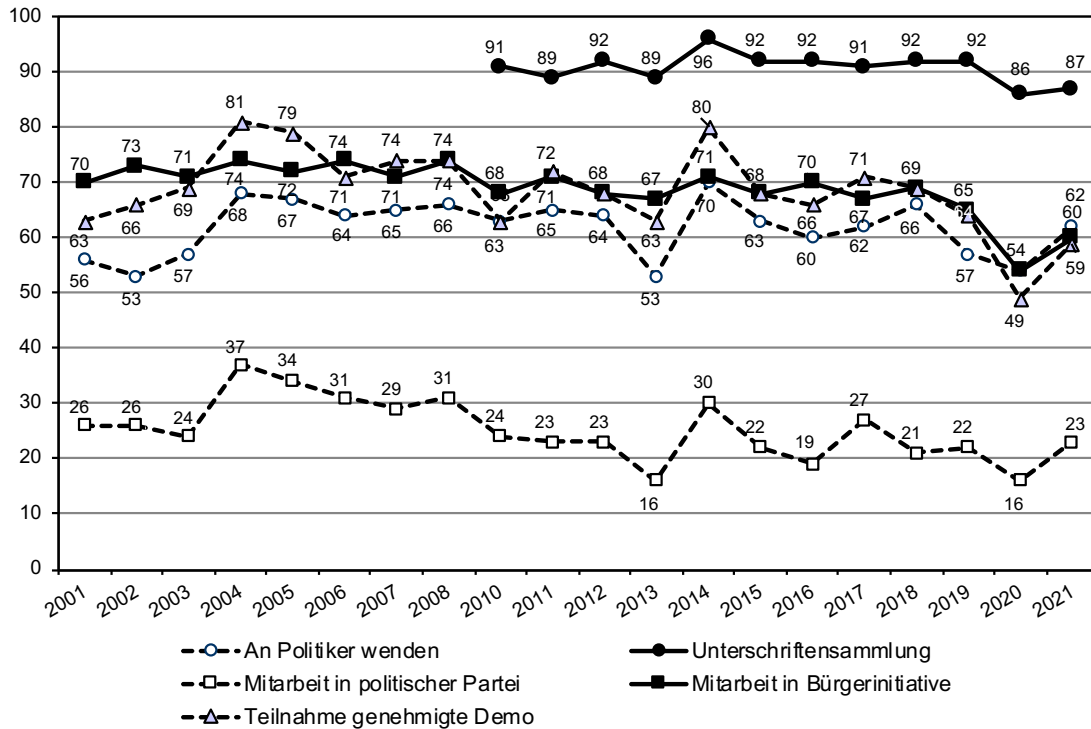
Um jene Beteiligung systematisch analysieren zu können, greift die Partizipationsforschung seit geraumer Zeit auf eine Unterscheidung von konventioneller und unkonventioneller Teilhabe zurück, wobei letztere noch einmal hinsichtlich legaler und illegaler Partizipationsformen differenziert werden kann. Alle genannten Formen politischer Beteiligung werden regelmäßig im Rahmen des THÜRINGEN-MONITOR erhoben und sowohl im Längs- als auch Querschnitt ausgewertet (vgl. Abb. 21 sowie 22). In Abbildung 21 wurden zunächst die legalen Formen der konventionellen sowie unkonventionellen Partizipation abgebildet. Für die Analyse wurde die Partizipationspraxis (Antwortkategorie „habe ich schon getan“) sowie das Partizipationspotential (Antwortkategorie „würde ich tun“) zusammengefasst und im Längsschnitt dargestellt.

Nachdem die Partizipation im vergangenen Jahr – als Folge der Corona-Pandemie – im Durchschnitt um beachtliche neun Prozentpunkte zurückgegangen war, lässt sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR ein gewisser Erholungseffekt beobachten. Wenngleich die Ursprungsniveaus der jeweiligen Beteiligungsformen aus dem Jahr 2019 bislang noch nicht in allen Fällen wieder erreicht wurden, erhöhten sich Partizipationspraxis und -potential dennoch im Schnitt um sechs Prozentpunkte. Eine Ausnahme von dieser Beobachtung bilden die Partizipationsformen der Mitarbeit in einer Partei sowie die Kontaktaufnahme mit einem*iner Politiker*in – beide kletterten über das Niveau vor der Corona-Pandemie. Nichtsdestotrotz stellt die Mitarbeit

III. Demokratie im Freistaat

in einer Partei nach wie vor und mit weitem Abstand die unbeliebteste aller Beteiligungsformen dar. Lediglich ein knappes Viertel aller Befragten kann sich vorstellen, in einer Partei mitzuarbeiten bzw. hat sich bereits in einer solchen politisch beteiligt.

Abbildung 21. Formen legaler politischer Partizipation 2001–2021 (in Prozent)



Bezieht man zusätzlich die in Abbildung 22 dargestellten Querschnittsdaten ein, wird deutlich, dass nur acht Prozent aller Befragten angaben, bisher in einer Partei mitgearbeitet zu haben – dies markiert den niedrigsten Wert aller legalen Partizipationsformen. Den Spitzenwert der Partizipationspraxis weist dementsgegen die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung auf. So gaben insgesamt 38 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen an, sich bereits auf diese Weise politisch beteiligt zu haben. Richtet man nun den Blick auf das Partizipationspotential, also diejenigen Befragten, die auf die gestellten Fragen mit „würde ich tun“, geantwortet haben, zeigt sich, dass die Teilnahme an Bürgerinitiativen (51 Prozent) sowie Unterschriftensammlungen für die Hälfte aller Befragungsteilnehmer*innen als Formen zukünftiger politischer Teilhabe infrage kommen. Die berichteten Werte decken sich darüber hinaus vollständig mit denen des Vorjahres, was hinsichtlich Partizipationspraxis und -potential den Schluss einer gewissen Konstanz nahelegt.

Aufgrund der in der Corona-Pandemie geltenden Abstandsregeln und der Lock-downs waren in den vergangenen Monaten bestimmte Formen der Partizipation nicht bzw. nur eingeschränkt möglich. Eine mögliche alternative Partizipationsform stellt

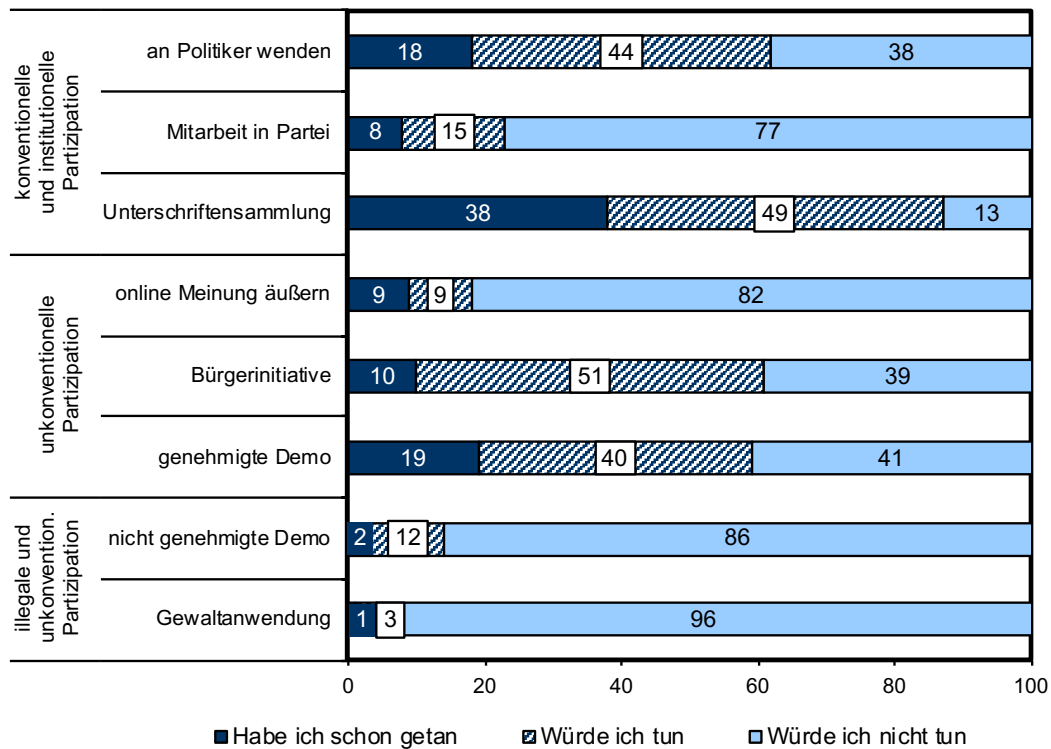
daher die digitale Partizipation dar. Daher wurden die Thüringer Bürger*innen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR erstmalig gefragt, ob sie auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken ihre Meinung zu politischen Themen bereits geäußert haben bzw. sich vorstellen können, dies zu tun. Aus Abbildung 22 geht zunächst hervor, dass vergleichsweise wenig Befragte angaben, bereits online ihre Meinung geäußert zu haben (neun Prozent) bzw. sich vorstellen können dies zu tun (ebenfalls neun Prozent). 82 Prozent der Befragten schlossen diese Form der Partizipation dahingegen für sich selbst aus. Ein differenziertes Bild entsteht, wenn man Partizipationspraxis und -potential nach Altersgruppen auswertet. Hier zeigt sich, dass die digitale Spaltung der Gesellschaft keinesfalls als überwunden gelten kann. Geben 18 Prozent der 18-24-Jährigen an, sich bereits auf diese Weise politisch engagiert zu haben, gilt dies im Vergleich nur für zwei Prozent aller Befragten, die älter als 60 Jahre sind. Ein identisches Bild ergibt sich auch im Falle des Partizipationspotentials. So können sich 23 Prozent der 18-24-Jährigen vorstellen, auf diese Weise politisch zu partizipieren, wohingegen die gleiche Antwort von lediglich fünf Prozent der Altersgruppe „60+“ gegeben wurde. Dass dennoch 59 Prozent der 18-24-Jährigen bzw. 65 Prozent der 25-34-Jährigen sich nicht vorstellen können, auf diese Weise zu partizipieren, stellt einen bemerkenswerten und überraschenden Befund dar. Schließlich sei in Bezug auf die berichteten Werte ebenso darauf verwiesen, dass ein Blick in die Online-Kommentarspalten bereits allein aus Perspektive der Altersvariable keinerlei repräsentativen Schlüsse hinsichtlich des Denkens, Fühlens sowie Handelns breiter Gesellschaftsteile erlaubt.

Während sich die legalen Formen der Partizipation im Vergleich zum Vorjahr somit wieder auf dem Vor-Corona-Niveau stabilisieren konnten, lässt sich ein vergleichbarer Trend für die illegale politische Beteiligung nicht oder nur in sehr geringem Maße ausmachen. Letzteres ist für das Partizipationspotential an nicht genehmigten Demonstrationen der Fall, das im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte auf nunmehr zwölf Prozent angestiegen ist. Die Anzahl derjenigen Befragten, die angaben, bereits an nicht genehmigten Demonstrationen teilgenommen zu haben, beläuft sich dahingegen unverändert auf zwei Prozent. Demgegenüber hat die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, erfreulicherweise weiter abgenommen. Nur drei Prozent aller Befragten können sich vorstellen, dies zu tun, was einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte entspricht. Unverändert ist indes die Anzahl derjenigen, die angaben, bereits Gewalt angewendet zu haben (ein Prozent). Im Umkehrschluss schließt eine überwältigende Mehrheit von 96 Prozent der Befragten für sich aus, Gewalt anzuwenden, um für die eigenen Ziele zu kämpfen.

Aus Tabelle 2 geht darüber hinaus der Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Corona-Skepsis hervor. Es wird deutlich, dass Corona-Skeptiker*innen über ein zum Teil deutlich höheres Potential verfügen, sich an illegalen Partizipationsformen zu beteiligen. So ist die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, um für

III. Demokratie im Freistaat

Abbildung 22. Politische Partizipation (in Prozent)



die eigenen Ziele zu kämpfen, unter Corona-Skeptiker*innen mehr als doppelt so hoch (5,9 Prozent) als in der nicht skeptischen Referenzgruppe (2,6 Prozent). Auch im Falle der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen weisen Corona-Skeptiker*innen ein um 7,2 Prozentpunkte höheres Partizipationspotential auf. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass sich – anders als im oben geschilderten generellen Trend – unter Corona-skeptischen Befragten im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung des Potentials zu illegaler Partizipation um knapp fünf Prozentpunkt auf nunmehr 17,6 Prozent feststellen lässt. Dieselben Beobachtungen lassen sich darüber hinaus auch für die Aussage „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ tätigen. Mit einer Befürwortung von 61 Prozent treten im Falle von Corona-Skeptiker*innen zum einen doppelt so hohe Zustimmungswerte als unter nicht Corona-skeptischen Befragten (29,4 Prozent) zu Tage. Zum anderen lässt sich für Erstere im Vergleich zum Vorjahr eine weitere Erhöhung des Partizipationspotentials um knapp sieben Prozentpunkte konstatieren. Diese Befunde spiegeln sich in Teilen letztlich auch in den zahlreichen Protesten gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wider.

Folgt man dem Systematisierungsvorschlag politischer Partizipation von Westle und Anstötz (2020, 247 f.) lässt sich auf Grundlage der aktuellen THÜRINGEN-MONITOR-Daten in der Summe Folgendes festhalten: Politische Partizipation wird

Tabelle 2. Politische Partizipation und Corona-Skepsis (in Prozent)

	Kein*e Corona-Skeptiker*in	Corona-Skeptiker*in
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?*		
würde ich nicht tun	87,5	81,1
würde ich tun	10,4	17,6
habe ich schon getan	2,1	1,3
Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?*		
würde ich nicht tun	96,4	94,1
würde ich tun	2,6	5,9
habe ich schon getan	1,0	0,0
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.***		
lehne ab	70,6	39,0
stimme zu	29,4	61,0

Anmerkung: Spaltenprozentage ergeben jeweils 100 Prozent; Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

im Schnitt dann wahrscheinlicher, wenn es sich um kollektive, niedrighschwellige (mit einem geringen zeitlichen wie monetären Aufwand verbundene), punktuelle, institutionalisierte, legale, legitime, konventionelle sowie eher auf Gestaltung denn Protest abzielende Formen der politischen Teilhabe handelt. Anders formuliert wird politische Teilhabe im Umkehrschluss immer dann unwahrscheinlicher, wenn es sich um Partizipationsformen handelt, die als individuell, hochschwellig (mit einem hohem zeitlichen wie monetären Aufwand verbunden), kontinuierlich, nicht institutionalisiert, illegal, illegitim, unkonventionell sowie eher auf Protest denn auf Gestaltung ausgerichtet charakterisiert werden können.

In einem letzten Schritt soll abschließend der Frage nachgegangen werden, welche Determinanten auf der Individualebene dazu beitragen, dass sich Bürger*innen aktiv politisch beteiligen. Als zu erklärende abhängige Variable wurde hierbei ein Partizipationsindex verwendet, der sich additiv und ungewichtet aus allen in Abbildung 21 dargestellten legalen konventionellen sowie unkonventionellen Partizipationsformen berechnet. Anders als in der Abbildung wurde bei der Indexkonstruktion jedoch ausschließlich die Partizipationspraxis (Antwortkategorie: „habe ich schon getan“) berücksichtigt. Die zur Erklärung des Partizipationsindex herangezogenen erklärenden unabhängigen Variablen wurden allesamt aus der theoretischen Partizipationsliteratur entnommen. In dieser dominiert seit geraumer Zeit das so genannte „Civic Voluntarism Model“ (Verba et al. 1995), welches politische Partizipation im Wesentlichen als Funktion aus drei Elementen versteht: Ressourcen, psychologische Beteiligungsmotive (auch: Motivation) sowie Mobilisierung. Gemäß der Prognose des „Civic Voluntarism“-Modells beteiligen sich Bürger*innen immer dann, wenn sie es können (Ressourcen), es wollen (psychologische Beteiligungsmotive) sowie von anderen dazu animiert werden (Mobilisierung) (vgl. Westle & Anstötz 2020, 254).

III. Demokratie im Freistaat

Schlüsselt man die einzelnen Elemente weiter auf, werden den Ressourcen klassischerweise Indikatoren wie Zeit, Einkommen und Bildung zugerechnet. Zu den Motiven zählen in der Regel psychologische Dispositionen der Bürger*innen wie die Parteiidentifikation, politisches Interesse sowie die interne wie externe politische Selbstwirksamkeit. In zahlreichen Studien werden aufgrund ihrer Wechselwirkungen mit den genannten Faktoren darüber hinaus auch Variablen wie die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen oder das Responsivitäts- sowie Deprivationsempfinden dem Oberbegriff der Motivation zugeordnet. Unter dem Aspekt der Mobilisierung wird ferner die Einbindung von Individuen in spezifische Netzwerke von Institutionen oder Personen im beruflichen sowie privaten Umfeld verstanden. Die partizipationsfördernden Mobilisierungsmechanismen können dabei auf dem Wege unmittelbarer Aufforderungen aber auch indirekt in Form von Konformitätsdruck wirken. Zusätzlich zu den genannten Variablen werden schließlich auch stets soziodemographische Variablen wie das Geschlecht und Alter, die Herkunft oder der Erwerbsstatus einer Person als Kontrollvariablen zur Erklärung der Partizipationspraxis herangezogen. Sofern die besprochenen Variablen Bestandteil der diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR-Erhebung waren, wurden diese in ein multivariates lineares Regressionsmodell zur Erklärung der abhängigen Variable aufgenommen. Alle relevanten Ergebnisse der statistischen Berechnungen wurden in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3. Determinanten Politischer Partizipation (Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	Politische Partizipation
Geschlecht (weiblich)	-
Lebensalter (in Jahren)	--
Arbeitslosigkeit (nein)	-
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	++
Nettoäquivalenzeinkommen	
Parteiidentifikation (ja)	++
Politisches Interesse (höher)	++
Demokratiezufriedenheit (höher)	
Interne politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-
Mangelndes Responsivitätsempfinden (höher)	
Individuelle Deprivation (höher)	
R ² *100 (Anteil erklärter Varianz)	15,5
Fallzahl N	773

Anmerkung: Plus bedeutet einen partizipationsverstärkenden Einfluss und Minus einen partizipationsmindernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zu Einflussstärken basieren auf den standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Beta-Werte ($p > .5$) eingetragen wurden: Betrag (beta) $> .2 = +++/-$; Betrag (beta) $> .1 = ++/-$; Betrag (beta) $> .0 = +/-$.

Aus der multivariaten Regressionsanalyse geht hervor, dass Frauen, ältere Befragte sowie erwerbslose Personen eine signifikant niedrigere Partizipationspraxis aufweisen. Neben diesen soziodemographischen Faktoren zeigt sich, dass mit Blick

auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen insbesondere der Faktor Bildung einen signifikanten partizipationssteigernden Effekt aufweist. Hinsichtlich der psychologischen Beteiligungsmotive wirkt sich darüber hinaus eine vorhandene Parteiidentifikation sowie ein hohes politisches Interesse partizipationsfördernd aus. Dahingegen zeigt sich, dass Personen, die der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ zustimmen und somit über eine geringe externe politische Selbstwirksamkeit verfügen, in einem geringeren Ausmaß politisch partizipieren als Befragte, die dieser Aussage nicht zustimmen. Unter allen signifikanten Variablen, erweisen sich das Politische Interesse sowie die Bildung als die beiden stärksten inhaltlichen Erklärungsfaktoren. In der Summe wird politische Partizipation also immer dann wahrscheinlicher, wenn es sich um tendenziell jüngere, erwerbstätige und höher gebildete männliche Befragte handelt, die über eine Parteiidentifikation und ein hohes politisches Interesse verfügen sowie des Weiteren nicht den Eindruck haben, dass sie keinen Einfluss darauf hätten, was die Regierung tut. Mit einer Varianzaufklärung von 15,5 Prozent verfügt das Regressionsmodell über eine vergleichsweise geringe Erklärungskraft, was zu einem gewissen Maß auch dem Umstand geschuldet ist, dass Variablen, welche den Mobilisierungsfaktor erheben, üblicherweise kein Bestandteil des THÜRINGEN-MONITORS sind. Nichtsdestotrotz decken sich die empirischen Befunde mit dem Ergebniskanon der klassischen nationalen sowie internationalen Partizipationsforschung (vgl. u. a. Gabriel 2013; Schäfer 2015; Verba et al. 1995; Vetter & Remer-Bollow 2017 sowie Weßels 2015).

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Auch im Jahr 2021 war das gesellschaftliche Leben in Thüringen wesentlich durch die Corona-Pandemie geprägt (vgl. Kapitel II). Wie die Thüringer*innen die COVID-19-Pandemie im zweiten Jahr in Folge erleben, ist Gegenstand dieses Kapitels. Dabei geht es zunächst um die Wahrnehmung verschiedener, mit der Pandemie verbundener Gefahren sowie die Bewertung der Gefährlichkeit des Virus und Corona-skeptische Einstellungen. Anschließend wird die Überlappung zwischen rechtsextremen und Corona-skeptischen Einstellungen untersucht. Den Abschluss bildet ein Blick auf die Demokratievorstellungen der Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen, womit die beiden Schwerpunktthemen des THÜRINGEN-MONITORS 2021 verknüpft werden.

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

Risikowahrnehmung während der COVID-19-Pandemie

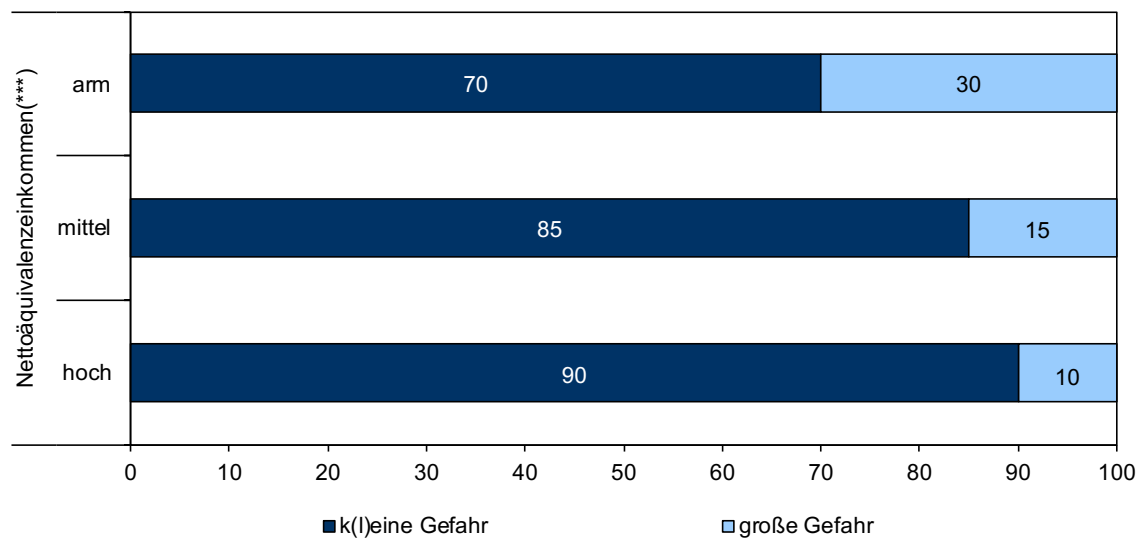
Ein Blick auf die Risikowahrnehmung der Thüringer*innen offenbart, dass die diversen Facetten der Corona-Krise in verschiedenen Bevölkerungsgruppen als ganz unterschiedlich bedrohlich empfunden werden. Zwei Drittel der befragten Thüringer*innen geben im Juni/Juli 2021 an, im Corona-Virus keine oder nur eine kleine Gefahr für ihre eigene Gesundheit zu sehen, wobei 21 Prozent sogar gar keine Gefahr wahrnehmen und 46 Prozent eine (sehr) kleine (vgl. Abb. 24). Demgegenüber hält jede*r dritte Befragte COVID-19 im Sommer 2021 für eine (sehr) große Gefahr für die eigene Gesundheit. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 ist anzunehmen, dass sich die Gefahrenwahrnehmung für die eigene Gesundheit für die Befragten sowohl aus dem angenommenen Schweregrad einer möglichen Infektion als auch aus der wahrgenommenen Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung ergibt. Die Befragung des THÜRINGEN-MONITORS fand – wie bereits im Jahr 2020 – vor dem Hintergrund sowohl thüringenweit als auch bundesweit niedriger Infektionszahlen statt (vgl. Abb. 5). Zudem hatte ein nennenswerter Teil der Bevölkerung zum Befragungszeitpunkt bereits mindestens eine COVID-19-Impfung erhalten.¹⁰ Beides dürfte die Wahrnehmung einer Gefahr für die eigene Gesundheit schmälern und dazu beitragen, dass hier – trotz der im bundesweiten Vergleich hohen Infektionszahlen im Freistaat in der zweiten und dritten Infektionswelle – nur

¹⁰Vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquoten_monitoring.html.

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

leichte Veränderungen gegenüber dem Herbst 2020 feststellbar sind. Damals konnten 72 Prozent der Befragten keine Gefahr für ihre eigene Gesundheit durch das Corona-Virus erkennen, 28 Prozent sahen eine „große“ bzw. „sehr große“ Gefahr (vgl. TM 2020, 23). Dabei ist die Risikowahrnehmung mit Blick auf die eigene Gesundheit in Thüringen weiterhin niedriger als im bundesweiten Vergleich. So sehen in einer bundesweiten Befragung im Juni 2021 über 40 Prozent der Bundesbürger*innen ihre eigene Gesundheit als gefährdet an (vgl. Politbarometer 2021a, 2021b).

Abbildung 23. Gefahr für die persönliche wirtschaftliche Situation nach Einkommen (in Prozent)



Signifikanz: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

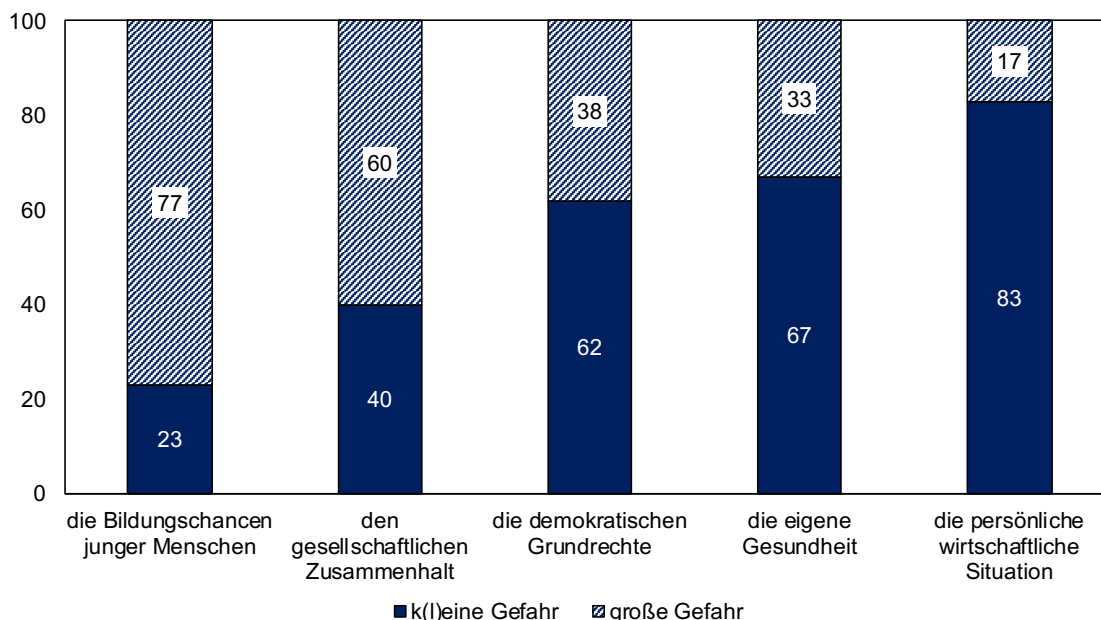
Die von der Politik zur Eindämmung des Corona-Virus ergriffenen Maßnahmen hatten schwerwiegende wirtschaftliche Folgen und führten zu Kurzarbeit sowie Entlassungen und damit zu einer Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Lage zahlreicher Menschen (vgl. Kapitel II). Allerdings waren bestimmte Berufsgruppen stärker von der Krise betroffen als andere (vgl. Buch et al. 2021; Hövermann & Kohlrausch 2020). Dies spiegelt sich auch in den THÜRINGEN-MONITOR-Daten wider. Lediglich 17 Prozent der befragten Thüringer*innen geben an, in der Corona-Krise eine große Gefahr für ihre eigene wirtschaftliche Situation zu sehen. Eine deutliche Mehrheit von 83 Prozent nimmt hingegen keine oder nur eine kleine Gefahr für ihre ökonomische Lage wahr. Mit 48 Prozent sieht sogar knapp die Hälfte keinerlei Gefahr, womit kaum Veränderungen gegenüber 2020 feststellbar sind. Es zeigt sich allerdings, wie schon im THÜRINGEN-MONITOR des Vorjahres, dass die ökonomischen Lasten der Pandemie sozial ungleich verteilt sind und bestehende Ungleichheiten vertiefen (vgl. TM 2020, 43 f.). Insbesondere die untere Einkommensgruppe macht sich im Sommer 2021 größere Sorgen um ihre finanzielle Situation (vgl. Abb. 23). Dies steht im Einklang mit den Beobachtungen wirtschaftswissenschaft-

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

licher Studien, die insbesondere für die unteren Einkommensgruppen Einkommenseinbußen im Zuge der Corona-Krise dokumentieren (vgl. Kohlrausch et al. 2020). Zudem zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Berufsgruppen: In der Gruppe der Landwirt*innen, Freiberufler*innen und Selbstständigen beklagen zwei Fünftel, ihre eigene wirtschaftliche Situation sei durch die Corona-Krise bedroht, wohingegen dies in den übrigen Berufsgruppen jeweils nur auf 14 bis 18 Prozent der Befragten zutrifft. Auch die starke finanzielle Betroffenheit von Freiberufler*innen und Selbstständigen wird in bundesweiten Untersuchungen bestätigt (vgl. Hövermann & Kohlrausch 2020).

Vor dem Hintergrund des erneuten Lockdowns, mit dem es ab Mitte Dezember 2020 abermals zur Schließung der Thüringer Schulen kam, sahen 70 Prozent der Bürger*innen im Freistaat die Bildungschancen junger Menschen in Gefahr (vgl. Abb. 24). Dies steht im Einklang mit den Befunden anderer Studien wie beispielsweise der auf bundesweiten Daten beruhenden COSMO-Studie, die zeigt, dass sich im Juni bzw. Juli 2021 rund 70 Prozent der Befragten um anhaltende Nachteile für die junge Generation durch den Unterrichtsausfall sorgten (vgl. COSMO 2021a). Eltern machen sich jedoch überraschenderweise nicht mehr Sorgen um die Bildungschancen junger Menschen als die übrigen Befragten, Frauen sorgen sich hier jedoch mehr als Männer.

Abbildung 24. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein für... (in Prozent)



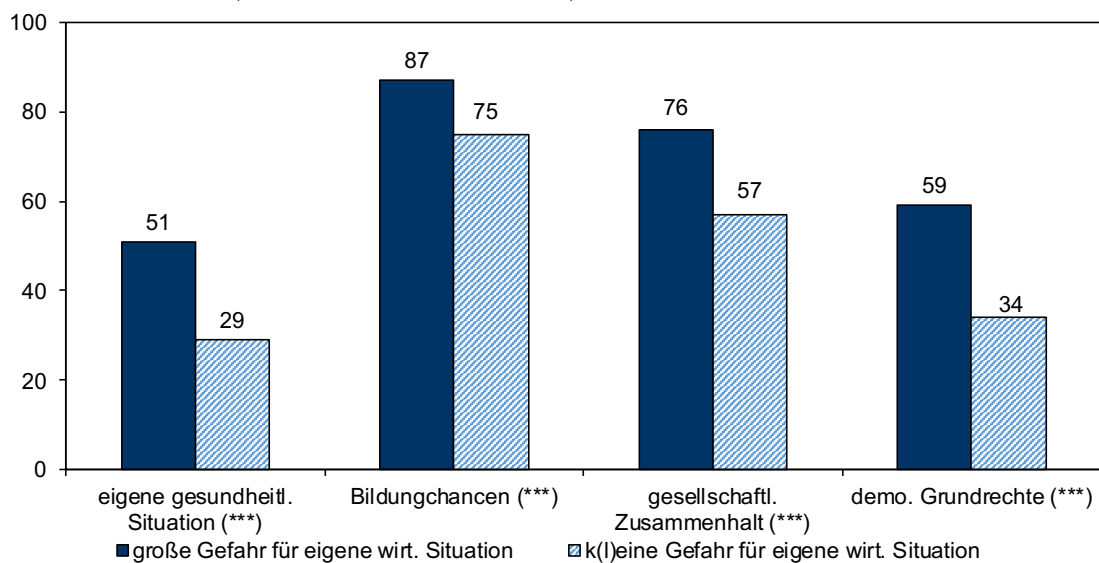
Sechs von zehn Thüringer*innen nehmen in der Corona-Pandemie darüber hinaus eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wahr, was eine Steigerung von

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmethoden

acht Prozentpunkten gegenüber 2020 bedeutet (vgl. TM 2020, 45). Eine solche Gefahr sehen vor allem diejenigen Befragten, die die Pandemie verharmlosen, d. h. der Aussage zustimmen, das Virus sei nicht schlimmer als eine Grippe, sowie Befragte, die dem Glauben an pandemiebezogene Verschwörungstheorien anhängen. Die gestiegene Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Spaltung dürfte allgemein auf die breite mediale Rezeption der Querdenken-Proteste zurückzuführen sein. Zudem stellen Untersuchungen eine verstärkte Radikalisierung der Corona-Skeptiker*innen fest (vgl. Eder & Staib 2021; Gensing 2021; Tagesspiegel 2021). Dabei hat sich die anfängliche Gegnerschaft zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen der Corona-Maßnahmen vermutlich stärker auf das Thema Impfen sowie eine generelle Kritik am politischen System verlagert. Dass Corona-skeptisch eingestellte Befragte (die vermutlich auch eher impfskeptisch eingestellt sind; vgl. TM 2020, 35) auf Basis der aktuellen medialen Debatten eine stärkere Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrnehmen, ist plausibel, müssen sie doch u. a. eine zunehmende Ausgrenzung für Ungeimpfte vom gesellschaftlichen Leben befürchten.

Außerdem beklagen 38 Prozent der Befragten eine Gefahr für die demokratischen Grundrechte (2020: 35 Prozent). Auch hier gibt es v. a. Unterschiede zwischen Menschen, die die Gefährlichkeit der Pandemie verharmlosen bzw. die pandemiebezogenen Verschwörungsmethoden zustimmen und solchen, die dies nicht tun. Dies spiegelt sich in Narrativen wie der Furcht vor einer „Corona-Diktatur“ wider (siehe näher Kapitel IV.3) Auch Thüringer*innen, die sich politisch rechts verorten, sehen eher eine Bedrohung für die demokratischen Grundrechte.

Abbildung 25. Bedrohungswahrnehmung nach Gefahr für die eigene wirtschaftliche Situation („große Gefahr“ in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Auffällig ist außerdem, dass Befragte, die in der Corona-Krise eine große Gefahr für ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehen, auch in allen anderen Bereichen eine signifikant größere Bedrohungswahrnehmung haben – ob mit Blick auf die eigene Gesundheit, die Bildungschancen der jungen Generation, den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder die demokratischen Grundrechte (vgl. Abb. 25). Einen ähnlichen Befund berichteten bereits Hövermann und Kohlrausch, die für Erwerbstätige, die in der Corona-Krise Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, ebenfalls höhere Sorgenwerte mit Blick auf die eigene Gesundheit, die familiäre Situation oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachweisen konnten (vgl. Hövermann & Kohlrausch 2020, 491).

Corona-skeptische Einstellungen

Zur Bedrohungswahrnehmung während der COVID-19-Pandemie gehören auch Corona-verharmlosende bzw. Corona-skeptische Einstellungen. Die Ursachen solcher Tendenzen in der Bevölkerung zu verstehen, ist von hoher Relevanz, da wissenschaftliche Studien einen Zusammenhang zwischen geringerer Einhaltung der Schutzmaßnahmen und Corona-Skepsis belegen (vgl. Latkin et al. 2021; Küppers & Reiser 2021; Rothmund et al. 2020). Zudem ist ein Zusammenhang zwischen Impfverweigerung und Corona-Skepsis dokumentiert (TM 2020, 35).

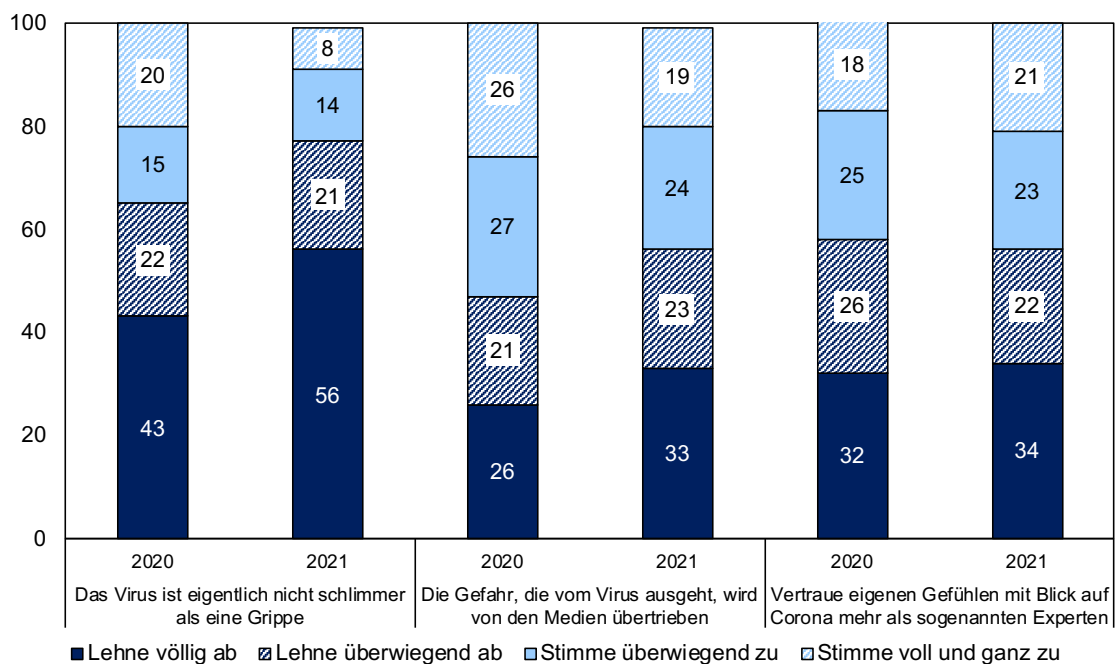
Corona-verharmlosende bzw. Corona-skeptische Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung wurden im THÜRINGEN-MONITOR – wie bereits im vergangenen Jahr – auf Basis von drei Aussagen erfasst, denen jeweils nennenswerte Teile der Befragten zustimmen (vgl. Abb. 26). Im Unterschied zum Vorjahr findet allerdings keines der drei das Virus verharmlosenden Statements mehr eine mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung des Freistaats. Etwas mehr als ein Fünftel der Befragten vertritt die Ansicht, das Virus sei nicht schlimmer als eine Grippe. Bei dieser Aussage ist im Vergleich zum Vorjahr die größte Veränderung in den Einstellungen der Bewohner*innen des Freistaats zu verzeichnen: Die Zustimmung geht im Vergleich zum Herbst 2020 um 13 Prozentpunkte zurück. Zudem wird diese Aussage nun von einer Mehrheit der Thüringer*innen (56 Prozent) „voll und ganz“ abgelehnt – 2020 lag die vollständige Ablehnung noch bei 43 Prozent (vgl. TM 2020, 25). Ursächlich hierfür dürften u. a. die hohen Infektionszahlen im Freistaat während der zweiten und dritten Welle der Pandemie Ende 2020 und Anfang 2021 gewesen sein. Sie führten dazu, dass deutlich mehr Thüringer*innen nach eigener Auskunft direkt oder indirekt (d. h. im engen Freundes- oder Familienkreis) gesundheitlich durch das Corona-Virus betroffen waren (56 Prozent gegenüber 12 Prozent im Herbst 2020). Damit bestätigt sich die Vermutung aus dem vorherigen THÜRINGEN-MONITOR 2020, dass die hohe Zustimmung zu dieser Corona-skeptischen Aussage im Vorjahr teilweise darauf zurückzuführen war, dass ein Teil der Thüringer*innen falsche Vorstellungen von der Gefährlichkeit des Virus hatte. Dies begründet sich darin, dass

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

Thüringen in der ersten Pandemiewelle vergleichsweise schwach betroffen war und somit wenige direkte Erfahrungen mit dem Virus gemacht hatten.

Auch die Zustimmung zur Aussage „Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird von den Medien stark übertrieben“ (Medien-Alarmismus) geht im Vorjahresvergleich um 10 Prozentpunkte zurück, sodass hier im Sommer 2021 noch 43 Prozent der Thüringer*innen zustimmen. Dieser Wert liegt damit unter der in Sachsen im Mai 2021 anhand der gleichen Aussage ermittelten Zustimmung von 50 Prozent (vgl. Vorländer et al. 2021, 24). Keine Veränderungen ergeben sich dagegen in Bezug auf die wissenschaftsskeptische Einstellung „Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“. 44 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu (2020: 43 Prozent). Im Nachbarland Sachsen zeigen sich demgegenüber nur 20 Prozent der Bürger*innen wissenschaftsskeptisch eingestellt, indem sie die Aussage „Es ist gut, wenn die Politik in der Krise vorrangig dem Rat etablierter Wissenschaftler und Experten folgt“ ablehnen (vgl. Vorländer et al. 2021, 24). Allerdings ist ein Vergleich der Zustimmungswerte aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierung nur eingeschränkt möglich.

Abbildung 26. Corona-skeptische Einstellungen der Thüringer*innen (in Prozent)

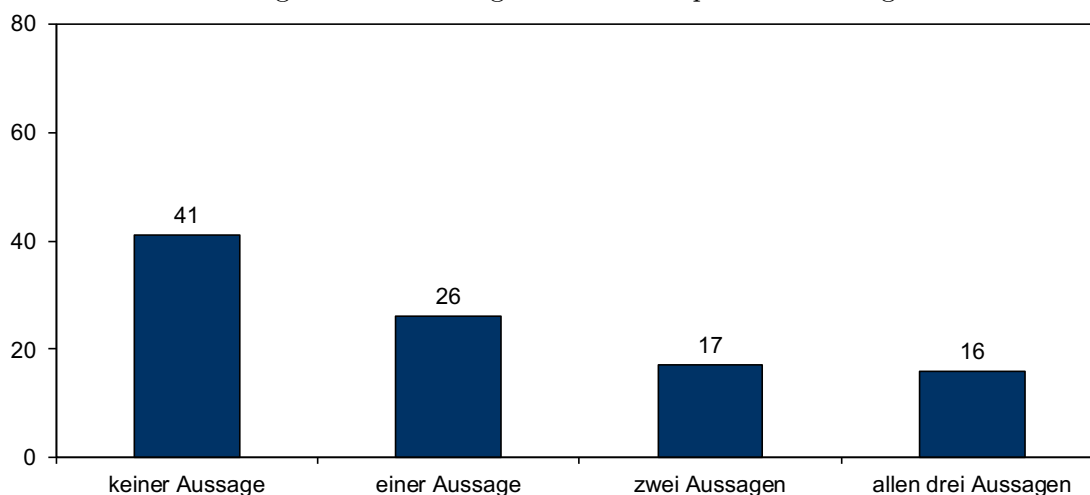


Insgesamt lässt sich – wie bereits 2020 – erkennen, dass die Höhe der Zustimmungswerte zu den drei Aussagen variiert. Dies dürfte mit der unterschiedlichen „Schwierigkeit“ der Aussagen zusammenhängen (vgl. Methodik des THÜRINGEN-MONITORS). Als besonders Corona-skeptisch können diejenigen Befragten eingestuft werden, die allen drei Aussagen entweder „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen.

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Dies betrifft jedoch nur eine Minderheit von 16 Prozent der Thüringer*innen (2020: 21 Prozent) (vgl. Abb. 27). Wie bereits im Vorjahr stimmen die meisten Befragten keiner der drei die COVID-19-Pandemie verharmlosenden Aussagen zu (2021: 41 Prozent; 2020: 35 Prozent). Auch hier spiegelt sich also ein Rückgang Corona-verharmlosender Tendenzen wider.

Abbildung 27. Zustimmung zu Corona-skeptischen Aussagen



Befragte, die ... Aussagen zustimmten in Prozent

In den folgenden Analysen gelten diejenigen Befragten als Corona-Skeptiker*innen, die die Aussage bejahen, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei. Tabelle 4 zeigt die Einflussfaktoren für diese Einstellung. Aus der multivariaten Analyse geht hervor, dass es v. a. drei zentrale Prädiktoren für eine Corona-skeptische Haltung gibt: Die Risikowahrnehmung für die eigene Gesundheit, rechtsextreme Einstellungen sowie das Vertrauen in das Robert Koch-Institut. Damit sind die zentralen Prädiktoren die gleichen wie im Vorjahr.

Die Analyse offenbart somit weiterhin einen negativen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung des Virus als große Gefahr für die eigene Gesundheit und Corona-Skepsis. Allerdings ist es möglich, dass dieser Effekt in beide Richtungen wirkt: Zum einen kann eine geringe Risikowahrnehmung für die eigene Gesundheit verallgemeinert werden. Zum anderen ist es möglich, dass erst die Überzeugung, COVID-19 sei nicht schlimmer als eine gewöhnliche Grippe, dazu führt, die Gefahr für die eigene Gesundheit als niedriger einzustufen (vgl. Latkin et al. 2021).

Wie bereits im vergangenen Jahr (vgl. TM 2020, 75 f.) offenbart sich erneut die – im Vergleich zum Rest der Bevölkerung – weitere Verbreitung Corona-skeptischer Einstellungen unter den rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen. Beinahe ein Drittel der Menschen mit einer rechtsextremen Einstellung vertritt eine Corona-

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

skeptische Haltung. Im Rest der Bevölkerung sind es nur 21 Prozent (siehe auch Kapitel IV.2). In Abbildung 28 ist zu erkennen, dass sich Corona-skeptische Einstellungen in allen politischen Lagern finden lassen. Ihre Verbreitung ist jedoch bei Befragten, die sich politisch rechts oder ganz rechts verorten, zum Teil deutlich höher als unter denjenigen, die sich politisch selbst dem linken Spektrum zuordnen. Dies deckt sich mit Befunden weiterer wissenschaftlicher Studien, die ebenfalls einen Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und Corona-Skepsis bzw. mangelndem Corona-Schutzverhalten beschreiben (vgl. u. a. Barbieri & Bonini 2021; Latkin et al. 2021; Rothmund et al., 2020). Im Vergleich zum Vorjahr ist dies jedoch eine deutlich geringere Überlappung von rechtsextremen und Corona-skeptischen Einstellungen: So waren im vergangenen Jahr knapp zwei Drittel der rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen gleichzeitig auch Corona-Skeptiker*innen (vgl. TM 2020; vgl. hierzu auch ausführlich Kapitel IV.2).

Tabelle 4. Einflussfaktoren für Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“) (logistische Regression)

Einflussfaktoren	Corona-Skepsis
Alter (höher)	-
Bildung (Abitur und höher)	
Geschlecht (weiblich)	
Politisches Interesse (höher)	
Gesundheitliche Betroffenheit (nein)	
Gesundheitliche Betroffenheit (nein, aber Risikogruppe)	+
Corona = Gefahr für eigene Gesundheit (große Gefahr)	-
Corona = Gefahr für eigene wirt. Situation (große Gefahr)	
Rechtsextremismus (höher)	+
Verschwörungsdenken („geheime Organisationen“)	
Verschwörungsdenken („Angst und Schrecken“)	+
Vertrauen Bundesregierung (teilw.)	
Vertrauen Bundesregierung (hoch.)	
Vertrauen Medien (teilw.)	
Vertrauen Medien (hoch.)	
Vertrauen RKI (teilw.)	-
Vertrauen RKI (hoch.)	--
Fallzahl	871
Log Likelihood	-276,006
Nagelkerke Pseudo-R ²	0,416

Anmerkung: Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalen Effekten und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginalen Effekte ($p > .5$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/+-$; AME $> .2 = ++/-$; AME $> .00 = +/-$.

Hohes Vertrauen in das Robert Koch-Institut hat erneut einen hemmenden Einfluss auf Corona-skeptische Einstellungen. Lediglich 11 Prozent derjenigen, die dem RKI vertrauen, teilen die Überzeugung, dass das Virus nicht schlimmer sei als eine Grippe. Demgegenüber wird diese Auffassung unter denjenigen Thüringer*innen, die

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

dem RKI nicht vertrauen, von beinahe zwei Dritteln vertreten. Dies steht ebenfalls im Einklang mit den Erkenntnissen weiterer wissenschaftlicher Studien, die einen Zusammenhang zwischen niedrigem Vertrauen in die Wissenschaft oder die Medien sowie niedrigem Vertrauen in die Regierung und Corona-skeptischen Einstellungen beschreiben (vgl. Rothmund et al. 2020; Reinemann et al. 2020).

Weder die persönliche wirtschaftliche Bedrohtheit durch das Virus noch die gesundheitliche Betroffenheit stehen im Zusammenhang mit Corona-verharmlosenden Einstellungen. Dasselbe gilt für Vertrauen in die Medien und – im Unterschied zum vergangenen Jahr (vgl. TM 2020, 48) – ebenfalls für das Vertrauen in die Bundesregierung. Das Vertrauen in die Bundesregierung ist möglicherweise deshalb kein signifikanter Erklärungsfaktor mehr, weil auch in der Gruppe der nicht COVID-skeptischen Thüringer*innen das Vertrauen in die Regierung als Folge der zunehmenden Unzufriedenheit mit dem Pandemiemanagement zurückgegangen ist (vgl. Kapitel II).

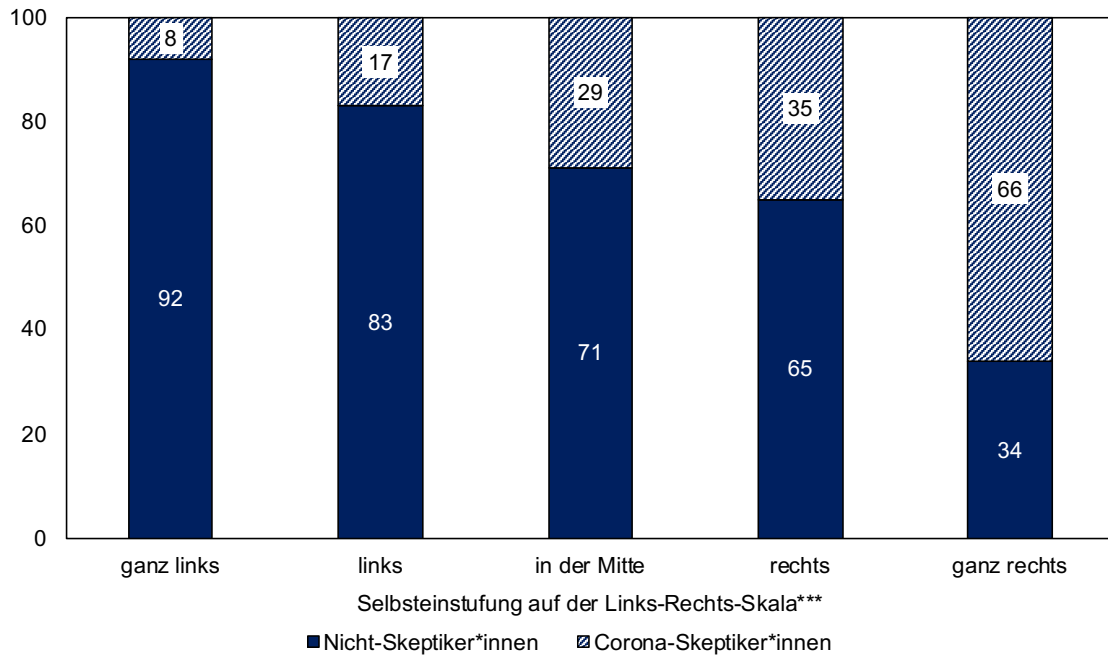
Bezüglich der Zustimmung zu Verschwörungstheorien, denen in zahlreichen Studien ein enger Zusammenhang mit einer Corona-skeptischen oder allgemein wissenschaftsskeptischen Haltung nachgewiesen wird (vgl. u. a. Rothmund et al. 2020; Ruthjens & van der Lee 2020; Lewandowsky et al. 2013), zeigt sich im THÜRINGEN-MONITOR ein differenziertes Bild. So lässt sich auf der einen Seite im Regressionsmodell kein Zusammenhang zwischen der Befürwortung der pandemiebezogenen Verschwörungserzählung, dass geheime Organisationen während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, und Corona-Skepsis, herstellen. Auf der anderen Seite ist die Zustimmung zur Aussage, die Regierung habe die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können, stark mit einer pandemieskeptischen Haltung verknüpft. Die Hälfte derjenigen Thüringer*innen, die dieser Meinung anhängt, sieht COVID-19 als nicht gefährlicher an als eine Grippe; unter den restlichen Befragten sind es nur 10 Prozent. Dass diese Beziehung in beide Richtungen verläuft, erscheint plausibel. So kann zum einen der Glaube an eine Verschwörung der Regierung zur absichtlichen Einschränkung der Grundrechte die Wahrnehmung der Gefährlichkeit des Corona-Virus schmälern. Ebenfalls werden jedoch Befragte, die Corona für harmlos halten, eine große Diskrepanz zwischen den von ihnen für notwendig erachteten Maßnahmen und den tatsächlich verhängten und zum Teil gravierenden Einschränkungen der Grundrechte wahrnehmen. Dies wiederum kann sie darin bestärken, eine andere Erklärung für die als übertrieben wahrgenommenen Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte zu suchen.

Eine Corona-skeptische Haltung wirkt sich auch auf die Bewertung des Pandemiemanagements und der Schutzmaßnahmen aus. Eine hohe Akzeptanz für die zur Pandemiebekämpfung ergriffenen Maßnahmen geht Studien zufolge auch mit einer

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

hohen Bereitschaft einher, diese zu befolgen (z. B. Maske tragen, Quarantäneanordnungen einhalten, sich impfen lassen) (vgl. Rothmund 2020). Hingegen ist es bei jenen, die nur eine geringe Akzeptanz für die Schutzmaßnahmen zeigen bzw. diese eher als Bedrohung empfinden, wahrscheinlicher, dass sie diese ignorieren werden.

Abbildung 28. Zustimmung/Ablehnung der Aussage „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ nach Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse (in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

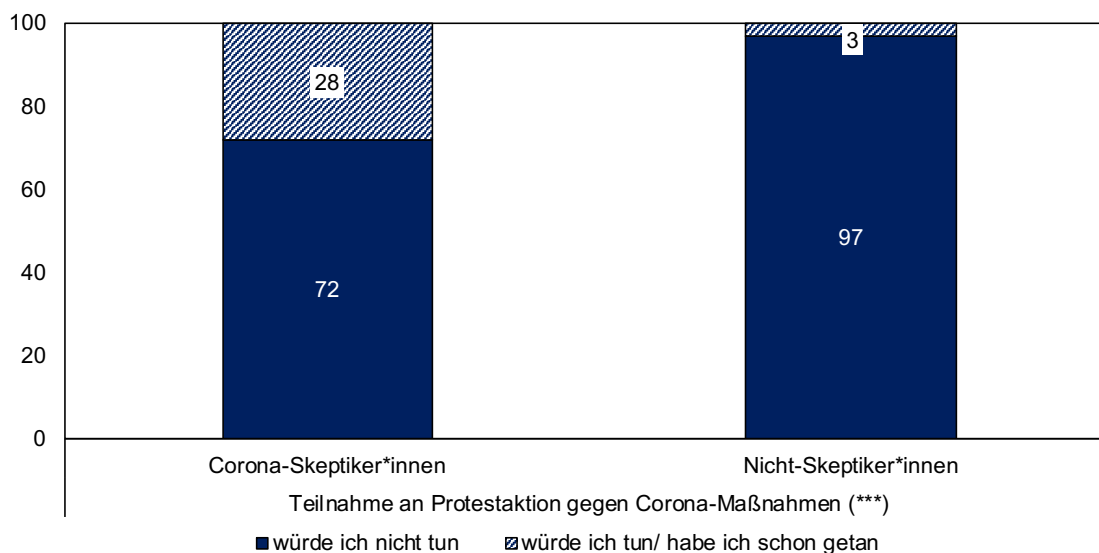
Wenn die Gefährlichkeit des Corona-Virus als gering angesehen wird, strahlt dies auch auf die Zustimmung zu den im Rahmen der Pandemiebekämpfung ergriffenen Grundrechtseinschränkungen aus. 56 Prozent der Corona-Skeptiker*innen nehmen eine große Gefahr für die demokratischen Grundrechte wahr – im Rest der Bevölkerung fällt dieser Anteil mit ca. einem Drittel niedriger aus. Ein sehr ähnliches Bild offenbart sich mit Blick auf die Klage „Wir müssen aufpassen, dass wir in der Corona-Pandemie nicht in eine Diktatur abgleiten.“ Dieser Auffassung schließen sich sechs von zehn Skeptiker*innen an, aber wiederum nur ein Drittel der übrigen Befragten. Angesichts des in der Anti-Corona-Bewegung weit verbreiteten Narratives einer angeblichen „Corona-Diktatur“ überrascht dieser Befund kaum (siehe auch Kapitel IV.3).

28 Prozent der Menschen mit einer Corona-skeptischen Haltung haben außerdem schon an einer Protestaktion gegen die Corona-Maßnahmen teilgenommen oder können sich dies vorstellen. Unter den Thüringer*innen ohne Corona-skeptische Hal-

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

tung sind es demgegenüber gerade einmal drei Prozent (vgl. Abb. 29). Corona-Skeptiker*innen lehnen zudem die Schutzmaßnahmen eher ab – worauf im nächsten Abschnitt noch einmal ausführlich eingegangen wird.

Abbildung 29. Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis und Teilnahme an Protestaktionen gegen Corona-Maßnahmen (in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Maßnahmenskepsis

Die Bewertung der Corona-Schutzmaßnahmen ist stark kontextabhängig und daher immer vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Pandemieentwicklung zu verstehen. Die Befragung 2021 fand nach dem Ende der dritten Pandemiewelle statt, die 7-Tage-Inzidenz lag im Erhebungszeitraum thüringenweit stets unterhalb eines Werts von 35 (vgl. RKI).¹¹ Gleichzeitig galten damit während der gesamten Befragungsphase auch nur noch wenige der einst weitreichenden Einschränkungen aus den Anfangsmonaten des Jahres 2021 (vgl. Kapitel II). Insgesamt lehnen 63 Prozent der befragten Thüringer*innen im Sommer 2021 die Aussage ab, wonach die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen werden, stark übertrieben wären (39 Prozent der Thüringer*innen lehnt diese Aussage sogar „völlig“ ab). Somit zeigt sich auch mehr als ein Jahr nach dem Beginn der Pandemie noch eine klare Mehrheit mit den von der Politik ergriffenen Maßnahmen zufrieden. Jedoch klagen im Umkehrschluss auch 37 Prozent, dass sie die ergriffenen Maßnahmen übertrieben finden.

¹¹Vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Fallzahlen_Kum_Tab.html.

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

Ein Vergleich mit bundesweiten Studien wird erschwert, da diese zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen und die Frageformulierungen voneinander abweichen.¹² Die Ergebnisse entsprechen in der Tendenz jedoch jenen der COSMO-Studie, die mit beinahe der gleichen Formulierung für Gesamtdeutschland erhoben wurden. Hier schwankt der Wert derjenigen, die die Maßnahmen übertrieben finden, zwischen Mitte Juni und Mitte Juli zwischen 30 und 36 Prozent (COSMO 2021b, 2021c). Ohne dass dies in diesem Jahr im Detail erhoben wurde, ist von spürbaren Unterschieden in der Zustimmung zu den einzelnen Maßnahmen auszugehen: Während Kontaktbeschränkungen und Maskenpflicht in der letztjährigen Erhebung eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erfuhren, erachtete lediglich eine knappe Mehrheit der Befragten die Schließung von Schulen sowie Läden und Restaurants für sinnvoll (vgl. TM 2020, 29).

Unter den Befragten, deren Ansicht nach Corona nicht schlimmer als eine Grippe ist, halten über drei Viertel die Maßnahmen für übertrieben. Im Rest der Bevölkerung ist es dagegen nur knapp ein Viertel. Auch Thüringer*innen, die das Corona-Virus als eine große Gefahr für die eigene Gesundheit sehen, betrachten die Maßnahmen eher nicht als übertrieben – im Gegensatz zu Menschen, die das Virus mit Blick auf ihre eigene Gesundheit für eher harmlos erachten. Dieser Zusammenhang scheint plausibel, denn wer das Virus für sich persönlich oder allgemein für eher harmlos hält, nimmt im Gegenzug eine wesentlich stärkere Unverhältnismäßigkeit zwischen den zum Schutz der Gesellschaft notwendig erachteten Maßnahmen und den von der Politik tatsächlich verhängten Corona-Regeln wahr. Neben einer Corona-skeptischen Einstellung sowie der persönlichen Risikobewertung wird die Haltung zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen dabei im Wesentlichen von den politischen Einstellungen sowie dem Vertrauen in die politischen Institutionen bestimmt – wie das Ergebnis einer multivariaten Analyse zeigt. Befragte, die der Regierung vertrauen, halten die verhängten Einschränkungen eher nicht für übertrieben. Auch die Daten der COSMO-Studie belegen einen Zusammenhang zwischen Vertrauen und Maßnahmenablehnung (vgl. COSMO 2021d). Es ist allerdings denkbar, dass der Zusammenhang ebenso in die entgegengesetzte Richtung wirken kann und eine Ablehnung der Schutzmaßnahmen eine größere Unzufriedenheit mit dem Pandemiemanagement und damit ein geringeres Vertrauen in die verantwortlichen politischen Institutionen nach sich zieht. Überdies zeigt sich, dass rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen die Maßnahmen eher für übertrieben halten als Thüringer*innen ohne rechtsextreme Einstellungen. Hier ist aber zu bedenken, dass es eine nicht unwesentliche Überschneidung zwischen Rechtsextremen und Corona-

¹²Laut Politbarometer finden im Juni 2021 19 Prozent der Befragten die Maßnahmen übertrieben (vgl. Politbarometer 2021b). Im DeutschlandTrend lag der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen als zu weitgehend bewerten, im Juni bei 24 Prozent (vgl. Infratest dimap 2021). Allerdings standen in beiden Fällen jeweils drei Antwortkategorien zur Verfügung: übertrieben bzw. gehen zu weit, angemessen, gehen nicht weit genug bzw. sollten härter ausfallen.

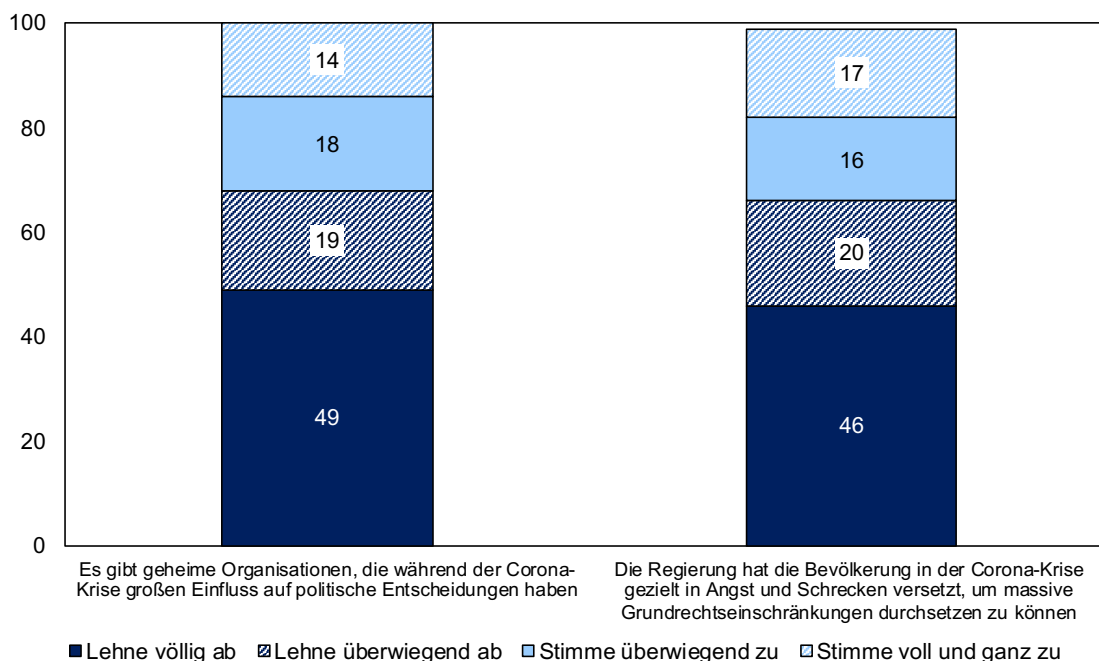
IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Skeptiker*innen gibt (vgl. Kapitel IV.2). Ein weiterer signifikanter Einflussfaktor ist das Alter der Befragten: Hier sind es vor allem die mittleren Altersgruppen, die sich deutlich häufiger maßnahmenkritisch äußern als die jüngste Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) sowie die ältesten Befragten (ab 60 Jahre). Die Einstellung zur Frage, ob die Politik genug unternimmt, um die Corona-Maßnahmen zu erklären und zu begründen, hat demgegenüber keinen signifikanten Effekt auf die allgemeine Einstellung gegenüber den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen.

Pandemiebezogenes Verschwörungsdenken

Im Zuge der Corona-Pandemie ist es zu einer vermehrten Diskussion über Verschwörungserzählungen in den Medien sowie der Öffentlichkeit gekommen, sodass diese eine gesteigerte öffentliche Sichtbarkeit erfuhren. Verschwörungserzählungen beschreiben in der Regel einen geheimen Plan einer mächtigen Gruppe, um wichtige Ereignisse zu beeinflussen und der Gesellschaft insgesamt zu schaden. Gemäß der Kompensationshypothese glauben Menschen eher daran, wenn sie das Gefühl von Kontrollverlust erleben, weshalb Pandemien – auch historisch betrachtet – die Entstehung und Verbreitung von Verschwörungsmythen fördern. Sie werten zudem das Selbstvertrauen auf, weil Verschwörungsgläubige sich selbst als die Wissenden sehen und überzeugt sind – im Gegensatz zur „naiven“ Masse (von ihnen auch als „Schlafschafe“ bezeichnet) –, über exklusives Wissen bezüglich angeblicher geheimer Machenschaften mächtiger Gruppen zu verfügen (vgl. Lamberty & Rees 2021; Rees & Lamberty 2019; Schließler et al. 2020).

Abbildung 30. Zustimmung zu pandemiebezogenen Verschwörungsmythen (in Prozent)



IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

Im THÜRINGEN-MONITOR 2021 wurden zwei auf die Corona-Pandemie bezogene Verschwörungsmythen abgefragt: Zum einen wurde wie im letzten Jahr abgefragt, ob sie der Aussage: „Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ zustimmen. Im THÜRINGEN-MONITOR 2021 kam zudem erstmals das neu entwickelte Item „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können“ zum Einsatz. Dieses greift damit das in der Querdenken-Szene häufig verwendete Narrativ einer drohenden Corona-Diktatur auf. Beiden Aussagen stimmt jeweils ein Drittel der befragten Thüringer*innen zu, sodass im Vergleich zum Vorjahreswert kein signifikanter Unterschied besteht (vgl. TM 2020, 54). Allerdings zeigt sich auch ein deutlicher Widerspruch innerhalb der Bevölkerung, da jeweils beinahe die Hälfte der Befragten die Aussagen völlig ablehnt (vgl. Abb. 30). Vergleiche mit anderen Studien werden durch die unterschiedliche Auswahl der jeweils zum Einsatz kommenden Items erschwert.¹³

Tabelle 5 fasst die wichtigsten Prädikatoren für die beiden pandemiebezogenen Verschwörungserzählungen zusammen. Zentrale Einflussfaktoren sind das Vertrauen in staatliche Institutionen und rechtsextreme Einstellungen. Rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen glauben eher an die beiden pandemiebezogenen Verschwörungsmythen. Wie bereits im vergangenen Jahr wirkt hohes Vertrauen in das Robert Koch-Institut hemmend auf den Glauben an eine Verschwörung geheimer Organisationen. Ebenfalls ein hemmender Effekt kommt dem Vertrauen in die Bundes-

¹³Vorländer et al. (2021) legten den Sächs*innen im Mai 2021 zwei Corona-bezogene Verschwörungserzählungen zur Überwachung der Bürger*innen (Zustimmung: 35 Prozent) sowie zur Vertuschung von Impfnebenwirkungen aus Rücksicht auf die Pharmalobby (Zustimmung 44 Prozent) vor und erzielten vergleichbare Zustimmungswerte wie der THÜRINGEN-MONITOR. Der Wortlaut der beiden abgefragten Aussagen lautete: „Aus Rücksicht auf die Pharmalobby verschweigt die Regierung mögliche Nebenwirkungen und Langzeitschäden der Corona-Impfstoffe“, „Die Corona-Pandemie bietet der Regierung einen Vorwand um die Überwachung der Bürger voranzutreiben“ (Vorländer et al. 2021, 23). In der aktuellen Mitte-Studie stimmt dagegen nur etwa ein Zehntel der Befragten der Aussage zu, dass die COVID-19 Pandemie von geheimen Mächten verursacht wurde, und 17 Prozent sind der Ansicht, die Pandemie werde dazu genutzt, Zwangsimpfungen durchzusetzen. Dass geheime Organisationen – unabhängig von der Corona-Krise – großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, glaubt in der Mitte-Studie zudem etwas mehr als jede*r Fünfte (vgl. Lamberty & Rees, 289 ff.), wohingegen die Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) für letzteres Item im Frühsommer des vergangenen Jahres noch eine Unterstützung von 38 Prozent berichtet (vgl. Decker et al. 2020, 198). Auch für das pandemiespezifische Verschwörungsdenken fanden die Autor*innen der LAS höhere Werte als die Mitte-Studie. Zustimmungswerte zwischen 33 und 48 Prozent im bundesweiten Durchschnitt und zwischen 44 und 54 Prozent in Ostdeutschland sind ähnlich hoch bzw. noch höher ausgeprägt als in Thüringen – allerdings unterscheiden sich die gestellten Fragen erheblich (vgl. Schließler et al. 2020, 301). Die Fragen, die in der LAS zum Einsatz kamen, lauten: „Die Hintergründe der Corona-Pandemie werden nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen“ und „Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige davon profitieren können“ (Schließler et al. 2020, 201)

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

regierung zu. Dasselbe lässt sich mit Blick auf die Zustimmung zur Aussage „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können“ konstatieren. Es erscheint jedoch plausibel, dass diese Beziehung in beide Richtungen wirkt, da es nur folgerichtig ist, den politischen Eliten zu misstrauen, wenn man annimmt, sie seien Teil einer Corona-Verschwörung.

Subjektive Deprivationserfahrungen, d. h. die Kombination aus einer schlechten individuellen wirtschaftlichen Lage sowie dem Gefühl, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, haben dagegen – anders als noch 2020 – keinen signifikanten Einfluss auf den Glauben an eine Verschwörung geheimer Organisationen. Auch der Glaube an die zweite pandemiebezogene Verschwörungstheorie kann nicht durch individuelle Deprivationserfahrung vorhergesagt werden. Befragte mit dem Persönlichkeitsmerkmal des Autoritarismus glauben eher an eine Verschwörung geheimer Organisationen. Für die Zustimmung zur zweiten Corona-bezogenen Verschwörungstheorie zeigt Autoritarismus dagegen keinen signifikanten Effekt.

Von den möglichen soziodemographischen Einflussfaktoren haben Alter und Bildung einen signifikanten Effekt. Während ein höheres Alter den Glauben an eine Verschwörung der Regierung hemmt, wirkt eine höhere Bildung negativ auf den Glauben an eine Verschwörung geheimer Organisationen. Dies deckt sich mit den Befunden anderer wissenschaftlicher Studien (vgl. Lamberty & Rees 2021, 294; Schließler et al. 2020, 302).

Es besteht außerdem ein Zusammenhang zwischen der persönlichen Risikobewertung und dem Glauben, die Bundesregierung habe die Bevölkerung während der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen. Für die Zustimmung zur Aussage „geheime Organisationen haben während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen“ hat die Risikowahrnehmung dagegen keinen signifikanten Einfluss. Der Unterschied dürfte darin begründet sein, dass die Verschwörungserzählung zu den geheimen Organisationen anders als die Verschwörungstheorie, dass die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken versetzt worden sei, nicht auf eine Verharmlosung der COVID-19-Pandemie abzielt.

Verschwörungsdenken wirkt sich auch darauf aus, wie sich die Menschen verhalten. Wie bereits im vergangenen Jahr gibt es einen Zusammenhang zwischen pandemiebezogenem Verschwörungsdenken und der Ablehnung der Corona-Maßnahmen (vgl. TM 2020, 56). Dies deckt sich mit den Befunden anderer wissenschaftlicher Studien (vgl. u. a. Pummerer et al. 2020). Dieser Zusammenhang ist allerdings für jene, die denken, die Bundesregierung habe die Bevölkerung während der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, noch einmal stärker als für Befragte, die

IV.1. Risikowahrnehmung, Corona-Skepsis und Verschwörungsmythen

Tabelle 5. Einflussfaktoren für pandemiebezogenes Verschwörungsdenken (logistische Regression)

Einflussfaktoren	„geheime Organisationen“¹	„Angst und Schrecken“²
Alter (höher)		_ ³
Bildung (Abitur und höher)	-	
Geschlecht (weiblich)		
Nettoäquivalenzeinkommen (mittel)		
Nettoäquivalenzeinkommen (hoch)		
Corona = Gefahr für eigene Gesundheit (groß)		-
Corona = Gefahr für eigene wirt. Situation (groß)		
Deprivation (ja)		
Autoritarismus (höher)	+	
Vertrauen Bundesregierung (teilw.)		-
Vertrauen Bundesregierung (hoch.)	--	-
Vertrauen Medien (teilw.)		
Vertrauen Medien (hoch.)		
Vertrauen RKI (teilw.)		-
Vertrauen RKI (hoch.)	--	-
Rechtsextremismus (höher)	+	+
Fallzahl	760	825
Log Likelihood	-330,686	-310.737
Nagelkerke Pseudo-R2	0,307	0,479

Anmerkung: ¹ „Geheime Organisationen haben während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen“ ² „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können“ ³ Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringenden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflusstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalwirkungen und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginalwirkungen ($p > .05$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/+-$; AME $> .2 = ++/+-$; AME $> .00 = +/-$.

glauben, geheime Organisationen nähmen während der COVID-19-Pandemie großen Einfluss auf die Politik. Wer an eine der beiden pandemiebezogenen Verschwörungstheorien glaubt, hat zudem eher Angst vor dem Abgleiten in eine „Corona-Diktatur“ und ist eher der Meinung, es sei Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten. Menschen, die an Corona-Verschwörungserzählungen glauben, weisen zudem eine deutlich größere Neigung auf, an einer Protestaktion gegen die Corona-Maßnahmen teilzunehmen. Das deckt sich mit den Befunden weiterer wissenschaftlicher Studien (vgl. Lamberty & Rees 2021, 294). Dieser Befund ist mit Blick auf den Teilnehmer*innenkreis der Anti-Corona-Demonstrationen jedoch nicht verwunderlich. Neben der gemeinsam geteilten Angst vieler Demonstrant*innen vor einer angeblich drohenden autoritären Hygienesdiktatur und der Auffassung, sich im Widerstand zu befinden, sind Verschwörungserzählungen ein zentrales Bindeglied zwischen den heterogenen Protestierenden. Auch sind Anhänger*innen von Corona-Verschwörungsdenken eher bereit, für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt einzusetzen bzw. illegale Partizipationsformen zu nutzen – oder haben dies schon getan (s. Kapitel III.4; vgl. auch TM 2020, 57). Dies steht im Einklang mit

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

neueren Befunden der Literatur, wonach Verschwörungsgläubige eine höhere Neigung zur Billigung politischer Gewalt (vgl. Vegetti & Littvay 2021) bzw. zu illegalen Formen politischer Partizipation (vgl. Imhoff et al. 2021) aufweisen.

IV.2. Corona-Skepsis und Rechtsextremismus

Im Folgenden soll – vor dem Hintergrund der THÜRINGEN-MONITOR Befunde aus 2020, die eine klare Überlappung zwischen rechtsextremen und pandemieverharmlosenden Einstellungen gezeigt haben, untersucht werden, inwiefern sich Corona-skeptische und rechtsextreme Einstellungen im Jahr 2021 weiterhin überschneiden. Dies ist vor dem Hintergrund, dass sowohl rechtsextreme Einstellungen (vgl. Kapitel V.2) als auch Corona-skeptische Einstellungen (vgl. Kapitel IV.1) merklich zurückgegangen sind, von besonderem Interesse.

Tabelle 6. Rechtsextremismus und Corona-Skepsis (in Prozent)

		Rechtsextreme Einstellung	
		nein	ja
Corona-Skepsis	Ablehnung	70,4	7,5
	Zustimmung	18,7	3,4

Tabelle 6 zeigt dazu zunächst auf, wie stark die Überlappung zwischen Rechtsextremen und Corona-Skeptiker*innen im Freistaat ist. Die breite Mehrheit der Thüringer*innen ist – wie schon im Vorjahr – weder rechtsextrem noch Corona-skeptisch eingestellt (2021: 70,4 Prozent; 2020: 60,2 Prozent). Lediglich 3,4 Prozent sind sowohl rechtsextrem als auch Corona-skeptisch eingestellt – ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, als dieses Segment noch 11,1 Prozent ausmachte. Von den rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen leugnet etwa ein Drittel die Gefährlichkeit des Virus. Im vergangenen Jahr teilten noch zwei Drittel der rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen eine COVID-19 skeptische Haltung. Unter den übrigen Befragten findet die Corona-skeptische Aussage rund 20 Prozent Zustimmung. Gleichzeitig sind 16 Prozent der Corona-Skeptiker*innen – und damit etwa halb so viele wie letztes Jahr – rechtsextrem eingestellt (in der übrigen Thüringer Bevölkerung sind es nur 10 Prozent). Dieser Rückgang ist erstaunlich und zeigt, dass die in den Medien berichtete Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat. Damit passt das Ergebnis gleichzeitig zur Entscheidung des Verfassungsschutzes, für die Beobachtung von Teilen der Querdenker*innen-Szene eine neue Extremismuskategorie zu schaffen (vgl. Bubrowski 2021).

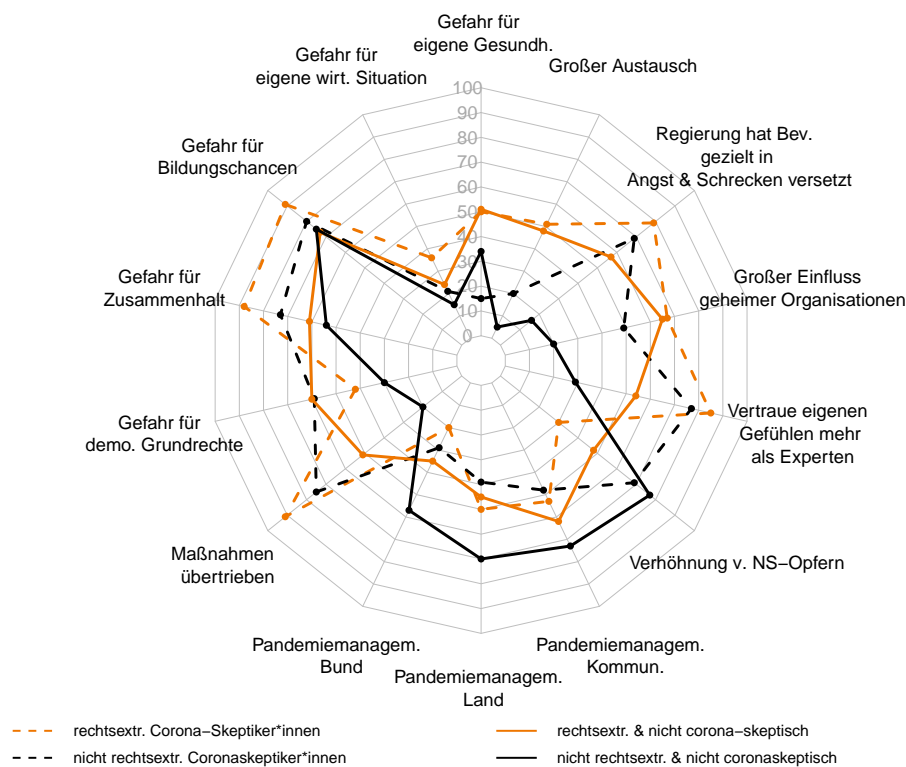
In Abbildung 31 ist zu erkennen, dass Corona-Skeptiker*innen häufig – unabhängig davon, ob sie nun eine rechtsextreme Einstellung besitzen oder nicht – eine sehr ähnliche Bewertung der Corona-Krise vornehmen. Wie im vergangenen Jahr (vgl. TM 2020, 76 f.) verstärkt die rechtsextreme Einstellung häufig die negative Bewertung der Krise. So nehmen Corona-Skeptiker*innen mit rechtsextremen Einstellungen die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Corona-Krise noch einmal deutlich stärker als eine Bedrohung wahr. Rechtsextrem eingestellte Befragte, die aber nicht gleichzeitig Corona-skeptisch sind, nehmen bei vielen Aspekten der Krisenbewertung eine moderatere Position ein als die rechtsextremen Skeptiker*innen. Ebenso geht aus der Abbildung hervor, dass sich das Segment der nicht rechtsextrem und nicht Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen in ihren Einstellungen in nahezu allen Fragen deutlich von den drei anderen Gruppen unterscheidet.

Ein Beispiel für die verstärkende Wirkung rechtsextremer Einstellungen ist die Wissenschaftsskepsis. Rechtsextrem eingestellte Corona-Skeptiker*innen geben noch einmal häufiger als nicht rechtsextrem eingestellte Skeptiker*innen (85 Prozent gegenüber 77 Prozent) an, ihren eigenen Gefühlen mit Blick auf Corona mehr zu vertrauen als „sogenannten Expert*innen“. Rechtsextreme, die aber nicht Corona-skeptisch sind, nehmen – wie schon im letzten Jahr – eine Mittelposition ein und vertrauen Expert*innen mehr als nicht-rechtsextrem denkende Corona-Skeptiker*innen (vgl. TM 2020, 78). Auch auf die Ablehnung der Schutzmaßnahmen wirken rechtsextreme Einstellungen noch einmal verstärkend. Diese werden von drei Viertel der Corona-Skeptiker*innen ohne rechtsextreme Einstellungen abgelehnt. Unter den rechtsextrem eingestellten COVID-19-Skeptiker*innen finden sogar über 90 Prozent die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen übertrieben. Rechtsextreme Einstellungen verstärken zudem noch einmal die Wahrnehmung einer Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier liegt die Differenz bei denjenigen, die jeweils eine (sehr) große Gefahr wahrnehmen zwischen den beiden skeptisch eingestellten Segmenten bei rund 15 Prozentpunkten.

Eine Ausnahme stellt die Bewertung der Aussage „Wer die Corona-Einschränkungen mit der Nazi-Zeit vergleicht, verhöhnt die wirklichen Opfer der NS-Diktatur“ dar. Hier unterscheiden sich rechtsextrem und nicht rechtsextrem eingestellte Pandemieskeptiker*innen deutlich voneinander. Rechtsextrem eingestellte Corona-Skeptiker*innen lehnen diese Aussage noch einmal merklich stärker ab (70 Prozent) als nicht Corona-skeptisch eingestellte Rechtsextreme (52 Prozent), wohingegen die nicht rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen hier eher der übrigen Bevölkerung ähneln. In der Anti-Corona-Bewegung verbreitete Narrative, die bspw. das Infektionsschutzgesetz mit dem Ermächtigungsgesetz des Dritten Reichs vergleichen oder eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr vornehmen, indem die Corona-Impfung mit dem Holocaust verglichen wird (vgl. Steinke 2021; Hille 2020), scheinen

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Abbildung 31. Wahrnehmung der Corona-Pandemie durch rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellte Thüringer*innen (in Prozent)



Lesehilfe: Die Werte („stimme zu“ / „große Gefahr“) für die jeweilige Aussage sind an dem jeweils nächstliegenden Strahl abzulesen. So vertrauen zum Beispiel 85 Prozent der sowohl rechtsextrem als auch Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen ihren eigenen Gefühlen mehr als sogenannten Expert*innen. Unter den nicht-rechtsextremen und nicht Corona-skeptisch Eingestellten sind es nur 29 Prozent. Die genauen Frageformulierungen finden sich im Tabellenanhang.

also v. a. auf die rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen abzielen, wohingegen sie von der nicht rechtsextrem denkenden Mehrheit der Skeptiker*innen eher kritisch gesehen werden. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich solche NS-verharmlosenden oder antisemitischen Interpretationen der Schutzmaßnahmen auch unter den nicht rechtsextrem eingestellten Pandemieskeptiker*innen verfestigen.

Mit Blick auf den Glauben an Verschwörungstheorien zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Verschwörungserzählung, wonach die Bundesregierung die Menschen in der Corona-Krise bewusst in Angst und Schrecken versetzt hat, um Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie rechtsextreme Einstellungen die Haltung der Corona-skeptisch eingestellten Befragten verstärken. Unter den Corona-Skeptiker*innen mit rechtsextremen Einstellungen findet diese pandemiebezogene Verschwörungserzählung beinahe 80 Prozent Zustimmung – un-

ter den nicht rechtsextrem eingestellten Skeptiker*innen sind es 10 Prozentpunkte weniger. Der Anteil der Rechtsextremen, die nicht Corona-skeptisch eingestellt sind und dieser Aussage zustimmen, liegt bei 57 Prozent. Bei der anderen pandemiebezogenen Verschwörungserzählung (geheime Organisationen üben während der Corona-Krise einen starken Einfluss aus), sind Corona-skeptische Einstellungen den rechtsextremen Einstellungen nachgeordnet. Es finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden rechtsextrem eingestellten Gruppen, deren Zustimmung jeweils bei rund zwei Drittel liegt. Von den nicht rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen stimmt dagegen knapp die Hälfte zu. Noch deutlicher zeigt sich die Diskrepanz zwischen rechtsextrem und nicht-rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen mit Blick auf den durch Akteur*innen der Neuen Rechten verbreiteten Verschwörungsmythos, demnach die herrschenden Eliten das Ziel verfolgen, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen (sogenannter „Großer Austausch“; vgl. auch Kapitel V.2). Während hier die Zustimmung der Corona-Skeptiker*innen mit rechtsextremer Einstellung bei 51 Prozent liegt und sich nicht signifikant von der Zustimmungsrates der nicht Corona-skeptisch eingestellten Rechtsextremen unterscheidet, liegt die Zustimmung bei den nicht rechtsextrem denkenden Corona-Skeptiker*innen lediglich bei 20 Prozent (und bei den weder Corona-skeptisch noch rechtsextrem denkenden Thüringer*innen sogar nur bei fünf Prozent). Dass die Verschwörungserzählung vom Großen Austausch unter Corona-skeptisch eingestellten Menschen dennoch höhere Verbreitung findet als unter den weder rechtsextrem noch pandemiekritisch eingestellten Einwohner*innen des Freistaats, vermag nicht zu überraschen. Schließlich ist der Glaube an pandemiebezogene Verschwörungsmythen unter den Corona-Skeptiker*innen signifikant erhöht. Aus der Literatur ist bekannt, dass der Glaube an verschiedene – sich sogar zum Teil widersprechende – Verschwörungstheorien stark korreliert (vgl. Wood et al. 2014; vgl. auch TM 2020).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die negative Wahrnehmung der Pandemie durch die Corona-Skeptiker*innen in Teilen verschärft. Von Interesse ist hier insbesondere das Segment der nicht-rechtsextrem eingestellten Pandemieverharmloser*innen. Die Wahrnehmung einer Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts stieg in diesem Segment um 18 Prozentpunkte, die Wahrnehmung einer Gefahr für die demokratischen Grundrechte um 15 Prozentpunkte. Die Zustimmungswerte zur pandemiebezogenen Verschwörungserzählung, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf die Politik ausüben, bleiben dagegen bei den nicht-rechtsextrem eingestellten Pandemieverharmloser*innen auf dem Vorjahresniveau.

IV.3. Corona-Skepsis und Demokratie

Im Folgenden soll zunächst untersucht werden, ob die Demokratievorstellungen (vgl. Kapitel III) im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Corona-Pandemie (Wahrnehmung der Gefährlichkeit des Virus, Angst vor einer Corona-Diktatur) stehen. Anschließend wird analysiert, welche Folgen Corona-skeptische Einstellungen, d. h. die Gleichsetzung der Gefährlichkeit des Corona-Virus mit der Gefährlichkeit einer gewöhnlichen Grippe, für die Einstellungen gegenüber der Demokratie sowie alternativen Gesellschaftsordnungen hat. Damit verknüpft dieses Kapitel die beiden Schwerpunktthemen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS.

Das Demokratieverständnis der Corona-Skeptiker*innen

Das Demokratieverständnis der Corona-Kritiker*innen weicht zum Teil deutlich von jenem der anderen Thüringer*innen ab. Dies bezieht sich vor allem auf jene Befragten, die der Meinung sind, dass wir aufpassen müssen, „in der Corona-Pandemie nicht in eine Diktatur ab[zul]gleiten“ (vgl. Abb. 32). Es gibt eine moderat starke Überschneidung zwischen dem Segment der Corona-Skeptiker*innen und jenen Befragten, die Angst vor einer „Corona-Diktatur“ haben, denn diese Sorge wird von 61 Prozent der Skeptiker*innen geäußert (39 Prozent teilen die Angst vor dem Abgleiten in eine Diktatur nicht).¹⁴ Daher soll im Folgenden das Demokratieverständnis der Corona-Skeptiker*innen und der unter COVID-Diktaturangst leidenden Befragten getrennt voneinander betrachtet werden. Während freie und geheime Wahlen von letzteren als weniger wichtig erachtet werden, zeigt sich eine stärkere Bedeutung der Meinungsfreiheit. Die Richtung des Zusammenhangs ist unklar. Möglich ist, dass Befragte, die Angst vor dem Abgleiten in eine „Corona-Diktatur“ haben und sich kritisch in Bezug auf die Corona-Maßnahmen oder die Gefährlichkeit des Corona-Virus äußern, eher ein Meinungsdictat wahrnehmen und daher die Bedeutung der freien Meinungsäußerung stärker gewichten. Möglich ist aber auch, dass sie diese Facette der Demokratie schon vor der Pandemie für sehr wichtig erachtet haben und nun im Rahmen der gesellschaftlichen und medialen Diskussion um die Anti-Corona-Bewegung eher ein Meinungsdictat wahrnehmen. Zudem zeigen die unter COVID-Diktaturangst leidenden Befragten ein wesentlich größeres Verantwortungsbedürfnis. So sind sie mehr als der Rest der Bevölkerung der Meinung, ein wesentliches Merkmal der Demokratie sei, dass Politiker*innen ihre Entscheidungen erklären und an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten sollen. Auch hier ist die Richtung des Zusammenhangs unklar. Vor dem Hintergrund einer weiten Verbreitung einer pandemie- und maßnahmenskeptischen Haltung unter den unter COVID-Diktaturangst leidenden Befragten ist plausibel, dass diese nicht das Gefühl haben, die Politiker*innen würden die Politik in der Corona-Pandemie an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten. Auch verspüren sie einen größeren Wunsch

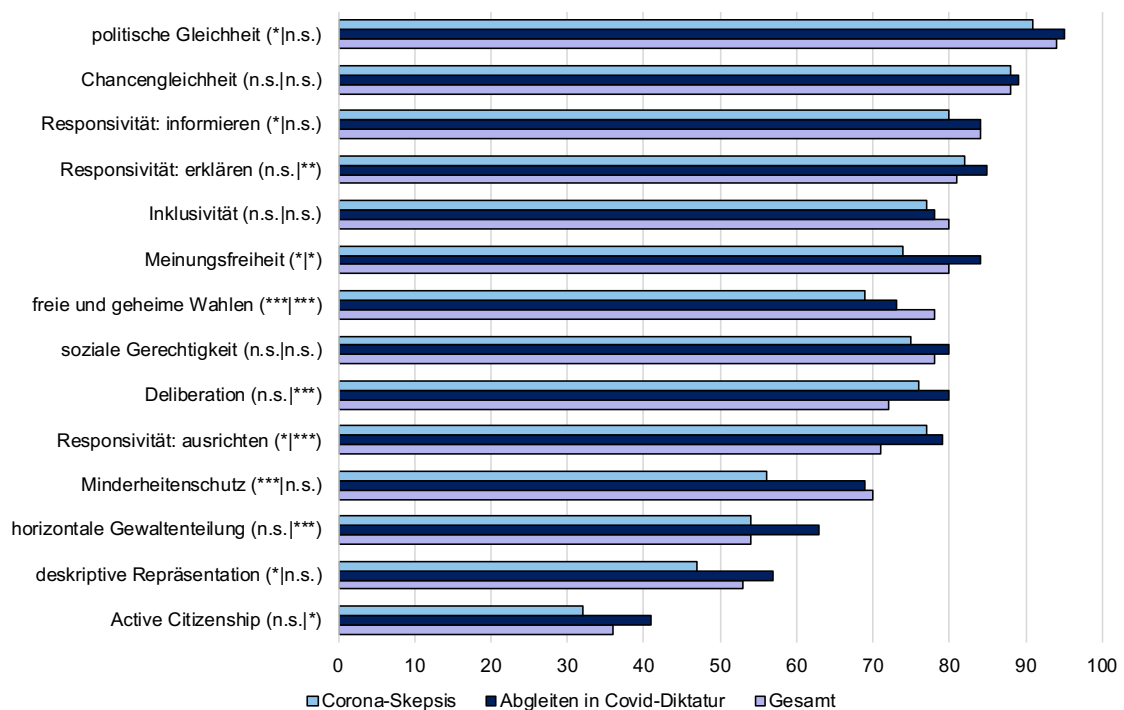
¹⁴Korrelationskoeffizient Kendall's tau-b 0.29***.

IV.3. Corona-Skepsis und Demokratie

nach deliberativen Verfahren und sind obendrein der Ansicht, zu einer Demokratie gehöre auch, dass sich die Bürger*innen aktiv einbringen. Eine starke Opposition ist ebenfalls häufiger Teil ihres Demokratieverständnisses als im Rest der Bevölkerung.

Für die Corona-skeptisch eingestellten Befragten zeigt sich das Bedürfnis nach Responsivität und Kontrolle dagegen geringer ausgeprägt. Lediglich der Wunsch, die Politik müsse sich an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten, erreicht im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt höhere Zustimmungswerte. Freie Wahlen, Minderheitenschutz und überraschenderweise auch die Meinungsfreiheit werden zudem weniger häufig als „sehr wichtig“ für die Demokratie wahrgenommen als in der übrigen Bevölkerung.

Abbildung 32. Demokratieverständnis der Thüringer*innen, aufgeschlüsselt nach Corona-Skepsis und Angst vor Abgleiten in „Corona-Diktatur“ („sehr wichtig“ in Prozent)

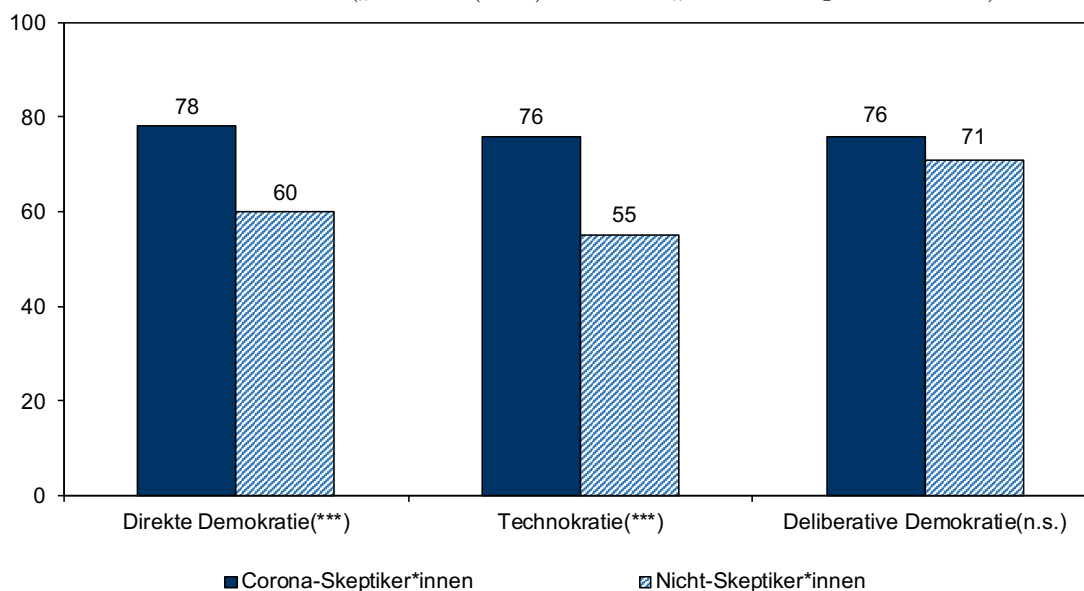


Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge (Chi²-Test): *** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05, n.s. = nicht signifikant (p > 0.05). Signifikanzen beziehen sich auf einen Vergleich zwischen denen, die das Merkmal aufweisen und denen, die es nicht aufweisen; *Lesehilfe*: Reihenfolge in den Klammern: (Corona-Skeptiker*innen | Covid-Diktaturangst).

Alternative Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen unter den Corona-Skeptiker*innen

Die Thüringer*innen mit Corona-skeptischen Einstellungen sind deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als die übrigen Befragten. Diese Unzufriedenheit hat im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um fünf Prozentpunkte zugenommen: So ist nur eine Minderheit von 46 Prozent der Corona-Skeptiker*innen mit der aktuellen Praxis der Demokratie in Deutschland zufrieden. Unter den übrigen Befragten liegt der Zufriedenheitswert hingegen bei 72 Prozent. Allerdings ist der Effekt im multivariaten Modell, d. h. unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren, nicht signifikant (vgl. Kapitel III.2). Die Corona-Skeptiker*innen fühlen sich zudem häufiger politisch machtlos, d. h. sie stimmen der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ eher zu. Nur die wenigsten Corona-Skeptiker*innen entziehen der Demokratie jedoch komplett die Unterstützung und lehnen die Idee der Demokratie ab, obschon der Anteil der Demokratieablehnenden höher ist als in der übrigen Bevölkerung (18 vs. 8 Prozent). Ausgehend von der geringeren Demokratiezufriedenheit der Corona-Skeptiker*innen stellen sich insbesondere zwei Fragen: Wünschen sich Menschen mit Corona-skeptischen Einstellungen Alternativen zur repräsentativen Demokratie (z. B. stärker an Beteiligung der Bürger*innen orientierte Modelle)? Wie hoch fallen demokratiegefährdende Einstellungen unter den Pandemieskeptiker*innen aus?

Abbildung 33. Präferenzen der Corona-Skeptiker*innen für alternative/ergänzende Demokratie Modelle („stimme (eher) zu“ bzw. „sehr wichtig“ in Prozent)



Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Wie in Abbildung 33 zu erkennen, zeigen Corona-Skeptiker*innen eine erhöhte Präferenz sowohl für ein direktdemokratisches als auch ein expert*innenbasiertes Demokratiemodell. Hinsichtlich der Einstellungen zur deliberativen Demokratie gibt es hingegen keine Unterschiede zu den nicht Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen (vgl. auch Kapitel III.1).¹⁵ Während sich unter den pandemieskeptischen Thüringer*innen jeweils drei Viertel für ein direktdemokratisches bzw. technokratisches Entscheidungsmodell aussprechen, sind es im Rest der Bevölkerung nur 60 bzw. 55 Prozent. Dieser Befund ist aus mehreren Gründen interessant. Zum einen sieht das technokratische Demokratiemodell im Unterschied zur direkten Demokratie nicht mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger*innen vor, sondern schmälert im Gegenteil das Mitspracherecht der Bürger*innen, da wichtige Entscheidungen von nicht demokratisch legitimierten Expert*innen getroffen werden. Daher kann sich der Wunsch nach einem technokratischen Demokratiemodell nicht aus einem gesteigerten Partizipationsbedürfnis speisen. Ähnliche Inkonsistenzen in den Wünschen der Bürger*innen fanden jedoch bereits andere Studien (vgl. Bengtsson & Mattila 2009, 1045). Damit liegt auch die von Bengtsson und Mattila vorgeschlagene Interpretation nahe: Möglicherweise sehnen sich die Corona-skeptisch eingestellten Befragten schlicht nach einer Alternativen zum Status quo der repräsentativen Demokratie, ohne genaue Vorstellungen davon zu haben, wie diese Alternative eigentlich auszu-sehen hat.

Besonders die im Vergleich zu den Nicht-Skeptiker*innen erhöhte Zustimmung zur Expertokratie mag verwundern, zeigen doch viele Corona-Skeptiker*innen zumindest gegenüber einem Typ von Expert*innen – den Virolog*innen – eine ausgeprägte Abneigung (vgl. Bushuev 2020). Auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR lässt sich diese expert*innenkritische Haltung der Pandemieverharmloser*innen nachzeichnen: 37 Prozent der Skeptiker*innen geben an, dem RKI nicht zu vertrauen (im Rest der Bevölkerung sind es nur sechs Prozent). Außerdem vertrauen 81 Prozent ihren eigenen Gefühlen mit Blick auf das Corona-Virus mehr als Expert*innen. Eine Haltung, die unter den nicht skeptisch eingestellten Thüringer*innen nur knapp von einem Drittel bejaht wird. Neben der bereits angesprochenen Interpretation, dass sich die Corona-Skeptiker*innen möglicherweise einfach nach irgendeiner Alternative zum Status quo sehnen, wäre auch denkbar, dass die Befragten bei dem Begriff „unabhängige Expert*innen“ gar nicht an Virolog*innen dachten. Alternativ könnten sie mit „unabhängige Expert*innen“ gerade nicht die Virolog*innen, die u.a. die

¹⁵Der Zusammenhang zwischen Corona-skeptischen Einstellungen und Technokratie ist robust und im Regressionsmodell signifikant, unabhängig davon, wie die skeptische Haltung zur Pandemie operationalisiert wird: als Dummy-Variable aus allen drei Einstellungsfacetten zur Corona-Skepsis; als Dummy Variable, die nur den harten Kern der Skeptiker*innen erfasst, d. h. diejenigen Befragten, die sowohl der Aussage zustimmen, Corona sei nicht schlimmer als eine Grippe, als auch der Aussage, die Bundesregierung habe die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen; oder Zustimmung zur Aussage, die Maßnahmen seien übertrieben.

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Regierung beraten oder in öffentlich-rechtlichen Medien auftreten, assoziieren, sondern die der Anti-Corona-Bewegung nahestehenden Expert*innen. Möglicherweise verbanden sie mit „wichtige[n] Entscheidungen“ auch gar nicht das Pandemiemanagement. Ebenfalls denkbar wäre, dass eine per se wissenschaftskritische Haltung unter der Mehrheit der Thüringer Corona-Skeptiker*innen gar nicht so weit verbreitet ist wie befürchtet, was auch das noch vergleichsweise hohe Vertrauen in Wissenschaftler*innen erklären würde. Unter den Corona-skeptisch eingestellten Menschen im Freistaat gibt eine Mehrheit von 63 Prozent an, der Wissenschaft zu vertrauen und weitere 27 Prozent vertrauen ihr zumindest teilweise (im Rest der Bevölkerung sind es 83 plus 15 Prozent).¹⁶

Um tiefer in die Einstellungen der Corona-Skeptiker*innen zur Demokratie einzusteigen, bietet es sich an, wieder zwischen den vier Segmenten der rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen, der nicht rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen, der Rechtsextremen ohne Corona-skeptische Einstellungen sowie der weder rechtsextrem noch Corona-skeptisch eingestellten Mehrheit zu unterscheiden (siehe auch Kapitel IV.2).

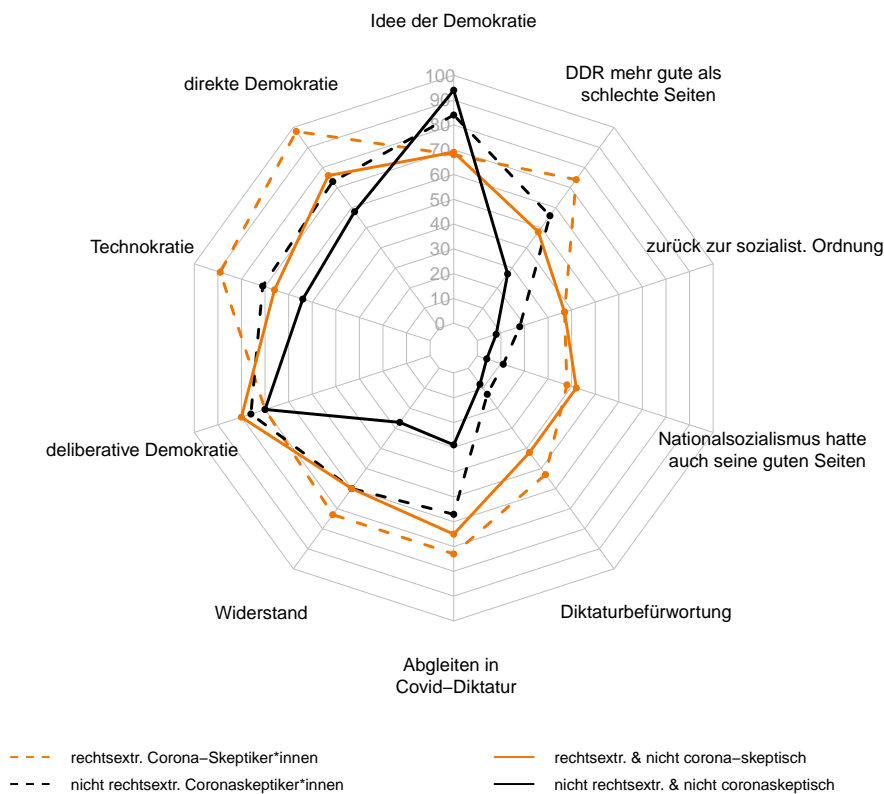
Sechs von zehn Corona-skeptisch eingestellten Befragten glauben, es sei Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten – im Rest der Bevölkerung sieht dies nur jede*r Dritte so. Insgesamt offenbarten sich bei diesem Item erst bei genauerer Betrachtung Unterschiede zum vergangenen Jahr. Während insgesamt keine Veränderungen in der Zustimmung festzustellen sind, ist es innerhalb der vier Segmente jedoch zu merklichen Verschiebungen gekommen. Sowohl Corona-skeptisch als auch rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen stimmen dieser Aussage nun häufiger zu als im Herbst 2020: Die Zustimmung unter den rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen erhöht sich von 65 auf 73 Prozent. Unter den nicht rechtsextremen Skeptiker*innen steigt sie um knapp 10 Prozentpunkte von 49 auf 60 Prozent und unter den rechtsextrem, aber nicht Corona-skeptisch denkenden Menschen im Freistaat steigt sie von 46 auf 60 Prozent.¹⁷ Lediglich im größer gewordenen Segment der Thüringer*innen ohne rechtsextreme und ohne Corona-skeptische Haltung ist die Zustimmung beinahe unverändert geblieben (27 gegenüber 24 Prozent). Indem sich die Corona-Skeptiker*innen im Widerstand wähen, überhöhen sie zum einen ihre eigene Rolle durch die Inszenierung als mutige Widerstandskämpfer*innen. An-

¹⁶Denkbar ist auch ein Bias in unserer Untersuchung, weil die stark wissenschaftsskeptisch eingestellten Corona-Skeptiker*innen an einer wissenschaftlichen Studie zum Thema „Corona“ möglicherweise gar nicht erst teilnehmen – ein Aspekt, auf den auch andere Umfragen zum Thema Anti-Corona-Bewegung bzw. Corona-bezogenes Verschwörungsdenken hinweisen (vgl. Nachtwey et al. 2020; Lamberty & Rees 2021).

¹⁷Aufgrund der geringen Fallzahl in den Untergruppen der rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen sowie der nicht-skeptischen Rechtsextremen ist bei der Interpretation der Ergebnisse jedoch Vorsicht walten zu lassen; die kleinen Untergruppen sind möglicherweise nicht mehr repräsentativ für das jeweilige Gesellschaftssegment.

dererseits werden – insbesondere, wenn gleichzeitig Parallelen zum Dritten Reich gezogen werden – die Verbrechen der NS-Diktatur relativiert. Der Staat, gegen den man sich im Widerstand wähnt, wird mit der NS-Herrschaft gleichgesetzt und damit delegitimiert. Das Narrativ vom vermeintlichen Widerstand ist jedoch nicht neu und es lassen sich Parallelen ziehen zu den asylkritischen Protesten der Jahre 2015/16 (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2016).

Abbildung 34. Die Präferenzen für alternative Demokratie- und Gesellschaftsmodelle unter rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen (in Prozent)



Lesehilfe: Die Werte („stimme zu“ / „sehr wichtig“) für die jeweilige Aussage sind an dem jeweils nächstliegenden Strahl abzulesen. So denken zum Beispiel 74 Prozent der sowohl rechtsextrem als auch Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten. Unter den nicht-rechtsextremen und nicht Corona-skeptisch Eingestellten sind es 48 Prozent und unter den nicht rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen 56 Prozent. Die genauen Frageformulierungen finden sich im Tabellenanhang.

Insgesamt äußern 41 Prozent der Thüringer*innen Angst vor dem Abgleiten in eine Corona-Diktatur. Was wir im THÜRINGEN-MONITOR nicht direkt abfragen, ist, ob diese Menschen Deutschland aktuell schon als Diktatur sehen. Es steht aber zu vermuten, dass ein Teil derer, die Angst vor einem Abgleiten in die Diktatur äußern, Deutschland möglicherweise schon als Diktatur einstufen. In der Mitte-Studie gaben

IV. Die Corona-Pandemie in Thüringen

16 Prozent der Befragten an, Deutschland gleiche „inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“ (vgl. Häusler & Küpper 2021, 238). Die Angst vor dem Abgleiten in eine COVID-Diktatur wird unter den Corona-Skeptiker*innen durch rechtsextreme Einstellungen noch einmal verstärkt (73 Prozent zu 57 Prozent). Indem sie das jetzige System als Diktatur verunglimpfen, delegitimieren Corona-Skeptiker*innen die demokratische Politik. Gleichzeitig nimmt die Anti-Corona-Bewegung eine Umdeutung demokratischer Begriffe vor, indem sie für sich in Anspruch nimmt, die wahren Demokrat*innen zu sein (vgl. Teune 2021).

Wie ausgeführt (siehe dazu Kapitel III.3), können Unterstützung und Zufriedenheit mit der Demokratie indirekt auch über die Bewertung alternativer Gesellschaftsmodelle bzw. Diktaturaffinität gemessen werden. Insgesamt stimmen 54 Prozent der Menschen im Freistaat keiner der vier Aussagen (Befürwortung einer Diktatur, Rückkehr zum Sozialismus, Verharmlosung der NS-Vergangenheit sowie DDR-Nostalgie) zu, die die Unterstützung für alternative Gesellschaftsmodelle bzw. Diktaturaffinität messen – unter Ausschluss der verhältnismäßig weit verbreiteten DDR-Nostalgie sind es sogar drei Viertel. Unterschiede zeigen sich auch hier zwischen Corona-Skeptiker*innen und solchen, die nicht pandemieskeptisch eingestellt sind. 39 Prozent der Corona-Skeptiker*innen stimmen mindestens einer der drei Aussagen zur Diktatur als bessere Staatsform, nach der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung oder der Verharmlosung der NS-Zeit zu. Im Rest der Bevölkerung sind es nur 22 Prozent, womit die Corona-Skeptiker*innen stärker diktaturaffin eingestellt sind als die nicht-skeptische Mehrheit der Menschen im Freistaat.

Ein Blick auf die Einzelaussagen offenbart, dass Corona-skeptisch eingestellte Befragte sowohl der Frage nach der Diktatur als bessere Staatsform als auch der Frage nach der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung öfter zustimmen als Nicht-Skeptiker*innen. Auch nehmen sie eine positivere Bewertung diktatorischer Regime in der deutschen Vergangenheit (DDR, NS-Regime) vor als die nicht Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen. Dabei lässt ein Blick auf Abbildung 34 allerdings erkennen, dass sich die höhere Zustimmung zu diesen Items (mit Ausnahme der DDR-Nostalgie) v. a. aus dem Segment der rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen speist, während sich die nicht rechtsextrem eingestellten Pandemieskeptiker*innen nur schwach vom Rest der Bevölkerung unterscheiden. Die im Vergleich zur nicht pandemieskeptischen Mehrheit der Bevölkerung hohe Zustimmung der Corona-Skeptiker*innen zu diesen vier Aussagen überrascht, werden doch von der Anti-Corona-Bewegung immer wieder Parallelen zwischen den Corona-Einschränkungen und der deutschen Diktaturvergangenheit sowohl der NS-Zeit (vgl. Steinke 2021; Hille 2020) als auch – obschon in einem geringeren Ausmaß – mit der DDR-Vergangenheit (vgl. Warda 2021) gezogen.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

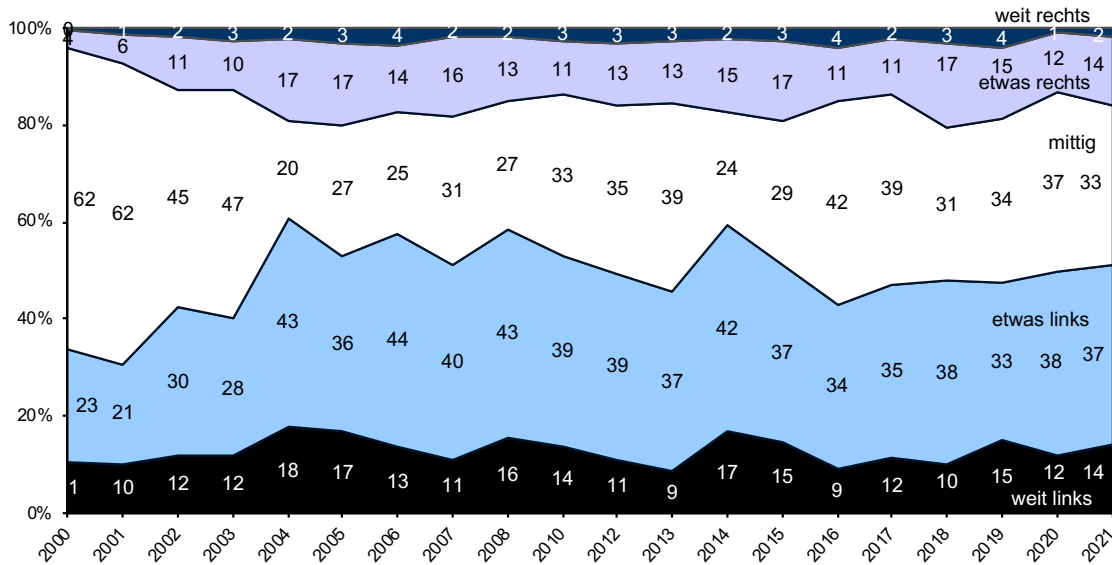
Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist – neben der Untersuchung der politischen Einstellungen zur Demokratie, die in diesem Jahr das Schwerpunktthema bilden (vgl. Kapitel III) – die Messung rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung. Dabei soll in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf die Verbindung mit populistischen und neurechten Einstellungen gelegt werden. Ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Kapitels sind zudem die Einstellungen der Thüringer*innen zu Migration, Integration und Diversität. Zunächst soll jedoch die ideologische Selbsteinstufung der Thüringer Bürger*innen auf dem klassischen Links-Rechts-Kontinuum analysiert werden.

V.1. Ideologische Selbsteinstufung der Thüringer*innen

Hinsichtlich der ideologischen Selbsteinstufung der Thüringer Bürger*innen auf dem klassischen Links-Rechts-Kontinuum lassen sich im Vergleich zum Vorjahr leichte zentrifugale Tendenzen feststellen (vgl. Abb. 35). Dies bedeutet, dass die politische Mitte geringe Verluste und die politischen Ränder leichten Zulauf verzeichnen können. Unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz lässt sich für den Zeitraum seit 2017 dennoch eine gewisse Stabilität der ideologischen Präferenzen konstatieren. Auffällig ist darüber hinaus, dass auf Basis der Selbsteinschätzung der Befragten das ideologische Lager links der politischen Mitte (kumuliert 51 Prozent) deutlich größer als das entsprechende Lager rechts der Mitte (kumuliert 16 Prozent) ist. Unter Einbeziehung der Antwortkategorie „mittig“ ordnen sich vier von fünf Thüringer Bürger*innen (84 Prozent) in der Mitte des ideologischen Spektrums bzw. links davon ein. Dieser Befund setzt sich vermutlich aus einer Vielzahl von Ursachen zusammen. So ist neben Sozialisierungseffekten, die sich im Falle älterer Bürger*innen mit in der DDR erworbenen Wertorientierungen verbinden, sowie einer Normalisierung von extremeren rechten Positionen letztlich auch von klassischen Frageeffekten wie bspw. der sozialen Erwünschtheit auszugehen, welche aufgrund der historisch bedingten geringen gesellschaftlichen Akzeptanz rechter Positionen zu einer Mittepositionierung führen können.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Abbildung 35. Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2021 (in Prozent)



V.2. Aktuelle Entwicklungen des einstellungsmäßigen Populismus und Rechtsextremismus

Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter den Thüringer*innen zu untersuchen. Der aktuelle THÜRINGEN-MONITOR bietet zudem Anlass und Gelegenheit, die Aktualität seiner Messung rechtsextremer Einstellungen genauer unter die Lupe zu nehmen. Anlass bietet das gut zwanzigjährige Bestehen des THÜRINGEN-MONITORS, der nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im April 2000 explizit zur Messung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ins Leben gerufen wurde. Anlass bietet weiterhin sein diesjähriger Schwerpunkt auf Demokratiekonzeptionen vor dem Hintergrund der Corona-Krise, deren Untersuchung den Einbezug antidemokratischer Einstellungen erfordert. Gelegenheit ergibt sich, weil der THÜRINGEN-MONITOR eine einzigartige Zeitreihe darstellt. Seit 2001 blieben die Aussagen und Antwortkategorien zur Messung des Rechtsextremismus unverändert. Damit kann die Entwicklung des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus in Thüringen über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten untersucht werden.

Die für eine solche Langzeitmessung notwendige Konstanz des Messinstruments erfordert es, regelmäßig zu prüfen und sicher zu stellen, dass damit auch jüngere ideologische und organisatorische Entwicklungen und Ausdifferenzierungen innerhalb des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler & Küpper 2019, 147) in ihrer Wirkung auf entsprechende politische Einstellungen erfasst werden. Dazu zählen z. B. rechtspopulistische und neurechte Einstellungen oder Verschwörungsnarrative, die rechts-

extreme Ideologeme einbeziehen – wie sie z. B. während der Corona-Pandemie auftreten. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR ausgehend von seinem etablierten Messinstrument die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter den Thüringer*innen und deren Verbindung zu populistischen und neurechten Einstellungen.

Methodik der Messung rechtsextremer, ethnozentrischer und neo-nationalsozialistischer Einstellungen im Thüringen-Monitor

Die Messung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt konzeptionell – wie die meisten bundesweiten und regionalen Erhebungen – der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. u. a. TM 2001; Kreis 2007, 13; Decker & Brähler 2016, 29; Küpper & Zick 2021, 80). In diesem Sinne ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild. Die Konsensdefinition zählt antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und chauvinistischen Nationalismus.

Auf dieser konzeptionellen Basis erfolgt die empirische Messung rechtsextremer Einstellungen mittels einer Reihe von Aussagen, die diese genannten Ungleichwertigkeits- und Ordnungsvorstellungen zum Ausdruck bringen. Die Befragten können diesen jeweils auf einer vierstufigen Antwortskala zustimmen oder sie ablehnen (Tabelle 7). Je stärker die Befragten rechtsextrem eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Allerdings wird nicht von der Zustimmung zu einer dieser Aussagen allein bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen. Das hat mehrere Gründe.

So ist die Zustimmung zu einzelnen Aussagen nicht allein durch eine langfristig stabile rechtsextreme Einstellung bedingt. Vielmehr unterliegt sie auch kurzfristig wirkenden Einflüssen, weil die Aussagen neben den rechtsextremen Einstellungen oft auch andere Aspekte, sogenannte Fremddimensionen, messen. Z. B. zeigte eine Expertise zum THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Best & Salomo 2014, 57), dass die Haltung zur Frage nach dem harten Durchsetzen deutscher Interessen auch durch Aversionen gegenüber den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union beeinflusst wird.¹⁸

¹⁸Daneben sind die einzelnen Aussagen mit unterschiedlichen „Schwierigkeiten“ formuliert. Mit „Schwierigkeit“ ist im methodischen Sinne gemeint, dass einige der Aussagen – wie z. B. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ – eher hart formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden. Andere hingegen sind eher

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Vor diesem Hintergrund werden die Befragten in allen THÜRINGEN-MONITOREN – wie auch in vergleichbaren Studien zu rechtsextremen Einstellungen – nicht auf Basis einzelner Aussagen als rechtsextrem kategorisiert, sondern auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen zehn Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus. Denn während die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte ohne rechtsextreme Einstellung einer der insgesamt zehn Aussagen zustimmen, hoch ist, ist sie schon niedriger, zwei oder mehr Aussagen zuzustimmen. Wenn keine rechtsextreme Einstellung vorliegt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass allen zehn Aussagen zugestimmt wird.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN und zwei ergänzenden Analysen (vgl. Best & Vogel 2021 und Best & Salomo 2014, 17) wurde gezeigt, dass eine weitere Differenzierung notwendig ist, denn die Antwortmuster der befragten Thüringer*innen sind nicht durch die fünf theoretischen Facetten des Rechtsextremismus gekennzeichnet. Die unterschiedlich hohen Zustimmungsraten zu den Aussagen und komplexere statistische Analyseverfahren (Faktorenanalysen) zeigen, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten stets die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (ebd.). D. h., die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte, die z. B. einer fremdenfeindlichen Aussage zustimmen, auch einer chauvinistisch-nationalistischen Aussage zustimmen, ist höher als die Wahrscheinlichkeit, dass sie z. B. einer sozialdarwinistischen Aussage zustimmen. Im THÜRINGEN-MONITOR wird dieser internen Differenzierung rechtsextremer Einstellungen Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt ausgewiesen werden.¹⁹ Ethnozentrismus (vgl. Sumner 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets

weich formuliert und finden breitere Zustimmung, wie z. B. „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ Unabhängig von der „Schwierigkeit“ im methodischen Sinne messen die zehn Aussagen zudem fünf unterschiedliche Facetten des Rechtsextremismus (s.o.), die variierende Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung finden. Das wird daran deutlich, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die eine gemeinsame Facette des Rechtsextremismus messen, wie z. B. Fremdenfeindlichkeit, sehr viel deutlicher miteinander einhergehen als mit der Zustimmung zu Aussagen, die andere Facetten messen. Weil also nicht jede Aussage auf dieselbe Weise Rechtsextremismus misst, variieren die Zustimmungsraten zu den einzelnen Aussagen in jedem THÜRINGEN-MONITOR deutlich (Tabelle 7). Zudem stimmt die übergroße Mehrheit der Thüringer*innen in der Regel maximal zwei der zehn Aussagen zu bzw. lehnt mindestens acht der Aussagen ab (z. B. TM 2020, 72). Wäre die Zustimmung zu einzelnen Aussagen allein durch die rechtsextreme Einstellung bedingt, würden die Zustimmungswerte bei allen Aussagen annähernd gleich sein bzw. jeder Aussage würde ein fester Anteil der Befragten zustimmen.

¹⁹Die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur variiert allerdings im Zeitverlauf und ist 2021 besonders gering ausgeprägt. S.u. für eine genauere Analyse für 2021.

als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (vgl. Heyder & Decker 2011, 237 f). Neo-Nationalsozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen.

Beide Dimensionen hängen aber in einem Ausmaß miteinander zusammen, das ihre Zusammenfassung zu einer Messung des Rechtsextremismus insgesamt rechtfertigt. Daher werden zunächst die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind somit die zwei gleichgewichtigen Unterdimensionen des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem gelten Befragte dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen. Befragte müssen also nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zustimmen, um als rechtsextrem zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen durchschnittlich befürworten. Seit 2014 werden dabei auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (vgl. Best & Salomo 2014, 25 ff.), weil die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt.

Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen in Thüringen 2021 und im Zeitverlauf

Betrachtet man die einzelnen Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus zunächst getrennt (Tabelle 7), zeigt sich im Vergleich zu 2020 eine gesunkene Zustimmung bei nahezu allen Aussagen. Die einzige Ausnahme ist die Vorstellung ungleichwertigen Lebens, der die Befragten mit 22 Prozent ebenso häufig wie 2020 zustimmen. Auch wenn die meisten der Rückgänge in die statistische Fehlertoleranz fallen, legt die Gesamttendenz nahe, dass sich der bereits im Vorjahr beobachtete Zustimmungsrückgang im Jahr 2021 fortsetzt – wenn auch in geringerem Ausmaß. Mit großer statistischer Sicherheit ist die Zustimmung zur Annahme überlegener deutscher Leistungen, zu ethnisch getrenntem Heiraten, die Affirmation des historischen Nationalsozialismus und die antisemitische Aussage rückläufig.²⁰

²⁰Dass so wenige Thüringer*innen wie noch niemals zuvor deutsche Leistungen als überlegen einordnen, gründet vermutlich auch in der als unzureichend wahrgenommenen Bewältigung der Corona-Krise und unterstreicht einmal mehr, dass die geschilderten Aussagen für sich allein genommen auch andere Aspekte neben der rechtsextremen Einstellung messen (s. Methodik der Rechtsextremismusmessung).

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Am deutlichsten ist dabei der Rückgang bei der antisemitischen Aussage und zu ethnisch segregiertem Heiraten, beiden stimmen nur halb so viele Befragte wie noch 2020 zu. Die Zustimmung zu allen vier genannten Aussagen erreicht zudem selbst unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz historische Tiefststände, die in den vergangenen zwanzig Jahren THÜRINGEN-MONITOR noch nie gemessen wurden. Die außerordentlich niedrigen Zustimmungswerte werden noch unterstrichen, weil zusätzlich die Zustimmung zur harten Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland und zur Überfremdung Deutschlands seit 2020 auf einem Allzeittief verharren. Nur im Jahr 2013 wurde mit 45 Prozent für die robuste Interessendurchsetzung eine etwas höhere und mit 42 Prozent für die Überfremdungswahrnehmung eine gleich hohe Zustimmung gemessen.

Trotz der geschilderten Rückgänge sind keine massiven Veränderungen in der Struktur der rechtsextremen Einstellungen zu erkennen. Wie schon in den Vorjahren erhält die Aussage zum Durchsetzen deutscher Interessen noch immer die größte Unterstützung der Thüringer*innen. Danach folgen die beiden fremdenfeindlichen Aussagen zur Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung. Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand weiterhin geringer aus: keine von ihnen wird im Jahr 2021 von mehr als einem Viertel der Befragten unterstützt. Das antisemitische Ressentiment bildet genau wie in den Vorjahren das Schlusslicht.

Könnte dieser Rückgang auch darin begründet sein, dass sich die Befragten weniger trauen, rechtsextremen Aussagen zuzustimmen? In einer Expertise zum THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Best & Salomo 2014, 25) wurde gezeigt, dass in Jahren mit einem geringeren Anteil an einstellungsmäßigen Rechtsextremist*innen in Thüringen der Anteil an Antwortverweigerungen an allen entsprechenden Aussagen regelmäßig höher ausfällt. Zumindest ein Teil der Antwortverweigerungen ist folglich dadurch bedingt, dass rechtsextrem eingestellte Befragte ihre Meinung zu den vorgelegten Aussagen nicht kundtun möchten und deshalb mit „weiß nicht“ antworten. Eine Motivation dazu kann eine Neigung zur Vermeidung sozialer Sanktionen sein – z. B. Missbilligung durch die Interviewer*innen –, weil die Befragten Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen als sozial unerwünscht wahrnehmen.²¹

Für die Beurteilung der Wirkung von Antwortverweigerungen auf den Zustimmungsrückgang ist einerseits festzustellen, dass die Antwortverweigerungen 2021 bei

²¹Dieser im Zeitverlauf variierende Effekt sozialer Erwünschtheit zeigt sich auch bei der Analyse der einzelnen Aussagen. Je weniger Thüringer*innen den einzelnen Aussagen zwischen 2001 und 2021 zustimmten, desto höher war der Anteil an Antwortverweigerungen. Die Zusammenhänge sind allerdings im Durchschnitt nur moderat ausgeprägt (Pearsons $r < .41$). Insbesondere bei der antisemitischen und den beiden sozialdarwinistischen Aussagen besteht sogar nur ein vergleichsweise schwacher Zusammenhang (Pearsons $r < -.25$). Antwortverweigerungen sind also auch durch weitere Motive geprägt.

Tabelle 7. Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent)

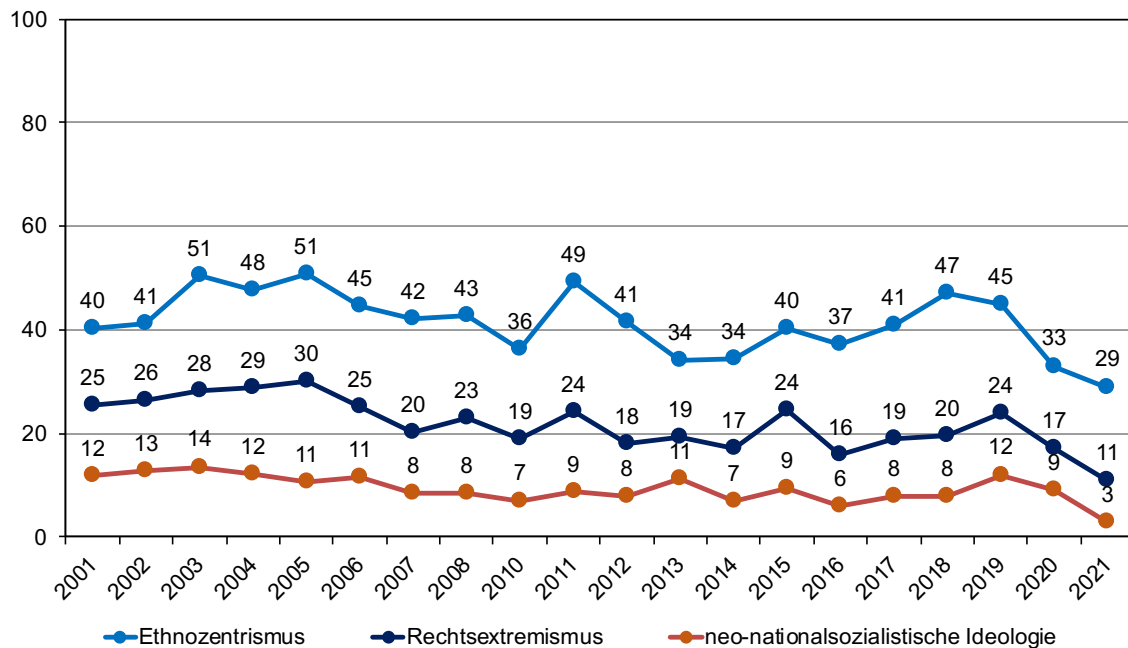
	2021	2020	2019	2011-18	2001-10	
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	48	50	61	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	23	34	31	33
	Fremdenfeindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	42	44	56	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	41	45	44	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	9	18	23	20	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	22	25	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	17	19	22	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	11	14	25	18	19
	Antisemitismus					
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	4	8	16	11	12	
Unterstützung einer rechten Diktatur						
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	15	21	15	17	

nahezu allen Aussagen über dem zwanzigjährigen Durchschnitt liegen. Andererseits fällt der Anstieg an Antwortverweigerungen im Vergleich zu 2020 ausschließlich bei der Beurteilung des historischen Nationalsozialismus so hoch aus, wie der Rückgang der Zustimmung im gleichen Zeitraum. Bei allen anderen Aussagen ist der Anteil an Antwortverweigerungen im Vergleich zu 2020 konstant geblieben. Der weitere Rückgang der Zustimmungswerte in 2021 kann also nicht damit begründet werden, dass rechtsextrem eingestellte Befragte sich noch weniger als im vergangenen Jahr trauen würden, den in der Konsensdefinition erfassten Aussagen zuzustimmen.

Der bei den Einzelaussagen festgestellte Rückgang im Vergleich zu 2020 zeigt sich auch für die rechtsextreme Einstellung insgesamt. Mit elf Prozent liegt der Anteil

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Abbildung 36. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent)



an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus in Thüringen auch unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz unter dem bisher niedrigsten Wert aus 2016, womit ein neuer Tiefststand erreicht wird. Die überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen kann also auch im Jahr 2021 nicht als rechtsextrem bezeichnet werden. Zugleich ist der seit 2014 bestehende Trend zunehmender Verbreitung rechtsextremer Einstellungen das zweite Jahr in Folge unterbrochen. Der Rückgang fällt für die zwei Hauptdimensionen des Rechtsextremismus unterschiedlich aus: Während die Verbreitung ethnozentrischer Einstellungen gegenüber 2020 stabil ist – der Rückgang von 33 auf 29 Prozent liegt innerhalb der statistischen Fehlertoleranz – ist die neo-nationalsozialistische Einstellung statistisch gesichert von neun auf drei Prozent zurückgegangen. Der Rückgang rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2021 ist also vor allem auf die gesunkene Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Positionen zurückzuführen, während er insbesondere im Vorjahr durch den Rückgang ethnozentrischer Einstellungen getragen wurde.

Ideologische und strategische Entwicklungen im „Rechtsaußenspektrum“

Dieser Rückgang des nach der Konsensdefinition gemessenen einstellungsmäßigen Rechtsextremismus ist gleichfalls in bundesweiten Erhebungen zu beobachten (vgl. Zick et al. 2021, 107 ff.; Decker et al. 2020, 79 ff.). In der Leipziger Autoritarismusstudie findet sich zudem ebenso der Unterschied zwischen einer anhaltend hohen Zustimmungsrates bei ethnozentrischen Aussagen und der rückläufigen und deutlich

weniger verbreiteten Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen (vgl. Decker et al. 2020, 79 f.).

Diese Entwicklungen werfen Fragen nach der Güte und Aktualität der Konsensdefinition und der darauf basierenden Messinstrumente auf. So sind rechtsextreme Akteur*innen und Organisationen flexibel darin, welche gesellschaftlichen Gruppen sie ausgrenzen und abwerten. Diese Flexibilität ist auch strategisch motiviert, um an Debatten und Einstellungen in der breiten Gesellschaft anzuknüpfen. Spiegelt daher der alleinige Einbezug rassistischer, antisemitischer und nationalistischer Einstellungen nur die ideologische Ausrichtung des organisierten und bewegungsförmigen Rechtsextremismus Anfang der 2000er Jahre wider? Ist dieser Fokus ausreichend, um gegenwärtige Phänomene des Rechtsextremismus zu erfassen, bei denen Gruppen wie z. B. Muslim*innen, Flüchtlinge oder LGBTQ im Fokus rechtsextremer Ausgrenzung und Abwertung stehen? Das Gleiche gilt für politische Ordnungsvorstellungen, bei denen rechtsextreme Ideologien gegenwärtig gekennzeichnet sind durch Verschwörungsnarrative, Elitenmisstrauen und ein völkisches Verständnis von Demokratie, das die Volkssouveränität betont, aber Pluralismus, Gewaltenteilung und universalistische Grundrechte verneint.

Auf Basis dieser Überlegungen wird im Folgenden die im THÜRINGEN-MONITOR verwendete Rechtsextremismusskala daraufhin geprüft, inwieweit sie mit gegenwärtig aktuellen rechtsextremen Denkfiguren und Ideologemen verbunden ist, um weiterhin für die Messung des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus geeignet zu sein.²² Damit kann zugleich der Frage nachgegangen werden, inwiefern es sich bei rechtsextremen, (rechts-)populistischen und neurechten Einstellungen um getrennte oder sich überschneidende Einstellungsmuster handelt.

Populismus oder Rechtspopulismus?

Populismus wird als Kritik an und Gegenentwurf zur liberalen Demokratie verstanden, die kontextabhängig und nicht notwendigerweise mit rechten Ideologeelementen verbunden ist bzw. daraus hervorgeht (z. B. Manow 2018; Inglehart & Norris 2018; Vehrkamp & Merkel 2020). Nach dieser Auffassung kennzeichnet den Populismus die Vorstellung eines Konflikts zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung (vgl. Mudde & Kaltwasser 2012; Taggart 2002). Der Populismus betont die Volkssouveränität und betrachtet die Bevölkerung als homogen

²²Die zugrundeliegende Überlegung ist, dass Rechtsextremismus als Ungleichwertigkeitsvorstellung und darauf basierender politischer Ordnungsvorstellungen eine latente Einstellung ist, die sich in der Zustimmung zu einer potentiell unendlichen Vielzahl von Aussagen äußern kann. Je mehr die Konsensdefinition dieses latente und langfristig stabile Einstellungsmuster erfasst und je weniger durch Aktualität oder kurzfristige Entwicklungen geprägte Meinungen oder Aussagen, sollten damit auch die Personen erfasst werden können, die aufgrund ihrer rechtsextremen Einstellung neurechten oder rechtspopulistischen Aussagen zustimmen.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

mit einem einheitlichen Interesse, das mittels common sense erkennbar und daher durch direkte Demokratie am besten umzusetzen sei. Die Eliten seien gleichfalls homogen, denn sie teilten das Interesse des Machterhalts und der Aufrechterhaltung der liberalen Institutionen, der sie ihre Position verdanken. Diese korrupte Elite handele deshalb gegen das einheitliche Volksinteresse. Populist*innen sehen sich folglich dadurch legitimiert, den homogenen Volkswillen (Anti-Pluralismus) gegen die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und gegen die Institutionen der liberalen Demokratie (Anti-Institutionalismus) zu realisieren. Weil die Eliten als prinzipiell korrumpiert dargestellt werden, tendiert der Populismus zu einem manichäischen Weltbild, demzufolge eine politische Lösung des Konflikts zwischen Eliten und Volk nicht möglich ist. Folge dessen ist eine Moralisierung von Politik, die Kompromisse erschwert. Populist*innen weisen in der Regel eine Kategorisierung als rechtsextrem zurück, weil gerade sie die Abschaffung der Demokratie durch eine Diktatur der Eliten verhindern möchten, die direkte Demokratie befürworten und die (eigene) Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Die grundsätzliche Haltung zur Demokratie und zur Gewaltbereitschaft bzw. -billigung bilden daher – zumindest in der Selbstwahrnehmung der Populist*innen – Unterscheidungskriterien von Rechtsextremismus und Populismus.

In einem anderen Verständnis von Populismus wird das Erstarken populistischer Organisationen, Netzwerke und Bewegungen und der mit ihnen verbundenen ideologischen Strömungen als der strategische Versuch verstanden, rechtsextreme Ideologieelemente in gemäßigter Form zu artikulieren, um damit an in der Bevölkerung verbreiteter Kritik und Skepsis gegenüber Gruppen (wie z. B. Flüchtlingen) und gegenüber der Demokratie und ihren Eliten anzuknüpfen, um damit politische Unterstützung zu gewinnen (z. B. Küpper et al. 2021, 51 ff.; Decker 2018). Der Rechtspopulismus ist danach notwendigerweise eine Ausprägung des Rechtsextremismus, weil die dem Anti-Pluralismus zugrundeliegende Vorstellung einer homogenen Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden fördere. Weiterhin wird Rechtspopulismus in dieser Lesart durch ausgeprägten Autoritarismus definiert, der sich in einer Bereitschaft und Forderung zu Gehorsam, zu Konformismus und zur Bestrafung von Abweichler*innen äußert. Auch ist er durch ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt gekennzeichnet: Zwar wird Gewaltbereitschaft ostentativ abgelehnt, aber die Gewalt zur Herstellung von Konformität durchaus gebilligt. (Rechts-)Populismus wird auch nicht als radikaldemokratische Kritik an der bestehenden Form der Demokratie verstanden, sondern als antidemokratische Überzeugung (ebd.).

Neurechte Ideologien und Denkmuster

Neben rechtspopulistischen werden auch neurechte Ideologien und Einstellungen dem Phänomenbereich „Rechtsaußenspektrum“ (Häusler & Küpper 2019, 147) zugeordnet. Dazu zählen neben der im engeren Sinne Neuen Rechten (ebd.) weitere ideo-

logische Elemente und organisatorische Strukturen. Ideologische Überschneidungen zu Rechtsextremismus und -populismus bestehen, da auch hier die Vorstellung eines homogenen Volkes die Grundlage bildet. Diese Vorstellung gründet auf völkischen Konzepten, wonach es eine natürliche Ordnung ist, dass das Kollektivinteresse einer Gemeinschaft aus der geteilten Herkunft erwächst. Der Schutz dieser Gemeinschaft gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen stellt eine moralische Verpflichtung der Mitglieder dieser Gemeinschaft dar. Auf dieser Grundlage erwächst, wie im Populismus, ein Misstrauen gegenüber den etablierten Eliten und ihren Institutionen, denen als Ziel die Zerstörung der natürlichen Gemeinschaften und ihre Umbildung zu multikulturellen Gesellschaften unterstellt wird. Der Begriff der Eliten dient dabei der Homogenisierung pluraler und konkurrierender Entscheidungsträger*innen und Meinungsbildner*innen in Politik, Wissenschaft und Medien.

In Verschwörungsnarrativen wird dieser grundlegenden Vermutung auf unterschiedliche Weisen Ausdruck gegeben (vgl. Lamberty & Rees 2021; Schließler et al. 2020; Roose 2020; Eder 2021): So sei Immigration durch die Eliten gesteuert, um die autochthone Bevölkerung in Deutschland auszutauschen. Der Feminismus diene dazu, die natürliche Ordnung der Familie als Reproduktionsgrundlage der Gemeinschaft zu zerstören. Die Corona-Pandemie wäre nur ein Mittel der Eliten, um mittels Impfungen den gesunden Volkskörper zu beeinträchtigen. Die Eliten beschränkten die Meinungsfreiheit und strebten danach, die Demokratie abzuschaffen (vgl. hierzu auch Kapitel IV.1). Demokratie wird dabei ausschließlich als Realisierung des (einheitlichen) Kollektivwillens verstanden, während Elemente wie universale Grundrechte, Kompromissbildung und institutionalisierte Gewaltenteilung keine vorgesehenen Bestandteile sind. Die Thematisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust sei vorrangig ein Mittel zur Desavouierung der völkischen Gemeinschaft der Deutschen mittels der Betonung kollektiver Schuld. Aus der derart wahrgenommenen Bedrohung der Gemeinschaft und der moralischen Verpflichtung zu ihrem Schutz entsteht Wut gegenüber etablierten Eliten und Institutionen, die in der Aufforderung zum dagegen gerichteten Widerstand kulminiert. In ambivalenter Weise gehen mit dieser Forderung nach Widerstand zwei autoritäre Wünsche einher: nach Unterordnung unter den die völkische Gemeinschaft wahrhaft vertretenden Personen und nach Konformität mit ihrer imaginierten natürlichen Ordnung, wie z. B. einer traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern (für detaillierte Ausführungen zu neurechten Ideologien s. Häusler & Küpper 2021).

(Rechts-)Populistische oder neurechte Akteure können versuchen, mit ihren Ideologien an in der Bevölkerung latent bestehende Problemwahrnehmungen anzuknüpfen, indem sie sie ideologisch aufgeladen artikulieren. Die mögliche Zustimmung der breiten Bevölkerung zu manchen der populistischen oder neurechten Aussagen kann also mitmotiviert sein durch Kritik an der repräsentativen Demokratie. Z. B. können Befragte anti-elitistischen Aussagen zustimmen, ohne die populistische Vorstellung

homogener Eliten zu teilen. Vielmehr können sie aus einer demokratischen Perspektive Kritik an einer programmatischen Annäherung der Parteien zum Ausdruck bringen, die Wahl- und Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung begrenzt (vgl. Barthelt & Bytzek 2016). Auch die Betonung von Volkssouveränität oder die Warnung vor Einschränkung der Meinungsfreiheit kann aus einer demokratischen Perspektive erfolgen, ohne die etablierten Eliten als Bedrohung der völkisch imaginierten Gemeinschaft anzusehen.

Einstellungen in Thüringen: Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung

Ob die beschriebenen Konzepte von Rechtsextremismus, Populismus und neurechter Ideologie sich auch in den Einstellungen der Befragten in Thüringen wiederfinden, kann erst eine empirische Untersuchung zeigen. Analog zur Methodik der Rechtsextremismusskala (s. Methodik ihrer Messung) werden daher aus den drei Konzepten konkrete Aussagen abgeleitet, die den Befragten zur Beantwortung vorgelegt werden. Anschließend wird untersucht, wie die Zustimmung zu den Aussagen miteinander zusammenhängen. Diese Analyse zeigt, ob sich die drei Einstellungen klar voneinander unterscheiden, oder ob sich die ideologischen und organisatorischen Verbindungen und Überschneidungen zwischen den Konzepten auch in den Einstellungen wiederfinden lassen oder ob die Einstellungen der Thüringer*innen anderweitig strukturiert sind. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde daher eine Reihe von Fragen gestellt, um populistische und neurechte Einstellungen zu messen; zur Entwicklung eines vollständigen Messinstruments wäre jedoch der Einbezug weiterer Aussagen und Analysen erforderlich.

Der populistische Anti-Elitismus kommt in den drei ersten Aussagen in Tabelle 8 zum Ausdruck. Hinsichtlich der drastischsten Aussage, dass die Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung handeln, sind die Befragten in zwei etwa gleich große Lager von Befürworter*innen und Gegner*innen gespalten. Dass Parteien sich nicht für die Präferenzen der Wähler*innen interessieren und dass die Politiker*innen parteiübergreifend ihre gemeinsamen Interessen verfolgen, findet hingegen die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit. Die Beurteilung der Parteien hat sich seit 2019 allerdings minimal verbessert. Wie bereits in Kapitel III.2 berichtet, haben sich auch weitere Bewertungen der bestehenden Demokratie verbessert, sodass der populistische Anti-Institutionalismus insgesamt rückläufig ist.

Die grundsätzliche Beurteilung der Demokratie als beste Staatsform ist auf hohem Niveau stabil (vgl. Kapitel III.2). Die Befürwortung der direkten Demokratie fällt etwas geringer, aber mit zwei Dritteln ebenso mehrheitlich aus. In der manichäischen Weltanschauung des Populismus besteht eine unaufhebbare Feindschaft zwischen den Eliten und dem Volk, wodurch Kompromisse Ausdruck unmoralischen Verrats statt politischer Vernunft sind. Eine Ablehnung von Kompromissen findet zwar kei-

ne mehrheitliche Zustimmung, aber immerhin 38 Prozent der Befragten äußern sich in diesem Sinne.

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit wird nicht nur von neurechten und populistischen Akteuren beklagt, sondern wird auch von fast der Hälfte deutschen Bevölkerung insgesamt wahrgenommen (vgl. Petersen 2021). In der Thüringer Bevölkerung teilt etwas mehr als die Hälfte der Befragten diese Auffassung, die andere lehnt sie ab. Diese Wahrnehmung ist stabil, der seit 2019 erkennbare Rückgang liegt innerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Von den weiteren neurechten Aussagen findet die Vermutung eines beabsichtigten Austauschs des Volkes und einer Diskriminierung von Männern durch den Feminismus mit je ca. 15 Prozent nur wenig Zustimmung. Die Forderung nach einer Beendigung der Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus befürwortet hingegen knapp die Hälfte der Befragten. Auch geben 37 Prozent an, dass es Zeit für Widerstand gegen die aktuelle Politik ist. Dieser Wert ist gegenüber 2020 unverändert.

Die selbstberichtete Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele ist im Vergleich zu 2019 von neun auf vier Prozent zurückgegangen. Auch der Autoritarismus mit seinen beiden komplementären Bestandteilen Unterwerfung und Gehorsam findet weniger Zustimmung als noch vor zwei Jahren.

Ähnlich wie bei der Rechtsextremismusskala wird die Zustimmung zu jeder Aussage nun daraufhin geprüft, ob sie regelmäßig mit der Zustimmung zu anderen Aussagen einhergeht. Sind populistische, neurechte und rechtsextreme Einstellungen klar voneinander zu trennen, müssten die jeweils dazugehörigen Aussagen untereinander eng zusammenhängen und weniger stark mit den übrigen Aussagen. Aussagen, die eng miteinander zusammenhängen, bilden statistisch einen Faktor, der deshalb als Messung der latenten Einstellung verstanden werden kann, die die Zustimmung oder Ablehnung zu den Einzelaussagen motiviert.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Tabelle 8. Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen (Zustimmung in Prozent und gruppierte Ladungen einer Faktorenanalyse)

	Theoretische Konzepte	2021	2020	2019	Empir. Faktoren 2021		
					I	II	III
Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.	Anti-Elitismus	52			+++		
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.		69	72	74	+++		
Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen.		78			+++	+	
In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.	Anti-Institutionalismus	56	57	72	+++		
Demokratiezufriedenheit		65	68	63	- - -		-
Misstrauen in: Bundesregierung		29	20	31	+++		+
Misstrauen in: Landesregierung		16	16	20	+++		+
Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Idee Demo.	89	87	90			- -
Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen.	Direkte Demo.	65			++		
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.	Manichäismus	38			+++		
Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.	Meinungsdiktat	45	46	49	++		+
Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen	Neurechte Positionen	14			+	+	++
Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen.		52			+	+	
Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt		15					++
Es ist Zeit, Widerstand gg. aktuelle Politik zu leisten.		37	36		+++		
Würde/habe Gewalt zum Erreichen von Zielen einsetzen/-gesetzt.	Gewaltaffinität	4	7	9			
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.	Autoritarismus	60	64	64		+++	
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen		45	52	61		+++	
Rechtsextremismus (Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus)							
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	Ethnozentrismus				+	++	
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.						+++	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.					+	+++	
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.					+	++	+
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	Neo-Nationalsozialismus			s.o.	+++		
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.						+++	
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen						++	++
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.							++
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.						++	
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.						+++	

Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, KMO 0.91, Extraktion der Faktorenanzahl mittels Screeplot und auf Basis des Kaiser-Kriteriums. Die Faktorladungen werden der Übersicht halber kategorisiert berichtet. Faktorladungen mit einem Betrag kleiner als 0.3 werden nicht berichtet, sonst: +/- >0.3, ++/- - >0.4, +++/- - - >0.5.

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei Faktoren (I-III) erkennen, deren inhaltliche Bedeutung durch die Aussagen erkenntlich wird, die mit ihnen am stärksten in Zusammenhang stehen (Tabelle 8).²³

Die Aussagen zur Messung des Populismus bilden gemeinsam den ersten Faktor, der am stärksten durch den Anti-Institutionalismus und den Anti-Elitismus geprägt wird. Auch das Postulat von der Notwendigkeit zum Widerstand gegenüber der aktuellen Politik und der Manichäismus sind bei den Befragten nur Bestandteil der populistischen Einstellung. Weiter hängt die Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit und der Wunsch nach direkter Demokratie eng mit dem Populismus zusammen. Auffällig ist, dass die Einschätzung der Demokratie als bester Staatsidee weder in einem positiven noch negativen Zusammenhang mit dem Populismus steht. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen kann also sowohl mit einer ablehnenden oder mit einer befürwortenden Haltung zur Idee der Demokratie einhergehen.

Davon zu unterscheiden sind die Aussagen, die gemeinsam zum zweiten Faktor verbunden werden können. Dazu zählen der Autoritarismus und fast alle Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR. Nur die Haltung zum historischen Nationalsozialismus und die Befürwortung einer nationalen Diktatur können hier nicht zugeordnet werden. Beide Aussagen lassen sich dagegen zu einem Faktor drei zusammenfassen, der zusätzlich noch die Ablehnung der Demokratie als bester Staatsform, die Befürwortung einer nationalen Diktatur und, etwas schwächer ausgeprägt, die Vorstellung des durch die Eliten angestrebten Volksaustausches und der feministischen Männerdiskriminierung umfasst. Faktor drei verbindet also die politischen Ordnungsvorstellungen des Rechtsextremismus nach der Konsensdefinition und zwei neurechte Aussagen.

Von den Aussagen, die nicht klar mit einem einzigen Faktor zusammenhängen, besitzt einzig die Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele überhaupt keine Verbindung zu einem der hier geschilderten Faktoren. Die übrigen Aussagen sind dagegen nicht nur mit einem, sondern mit mehreren der identifizierten Faktoren verbunden und geben daher Aufschluss über inhaltliche und ideologische Querverbindungen und Überschneidungen zwischen den durch die Faktoren erfassten Ein-

²³Die Stärke des Zusammenhangs zwischen einer Aussage und einem Faktor wird durch die sogenannten Faktorladungen in den letzten drei Spalten von Tabelle 8 angegeben. Eine Faktorladung von 0 bedeutet keinen Zusammenhang mit dem jeweiligen Faktor, eine Faktorladung von +/- 1 bedeutet, dass die Zustimmung zu der jeweiligen Aussage exakt im selben Ausmaß ansteigt (sinkt), je mehr die Zustimmung zu den übrigen Aussagen ansteigt (sinkt). In der Praxis werden nur Faktorladungen mit einem Betrag größer als 0.3 berücksichtigt. Für die Identifikation der Faktoren ist es wichtig, dass jede Aussage möglichst nur auf einem Faktor zugeordnet werden kann, d. h. dass sie nur eine sehr hohe Faktorladung besitzt. Nebenladungen auf andere Faktoren treten immer wieder auf. Sind sie ähnlich hoch wie Hauptladungen, können Aussagen mehreren Faktoren zugeordnet werden.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

stellungen. Diese Querverbindungen sind jedoch nicht prägend für diese Faktoren. So ist der einstellungsmäßige Populismus zwar vom einstellungsmäßigen Rechtsextremismus des Faktors zwei zu trennen, jedoch bestehen Bezüge zwischen der populistischen Einstellung und der Forderung nach einer Beendigung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland, der Wahrnehmung einer Überfremdung und Ausnutzung Deutschlands durch Ausländer, dem energischen Durchsetzen deutscher Interessen und der Vorstellung eines Volksaustausches. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen besitzt also Querbezüge zu ethnozentrischen und neurechten Positionen.

Faktor zwei besitzt Querverbindungen zur Vorstellung homogener Eliten, zur Forderung nach einem Schlussstrich unter die gesellschaftliche Aufarbeitung des historischen Nationalsozialismus sowie zur Vorstellung eines beabsichtigten Volksaustausches. Das sozialdarwinistische Ideologem des Rechts des Stärkeren sowie einer ausschließlich durch Inanspruchnahme der Sozialsysteme motivierten Zuwanderung zählen gleichfalls hierzu. Beide Ideologeme hängen gleichstark mit den Aussagen auf Faktor drei zusammen. Faktor drei weist zudem Querbezüge zum Misstrauen in Bundes- und Landesregierung, Demokratieunzufriedenheit sowie zur Vorstellung eingeschränkter Meinungsfreiheit auf.

Faktor zwei und drei spiegeln in ihren Grundzügen die im THÜRINGEN-MONITOR etablierte und für die Jahre 2001 bis 2020 stabile Unterscheidung zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus wider (s. Methodik der Rechtsextremismussmessung und Best & Vogel 2021). Allerdings bestehen im Jahr 2021 zwei Unterschiede zu den bisherigen Messungen.

Erstens kann Faktor zwei zwar als Ethnozentrismus identifiziert werden, weil sich in ihm die Ungleichwertigkeitsvorstellungen bündeln. Allerdings ist er im Jahr 2021 auch durch die antisemitische und die sozialdarwinistischen Aussagen geprägt, die in allen Vorjahren zum Neo-Nationalsozialismus zählten (vgl. Best & Vogel 2021). Ethnozentrische Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind im Jahr 2021 also stärker als bisher auf neo-nationalsozialistischen Ideologeme bezogen – und damit wohl auch verfestigt.²⁴ Zur besseren Unterscheidung vom bisher im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Konzept des Ethnozentrismus wird die dem Faktor zwei zugrundeliegende Einstellung daher als rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus bezeichnet.

Zweitens umfasst Faktor drei – im Unterschied zum Neo-Nationalsozialismus – nicht alle erhobenen nationalsozialistischen Ideologeme, sondern allein die beiden auf die politische Ordnung bezogenen – Demokratie und (historische) Diktatur. Die

²⁴Auch eine Faktorenanalyse ausschließlich auf Basis der rechtsextremen Aussagen bestätigt dieses Ergebnis für 2021. Das kann Ausdruck einer Radikalisierung der Ethnozentristen sein, aber auch schlicht Folge ihrer veränderten Zusammensetzung aufgrund ihrer rückläufigen Verbreitung.

weiteren mit Faktor drei verbundenen Aussagen legen nahe, dass er die rechtsextrem motivierte Ablehnung der liberalen Demokratie und ihrer Eliten misst, die als ursächlich für die Zerstörung der natürlichen Ordnung ausgemacht wird. Dazu zählen in dieser Weltsicht auch politische (Eliten-)Projekte wie Feminismus und Zuwanderung.

Die Einstellungen der Thüringer*innen sind insgesamt also weder durch die Kontrastierung noch durch die Gleichsetzung von Rechtsextremismus, Populismus und neurechten Einstellungen adäquat gekennzeichnet. Vielmehr bestehen drei differenzierte Faktoren mit komplexen Wechselbeziehungen.

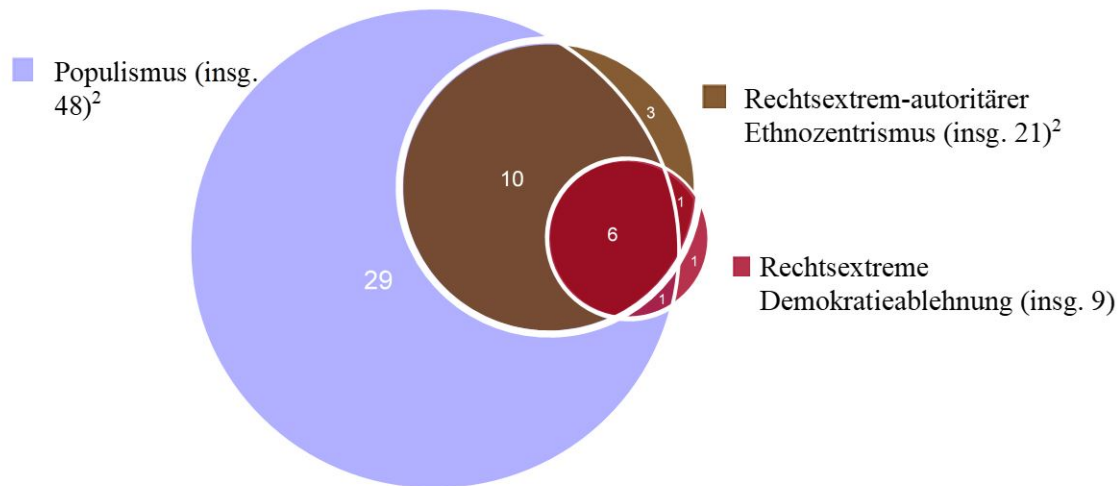
Der einstellungsmäßige Populismus geht in der Selbstwahrnehmung der Befragten nicht systematisch mit Demokratieablehnung einher. Er ist aber in Teilen durch ethnozentrische Vorstellungen geprägt, die auf eine ethnokratische Eingrenzung der Volkssouveränität hindeuten, die in einem Spannungsverhältnis zu den universalistischen Gleichheitsnormen moderner Demokratien steht (vgl. hierzu auch TM 2019). Weiter sind für den einstellungsmäßigen Populismus in Thüringen auch die Vorstellung homogener Eliten, eingeschränkter Meinungsfreiheit und Widerstand kennzeichnend, und es bestehen schwache Querbezüge zur Unterstellung eines Volksaustauschs durch die Eliten. (Nur) in Teilen der Bevölkerung (s.u.) speisen sich populistische Einstellungen folglich aus dem Gefühl, dass die demokratischen Eliten die eigene Gruppe unzureichend gegenüber äußeren Einflüssen und Bedrohungen schützen.

Trotz dieser ethnozentrischen Querbezüge sind populistische und rechtsextreme Einstellungen deutlich unterschieden. Der einstellungsmäßige Rechtsextremismus ist stärker als in den vorangegangenen Jahren getrennt in die rechtsextrem-autoritär fundierten Ungleichwertigkeitsvorstellungen des Ethnozentrismus auf der einen Seite und in die negative Wahrnehmung und ideologisch motivierte Ablehnung der Demokratie auf der anderen.

Ein im engeren Sinne neurechtes Einstellungsmuster konnte nicht identifiziert werden, denn eingeschränkte Meinungsfreiheit und die Notwendigkeit zum Widerstand sind Bestandteile des einstellungsmäßigen Populismus, während der Wunsch nach einem Schlussstrich unter dem Nationalsozialismus, die Unterstellung eines Volksaustausches und männerdiskriminierender Feminismus zum einstellungsmäßigen Rechtsextremismus zu zählen sind. Es liegt nahe, dass den Vorstellungen der Befragten von Widerstand und Meinungsfreiheit nur selten neurechte theoretische Konzeptionen zugrunde liegen. Es wäre daher wichtig, mittels früher bereits angewendeter Probing-Verfahren (vgl. Best & Salomo 2014) genauer zu erfragen, worin die Befragten die Meinungsfreiheit eingeschränkt sehen und was sie unter Widerstand gegen die aktuelle Politik konkret verstehen.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Abbildung 37. Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen (2021, in Prozent aller Befragten)



¹Lesehilfe: 48 Prozent aller Thüringer*innen teilen populistische Einstellungen. 29 Prozent aller Thüringer*innen teilen nur populistische Einstellungen, zehn Prozent teilen populistische und rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Einstellungen etc. ²Rundungsbedingt addieren sich die Anteilswerte für die Untergruppen nicht exakt auf die Gruppenanteile insgesamt.

Wie stellt sich nun die Verteilung dieser drei Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung dar? Um diese Frage zu beantworten, werden die Aussagen, die am stärksten miteinander verbunden sind und daher zu je einem Faktor gehören, zu drei Skalen zusammengefasst. In Anlehnung an die methodischen Kriterien für die Erstellung der Rechtsextremismusskala (s. Methodik der Rechtsextremismusskala) werden Befragte, die den zu einem Faktor bzw. einer Skala gehörenden Aussagen im Durchschnitt zustimmen, in die drei Gruppen Populist*innen, rechtsextrem-autoritäre Ethnozentrist*innen und rechtsextreme Antidemokrat*innen klassifiziert.²⁵

Auf dieser Basis ist knapp die Hälfte der Thüringer*innen als populistisch einzuordnen (Abb. 37). Rund 60 Prozent dieser Populist*innen – das entspricht 29 Prozent aller Thüringer*innen – teilen weder einen rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Bei 21 Prozent der Populist*innen – das entspricht zehn Prozent der Thüringer*innen – sind populistische Einstellungen mit rechtsextrem-autoritärem Ethnozentrismus verknüpft und

²⁵Die zwischen den Skalen bestehenden Querverbindungen werden bei der Erstellung der Skalen nur zum Teil berücksichtigt, zeigen sich aber anschließend in der Überschneidung zwischen den drei Gruppen. Konkret wurden nur die Aussagen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, die auf einen gemeinsamen Faktor mit min. der Faktorladung (Betrag) größer 0.5 laden oder auf mehrere Faktoren mit ungefähr gleich großen Faktorladungen (Betrag) laden. Auch wurden Befragte berücksichtigt, die bei einer Aussage pro Skala eine fehlende Antwort aufweisen.

weitere 13 Prozent der Populist*innen – das entspricht sechs Prozent aller Thüringer*innen – lehnen zusätzlich die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab.

Die Mehrheit der populistischen Thüringer*innen teilt also keines der beiden rechtsextremen Einstellungsmuster. Diese moderate Überschneidung unterstreicht den obigen Befund, dass der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen überwiegend nicht rechtspopulistisch ist. Gleichzeitig ist jedoch bei einer erheblichen Minderheit seiner Anhänger eine Verbindung zu rechtsextrem-autoritären ethnozentrischen Vorstellungen zu beobachten.

Umgekehrt ist mit 76 Prozent der Großteil der rechtsextrem-autoritären Ethnozentrist*innen populistisch eingestellt, und dasselbe gilt für 77 Prozent der rechtsextremen Antidemokrat*innen. Überschneidungen bestehen auch zwischen diesen beiden Dimensionen des Rechtsextremismus, allerdings nur in eine Richtung: 77 Prozent derjenigen, die rechtsextrem motiviert die Demokratie ablehnen, sind rechtsextrem-autoritäre Ethnozentristen. Von diesen lehnt jedoch nur ein Drittel aus rechtsextremen Motiven die Demokratie ab. Damit teilen 13 Prozent der Thüringer*innen insgesamt zwar den rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus, nicht aber die rechtsextrem fundierte Demokratieablehnung. In dieser Kombination von schwer vereinbaren Einstellungen – Gesellschaftsbild der Ungleichwertigkeit plus Demokratiebefürwortung – dürfte eine weitere Ursache zu finden sein, dass sich erhebliche Teile der einstellungsmäßigen Rechtsextremen selbst nicht als rechts verstehen (vgl. Best & Vogel 2021).

Ein direkter Vergleich dieser Werte mit den elf Prozent einstellungsmäßigem Rechtsextremismus im Jahr 2021 auf Basis der Konsensdefinition muss berücksichtigen, dass bei der hier vorliegenden Messung mehr Aussagen zu Demokratie, Autoritarismus und neurechten Positionen einbezogen wurden. Werden – im Unterschied zur Konsensdefinition und im Einklang mit den empirischen Befunden – die antidemokratischen Einstellungen als getrennte Unterdimension des Rechtsextremismus angesehen, zeigt sich, dass rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Ungleichwertigkeitsvorstellungen für sich allein genommen deutlich weiter verbreitet sind als der Rechtsextremismus nach der Konsensdefinition. Entsprechend sind von den elf Prozent einstellungsmäßigen Rechtsextremist*innen nach der Konsensdefinition auch 95 Prozent rechtsextrem-autoritär ethnozentrisch, aber nur 56 Prozent teilen die rechtsextreme Demokratieablehnung.

Zur Aktualität der Rechtsextremismusmessung des Thüringen-Monitors

Die geschilderten Ergebnisse ordnen sich in Befunde weiterer THÜRINGEN-MONITORE ein, die – bei allen Unterschieden im Detail – für Thüringen drei grundlegende Einstellungsmuster zeigen: Populismus bzw. Demokratiekritik, (rechtsextrem-autoritärer) Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Bereits der THÜRINGEN-MONITOR 2018 zeigte die Abgrenzung zwischen Rechtsextremismus mit zwei Unterdimensionen auf der einen Seite und Demokratiekritik mit ethnozentrischen Querbezügen auf der anderen Seite. Zudem zeichnete sich im Jahr 2018 ebenso ab, dass die politischen Ordnungsvorstellungen des Rechtsextremismus untereinander etwas enger als mit den ethnozentrischen Ungleichwertigkeitsvorstellungen verbunden sind. Eine Analyse von Aussagen, die in allen THÜRINGEN-MONITOREN zwischen 2016 und 2020 erhoben wurden, zeigte neben Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus ebenso einen Faktor Demokratiekritik (vgl. Best & Vogel 2021). Auch hingen in diesem Zeitraum Skepsis und Ablehnung gegenüber Muslim*innen und Migrant*innen in Thüringen eng mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalchauvinismus zusammen und bildeten einen gemeinsamen Ethnozentrismusfaktor (ebd. und Kap. V.3). Die bisherigen Ergebnisse sprechen deshalb dafür, dass der im THÜRINGEN-MONITOR erhobene Ethnozentrismus auch die Ausgrenzung und Abwertung einer Vielzahl von Gruppen erfasst, die mit den in der jeweiligen Befragung vorgelegten Aussagen nicht explizit genannt werden.²⁶

Der Einbezug neurechter Denkfiguren in die Befragung zeigt hingegen, dass sie kein eigenes Einstellungsmuster der Thüringer*innen bilden, sondern zu Populismus und rechtsextremer Demokratieablehnung zugeordnet werden können. Damit wird noch einmal unterstrichen, dass neuere ideologische Entwicklungen an latente Einstellungen anknüpfen, die bereits mit etablierten Messinstrumenten erfasst werden können.

²⁶Diese ethnozentrischen Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden im Jahr 2021 stärker als in den letzten Jahren antisemitisch und sozialdarwinistisch interpretiert. Auch dieses Ergebnis fügt sich in Analysen über alle THÜRINGEN-MONITORE zwischen 2001 und 2020 hinweg ein, die bestätigen, dass die Verbindung zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus trotz zunehmender Entkoppelung starken jährlichen Schwankungen unterliegt (vgl. Best & Vogel 2021). Eine mögliche Ursache für diese Schwankung ist der variierende Anteil an Ethnozentristen, weil sie eine geänderte Zusammensetzung der einstellungsmäßigen Rechtsextremen nach sich zieht. Die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen war schon immer stärker durch kurzfristige Einflüsse und Überlegungen motiviert als durch ideologisch verfestigte Einstellungen (vgl. Best & Vogel 2021). Je geringer der Anteil von Befragten, deren Zustimmung zu ethnozentrischen Ansichten nicht durch eine gefestigte rechtsextreme Einstellung bedingt ist, desto größer der Anteil von Befragten, bei denen ethnozentrische Einstellungen durch eine neo-nationalsozialistische ideologische Ausdeutung verfestigt sind und die folglich weniger zwischen beiden unterscheiden. Damit bedeutet ein engerer Zusammenhang zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus nicht zwingend eine Radikalisierung der Rechtsextremen, sondern ist möglicherweise damit zu begründen, dass die Ethnozentristen weniger geworden sind, deren ethnozentrische Einstellungen nicht ideologisch verfestigt sind. Ohne Rückgriff auf Paneldaten können diese beiden möglichen Ursachen jedoch nicht unterschieden werden. Die Trennung zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus ist also weiterhin relevant und insbesondere bei steigenden Anteilen an Ethnozentristen zu berücksichtigen.

Im Kern erfassen also viele der 2021 (bzw. 2018 und 2016-2020) neu untersuchten Aussagen dieselben latenten Einstellungsmuster, die im THÜRINGEN-MONITOR u. a. mit den auf der Konsensdefinition aufbauenden Aussagen erfasst werden können. Neu untersuchte Aussagen sollten also nicht isoliert zur Messung von Einstellungen verwendet werden, weil sie immer auch andere Aspekte neben der eigentlich zu messenden Einstellung erfassen (s. Methodik der Rechtsextremismussmessung). Erst ihre Zusammenfassung in komplexeren Messinstrumenten (Skalen) kann Auskunft über die Verbreitung der zugrundeliegenden Einstellungen geben. Vor dieser Zusammenfassung muss stets geprüft werden, welche Aussagen zu welchen Einstellungen zusammengefasst werden können. Dass sich wiederholt – trotz aller Unterschiede im Detail – drei grundlegende Einstellungsmuster zeigen, die auch z. B. neurechte Aussagen oder die Ablehnung von Migrant*innen umfassen, zeigt, dass die Rechtsextremismussmessung des THÜRINGEN-MONITORS geeignet ist, auch die Auswirkungen jüngerer Entwicklungen im „Rechtsaußenspektrum“ (Häusler & Küpper 2019, 147) in den Einstellungen der Thüringer*innen nachzuzeichnen.

Zur stetigen Prüfung und Aktualisierung der Rechtsextremismusskala des THÜRINGEN-MONITORS sollten also regelmäßig Aussagen zu aktuellen ideologischen Positionen ergänzt werden, um deren Beziehung zu den bisher identifizierten latenten Einstellungen zu erfassen. Gleichzeitig sollte die Rechtsextremismusskala in dieser Form aufrechterhalten werden, weil erst konstante Frageformulierungen die Untersuchung der längerfristigen Entwicklung latenter Einstellungen ermöglicht.

Schließlich muss in diesem Kontext darauf hingewiesen werden, dass für den Einbezug populistischer Einstellungen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR keine Frage zur Erfassung der Homogenitätsvorstellungen und damit des Antipluralismus zur Verfügung stand. Auch wurde Misstrauen in Bundes- und Landesregierung als Bestandteil des populistischen Anti-Institutionalismus konzipiert. Geringes Vertrauen in konkrete Institutionen kann aber auch die Ursache der Hinwendung zu populistischen Weltansichten sein. Um diese beiden Möglichkeiten zu unterscheiden, müsste der Anti-Institutionalismus unabhängig vom konkreten Institutionenvertrauen gemessen werden. Die Fragen dazu würden die grundlegende Ablehnung jeglicher Form vermittelter Umsetzung des im Grunde unmittelbar realisierbaren Volkswillens erfassen. Um populistische Einstellungen mit einem vollständigen Messinstrument zu erfassen, wäre folglich der Einbezug weiterer Fragen in zukünftigen THÜRINGEN-MONITOREN notwendig.

V.3. Die Abwertung der Anderen: Antisemitismus, Vorurteile gegenüber Migrant*innen, Muslim*innen und Asylsuchenden, Antifeminismus

Auch in diesem THÜRINGEN-MONITOR wird die Messung von Einstellungen bzw. Meinungen der Befragten gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen fortgesetzt, die im Kontext der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2002) stehen. Hierbei wird sich auf die Zustimmung zu insgesamt elf Aussagen konzentriert, die dem Antisemitismus, den Vorurteilen gegenüber Migrant*innen, Muslim*innen und Asylsuchenden sowie dem Antifeminismus zuzuordnen sind (Tabelle 9). Die Datenreihen der Zustimmung von Aussagen gegenüber anderen Gruppen, die sich aus den Messungen der Vorjahre ergeben, werden zur Dokumentation abgebildet und können in zukünftigen Befragungen fortgesetzt werden.

Insgesamt zeigt sich in diesem Jahr eine weiterhin positive Entwicklung, da noch geringere Anteile der Befragten die entsprechenden inhaltlichen Positionen unterstützten als es 2020 der Fall war. Markante und statistisch signifikante Werterückgänge sind in der Tabelle durch eine grüne Hervorhebung gekennzeichnet. Auf Basis des – in diesem Jahr aufgrund der beiden Schwerpunktthemen reduzierten – Variablenprogramms kann konstatiert werden, dass lediglich eine Minderheit der Thüringer Bevölkerung Ideologiefragmente der Ungleichwertigkeit unterstützt und sich negativ gegenüber solchen Menschen äußert, die – aus Sicht einer nach wie vor ethnisch und kulturell sehr homogenen „Mehrheitsgesellschaft“ – als die „Anderen“ und „Fremden“ gelten oder als solche konstruiert werden. Dies war nicht immer so: Noch 2018 und 2019 wurden bei den hier besprochenen Leitindikatoren, beispielsweise hinsichtlich der Zustimmung zur Aussage der „Überfremdung Deutschlands“, sehr hohe Werte erzielt. Im Trend des Rückgangs deutet sich allerdings an, dass jene Einstellungen in der Bevölkerung konjunkturellen Schwankungen unterliegen. So ist anzunehmen, dass vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den (vorerst) zurückgedrängten politischen und medialen Debatten über Zuwanderung, Asyl und Integration auch der gesellschaftliche Resonanzraum für kritische und negative Beurteilungen von Migrant*innen und Geflüchteten etwas kleiner geworden ist und sich deshalb das Stimmungsbild dementsprechend aufgehellt hat (vgl. hierzu auch TM 2020).

Trotz allem kann jedoch keine Entwarnung gegeben werden – nicht zuletzt, weil einige Zustimmungswerte erkennbar über aktuellen deutschlandweiten Vergleichszahlen liegen. Während im THÜRINGEN-MONITOR 42 Prozent der Befragten der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ voll und ganz oder überwiegend zustimmen, verzeichnet die jüngste Mitte-Studie (Zick & Küpper 2021: 86 ff.) ca. 33 Prozent Zustimmung zur gleichen Aussage, wobei sogar noch die mittlere Antwortkategorie „teils/teils“ (ca. 21 Pro-

zent) einberechnet wurde, die im THÜRINGEN-MONITOR nicht existiert. Nach dieser Lesart liegt die Zustimmung zur Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ in Thüringen mit 37 Prozent unter dem deutschlandweiten Vergleichswert der Mitte-Studie von 43 Prozent, allerdings fallen hier auf die mittlere Antwortkategorie „teils-teils“ sogar 33 Prozent. Ähnlich ist der Unterschied bei der Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“, der in Thüringen 43 Prozent der Befragten zustimmen. Die Mitte-Studie zeigt einen Wert von 57 Prozent, davon allerdings 36 Prozent „teils/teils“ und lediglich 21 Prozent überwiegende oder völlige Zustimmung. In Thüringen meinen 24 Prozent der Befragten: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ In Deutschland sind es 31 Prozent, davon stimmten allerdings 21 Prozent „teils/teils“ und lediglich zehn Prozent überwiegend oder voll und ganz zu.

Die in der Mitte-Studie verwendete Aussage „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ ist mit der des THÜRINGEN-MONITORS vergleichbar; statt 19 Prozent Zustimmung in Thüringen wurden deutschlandweit 27 Prozent Zustimmung gemessen, davon jedoch 14 Prozent „teils/teils“ (ebd., 188 f.). Die Vergleichbarkeit der Angaben ist durch die unterschiedlichen Antwortskalen eingeschränkt: Es ist davon auszugehen, dass auch in Thüringen nicht wenige Befragte auf die unverfänglich wirkende Mittelkategorie ausweichen würden und sich daher ähnliche Werteverteilungen einstellen könnten. Eine grobe Orientierung bietet sich, wenn ungefähr die Hälfte der „teils/teils“-Nennungen zur Ablehnung, die andere Hälfte zur Zustimmung gerechnet werden. Zumindest im Phänomenbereich des Antisemitismus wären dann für Thüringen keine markant erhöhten Zustimmungswerte anzunehmen – jedoch für den Phänomenbereich Migrant*innenfeindlichkeit.²⁷

²⁷Aktuelle Vergleichszahlen zur vorurteilsgeleiteten Aussage über Muslim*innen bietet die Mitte-Studie nicht, da sich die Fragenformulierungen zu stark unterscheiden.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Tabelle 9. Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2021

	2021	20	19	18	17	16	15
Migrant*innenfeindlichkeit							
Die <i>Bundesrepublik</i> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	42	44	56	58	53	52	51
<i>Thüringen</i> ist [...] in einem gefährlichen Maß überfremdet.		26	34	36		23	
<i>Meine Wohnumgebung</i> ist [...] in einem gefährlichen Maß überfremdet.	9	11	11		7		
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	37	41	45	49	44	37	40
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	9	18	23	25	22	17	22
(Klassischer) Rassismus							
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	17	19				13	
Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen							
Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind. (Aussage invertiert)	39	47	45	54	48	47	47
Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.		51	63	61	62	60	62
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.		24	27	28	28		
Negative Einstellungen gegenüber Asylbewerber*innen, Einstellung zu Asyl und Integration							
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	43	54	57	58	54	65	55
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein. (Aussage invertiert)		78	81	85	83	73	79
Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.			63	64		58	
Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.			71	74		66	
Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.				97		96	
Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.			48	48		51	
Antisemitismus							
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (primärer Antisemitismus)	4	8	16	9	14	19	9
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. (sekundärer Antisemitismus)	19	21	27	26	21		29
Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand. (Schuldabwehr//Relativierung)	45						
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat. (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	24	23	32	34	27		
Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen. (s.o.)	17						
Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*zze und Rom*nja)							
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.		28	40				39
Etabliertenvorrechte							
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.		36		32			27
Abwertung von Langzeitarbeitslosen							
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.				55	68		55
Abwertung von Obdachlosen							
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.							40
Abwertung von Behinderten							
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.							5
Antifeminismus / Gender-Rollenkonventionalismus							
Frauen sollen sich wieder mehr auf Rolle der Ehefrau & Mutter besinnen.				11			14
Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.	15						
Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen							
Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.			42		45		
Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z. B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen. (Aussage invertiert)			14		23		

Anmerkung: Zustimmung in Prozent, „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; Freifeld: die Frage wurde im angegebenen Jahr nicht gestellt.

Die Frage nach der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen in unserer Gesellschaft oder deren Vorenthaltung bemisst sich nicht allein am (tatsächlichen oder angenommenen) Minderheitenstatus, weshalb auch antifeministische Positionen an dieser Stelle thematisiert werden müssen. Konservative Vorstellungen von Geschlechterrollen bzw. geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung haben im Sinne eines demokratischen Pluralismus ihre Berechtigung, während der Antifeminismus allerdings weit darüber hinausgeht und problematische Positionen vertritt. Er behauptet eine „übertriebene“ Frauenförderung und vermutet – bisweilen genährt durch Desinformationen und Verschwörungsideologie über „Gender Mainstreaming“ und eine sogenannte „Gender-Ideologie“ – u. a. die planhafte Benachteiligung von Männern (vgl. Lang & Peters 2018; Hark & Villa 2016). Der Aussage „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“ stimmen im THÜRINGER-MONITOR 15 Prozent der Befragten zu.²⁸ Für Thüringen ist also bis zu weiteren Untersuchungen von einem durchschnittlichen Verbreitungsgrad antifeministischer Positionen auszugehen.

Wie in den Gutachten der Vorjahre kann konstatiert werden, dass die Zustimmung zu den verschiedenen Aussagen in auffälliger Weise miteinander statistisch korreliert. Das heißt: Wer einer der hier diskutierten Aussage zustimmt, stimmt mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch anderen zu. Mit einer sogenannten Faktorenanalyse lässt sich zeigen, dass sich dabei zwei grundlegende Einstellungsdimensionen aufspannen. Die erste wird durch ablehnende Einstellungen gegenüber Migrant*innen, Asylsuchenden und Muslim*innen bestimmt. Aber auch der Antifeminismus gehört zu dieser Dimension, was auf gemeinsame Ursachen verweist. Diese bestehen insbesondere in autoritären Grundorientierungen, individuellen und kollektiven Benachteiligungsgefühlen (v. a. (Ost-)Deprivation), Statusverlustangst sowie niedrige Bildung, wie sich in weiteren Analysen nachweisen lässt (s.u.). Die zweite Einstellungsdimension beinhaltet den Antisemitismus, wodurch die Besonderheit dieser Ungleichwertigkeits- und Abwertungsideologie unterstrichen wird. Es handelt sich also nicht nur inhaltlich um eine gesonderte Analysekategorie, sondern ihre Eigenständigkeit kann statistisch nachgewiesen werden. Die Antwortmuster bezüglich der Fragen zu Jüdinnen und Juden bzw. zu Israel weichen von denen bezüglich der Fragen der ersten Einstellungskategorie erkennbar ab. Dies ist umso bedeutsamer, als sich auch für antisemitische Einstellungen die bereits erwähnten Einflussfaktoren in ähnlicher Stärke abzeichnen. Befragte, die erhöhte Werte bzgl. des Autoritarismus, der subjektiven Deprivation, der Statusverlustangst sowie niedrigere Bildung aufweisen, besitzen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, antisemitischen Aussagen zuzustimmen. Bemerkenswert ist, dass die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus, die mit unseren Messungen abgedeckt werden, sich wiederum zu einer einheitlichen Zu-

²⁸In der aktuellen Mitte-Studie meinten insgesamt 22 Prozent: „Heutzutage werden Männer auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Frauen oft benachteiligt“, dabei stimmten zwölf Prozent „teils/teils“ zu (Zick & Küpper 2021, 254 f.).

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

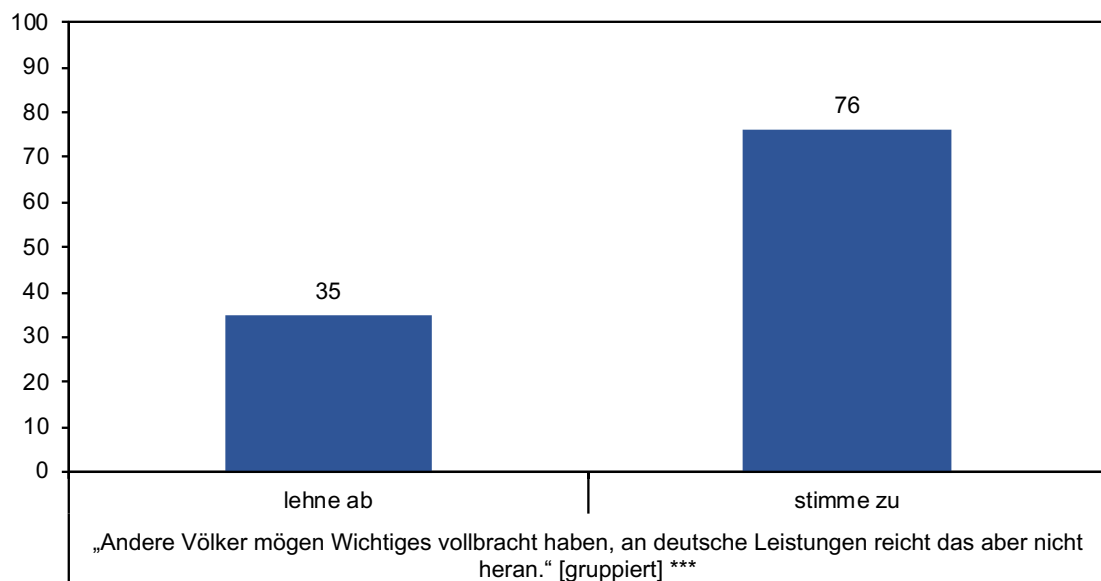
stimmungsdimension fügen. Damit ist – bei aller gebotenen Differenzierung – davon auszugehen, dass sich primäre „Judenfeindschaft“, sekundär antisemitische Einstellungen bzw. solche mit geschichtsrevisionistischem, relativierendem oder schuldabwehrendem Gehalt sowie israelbezogener Antisemitismus gegenseitig bedingen und verstärken.

Antisemitismus

Antisemitismus ist ein dauerhaftes Problem moderner Gesellschaften – er weist eine sehr hohe Kontinuität auf und prägt unterschiedliche Erscheinungsformen. Dies wurde nicht zuletzt im Kontext der Corona-Pandemie deutlich, als eine Zunahme von verschwörungsideologischen Narrativen beobachtet werden musste, in denen Jüdinnen und Juden als vermeintliche „Strippenzieher“ oder „Profiteure“ diffamiert werden (vgl. u. a. Correctiv 2020). Typisch sind in diesem Zusammenhang geschichtsrevisionistische bzw. -relativierende Positionen, bei denen beispielsweise ein Vergleich zwischen der Verfolgung von Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus und „deutschen Opfern“ vorgenommen wird, ein „Schlussstrich unter die Geschichte“, also ein Ende der Aufarbeitung von NS-Verbrechen gefordert wird, oder Jüdinnen und Juden unterstellt wird, aus ihrer Verfolgungsgeschichte finanziellen Nutzen ziehen zu wollen. Dies alles sind Manifestationen alter, tiefsitzender Ressentiments, die insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte hochproblematisch sind (vgl. Salzborn 2010, 2019). Dass es auch in Thüringen seit Jahren immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt, zeigen die Dokumentationen von RIAS, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (vgl. Thiele & Ben-Yehoshua 2021). Basierend auf den Befunden vorangegangener THÜRINGEN-MONITORE konstatierte der Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus (2020, 1) „in Thüringen eine stetige Zunahme einer antisemitischen Einstellung der Bevölkerung.“ Hierfür war vor allem der Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (primärer Antisemitismus) auf 16 Prozent im Jahr 2019 ausschlaggebend. In der Befragung 2020 hatte sich dieser Wert jedoch wieder halbiert; in diesem Jahr ist er gar auf vier Prozent und damit den niedrigsten Messwert in der gesamten Zeitreihe seit der Etablierung des Messkonzepts im Jahr 2001 (damals: 14 Prozent!) gesunken. Eine beunruhigende Stabilität auf vergleichsweise höherem Niveau weist die Zustimmung zu den Aussagen „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ (sekundärer Antisemitismus) und „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus) auf. Gegenüber 2018 und 2019 sind auch hier leichte Rückgänge erkennbar, gegenüber 2020 ist die Veränderung jedoch statistisch nicht signifikant.

Die Antisemitismus-Messung im THÜRINGEN-MONITOR wird in diesem Jahr erstmalig durch zwei Aussagen ergänzt. Die erste neue Aussage ist dem sogenannten Schuldabwehr-Antisemitismus (vgl. Decker & Brähler 2020, 220 ff.; Kempf 2013, 15) zuzuordnen. 45 Prozent der Befragten sind demnach der Meinung: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ Hier wird eine deutliche Relativierung erkennbar. Dies gilt umso mehr als die Thematisierung der Not der deutschen „Mehrheitsbevölkerung“ in der Nachkriegszeit, beispielsweise die der Vertriebenen, seit vielen Jahrzehnten fester Bestandteil öffentlicher Gedenkkultur und historischer Darstellungen in der Bundesrepublik ist und daher nicht ernsthaft bestritten werden kann. Bedeutsam ist auch die semantische Unterscheidung zwischen „den Juden“ und „den Deutschen“. Nationalistisch eingestellte Befragte stimmen dieser Aussage signifikant häufiger zu als nicht nationalistisch eingestellte Befragte (Abb. 38).

Abbildung 38. Zustimmung zur Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ nach nationalem Chauvinismus (in Prozent)



Signifikanz: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

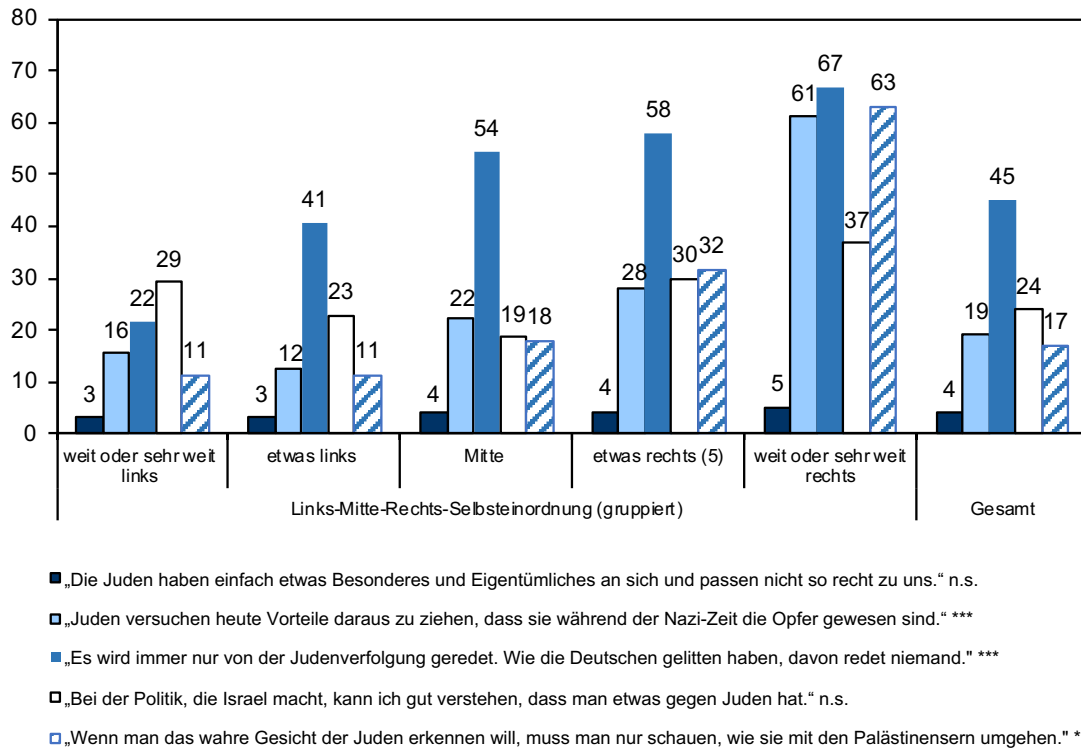
Die zweite neue Aussage nimmt eine schärfere Formulierung einer antisemitischen Position vor, die sich unter dem Vorwand artikuliert, Sympathie mit „den Palästinensern“ oder eine „antiimperialistische“ Grundhaltung ausdrücken zu wollen (vgl. Kempf 2012, 6). Diese Aussage ist also dem antizionistischen bzw. antiisraelischen Antizionismus zuzuordnen. 17 Prozent der Befragten insgesamt meinen demnach: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ Das Ausmaß dieser Zustimmung muss bedenklich stimmen, wird durch die Formulierung „wahre Gesicht der Juden“ doch

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

eine erkennbare Assoziation mit antisemitischer Hetzpropaganda hergestellt, wie sie in rechtsextremen Kreisen bis heute zirkuliert (vgl. Botsch 2021). Und tatsächlich zeichnet sich ab, dass solche Befragte, die sich selbst „etwas“ oder „(sehr) weit rechts“ von der politischen „Mitte“ verorten, der Aussage markant und signifikant häufiger zustimmen als Befragte in der „Mitte“ oder „links“ davon (Abb. 39). Bei keiner anderen Antisemitismus-Aussage ist dieses Differential so deutlich ausgeprägt. So variiert die Zustimmung zu der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ sogar so schwach über das politische Spektrum hinweg, dass die Unterschiede statistisch nicht signifikant sind. Hierbei zeigt sich einmal mehr, dass zwischen „rechtem“, „linkem“ und dem Antisemitismus der „Mitte“ teilweise nur durch bestimmte Schlüsselbegriffe oder den Härtegrad der Formulierung unterschieden werden kann. Dennoch ergibt sich in der Gesamtschau der Befund, dass Befragte, die sich selbst im rechten Lager verorten (vgl. Kapitel V.1), besonders häufig antisemitisch eingestellt sind. Bemerkenswert bleiben dennoch – wie in früheren THÜRINGEN-MONITOREN – die relativ hohen Anteilswerte auch bei vielen Befragten in der „Mitte“ und auf dem linken Flügel des politischen Spektrums. Dies ist in diesem Jahr insbesondere bei der Aussage: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ auffällig. Eines bleibt nämlich zu beachten: Die Grafik zeigt mit den Abstufungen der Zustimmungswerte die besondere „Anfälligkeit“ von Befragten in den angegebenen Unterkategorien, doch sind diese zahlenmäßig sehr unterschiedlich besetzt. Bezogen auf die demokratische Kultur im Freistaat bedeutet dies, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass sich ein*e Thüringer*in, die sich selbst als „rechts“ einordnet, antisemitisch ideologisiert ist. Allerdings ist es noch häufiger, dass ein*e Thüringer*in, die antisemitischen Aussagen zustimmt, diese billigt oder selbst tätigt, sich in der „Mitte“ oder „links“ davon positioniert. Auch der erfreuliche Rückgang der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass in unserer Gesellschaft große Herausforderungen für die demokratiebildnerische Antisemitismusprävention, Aufklärungsarbeit und die politische Erwachsenenbildung bestehen.

Wenn die Zustimmung zu allen fünf Antisemitismus-Aussagen zu einer Skala verrechnet wird, stimmen insgesamt zehn Prozent der Befragten den Aussagen im Durchschnitt mindestens überwiegend zu und müssen nach der Messkonvention des THÜRINGEN-MONITORS als „antisemitisch eingestellt“ bezeichnet werden. Nur 46 Prozent der Befragten stimmen keiner einzigen Aussage zu, 30 Prozent stimmen einer Aussage zu, 15 Prozent stimmen zwei Aussagen zu, fünf Prozent drei Aussagen und vier Prozent vier oder allen fünf Aussagen. Antisemitisch eingestellte Personen sind tendenziell niedrig gebildeter und autoritärer als andere Befragte. Sie äußern auch signifikant häufiger individuelle oder kollektive Benachteiligungsgefühle und Statusverlustangst. Außerdem tendieren sie stärker zu Anti-Establishment-

Abbildung 39. Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus nach Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung (in Prozent)



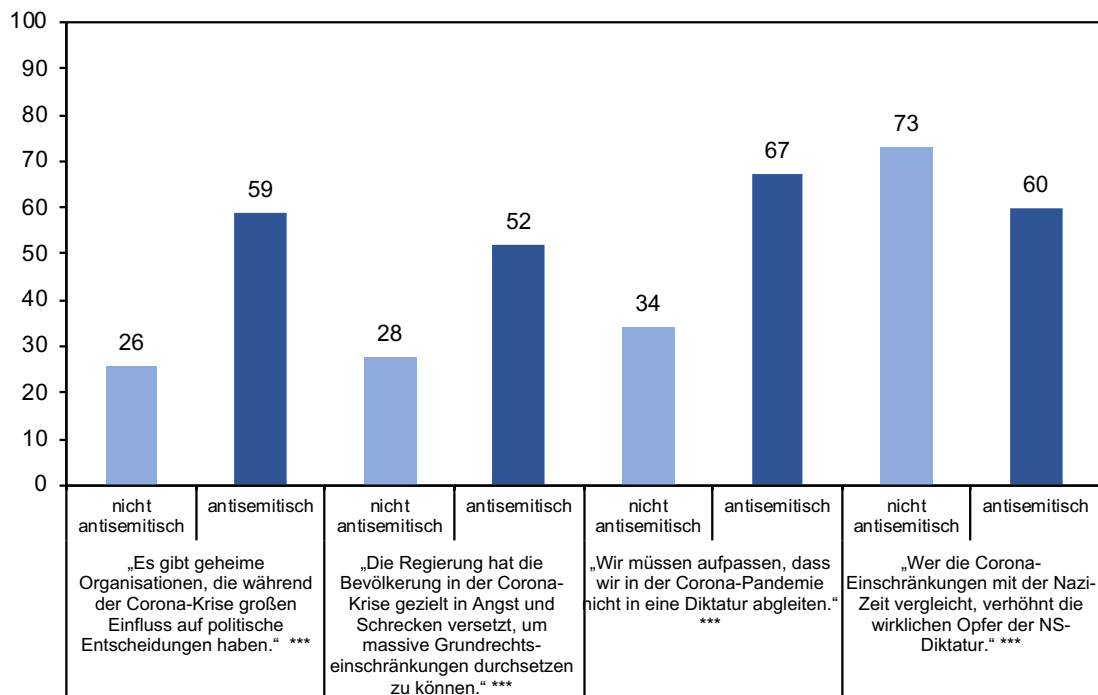
Signifikanzen: *** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05, n.s. = nicht signifikant (p > 0.05)

Positionen als andere Befragte, so stimmen 82 Prozent der antisemitisch Eingestellten der Aussage zu: „Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.“ Unter nicht antisemitisch Eingestellten stimmen 47 Prozent zu. Darin deutet sich bereits der Befund an, den wir im letztjährigen Gutachten (vgl. TM 2020, 91) diskutierten: den Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und der Affinität zu Verschwörungsideologien. Die Autor*innen der Leipziger Mitte-Studie (vgl. Decker & Brähler 2020) diskutieren dieses Phänomen als „Verschwörungsmentalität“ und weisen darauf hin, dass jene von autoritären Orientierungen grundiert wird. Verschwörungsideologien bieten vermeintlich einfache, schlüssige Erklärungen bzw. Deutungen für komplexe, zumeist negativ empfundene gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen – und sie benennen angeblich Ross und Reiter (vgl. hierzu auch Kapitel IV.1). Dabei stellen antisemitische Verschwörungsmythen aufgrund ihrer historischen und sozio-politischen Entstehungskontexte und ihrer hohen Kontinuität eine regelrechte Schablone für jegliche Verschwörungsideologien dar. Selbst wenn nicht explizit von Jüdinnen und Juden gesprochen bzw. geschrieben wird, bedienen sich Verschwörungsideolog*innen und Verschwörungsgläubige typischerweise derselben spekulativen Argumentationslogiken und Mythenstrukturen, die dem Antisemitismus seit jeher eigen sind (vgl.

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Frindte 2021). Dies wurde gerade in der Corona-Pandemie offenbar (ebd.; vgl. auch TM 2020). So kann es auch nicht überraschen, dass antisemitisch eingestellte Befragte im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR eine signifikant erhöhte Tendenz der Zustimmung zu solchen Aussagen aufweisen, in denen eine Corona-Verschwörung behauptet oder vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ gewarnt wird (Abb. 40; vgl. auch Kapitel IV:1). Des Weiteren verwehren sich antisemitisch eingestellte Befragte signifikant seltener gegen geschichtsrelativierende Vergleiche im Zusammenhang mit der Pandemie-Politik, wenngleich auch die Mehrheit von ihnen solche Vergleiche zurückweist, erscheinen sie ihnen offenbar allzu unvertretbar. Der moderne Antisemitismus ist umso gefährlicher als er vorgibt, rational und sachlich zu argumentieren, lediglich „Kritik“ zu äußern oder „Fragen“ zu stellen. Dies macht ihn anschlussfähig – über soziale und politische Milieus hinweg.

Abbildung 40. Zustimmung zu Aussagen im Kontext der Corona-Pandemie nach antisemitischer Einstellung (in Prozent)



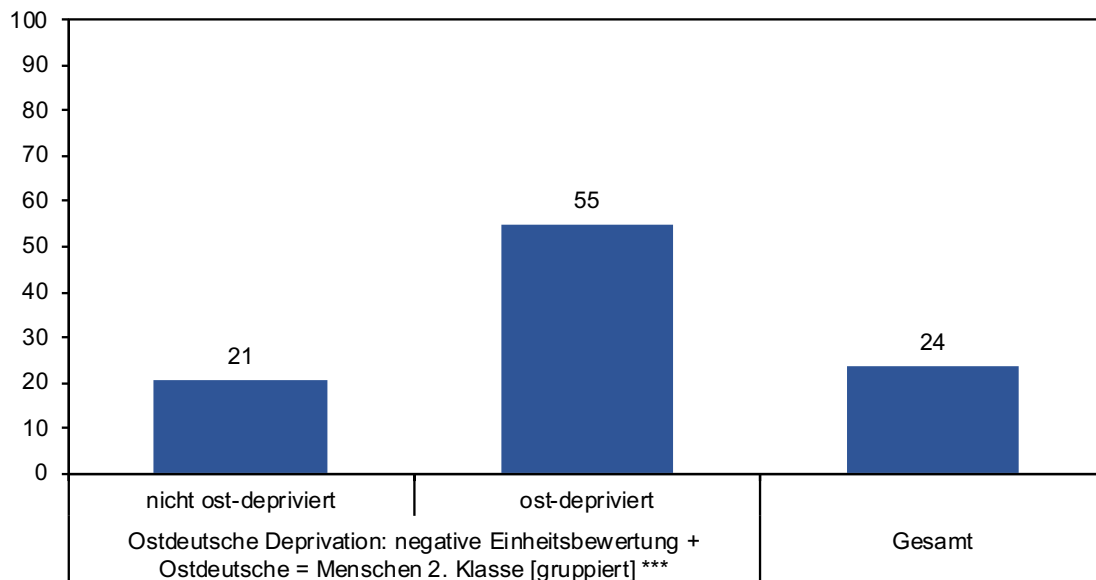
Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Migrant*innenfeindlichkeit

Auch nach dem leichten Rückgang der Zustimmung zu migrant*innenfeindlichen Aussagen in diesem Jahr bleiben nach der Messkonvention des THÜRINGEN-MONITORS ca. 24 Prozent aller Befragten migrant*innenfeindlich eingestellt, wenn die durchschnittliche Zustimmung zu diesen Aussagen beobachtet wird. Auffällig häufig ist die Zustimmung bei Befragten mit Haupt- oder Volksschulabschluss (44 Prozent),

am niedrigsten ist sie unter Auszubildenden und Studierenden (vier Prozent). Die statistische Drittvariablenkontrolle ergibt, dass Vorurteile gegenüber „Ausländern“ wesentlich durch niedrige Bildung, höheres Alter, Autoritarismus, eine ungünstige Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation (Deprivation) sowie Statusverlustangst verstärkt werden. Den stärksten Effekt hat allerdings eine empfundene Benachteiligung der Befragten als Ostdeutsche (Ostdeprivation; Abb. 41). Das Geschlecht spielt keine maßgebliche Rolle: Männer und Frauen sind also per se im gleichen Maße „grundanfällig“, allerdings führen die unterschiedlichen sozioökonomischen Befragtenmerkmale und subjektiven Wahrnehmungen der Lebenslagen und -chancen dazu, dass unsere weiblichen Befragten leicht häufiger (27 Prozent) ethnozentrisch eingestellt sind als die männlichen (21 Prozent).

Abbildung 41. Migrant*innenfeindlichkeit nach Ostdeprivation (in Prozent)



Signifikanz: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Bemerkenswert ist außerdem, dass – unabhängig von den genannten, sehr persönlichen Befragtenmerkmalen – der Wohnort keinen eigenständigen Effekt besitzt. Befragte aus den 17 Thüringer Landkreisen sind insgesamt zwar signifikant häufiger migrant*innenfeindlich (29 Prozent) als solche aus den sechs kreisfreien Städten des Freistaats (14 Prozent), doch dieses Differential ergibt sich aus der sozioökonomischen und sozio-kulturellen Komposition der jeweiligen Subpopulationen in den unterschiedlichen Regionen und Wahrnehmungen und Deutungen, die allerdings nicht auf objektive Kontextbedingungen vor Ort – z. B. die Anteile von Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft an der Wohnbevölkerung – zurückgeführt werden können. Mit anderen Worten: Die Feststellung einer angeblichen „Überfremdung“ und andere negative Einstellungen gegenüber „Ausländern“ sind z. B. vom tatsächlichen Migrationsgeschehen oder den realen Kontakt- und

V. Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Begegnungschancen weitgehend entkoppelt. Sie sind oftmals rein vorurteilsgeleitet und werden stärker durch mediale und politische Diskurse beeinflusst als durch eigene (individuelle und kollektive) Erfahrung. Dass in Zugewanderten Sündenböcke für Defizite der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesucht werden oder sie als missliebige Konkurrenz gelten, denen manche*r unberechtigte Ansprüche an eine national und ethno-kulturell definierte Solidargemeinschaft unterstellt, ist jedoch keine bloße Frage mangelnder Weltoffenheit oder kultureller Werte. Vielmehr werden Menschen aufgrund einer ungünstigen Bewertung ihrer Lebensbedingungen und der gesellschaftlichen Entwicklungen „um sie herum“ offenbar darin bestärkt, jene Ressentiments und Vorurteile zu übernehmen. Auch die regionalen Strukturdisparitäten – beispielsweise zwischen urbanen Zentren und ländlichem Raum – und Gefühle der Benachteiligung, des Abgehängtseins, des sozialen Ausschlusses stellen in diesem Sinne eine schwerwiegende Belastung für eine integrative demokratische Kultur dar.

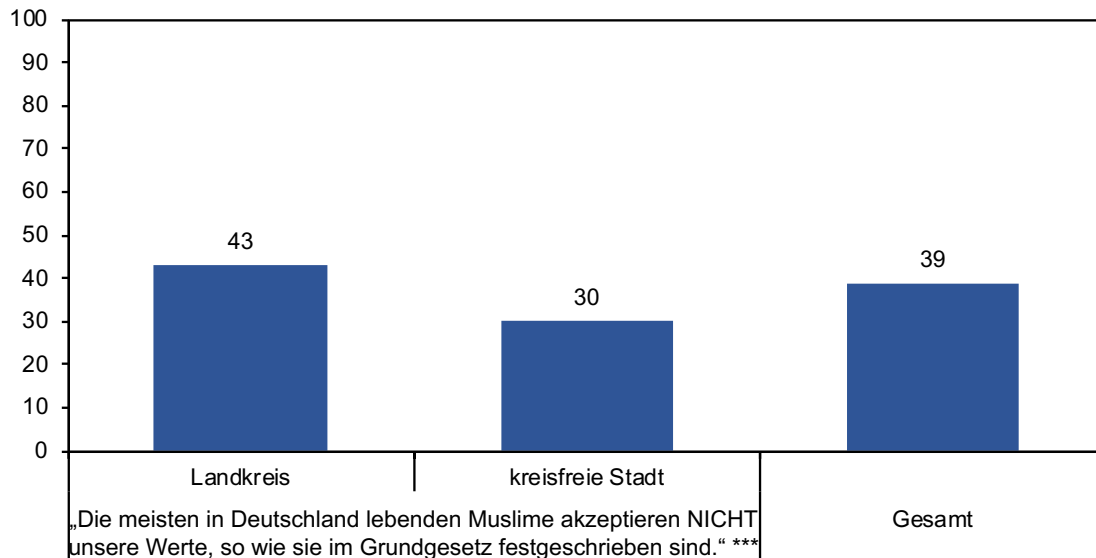
Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen

Der Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ stimmen in diesem Jahr 39 Prozent aller Befragten zu. Weibliche Befragte tun dies signifikant häufiger (48 Prozent) als männliche (31 Prozent). Dieser Befund erweist sich auch unter systematischer Drittvariablenkontrolle als robust – der Unterschied zwischen den Geschlechtern lässt sich also nicht auf andere sozioökonomische Befragtenmerkmale, daran geknüpfte Wahrnehmungen und Beurteilungen, auf unterschiedliche Bildungsniveaus oder autoritäre Orientierungen zurückführen. Vielmehr liegt nahe, dass Frauen häufiger hierbei eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem (traditionalistischen) Islam und dessen Anhänger*innen artikulieren, was die Achtung von Frauenrechten bzw. die Gleichstellung der Geschlechter in Familie und Gesellschaft anbetrifft. Unabhängig davon verstärken auch höheres Alter, Statusverlustangst und Deprivation die Zustimmung zur Aussage, außerdem gibt es hier einen eigenständigen Stadt-Land-Unterschied (Abb. 42), der auf mangelnde Realkontakterfahrungen mit Thüringer Muslim*innen im ländlichen Raum hindeuten könnte.

Negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden

43 Prozent der Befragten meinen: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ Dies ist der niedrigste Wert in der 2015 begonnenen Datenreihe und könnte daher als Signal für ein verändertes Meinungsklima bezüglich der Asylfrage gewertet werden. Allerdings ist zu beachten, dass das Thema Flucht und Asyl gerade im Zuge der Corona-Krise in den Hintergrund getreten ist. Ein zukünftiger Wiederanstieg der Fluchtmigration nach Deutschland könnte auch eine Umkehr des Trends im Sinne einer wieder strikteren, ablehnenden Beurteilung nach sich ziehen. Jüngere und höher gebildete Befragte stimmen

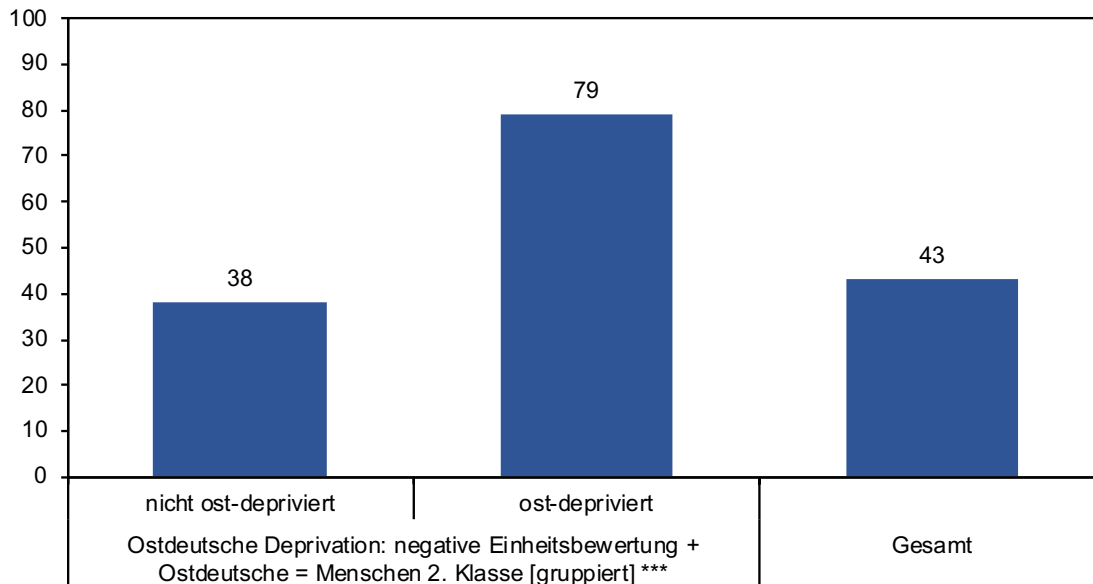
Abbildung 42. Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen nach Region (in Prozent)



Signifikanz: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

der Aussage signifikant seltener zu als entsprechende Vergleichsgruppen. Am niedrigsten ist die Zustimmung unter Auszubildenden und Studierenden (acht Prozent), am höchsten bei Befragten ohne Schulabschluss (67 Prozent). Die Erwartung einer Konkurrenz um Sozialleistungen (s.o.) mag hier zunächst als eine plausible Hypothese erscheinen, allerdings zeigt die Drittvariablenkontrolle, dass weder Arbeitslosigkeit noch individuelle Deprivation verstärkende Wirkung haben. Auch Geschlecht und Region sind irrelevant. Neben der (niedrigen) Bildung haben jedoch erneut der Autoritarismus, die Ostdeprivation (Abb. 43) sowie die Statusverlustangst relativ starken Einfluss. Das Infragestellen der Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Asylsuchenden stellt sich nach diesen Befunden als spezifische Variante der Migrant*innenfeindlichkeit dar, die auf national und ethnokulturell begründete Etabliertenvorrechte rekurriert und daher reflexhaft den pauschalen Verdacht des „Asylmissbrauchs“ erhebt. Es ist nachvollziehbar, dass sogenannte autoritäre Aggression, d. h. das Streben nach „Unterwerfung“ Anderer, relevant ist: Die Ostdeprivation als stärkster Einflussfaktor verweist auf eine soziale Statusordnung, in der sich die entsprechenden Befragten selbst als subaltern und diskriminiert wahrnehmen. Dies gilt sogar, wenn sie selbst ökonomisch relativ gut situiert sind und dies als solches auch anerkennen. Newcomer – auch jene, die Krieg und Verfolgung entkommen und schutzbedürftig sind – werden tendenziell als Bedrohung betrachtet, misstrauisch beurteilt und vermutlich als (potenzielle) „Sozialbetrüger“ oder Kriminelle abgewertet, um zu begründen, weshalb ihnen Solidarität vorzuenthalten sei.

Abbildung 43. Negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden nach Ostdeprivation (in Prozent)

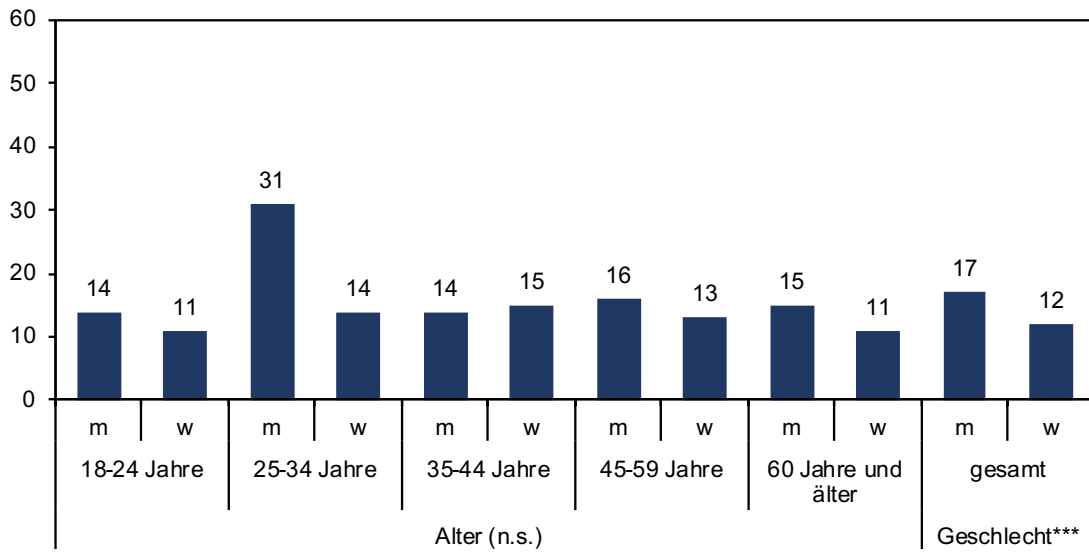


Signifikanzen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Antifeminismus

Ein Siebtel der Befragten ist der Meinung, dass „der Feminismus“ – als die gesellschaftspolitische Bewegung oder ideologische Strömung zur Durchsetzung von Frauenrechten – dafür verantwortlich sei oder dazu führe, dass Männer „in unserer Gesellschaft ... systematisch benachteiligt“ würden. Ungeachtet der individuellen Beurteilungsgründe und Motivlagen für dieses Antwortverhalten ist zu konstatieren, dass die Aussage per se suggeriert, dass Emanzipations- bzw. Gleichstellungsbestrebungen in der Realität das Gegenteil von dem befördern oder sogar bezwecken, was sie vorgeben: Nämlich keine Gleichstellung, sondern vielmehr eine Gegenprivilegierung der Frau und Diskriminierung der Männer. Mit der Behauptung einer „systematischen“ Schlechterstellung von Männern soll die Gleichstellung von Frauen delegitimiert werden – dies jedenfalls ist ein Konzept des Antifeminismus, der als „Brückenideologie antimoderner Bewegungen“ (Decker & Brähler 2021, 12) nicht nur in (neu-)rechten Diskursen seit langem Konjunktur hat (vgl. Kapitel V.2). Hier kann ein Bogen zu Verschwörungsideologien und offener Misogynie (Frauenfeindlichkeit) gespannt werden, da die Frau zumindest als Sozialfigur mit Bedrohungen assoziiert wird. Gewichtige Gründe für die Kontextualisierung des Antifeminismus mit Abwertungseinstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen sind die statistischen Zusammenhänge im Antwortverhalten und die gemeinsamen o.g. Einflussfaktoren wie z. B. der Autoritarismus.

Abbildung 44. Zustimmung zur Aussage „Durch den Feminismus werden ... die Männer systematisch benachteiligt.“ nach Alter und Geschlecht (in Prozent)



Signifikanz: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$, n.s. = nicht signifikant ($p > 0.05$)

Befragte, die Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber „Anderen“ und „Fremden“ haben, stimmen mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch der antifeministischen Aussage zu. Bemerkenswert ist der Befund, dass neben 17 Prozent der männlichen Befragten auch zwölf Prozent der weiblichen Befragten der Aussage zustimmen, wobei keine relevanten Unterschiede zwischen den Alterskohorten bestehen (vgl. Abb 44). Stark erhöht ist allerdings die Zustimmung unter Männern in der Alterskategorie 25–34 Jahre, also in der beruflichen Start- bzw. Formierungsphase. Vermutlich sehen sie am häufigsten ihre eigenen Erwerbs- und Karrierechancen oder jene ihrer Geschlechtsgenossen durch „feministische“ Konkurrentinnen beeinträchtigt. Im übrigen ist der Antifeminismus offenbar ein recht urbanes Phänomen. So erhöht die Tatsache, dass Befragte in einer kreisfreien Stadt leben, die Zustimmungstendenz wesentlich. Die Ursache dafür muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben; naheliegend wäre aber eine stärker wahrgenommene Konkurrenz durch hochqualifizierte Frauen.

VI. Fazit

Der Titel des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS lautet „Demokratie in der Corona-Pandemie“. Damit stehen in diesem Jahr zwei, gleichzeitig auch miteinander verbundene Schwerpunktthemen im Zentrum: Zum einen hat die Corona-Pandemie das Leben der Thüringer*innen in den vergangenen Monaten weiterhin sehr stark beeinflusst. Während Thüringen in der ersten Welle im Frühjahr 2020 im bundesweiten Vergleich noch vergleichsweise wenig betroffen war, gehörte es in der zweiten und dritten Corona-Welle zu den Bundesländern mit der höchsten Inzidenz. Zudem führten die Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bürger*innen zu Beschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie zu massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte. Diese Maßnahmen waren in der Thüringer Bevölkerung zum Teil stark umstritten und von Protesten, u. a. der Anti-Corona-Bewegung und von Corona-Skeptiker*innen, begleitet. Dies führte, wie der THÜRINGEN-MONITOR 2020 in Übereinstimmung mit anderen wissenschaftlichen Untersuchungen (u. a. Decker et al. 2020; Florack et al. 2021; Merkel 2020; Küpper & Zick 2021) feststellte, bereits in der frühen Phase der Pandemie zu Veränderungen in den politischen Einstellungen der Thüringer*innen. Angesichts dieser hohen Bedeutung greift der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR den letztjährigen Schwerpunkt erneut auf und fragt, wie sich die Bewertungen und Einstellungen der Thüringer*innen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie verändert haben und welchen Einfluss die COVID-19 Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat hat.

Zum anderen leuchtet der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR das Demokratieverständnis und die Einstellungen zur Demokratie in Thüringen tiefer aus. Was halten die Thüringer*innen heute, rund 30 Jahre nach der Deutschen Einheit und angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren, selbst für den Wesenskern der Demokratie? Welche Aspekte von Demokratie sind ihnen also besonders wichtig? Wie stark unterstützen die Thüringer*innen die Idee und die Praxis der Demokratie? Und wie (stark) wollen sich die Thüringer*innen politisch beteiligen? Diese Fragen sind wichtig, da sich eine positive oder eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie, den politischen Institutionen ebenso wie das eigene politische Verhalten einer Person auch daran orientiert, was Demokratie für die jeweilige Person ausmacht (vgl. u. a. Canache 2012; Kriesi & Ferrín 2016). Zudem gewinnt diese Untersuchung gerade auch vor dem von der Anti-Corona-Bewegung verbreiteten Narrativ einer „Corona-Diktatur“ an aktueller Bedeutung. Dies verweist gleichzeitig auf mögliche Verknüpfungen der beiden Schwerpunktthemen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS: So kann einerseits die Corona-Pandemie Än-

derungen im Demokratieverständnis bewirken, andererseits kann jedoch auch das vorhandene Demokratieverständnis die Bewertung der Pandemie beeinflussen.

Die Analysen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR zeigen im Ergebnis, dass die Risiken im zweiten Jahr der Corona-Pandemie nur noch vergleichsweise selten im persönlichen Bereich gesehen werden, sondern zunehmend in gesellschaftlicher Hinsicht. Dies spricht für gesellschaftliche Solidarität und die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es spricht aber auch dafür, dass die Maßnahmen gegen die individuellen Risiken der Pandemie für die meisten Thüringer*innen wirkten. Trotz der im Zuge der Corona-Debatte deutlich gestiegenen Kritik am Pandemie-management, den heftig umstrittenen Eindämmungsmaßnahmen und der von der Anti-Corona-Bewegung geäußerten Narrativ um eine „Corona-Diktatur“ ist auf Basis der Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS keine Demokratie- bzw. Vertrauenskrise zu erkennen. Obschon die Zahl der Corona-Skeptiker*innen im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, stellen sie weiterhin eine große Herausforderung für die politische Kultur im Freistaat dar. So ist eine Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung zu beobachten, die jedoch nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat. Dies zeigt sich u. a. in der geringeren Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremen Einstellungen. Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken - von 17 Prozent auf elf Prozent. Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 2001. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen ist somit auch im Jahr 2021 nicht rechtsextrem und nicht Corona-skeptisch eingestellt.

Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Bei den Antworten auf die offene Frage, was für sie den Kern der Demokratie ausmacht, stechen zwei für die Thüringer*innen besonders wichtige Merkmale heraus: Partizipation und Freiheitsrechte. Hinsichtlich der Partizipation betonen sie die große Bedeutung freier Wahlen, schließen jedoch auch andere Formen der politischen Beteiligung wie z. B. direktdemokratische Elemente mit ein. Mit dem Freiheitsbegriff sind vielfältige Assoziationen geweckt: Neben der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit werden auch Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben genannt. Es ist zu vermuten, dass sich dieser hohe Stellenwert sowohl auf Effekte aus dem Erleben der DDR als auch auf die Freiheitsbeschränkungen in der Corona-Pandemie zurückführen lässt. Für ersteres sprechen auch die Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Während der Aspekte der Partizipation von den jüngeren Alterskohorten der These des Wertewandels entsprechend häufiger genannt wird, nennen die älteren Befragten spontan als erstes die Freiheitsdimension als wichtigstes Merkmal der Demokratie. Es ist zu vermuten, dass sich hier die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen zwischen den in der DDR sozialisierten Generationen und den nach 1989/90 Aufgewachsenen widerspiegeln.

VI. Fazit

Erst mit deutlichem Abstand folgen bei der offenen Frage nach dem wichtigsten Merkmal die Kategorien Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Pluralismus und Minderheitenschutz sowie Elemente der sozialen Dimension der Demokratie werden hingegen kaum genannt. Stattdessen assoziiert eine nicht unerhebliche Zahl der Befragten Merkmale mit der Demokratie, die nicht zu den Kernbestandteilen herkömmlicher Demokratiemodelle gehören, wie Frieden, Toleranz, Zusammenhalt und ein glückliches Leben.

Ein weites und facettenreiches Demokratieverständnis zeigt sich, wenn wir die Thüringer*innen in einem zweiten Schritt nach der Bedeutung verschiedener Merkmale der Demokratie fragen. Hierbei beurteilen die Thüringer*innen sowohl die politische Gleichheit, d. h. die Gleichheit vor dem Gesetz, als auch die Chancengleichheit, d. h. die Vorstellung, dass alle Menschen im Leben die gleichen Chancen haben sollen, für am wichtigsten. Auch die Responsivität, also die Bereitschaft der politischen Repräsentant*innen, auf die Interessen der Bürger*innen einzugehen, wird von einer großen Mehrheit der Thüringer*innen als sehr wichtig erachtet. Hierbei ist es für die Bürger*innen überraschenderweise etwas weniger wichtig, dass die Politiker*innen tatsächlich die Politik an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten. Hingegen wird es jedoch als sehr bedeutsam angesehen, dass sich die Politiker*innen über die Wünsche der Bürger*innen informieren sowie dass sie nach ihren Entscheidungen die Politik erklären. Jeweils mehr als 75 Prozent der Thüringer*innen halten Inklusivität, Meinungsfreiheit und freie Wahlen für sehr wichtig. Wie auch schon in früheren THÜRINGEN-MONITOREN (vgl. u. a. TM 2011) messen die Thüringer*innen der sozialen Komponente der Demokratie ebenfalls einen hohen Stellenwert bei. Dieses Element wird dabei besonders stark von Befragten, die über eine formal niedrigere Bildung verfügen, sich selbst politisch links verorten und von Menschen, die depriviert bzw. ostdepriviert sind, betont.

Das Konzept der deskriptiven Repräsentation, das in den vergangenen Monaten u. a. im Kontext des 30-jährigen Jubiläums der Deutschen Einheit hinsichtlich der Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den gesamtdeutschen Eliten intensiv diskutiert wurde, wird im Vergleich mit den anderen Merkmalen deutlich seltener als wichtig erachtet. Allerdings ist auffällig, dass Befragte, die schon einmal aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt wurden, und Thüringer*innen mit einem geringen Einkommen die deskriptive Repräsentation verstärkt als wichtig erachten. Es ist auf Basis existierender Untersuchungen zu vermuten, dass dies aus einem Gefühl der Marginalisierung und mangelnder Interessenrepräsentation gespeist wird (vgl. Elsässer et al. 2017; Reiser & Reiter 2022; Vogel & Zajak 2020).

Insgesamt zeigen die Analysen zum Demokratieverständnis der Thüringer*innen somit große Übereinstimmungen mit dem Demokratieverständnis der Europäer*innen (vgl. Ceka & Magalhães 2016). Gleichzeitig stehen die Thüringer*innen jedoch alternativen bzw. die repräsentative Demokratie ergänzenden demokratischen Entscheidungsverfahren sehr positiv gegenüber: Direktdemokratische Verfahren, die den Bürger*innen mehr Partizipationsrechte einräumen, werden von 65 Prozent der Menschen im Freistaat befürwortet. Ebenso unterstützen knapp zwei Drittel der Thüringer Bürger*innen (61 Prozent) technokratisches Regieren, also Entscheidungen durch unabhängige Expert*innen statt Politiker*innen. Allerdings sank die Unterstützung im Zuge der Corona-Pandemie, in der technokratischen Institutionen eine bedeutsame Rolle zukam, um neun Prozentpunkte. Mit 72 Prozent sprechen sich die Thüringer*innen zudem für Formen der deliberativen Demokratie aus. Damit ist gemeint, dass politischen Entscheidungen im engen Dialog mit Bürger*innen und Betroffenen getroffen werden. Hierbei zeigen sich zwei zentrale Erklärungsmuster: Einerseits ist die Unzufriedenheit mit der aktuellen Praxis der (repräsentativen) Demokratie eine zentrale Triebkraft für den Wunsch nach allen drei alternativen Verfahren. Entsprechend stehen auch Corona-skeptische Einstellungen im Zusammenhang mit einer Befürwortung alternativer Demokratiemodelle. Auch eher autoritär eingestellte Befragte äußern eine Präferenz für direktdemokratische Verfahren, was sich vermutlich durch die Einstellungen und Forderungen rechtspopulistischer Parteien nach mehr direkter Demokratie erklärt. Andererseits geht ein höheres politisches Interesse mit einer höheren Präferenz für eine partizipatorischere – also direktdemokratische und/oder deliberative Entscheidungsverfahren –, jedoch nicht für eine expert*innenbasierte Demokratie einher.

Da die politische Partizipation somit für einen hohen Anteil der Thüringer*innen ein zentraler Bestandteil der Demokratie ist und sich knapp zwei Drittel mehr direktdemokratische bzw. deliberative Entscheidungsverfahren wünschen, lag in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf der Frage, wie sich die Thüringer*innen beteiligen bzw. welche Formen der Beteiligung sie sich vorstellen können. Nachdem die Partizipation im vergangenen Jahr – als Folge der Corona-Pandemie – im Durchschnitt um beachtliche neun Prozentpunkte zurückgegangen war, lässt sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR eine gewisse Normalisierung auf das Vor-Corona-Niveau beobachten. Eine erhöhte Partizipation, v. a. in Bezug auf Demonstrationen, zeigt sich wie im letzten Jahr insbesondere bei den Corona-skeptischen Bürger*innen. Da aufgrund der in der Corona-Pandemie geltenden Abstandsregeln und der Lockdowns bestimmte Formen der Partizipation nicht bzw. nur eingeschränkt möglich waren, wurde die digitale Partizipation als mögliche alternative Beteiligungsform untersucht. Überraschenderweise haben jedoch bisher nur neun Prozent der Befragten ihre Meinung zu politischen Themen auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken geäußert; ebenfalls nur neun weitere Prozent können sich vorstellen, dies zu tun. Auch wenn sich hierbei eine digitale Spaltung entlang der Altersgrup-

VI. Fazit

pen zeigt und die jüngeren Altersgruppen deutlich häufiger online partizipieren, kann sich dennoch die Mehrheit der 18-24-Jährigen bzw. 25-34-Jährigen nicht vorstellen, auf diese Weise zu partizipieren.

Während die Thüringer*innen alternativen demokratischen Verfahren sehr offen gegenüberstehen, ist die Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen – Diktatur, Nationalsozialismus und sozialistische Ordnung – im Vergleich zu den Vorjahren erneut zurückgegangen. Sie werden nun von so wenigen Thüringer*innen unterstützt wie seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 nicht.

Dies spiegelt sich auch in der Langzeitentwicklung der Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit wider. So erhöhte sich die Demokratieunterstützung im Vergleich zum Vorjahr leicht um zwei Prozentpunkte und rangiert mit aktuell 89 Prozent Zustimmung auf dem zweithöchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Die Demokratiezufriedenheit, also die konkrete Bewertung der aktuellen Praxis der Demokratie, sank leicht vom bisherigen Rekordwert von 68 Prozent im vergangenen Jahr auf 65 Prozent. Dies ist damit dennoch ebenfalls der zweithöchste gemessene Wert im THÜRINGEN-MONITOR. Das Vertrauen in die zentralen Institutionen entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr uneinheitlich: Während das Vertrauen in die Gerichte, die Polizei und die Wissenschaft jeweils auf einem stabilen Niveau blieb, zeigten sich für die im Zuge der Pandemiebewältigung aktiven Institutionen Rückgänge: So sanken die Vertrauenswerte in die Landesregierung und die Bundesregierung, die in der vergleichsweise frühen Phase der Corona-Pandemie im Herbst 2020 bisherige Rekordwerte in der Langzeituntersuchung erreicht hatten, um sieben bzw. acht Prozentpunkte. Dieser Rückgang erklärt sich u. a. durch die deutlich gesunkene Zufriedenheit mit dem Pandemiemanagement von Bund und Land. Waren im Jahr 2020 nur 20 Prozent der Befragten unzufrieden mit dem Pandemiemanagement der Landesregierung, verdoppelte sich der Anteil im Jahr 2021 auf 40 Prozent. Auch das damalige sehr hohe Vertrauen in das Robert Koch-Institut ging in diesem Ausmaß zurück. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass die aktuellen Messwerte dennoch die zweithöchsten Vertrauensniveaus in den jeweiligen Zeitreihen markieren.

Angesichts der im Zuge der Corona-Debatte vorgebrachten Kritiken einer Entdemokratisierung, einer deutlich gestiegenen Kritik am Pandemiemanagement, den mitunter heftig umstrittenen Eindämmungsmaßnahmen sowie der von Teilen der Anti-Corona-Bewegung wahrgenommene oder prognostizierte „Corona-Diktatur“ bleiben die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen in diesem Jahr somit auf einem erstaunlich hohen Niveau. Insofern ist eine Demokratie- bzw. Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen in den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS nicht zu erkennen.

Die Corona-Pandemie in Thüringen

Dies ist bemerkenswert, da die Corona-Pandemie das Leben der Thüringer*innen im zweiten Jahr in Folge maßgeblich geprägt hat. Die starke Betroffenheit Thüringens in der zweiten und dritten Welle der Pandemie zeigte sich auch dadurch, dass – gegenüber 12 Prozent im Herbst 2020 (vgl. TM 2020) – im Frühsommer 2021 nun 56 Prozent der Befragten direkt oder im engen Freundes- bzw. Familienkreis gesundheitlich durch das Corona-Virus betroffen waren. Dies führte jedoch im Vergleich zum Vorjahr nur zu einer leichten Steigerung der Risikowahrnehmung für die eigene Gesundheit (33 Prozent im Vergleich zu 28 Prozent im Vorjahr). Dies dürfte neben den niedrigen Inzidenzzahlen zum Zeitpunkt der Befragung auch auf den Impffortschritt in der Bevölkerung zurückzuführen sein. Auch für ihre eigene wirtschaftliche Situation sieht nur eine Minderheit von 17 Prozent der befragten Thüringer*innen eine große Gefahr. Dabei zeigt sich im Einklang mit deutschlandweiten Untersuchungen, dass dies überdurchschnittlich auf die unteren Einkommensgruppen sowie auf bestimmte Berufsgruppen – Freiberufler*innen und Selbstständige – zutrifft und dass somit die soziale Ungleichheit durch die Pandemie verstärkt wurde. Personen, die Risiken für die eigene wirtschaftliche Situation sehen, nehmen zudem verstärkt auch Risiken in anderen Lebensbereichen wahr im Vergleich zu denen, die keine finanziellen Sorgen durch die Pandemie haben.

Auffällig ist jedoch insgesamt, dass die Risiken im zweiten Jahr der Corona-Pandemie nur vergleichsweise selten im persönlichen Bereich gesehen werden, sondern zunehmend in gesellschaftlicher Hinsicht: 77 Prozent sehen aufgrund der langen Schulschließungen Risiken für die Bildungschancen junger Menschen; 60 Prozent sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr. Dieses Muster spricht einerseits dafür, dass die Maßnahmen gegen die individuellen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen und Risiken der Pandemie für die meisten Thüringer*innen wirkten. Gleichzeitig kann diese Sorge um die Zukunftschancen der jungen Generation auch als Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität interpretiert werden.

Allerdings wurde auf Basis der Erkenntnisse des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS der hohe Anteil der Corona-Skeptiker*innen und ihre Überlappung mit rechts-extremen Einstellungen als eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Kultur im Freistaat bewertet (vgl. TM 2020, 97). Die diesjährige Untersuchung zeigt, dass Corona-skeptische Einstellungen weiterhin – im Bundesvergleich überdurchschnittlich häufig – in der Thüringer Bevölkerung geteilt werden. Ihr Anteil ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. So hielten im vergangenen Jahr 35 Prozent der Befragten „das Virus für nicht schlimmer als eine Grippe“, während dies in diesem Jahr nur noch 22 Prozent äußern. Auch die Wahrnehmung, dass die Medienberichterstattung über das Corona-Virus „stark übertrieben“ sei, ist von 53 Prozent auf 43 Prozent Zustimmung zurückgegangen. Dieser Rückgang spricht für die bereits im vergangenen Jahr vertretene Annahme,

VI. Fazit

dass ein Teil der Thüringer*innen im letzten Jahr wegen der schwachen Betroffenheit Thüringens von der ersten Pandemiewelle falsche Vorstellungen von der Gefährlichkeit des Virus hatte.

Dennoch verharmlost somit weiterhin ein beachtlicher Anteil der befragten Thüringer*innen das Corona-Virus. Gleichzeitig ist auch der Glaube an pandemiebezogene Verschwörungserzählungen in Thüringen weit verbreitet: So stimmt ein Drittel der Aussage zu, dass es „geheime Organisationen“ gibt, „die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Zudem glaubt ebenfalls ein Drittel, dass die Regierung die Bevölkerung in der Corona-Krise „gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können.“

Corona-Skeptiker*innen und Personen, die an Verschwörungserzählungen glauben, unterscheiden sich in ihren Bewertungen und in ihrem Verhalten – wie im Vorjahr – systematisch von den übrigen Thüringer*innen: Sie bewerten das Virus als signifikant weniger gefährlich, halten die Maßnahmen überdurchschnittlich häufig für übertrieben und nehmen gleichzeitig die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Corona-Krise deutlich stärker als eine Bedrohung wahr. Sie glauben weit überdurchschnittlich, dass es an der Zeit sei, „Widerstand gegen die aktuelle Politik“ zu leisten. Verschwörungsgläubige weisen auch eine höhere Neigung zur Billigung politischer Gewalt bzw. zu illegalen Formen politischer Partizipation auf. Corona-skeptische Einstellungen sind zudem mit einer Präferenz für alternative Demokratiemodelle verbunden und zwar sowohl für direkte als auch für expert*innenbasierte Demokratiemodelle. Sie sehen zudem deutlich häufiger eine große Gefahr für die demokratischen Grundrechte und eine Gefahr, in eine Diktatur abzugleiten. Angesichts des in der Anti-Corona-Bewegung weit verbreiteten Narratives einer angeblichen „Corona-Diktatur“ überraschen diese Befunde kaum.

Wie im Vorjahr haben Personen, die Corona-skeptisch sind bzw. an Corona-Verschwörungserzählungen glauben, ein deutlich geringeres Vertrauen in staatliche Institutionen (v. a. in die Bundesregierung und das Robert Koch-Institut) und sind eher rechtsextrem eingestellt. Allerdings hat sich die Überlappung zwischen rechtsextremen und pandemiekzeptischen Einstellungen deutlich abgeschwächt: Während im vergangenen Jahr knapp zwei Drittel der rechtsextrem eingestellten Befragten auch Corona-skeptisch eingestellt waren, ist es nun nur noch ein Drittel. Gleichzeitig sind 16 Prozent der Corona-Skeptiker*innen – und damit etwa halb so viele wie letztes Jahr – rechtsextrem eingestellt (in der übrigen Thüringer Bevölkerung sind es nur 10 Prozent). Dieser Rückgang ist erstaunlich und zeigt, dass die u. a. von Medien und Wissenschaft festgestellte Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat.

Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auch die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Rückgang von 17 Prozent auf elf Prozent. Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen in 2001. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen ist somit auch im Jahr 2021 nicht rechtsextrem eingestellt. Der THÜRINGEN-MONITOR hat in diesem Jahr zudem einen besonderen Fokus auf neuere ideologische, organisatorische und strategische Veränderungen auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums gelegt. So wurden insbesondere die als populistisch und neurechts bezeichneten ideologischen Konzepte in ihrer Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen untersucht. Auf dieser Basis zeigen sich unter den Thüringer*innen drei grundlegende Einstellungsmuster: Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus, d. h. die Überhöhung der eigenen Gruppe und Abwertung von Fremdgruppen, sowie rechtsextreme Demokratieablehnung.

Danach teilen 48 Prozent aller Thüringer*innen populistische Einstellungen. Dieses Einstellungsmuster ist neben Misstrauen in die staatlichen Institutionen insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmt u. a. mit 52 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 78 Prozent glauben, dass sich die Politiker immer dann einig sind „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. 21 Prozent der Thüringer*innen äußern rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Einstellungen. Dabei sind die rückläufigen fremdenfeindlichen Einstellungen des Ethnozentrismus in diesem Jahr im Unterschied zu den bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN enger an sozialdarwinistische und antisemitische Vorurteile angebonden. Neun Prozent der Thüringer*innen vertreten rechtsextrem-antidemokratische Einstellungen. Diese drei Einstellungsmuster überlappen sich in der Bevölkerung teilweise deutlich, sodass – neben den Thüringer*innen, die weder rechtsextrem noch populistisch eingestellt sind – insbesondere drei Kombinationsmuster erkennbar sind: 29 Prozent aller Thüringer*innen teilen nur populistische Einstellungen, zehn Prozent teilen populistische und rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Einstellungen. Sechs Prozent teilen populistische, rechtsextrem-autoritär ethnozentrische und antidemokratische Einstellungen.

Dies bedeutet gleichzeitig, dass von den Thüringer*innen, die populistische Einstellungen aufweisen, weniger als ein Drittel den rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus oder die rechtsextreme Demokratieablehnung vertritt. Damit kann der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen nur in kleineren Teilen als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Neurechte Positionen werden von unterschiedlich großen Teilen der Thüringer Bevölkerung geteilt. So stimmen etwa 52 Prozent der Thürin-

VI. Fazit

ger*innen der Aussage „Wir sollten endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen“ zu. 14 Prozent meinen, die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, „das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“. Dennoch kann auf Basis der Untersuchung kein eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifiziert werden. Die Zustimmung zu diesen aus neurechten Denkfiguren abgeleiteten Aussagen erfolgt stattdessen als Ausdruck entweder populistischer Einstellung oder rechtsextremer Demokratieablehnung.

Übereinstimmend mit dem Rückgang der rechtsextremen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind in diesem Jahr auch die Zustimmungswerte bei einigen Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen erneut gesunken. Trotzdem ist immerhin noch mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (37 Prozent gegenüber 41 Prozent im Vorjahr). Erkennbar günstiger erscheint hingegen die Auffassung gegenüber Muslim*innen. 61 Prozent und damit mehr als jemals zuvor glauben, „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ Befragte aus Landkreisen sind skeptischer als solche aus kreisfreien Städten des Freistaats. Dies lässt vermuten, dass durch positiv erlebte Kontakte mit Thüringer Muslim*innen Vorurteile abgebaut werden – dort stärker, wo generell höhere Kontaktchancen bestehen. Auch Asylsuchenden wird 2021 mit weniger Vorbehalten begegnet als noch 2020. Mit einiger Plausibilität ist hierfür ausschlaggebend, dass mediale und politische Debatten über Asyl und Integration im Laufe des vergangenen (Corona-)Jahres abgeebbt sind.

Im Bereich der Antisemitismus-Messung des THÜRINGEN-MONITORS gibt es 2021 nur einen markanten Rückgang, nämlich den der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Der entsprechende Anteilswert war 2019 auf alarmierende 16 Prozent angestiegen, 2020 hatte er sich aber wieder halbiert und 2021 liegt nun mit vier Prozent Zustimmung der tiefste Wert der Messreihe seit dem Jahr 2001 vor. Entwarnung kann jedoch nicht gegeben werden, da der Antisemitismus vielfältige Formen ausprägt. Ein Fünftel der Befragten glaubt weiterhin: „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ Und fast ein Viertel der Thüringer*innen äußert mit Blick auf „die Politik, die Israel macht“ dafür Verständnis, „dass man etwas gegen Juden hat.“ Neu im THÜRINGEN-MONITOR ist die ergänzende Aussage, in der der antisemitische Gehalt jener Art der „Kritik“ an Israel sehr deutlich hervortritt: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ 17 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu. überraschend hoch ist auch die Zustimmung zu einer weiteren neu aufgenommenen Aussage, die im Kontext der sogenannten Schuldabwehr bzw. der „Aufrechnung jüdischer und deutscher Opfer“ steht. 45 Prozent der Befragten denken: „Es wird immer nur von der

Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ Bemerkenswert ist, dass gerade diese Position keineswegs nur am „rechten Rand“ der Gesellschaft unterstützt wird, sondern mit 54 Prozent auch eine absolute Mehrheit jener Befragten zustimmt, die sich selbst in der politischen Mitte verorten. Generell gilt zwar, dass „rechte“ Befragte markant häufiger antisemitisch eingestellt sind als jene der „Mitte“ oder „linke“ Befragte. Doch selbst bei Letzteren finden einige antisemitische Aussagen relativ hohe Zustimmung. Die Zustimmungswerte zu den fünf Aussagen sind unterschiedlich, dennoch bildet sich Antisemitismus als eine einheitliche Einstellungsdimension ab. Wird die Zustimmung zu den fünf Aussagen gemeinsam beobachtet, müssen zehn Prozent der Befragten als „antisemitisch eingestellt“ gelten. Antisemitisch eingestellte Personen sind oftmals formal niedrig gebildeter und autoritärer als andere Befragte, signifikant häufiger als diese äußern sie individuelle oder kollektive Benachteiligungsgefühle und Statusverlustangst. Außerdem neigen sie stärker dazu, verschwörungsideologischen und kritischen Aussagen mit Bezug zur Corona-Krise zuzustimmen und Anti-Establishment-Positionen zu teilen. Hier deutet sich an, dass verstärkte Anstrengungen in der Antisemitismusprävention auch dazu dienen können, die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen.

Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung (2016): Monitoringbericht 2015/16. Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web. Berlin.
- ARB (2017): Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- BAMF (2021a): Aktuelle Zahlen 12/2020. Online unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5.
- BAMF (2021b): Aktuelle Zahlen 07/2021. Online unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-juli-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- Barbieri, P. & Bonini, B. (2021): Political orientation and adherence to social distancing during the COVID-19 pandemic in Italy. In: *Economia Politica*, 38 (2), S. 483-504.
- Bathelt, S. & Bytzeck, E. (2016): „Die sind doch eh alle gleich“ - Zum Einfluss von Bewertungsunterschieden der Bundestagsparteien auf die Wahlbeteiligung. In: *Politische Psychologie*, 5 (2), S. 173-192.
- Bengtsson, Å. & Mattila, M. (2009): Direct Democracy and its Critics: Support for Direct Democracy and 'Stealth Democracy' in Finland. In: *West European Politics*, 35 (5), S. 1031-1048.
- Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus (2020). Online unter: https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/1215_Antisemitismusbericht_final_korrigiert_POE.pdf.
- Bertsou, E. & Caramani, D. (2020): People Haven't Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies. In: *American Journal of Political Science*. Online First.
- Bertsou, E. & Pastorella, G. (2017): Technocratic attitudes: a citizens' perspective of expert decision-making. In: *West European Politics*, 40 (2), S. 430-458.
- Best, H. (2018): Demokratie als Wagnis: Auf der Suche nach den Wurzeln von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Thüringen. In: Manuel Fröhlich, Oliver W. Lembcke & Florian Weber-Stein (Hrsg.): *Universitas: Ideen, Individuen und Institutionen in Politik und Wissenschaft*. Festschrift für Klaus Dicke. Baden-Baden: Nomos: Festschrift für Klaus Dicke, S 201-226.
- Best, H. & Salomo, K. (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei.

- Best, H. & Vogel, L. (2021, i.E.): Was messen und wie messen wir, wenn wir „Rechtsextremismus“ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS. In: Andreas Beelmann & Danny Michelsen (Hrsg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration: Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden: Springer VS.
- Botsch, Gideon (2020): Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 16–29.
- Bubrowski, H. (2021): „Querdenken“-Bewegung. Eine neue Form des Extremismus, 28.04.2021. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-beobachtet-teile-der-querdenken-bewegung-17315816.html>.
- Buch, T., Hamann, S., Niebuhr, A., Roth, D. & Sieglen, G. (2021): Arbeitsmarkteffekte der Corona-Krise – Sind Berufsgruppen mit niedrigen Einkommen besonders betroffen? In: Wirtschaftsdienst, Heidelberg, 101 (1), S. 14-17.
- Bundesagentur für Arbeit (2021a): Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Juli 2021. Online unter: https://www.arbeitsagentur.de/datei/arbeitsmarktbericht-juli-2021_ba147101.pdf.
- Bundesagentur für Arbeit (2021b): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale). Deutschland, West, Ost, Stand August 2021. Online unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiia4/alo-zeitreihe-dwo/alo-zeitreihe-dwo-b-0-xlsx.xlsx>.
- Bushuev, M. (2020): Corona-Krise: Virologen werden zur Zielscheibe, Deutsche Welle, 12.12.2020. Online unter: <https://www.dw.com/de/corona-krise-virologen-werden-zur-zielscheibe/a-55909046>.
- Canache, D. (2012): Citizens' Conceptualizations of Democracy: Structural Complexity, Substantive Content, and Political Significance. In: Comparative Political Studies, 45 (9), S. 1132-1158.
- Ceka, B. & Magalhães, P. (2016): How People Understand Democracy. A Social Dominance Approach. In: Hanspeter Kriesi & Monica Ferrín (Hrsg.): How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford: Oxford University Press, S. 64-89.
- Chiru, M. & Enyedi, Z. (2021): Who wants technocrats? A comparative study of citizens attitudes in nine young and consolidated democracies. In: The British Journal of Politics and International Relations, Online First.
- Correctiv (2020): Falsche Behauptung über Patentanmeldung von Richard Rothschild im Umlauf, 27.10.2020. Online unter: <https://correctiv.org/faktencheck/2020/10/27/falsche-behauptung-ueber-patentanmeldung-von-richard-rothschild-im-umlauf/>.
- COSMO (2021a): Sorgen. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/risiko-emotionen-sorgen/20-sorgen/>.
- COSMO (2021b) Welle 45, KW 24, Stand 18.06.21. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/45/>.

- COSMO (2021c) Welle 47, KW 28, Stand 16.07.21. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/47/>.
- COSMO (2021d): Vertrauen in Institutionen. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen/>.
- Dalton, R., Burklin, W. & Drummond, A. (2001): Public Opinion and Direct Democracy. In: *Journal of Democracy*, 12 (4), S. 141–53.
- Dalton, R., Shin, D. & Jou, W. (2007): Understanding Democracy: Data from unlikely places. In: *Journal of Democracy*, 18 (4), S. 142-156.
- Datenreport (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin. Online unter: https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/dr2016_bf_gesamt_korr.pdf.
- Decker, O. (2018): Flucht ins Autoritäre. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15-64.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020)*, Gießen: Psychosozial-Verlag. S. 15-26.
- Decker, O., Kiess, J., Eggers, E. & Brähler, E. (2016): Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 23-65.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020)*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 27-88.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C., & Brähler, E. (2020): Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020)*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 179-210.
- Donovan, T. & Karp, J. (2006): Popular Support for Direct Democracy. In: *Party Politics*, 12 (5), S. 671–688.
- Dryzek, J. (2000): *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*. New York: Oxford University Press.
- Easton, D. (1957): An Approach to the Analysis of Political Systems. In: *World Politics*, 9 (3), S. 383-400.

- Easton, D. (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science*, 5 (4), S. 435-457.
- Eder, M. (2021): Die Verschwörung(en) hinter der Pandemie. In: Daria Pezzoli-Olgiati & Anna-Katharina Höpflinger (Hrsg.): *Religion, Medien und die Corona-Pandemie. Paradoxien einer Krise*. Baden-Baden: Nomos, S. 111-118.
- Eder, S. & Staib, J. (2021): Radikalisierung der Querdenker. „Es sind Rufe nach Exekutionen“. FAZ, 21.09.2021. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/querdenker-radikalisierung-mord-auf-telegram-verherrlicht-17547635.html>.
- Elsässer, L., Hense, S. & Schäfer, A. (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27 (2), S. 161-180.
- Ferrín, M. & Kriesi, H. (2016): Introduction: Democracy - the European verdict. In: Hanspeter Kriesi & Monica Ferrín (Hrsg.): *How Europeans View and Evaluate Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 1-20.
- Florack, M., Korte, K.-R. & Schwanholz, J. (2021): *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Frindte, W. (2021): „Aber sonst aber sonst: Alles Lüge“ – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie 9. Schwerpunkt: Demokratieförderungen in der Coronakrise*, S. 14–27. Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD_9/WsD_09_Beitrag_Wolfgang_Frindte.pdf.
- Gabriel, Oscar W. (2013): Politische Partizipation. In: Jan van Deth & Markus Tausendpfund (Hrsg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 381-412.
- Geißler, R. (2014): *Die Sozialstruktur Deutschlands*. 7. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Gensing, P. (2021): Corona-Leugner wähenen sich im Weltkrieg. Tagesschau, 21.09.2021. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/impfgegner-corona-101.html>.
- Gherghina, S. & Geissel, B. (2019): An Alternative to Representation: Explaining Preferences for Citizens as Political Decision-Makers. In: *Political Studies Review*, 17 (3), S. 224-238.
- Gherghina, S. & Geissel, B. (2020): Support for direct and deliberative models of democracy in the UK: understanding the difference. In: *Political Research Exchange*, 2 (1).
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2016): *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Auflage. Bielefeld: transcript.

- Häusler, A. & Küpper, B. (2019): Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: Dietz-Verlag, S. 147-172.
- Häusler, A. & Küpper, B. (2021): Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion. In: Andreas Zick & Beate Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz-Verlag, S. 225-245.
- Heitmeyer, W. (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–34.
- Hernández, E. (2016): Europeans' Views of Democracy: The Core Elements of Democracy. In: Hanspeter Kriesi & Monica Ferrín (Hrsg.): *How Europeans View and Evaluate Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 43-63.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011): Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl & Jürgen Schraton (Hrsg.): *(Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert*. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Hille, P. (2020): Corona-Ermächtigungsgesetz? Warum der Vergleich mit 1933 täuscht. Deutsche Welle, 18.11.2020.
- Hövermann, A. & Kohlrausch, B. (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. In: *WSI Mitteilungen*, 73 (6), S. 485-492.
- Imhoff, R., Dieterle, L. & Lamberty, P. (2021): Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism: Belief in Secret Plots Decreases Normative but Increases Nonnormative Political Engagement. In: *Social Psychological and Personality Science*, 12 (1), S. 71-79.
- Infratest dimap (2021): ARD-DeutschlandTREND April 2021. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/april/>.
- Infratest dimap (2021): ARD-DeutschlandTREND Juni 2021, Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/juni/>.
- Inglehart, R. (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, R. (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Kempf, W. (2012): Antisemitismus und Israelkritik: Eine methodologische Herausforderung für die Friedensforschung. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 73.

- Kempf, W. (2013): Documentation of the Anti-Semitism and the Criticism of Israel (ASCI) survey. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 75.
- Klein, A., Küpper, B. & Zick, A. (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.
- Kohlrausch, B., Zucco, A. & Hövermann, A. (2020): Verteilungsbericht 2020: Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. In: WSI Report, Nr. 62, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf.
- Kreis, J. (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. In: Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum Nr. 12.
- Kriesi, H. & Ferrín, M. (2016): How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford: Oxford University Press.
- Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21 In: Andreas Zick & Beate Küpper (Hrsg.): Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag, S. 75-111.
- Küppers A. & Reiser, M. (2021): 'It is not worse than a flu' – COVID-19 Scepticism and the Role of Trust and Far-Right Attitudes in Germany, Preprint. Online unter: <https://osf.io/preprints/socarxiv/afnmz/>.
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Andreas Zick & Beate Küpper (Hrsg.): Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag, S. 283-300.
- Landwehr, C. & Faas, T. (2015): Who wants democratic innovations, and why? Working Papers 1705, Gutenberg School of Management and Economics, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Landwehr, C., Faas, T. & Harms, P. (2017): Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. In: Leviathan, 45 (1), S. 35-54.
- Lang, J. & Peters, U. (2018): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press.
- Latkin, C., Dayton, L., Moran, M., Strickland, J. & Collins, K. (2021): Behavioral and psychological factors associated with COVID-19 skepticism in the United States. In: Current Psychology, S. 1-9.
- Lewandowsky, S., Ginac, G. & Oberauer, K. (2013): The Role of Conspiracist Ideation and Worldviews in Predicting Rejection of Science. In: PLOS ONE 8(10).
- MDR (2020): Corona-Pandemie: Situation in Thüringer Krankenhäusern spitzt sich zu, 02.12.2020. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/intensivbetten-corona-patienten-personal-100.html>.

- MDR (2021a): Landtagswahl in Thüringen auf September verschoben, 14.01.2021. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/wahltermin-thueringen-verschoben-100.html>.
- MDR (2021b): Neuwahl vorerst abgesagt: Thüringer Landtag wird nicht aufgelöst, 16.07.2021. Online unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/landtag-thueringen-neuwahl-entscheidung-100.html>.
- Merkel, W. (2020): Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie. In: WSI Mitteilungen, 73 (6), S. 445-453.
- Merkel, W., Puhle, H., Croissant, A., Eichler, C. & Thiery, P. (2003): Defekte Demokratie. Band I: Theorie. Opladen.
- Möhring, K., Naumann, E., Reifenscheid, M., Blom, A., Wenz, A., Rettig, T., Lehrer, R., Krieger, J., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M. & Cornesse, C. (2020): Inequality in employment during the Corona lockdown: Evidence from Germany. In: JESP European Social Policy Blog.
- Møller, J. & Skaaning, S. (2010): Beyond the Radial Delusion: Conceptualizing and Measuring Democracy and Non-democracy. In: International Political Science Review, 31 (3), S. 261-283.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Forschungsprojekt der Universität-Basel.
- Petersen, T. (2021): Die Mehrheit fühlt sich gegängelt, 16.6.2021. Online unter: http://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf.
- Pickel, S. (2016): Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa. In: PVS, Sonderheft 51/2016, S. 318-342.
- Pitkin, H. (1967): The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.
- Politbarometer (2021a): Politbarometer Juni I, 10.06.2021. Online unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Juni_I_2021/.
- Politbarometer (2021b): Politbarometer Juni II, 25.06.2021. Online unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Juni_II_2021/.
- Pummerer, L., Böhm, R., Lilleholt, L., Winter, K., Zettler, I. & Sassenberg, K. (2020): Conspiracy Theories and Their Societal Effects During the COVID-19 Pandemic. In: Social Psychological and Personality Science, Online First.
- Rees, J. & Lamberty, P. (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghahn (Hrsg.): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz-Verlag, S. 203-222.

- Reinemann, C., Haas, A., & Rieger, D. (2021): 'I don't care, 'cause I don't trust them!' The Impact of Information Sources, Institutional Trust and Populist Attitudes on the Perception of the COVID-19 Pandemic During the First Lockdown in Germany. Paper presented at the 71st Annual Conference of the ICA, Virtual Conference. Online unter: <http://dx.doi.org/10.13140/RG.2.2.14563.99360>.
- Reiser, M. & Reiter, R. (2022, i.E.) (Hrsg.): A (new) East-West-divide? Representative Democracy in Germany 30 years after unification. In: German Politics (Special Issue).
- Roose, J. (2020): Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Rothmund, T., Farkhari, F., Azevedo, F. & Ziemer, C-T. (2020): Scientific Trust, Risk Assessment, and Conspiracy Beliefs about COVID-19 - Four Patterns of Consensus and Disagreement between Scientific Experts and the German Public. PREPRINT.
- Rutjens, B. & van der Lee, R. (2020): Spiritual skepticism? Heterogeneous science skepticism in the Netherlands. In: Public Understanding of Science, 29 (3), S. 335-352.
- Salzborn, S. (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.
- Salzborn, S. (2019): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos.
- Schäfer, A. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020). Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 283-310.
- Schumpeter, J. (1950): Capitalism, Socialism, and Democracy. 3. Aufl., New York.
- Statistisches Bundesamt (2021): Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2020. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandsprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/>.
- Steinke, R. (2021): Impfgegner. Grenze überschritten, 25.07.2021. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-impfgegner-rechtsextreme-antisemitismus-1.5362745>.
- Süddeutsche Zeitung (2021a): 11.200 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr in Thüringen, 31.08.2021. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/karriere/arbeitsmarkt-halle-saale-11-200-arbeitslose-weniger-als-vor-einem-jahr-in-thueringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210830-99-27303>.
- Sumner, W. G. (1906): Folkways, a study of the sociological importance of usages,

- manners, customs, mores and morals. New York: Ginn.
- Tagesspiegel (2021): Einstufung als Verdachtsfall Thüringen für bundesweite Beobachtung der Querdenker durch Verfassungsschutz, 25.03.2021. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/einstufung-als-verdachtsfall-thueringen-fuer-bundesweite-beobachtung-der-querdenker-durch-verfassungsschutz/27040506.html>.
- Teune, S. (2021): Protest in Stuttgart 2010 und 2020. Zwei Herausforderungen der Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Thiele, A. & Ben-Yehoshua, J. (2021): Antisemitismus in Thüringen. Erste Ergebnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie 8. Schwerpunkt: Antisemitismus, S. 116–131. Online unter: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_Anja_Thiele_und_Joel_Ben-Yehoshua.pdf.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021a): Bruttoinlandsprodukt Thüringens 2020 gesunken, Pressemitteilung vom 30. März 2021.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021b): Thüringens Einwohnerzahl sank 2020 um rund 13 000 Personen, Pressemitteilung vom 21. Juni 2021.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021c): Deutlich erhöhte Sterblichkeit in Thüringen zum Jahresende 2020, Pressemitteilung vom 22. Januar 2021.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021d): Rückgang der Sterbefälle in Thüringen im Februar nach deutlich erhöhter Sterblichkeit zum Jahresanfang 2021, Pressemitteilung vom 19. März 2021.
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2021): Arbeitsmarkt in Thüringen. Juli 2021. Online unter: https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Arbeit/Dateien/Aktuelles/AMB_TH_Juli_2021_Internetversion.pdf.
- Vegetti, F. & Littvay L. (2021): Belief in conspiracy theories and attitudes toward political violence. In: Italian Political Science Review / Rivista Italiana di Scienza Politica Online First
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2020): Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020, Bertelsmann-Stiftung.
- Verba, S., Schlozman, K. L. & Brady, H. E. (1995): Voice and Equality. Civic voluntarism in American politics. Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, A. & Remer-Bollow, U. (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung, Wiesbaden: Springer VS.
- Vogel, L. & Zajak, S. (2020): Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind. In: DeZIM Research Note 4/20. Online unter: https://dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Eliten/ResearchNotes_04_201030_ansicht.pdf.

- Vorländer, H., Herold, M. & Otteni, C. (2021): COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens, MIDEM-Studie TU Dresden.
- Warda, K. (2021): Friedliche Revolution 2.0? Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemiepolitik gemacht. In: Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hrsg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefunde, Freiburg i.Br.: Herder, S. 149-156.
- Werner, H. (2020): If I'll win it, I want it: The role of instrumental considerations in explaining public support for referendums. In: *European Journal of Political Research*, 59 (2), S. 312-330.
- Weßels, B. (2015): Politische Ungleichheit beim Wählen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-94.
- Westle, B. & Anstötz, P. (2020): Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung. In: Markus Tausendpfund & Bettina Westle (Hrsg.): *Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018*. Wiesbaden: Springer VS, S. 245-290.
- Wetzel, H. (2021): Erfurter Krankenhäuser wegen Corona an Kapazitätsgrenze, 20.02.2021. Online unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/erfurter-krankenhaeuser-wegen-corona-an-kapazitaetsgrenze-id231371929.html>.
- Wood, M., Douglas, K. & Sutton, R. (2014): Dead and Alive: Beliefs in Contradictory Conspiracy Theories. In: *Social Psychological and Personality Science*, 3(6), S. 767-773.
- ZDF (2020): ZDFinfo-Umfrage: Ein Viertel will Abschluss mit NS-Zeit. ZDF online, 05.12.2020, Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/holocaustumfrage-ns-zeit-100.html>.
- Zick, A. & Küpper, B. (2021): *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz-Verlag.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019): *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: Dietz-Verlag.

Bisherige Thüringen-Monitore

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.)
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.
- THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.

THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.

THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.

THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.

THÜRINGEN-MONITOR 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/3054.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor> abrufbar.

Methodik des Thüringen-Monitors

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger*innen ab 18 Jahren. Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer*innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer*innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner*innenzahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich. Da Thüringen jedoch ein sehr kleines Bundesland ist, basiert der THÜRINGEN-MONITOR weiterhin ausschließlich auf Festnetz-Telefoninterviews, wie beispielsweise auch der Berlin-Monitor 2019.

Andere repräsentative Bevölkerungsbefragungen finden gar nicht per Telefon statt, sondern die Befragten werden in ihren Haushalten aufgesucht und dort persönlich befragt. Die Antworten werden dabei von den Interviewer*innen in mitgebrachte Notebooks oder Tablets eingegeben. Solche persönlichen Befragungen sind jedoch sehr viel teurer als telefonische Befragungen, selbst wenn dabei solche Personen befragt werden können, die nur über Handy telefonieren oder gar kein Telefon nutzen. Befragungen im Internet (Websurveys) stellen hingegen derzeit keine gute Alternative dar, da sich mit ihnen nur ein sehr spezieller Teil der Bevölkerung erreichen lässt und die Repräsentativität der gewonnenen Stichprobe dadurch nicht zweifelsfrei gewährleistet werden kann.

Eine oftmals gestellte Frage bezieht sich auf den bereits erwähnten Umstand, dass viele Thüringer*innen gar kein Festnetztelefon mehr besäßen bzw. nutzten. Wenn man sie nicht über Mobiltelefon befragen könne, wäre es demnach doch sinnvoller, sie persönlich aufzusuchen. In einem begleitenden Methodenprojekt zum THÜRINGEN-

MONITOR 2018 und dem dazugehörigen Gutachten (vgl. Reiser et al. 2018) konnte allerdings gezeigt werden, dass die telefonische Befragung und eine persönliche Befragung von jungen Thüringer*innen im Alter von 18 bis 24 Jahren keine signifikant unterschiedlichen Ergebnisse lieferten. Dazu wurden junge Thüringer*innen in ihren Haushalten befragt, der Fragebogen war derselbe wie in der telefonischen Befragung. Doch weder das Antwortverhalten an sich noch die Bereitschaft, die Fragen überhaupt zu beantworten, variierte so stark zwischen den beiden Befragungssituationen, als dass in der Konsequenz eine grundlegende Veränderung des Befragungsdesigns notwendig wäre. Des Weiteren wiesen die beiden Vergleichsgruppen eine fast gleiche Zusammensetzung nach Bildungsabschlüssen auf; bei den persönlich Befragten war der Anteil der Berufstätigen geringfügig höher als bei den telefonisch Befragten, außerdem hatten sie ein etwas niedrigeres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen. In der Gesamtschau kam das Methoden-Gutachten zu dem Ergebnis, für den THÜRINGEN-MONITOR an der telefonischen Befragung festhalten zu können. Die Konstanz der Untersuchungsmethode seit dem Jahr 2000 dient vorrangig der Qualitätssicherung, hinzu kommt aber die Kostenersparnis gegenüber einer persönlichen Befragung.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner*innenzahlen entspricht. Da beispielsweise in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl. Im Endergebnis stammen dann drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt. Es ist jedoch nicht sinnvoll, bei den Telefoninterviews noch genauer auf die Herkunftsorte und -regionen der Befragten zu achten und damit eine detaillierte regionale Proportionalität im THÜRINGEN-MONITOR herzustellen; für umfangreiche Regionalanalysen wäre eine viel größere Stichprobe notwendig.

Die telefonischen Interviews finden v. a. werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer*innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer*innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i. d. R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automa-

tisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und an der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Genau genommen handelt es sich also um keine reine Zufallsauswahl der Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer*innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. Das heißt, die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik mathematisch korrigiert. Dazu wird auf die Daten des Mikrozensus zurückgegriffen. Da hier eine Umstrukturierung der Erhebung stattgefunden hat und um die Verteilung der Bildungsabschlüsse der Befragten weiterhin an die vom Thüringer Landesamt für Statistik erhobene Verteilung der Bildungsabschlüsse anpassen zu können, war es nötig, die Bildungsabschlüsse im THÜRINGEN-MONITOR von der Welle 2021 an mit zwei neuen Fragen zu erheben. Diese entsprechen nun der Aufgliederung der Bildungsvariable im Mikrozensus in höchsten Schulabschluss und höchsten berufsbildenden Abschluss. Damit einher ging auch die Berechnung einer neuen Gewichtungvariable. Um die Auswirkungen dieser leichten Anpassung in der Berechnung der Gewichtung zu kontrollieren, wurde in diesem Jahr außerdem ausnahmsweise weiterhin die alte Bildungsfrage erhoben sowie die Gewichtungvariable der letzten Jahre berechnet. Schwankungen in den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS, die auf die Gewichtung zurückzuführen sind, sind dabei marginal (im Bereich von null bis zwei Prozentpunkten).

In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „inferenzstatistischen

Schluss“) handelt es sich immer um eine Schätzung. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine wesentlich größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen.

Das bereits angesprochene veränderte Telefonnutzungsverhalten bestimmter Befragten (mobile-onlys) könnte zu einer Unterrepräsentation von Personen mit Bildungsabschlüssen unterhalb der Hochschulreife in der jüngsten Altersgruppe (18- bis 24-Jährige) in der Stichprobe führen (ausführlich zu diesem Problem siehe Reiser et al. 2018). Durch ein Oversampling, d. h. einer gewollten Überrepräsentation dieser Alterskohorte in der Stichprobe, kann dem Problem aber entgegengewirkt werden. Daher wurden in dieser Alterskohorte im THÜRINGEN-MONITOR 2021 101 statt der quotenmäßig erforderlichen rund 65 Personen befragt.

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z. B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Die indikatorengestützte Einstellungsmessung, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommt, basiert auf dem theoretischen Grundgedanken, dass das Antwortverhalten der Befragten gewisse Rückschlüsse auf deren jeweilige Einstellungen zulässt: Wer nicht der jeweiligen Meinung gewesen wäre, hätte anders antworten können; bei Unentschlossenheit, Beurteilungsschwierigkeit oder Verständnisproblemen bliebe immer noch die Möglichkeit der Antwortverweigerung. Allerdings kann die Zustimmung- oder Ablehnungstendenz sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, da es z. B. „harte“ und „weichere“ Formulierungen gibt. Darüber hinaus gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten, wie ein bestimmter Sachverhalt thematisiert und ausgedrückt werden kann. Daher ist immer diskutabel, ob wirklich das erfasst wird, was auch erfasst werden soll, also eine valide Messung stattfindet. Das Antwortverhalten verweist auf Einstellungen und lässt Deutungen über sie zu; es kann jedoch nicht mit ihnen gleichgesetzt werden. Umgekehrt gilt: Wer beispielsweise bestimmte Aussagen ablehnt, kann dennoch Einstellungen haben, die sich gegebenenfalls anders äußern und dementsprechend anders gemessen werden müssten. Erst recht muss ein be-

stimmtes Antwortverhalten nicht kongruent mit tatsächlichem Handeln sein. In der anonymen Befragungssituation, wie sie beim THÜRINGEN-MONITOR vorliegt, bleibt die Zustimmung zu den Aussagen ohne soziale Folgen für die Befragten. Daher wird davon ausgegangen, dass sie weitestgehend gemäß ihrer tatsächlichen Meinung antworten und weniger entsprechend der von ihnen wahrgenommenen oder vermuteten sozialen Erwünschtheit. Ob dies wirklich so ist, lässt sich schwerlich überprüfen. Um bei einer wissenschaftlichen Messung der Komplexität von Einstellungen zu komplexen gesellschaftlichen Phänomenen näherungsweise gerecht werden zu können, werden den Befragten zu einem Thema vorzugsweise immer mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nur wenn sich daraus Muster ableiten lassen (z. B. die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen, das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes usw.), kann mit einiger Plausibilität auf zugrundeliegende Einstellungen geschlossen werden.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler*innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor*innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Anhang 1: Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischer Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragtengruppen (u. a. jüngere und niedrig qualifizierte Befragte). Allerdings ist es bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z. B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer*innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker & Schroth 2014). Durch ein Oversampling d. h. eine absichtliche Überrepräsentation der jüngsten Alterskohorte (18-24 Jahre) in der Stichprobe, kann dem Problem der Unterrepräsentation von Personen mit niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen in dieser Altersgruppe in der Stichprobe entgegengewirkt werden.

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz & Schuster 2016). So können z. B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie Rechtsextremismus oder „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe Konfidenzintervall.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. Repräsentativität).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe Konfidenzintervall.

Konfidenzintervall: Jeder in einer repräsentativen Befragung ermittelte Messwert (z. B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als Schätzwert für den jeweiligen Wert in der Grundgesamtheit behandelt werden, da immer ein Stichprobenfehler auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring & Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz & Schuster 2016). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „nicht signifikant“; d. h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring & Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre Signifikanz überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein Hinweis auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z. B. in multivariaten Verfahren wie der Regression).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der linearen Regression zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der multiplen linearen Regression hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d. h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz & Schuster 2016; Diaz-Bone 2019).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem Annahmen über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz & Schuster 2016; Diaz-Bone 2019).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (vgl. Schnell et. al. 2018). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von Signifikanzen und Konfidenzintervallen. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler bei höchstens fünf Pro-

zent), siehe Konfidenzintervall, Repräsentativität. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein signifikantes Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung.

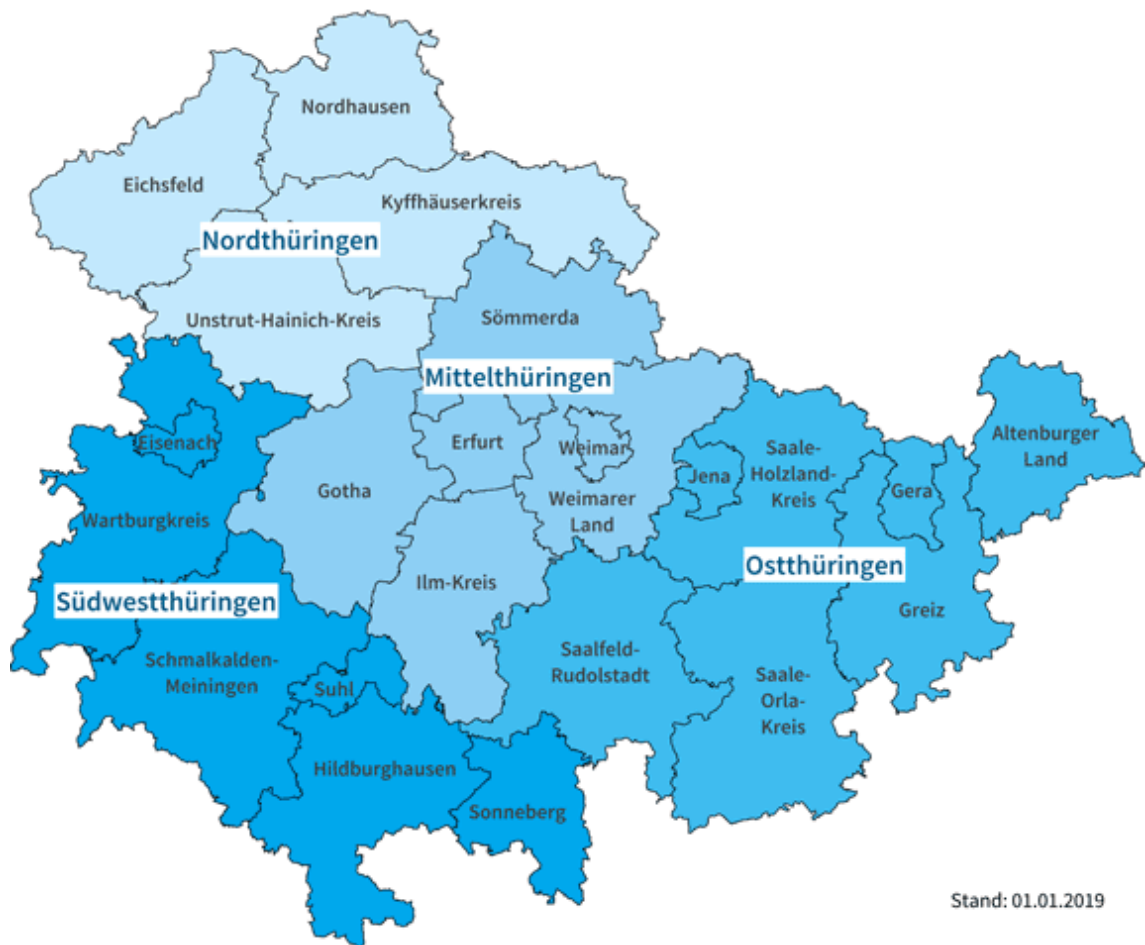
Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation.

Literaturempfehlungen zu Quantitative Methoden/Statistik:

- Benninghaus, H. (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. 11. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bortz, J. & Schuster, C. (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.
- Diaz-Bone, R. (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. Konstanz: UVK.
- Gehring, U. & Weins, S. (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. 5., überarb. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunsicker, S. & Schroth, Y. (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.
- Kuckartz, U.; Rädiker, S.; Ebert, T. & Schehl, J. (2013): Statistik. Eine verständliche Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühnel, S. & Krebs, D. (2012): Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 6. überarb. Neuauflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Schnell, R.; Hill, P. & Esser, E. (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., überarb. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Tausendpfund, M. (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Tausendpfund, M. (Hrsg.) (2020): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.
- Völkl, K. & Korb, C. (2018): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler, Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, C. & Best, H. (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anhang 2: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen

Abbildung 45. Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik <https://statistik.thueringen.de/datenbank/images/Planungsregionen.gif>

Anhang 3: Stichprobeninformationen

	Abs.	Prozent		Abs.	Prozent
Gesamt	1100				
Geschlecht			Relionsgemeinschaft		
männlich	541	49	keine, andere	791	72
weiblich	559	51	evangelisch	248	23
			katholisch	61	6
Alter			<i>weiß nicht/keine Angabe</i>	1	0
18-24 Jahre	74	7			
25-34 Jahre	121	11	Ortsgröße		
35-44 Jahre	159	14	bis 5.000 Einwohner	497	45
45-59 Jahre	266	24	bis 20.000 Einwohner	162	15
60 Jahre und älter	480	44	bis 50.000 Einwohner	130	12
			über 50.000 Einwohner	273	25
Schulabschluss			<i>weiß nicht/keine Angabe</i>	38	4
unter 10. Klasse	254	23			
10. Klasse	576	52	Planungsregion		
Abitur	105	10	Nordthüringen	135	12
(Fach-)Hochschule	165	15	Mittelthüringen	346	32
			Ostthüringen	373	34
Erwerbstätigkeit			Südwestthüringen	221	20
erwerbstätig	536	49	<i>weiß nicht/keine Angabe</i>	25	2
in Ausbildung	61	6			
arbeitslos	42	4	Landkreise	756	69
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	39	Kreisfreie Städte	319	29
<i>weiß nicht/keine Angabe</i>	29	3	<i>weiß nicht/keine Angabe</i>	25	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	15			
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	24			
höh.-leit. Ang./Beamte	81	7			
Landw./Selbst./Freib.	46	4			
<i>w.n./k.A./TNZ</i>	542	49			

Anhang 4: Tabellarische Übersichten

A1	Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
A2	Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
A3	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A4	Eigene finanzielle Situation
A5	Gerechter Anteil zum Leben
A6	Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit
A7	Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft
A8	Dilemma: Freiheit oder Gleichheit
A9	Dilemma: Freiheit oder Sicherheit
A10	Links-Rechts-Selbsteinstufung
A11	Interesse an Politik
A12	Demokratie als beste Staatsidee
A13	Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
A14	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A15	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A16	Institutionenvertrauen: Gerichte
A17	Institutionenvertrauen: Polizei
A18	Institutionenvertrauen: Wissenschaft
A19	Institutionenvertrauen: Robert-Koch-Institut
A20	Institutionenvertrauen: Medien
A21	Zufriedenheit Bundespolitik in Corona-Krise
A22	Zufriedenheit Landespolitik in Corona-Krise
A23	Zufriedenheit Kreispolitik in Corona-Krise
A24	Kann politische Fragen gut einschätzen
A25	Überfremdung der Bundesrepublik
A26	Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
A27	Wertvolles und unwertes Leben
A28	Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
A29	Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
A30	Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
A31	Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
A32	Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
A33	Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel
A34	Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Anhang 4: Tabellarische Übersichten

- A35 Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen
- A36 Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
- A37 Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen
- A38 Wahres Gesicht der Juden zeigt sich im Umgang mit Palästinensern
- A39 Feminismus benachteiligt Männer systematisch
- A40 Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz
- A41 Staat soll sich um Schwächere kümmern
- A42 Chancengleichheit im Leben
- A43 Freie Äußerung politischer Ansichten
- A44 Regelmäßige, freie, geheime Wahlen
- A45 Kontrolle der Regierung durch die Opposition
- A46 Minderheitsrechte
- A47 Politik an den Wünschen der Bürger ausrichten
- A48 Politiker sollten sich zwischen den Wahlen über Bürgerwünsche informieren
- A49 Erklären von Entscheidungen durch Politiker
- A50 Gleiche Rechte für alle in einem Land
- A51 Abgeordnete sollten spiegelbildlich für die Bevölkerung sein
- A52 Politische Entscheidungen im Dialog treffen
- A53 Aktives Einbringen der Bürger in die Politik
- A54 Gefahr Corona-Krise: Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- A55 Gefahr Corona-Krise: Grundrechte
- A56 Gefahr Corona-Krise: eigene Gesundheit
- A57 Gefahr Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Situation
- A58 Gefahr Corona-Krise: Bildung junger Menschen
- A59 Übertreibung Gefahr Corona-Virus durch Medien
- A60 Politische Einflussnahme geheimer Organisationen in Corona-Krise
- A61 Corona-Virus nicht schlimmer als Grippe
- A62 Mehr Vertrauen in Gefühle im Umgang mit Corona als in Expert*innen
- A63 Eigene gesundheitliche Betroffenheit (des persönlichen Umfelds) von Corona
- A64 Regierung verbreitet Angst, um Grundrechte einzuschränken
- A65 Maßnahmen sind übertrieben
- A66 Die Politik begründet die Maßnahmen ausreichend
- A67 Aufpassen, durch Covid-19 nicht in Diktatur zu gleiten
- A68 Vergleich von Corona mit 3. Reich verhöhnt NS-Opfer
- A69 Parteilichkeit
- A70 Stärke der Parteilichkeit
- A71 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
- A72 Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
- A73 Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
- A74 Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

- A75 Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
- A76 Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
- A77 Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
- A78 Politische Partizipation: Teilnahme an Protestaktion gegen Corona-Maßnahmen
- A79 Politische Partizipation: politische Äußerungen in sozialen Medien
- A80 Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
- A81 Sorge durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten
- A82 In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
- A83 Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
- A84 Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
- A85 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
- A86 An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran
- A87 In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
- A88 Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt
- A89 Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten
- A90 Mächtige in Gesellschaft handeln gegen Interessen der einfachen Bevölkerung
- A91 Zeit für Widerstand gegen aktuelle Politik
- A92 Treffen wichtiger Entscheidungen durch Experten
- A93 Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
- A94 Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
- A95 Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A96 Juden passen nicht so recht zu uns
- A97 Treffen wichtiger Entscheidungen durch das Volk
- A98 Politiker sind auf Schutz eigener Privilegien fokussiert
- A99 Politische Kompromisse sind Prinzipienverrat
- A100 Schlussstrich unter NS-Vergangenheit ziehen
- A101 Judenverfolgung wird im Verhältnis zu deutschem Leiden überthematisiert
- A102 Eliten wollen durch Einwanderer das deutsche Volk austauschen
- A103 Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich
-

Tabelle A1

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne weitgehend ab	stimme teilweise zu	Stimme weitgehend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	9	20	23	40	5
Geschlecht							
männlich	541	3	10	21	24	38	4
weiblich	559	2	8	19	22	43	6
Alter							
18-24 Jahre	74	5	17	32	20	19	7
25-34 Jahre	121	1	17	31	22	26	4
35-44 Jahre	159	1	11	21	28	36	3
45-59 Jahre	266	4	5	19	24	44	4
60 Jahre und älter	480	2	7	15	22	47	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	2	11	16	20	46	6
10. Klasse	576	3	7	17	24	43	5
Abitur	105	3	7	32	22	31	5
(Fach-)Hochschule	165	2	14	26	25	29	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	3	8	22	24	41	3
in Ausbildung	61	0	19	34	23	18	6
arbeitslos	42	1	7	19	41	24	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	8	16	22	45	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	2	7	18	25	44	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	4	9	22	25	36	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	12	27	16	43	2
Landw./Selbst./Freib.	46	4	4	13	18	59	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	3	9	19	22	42	5
evangelisch	248	2	11	22	25	37	4
katholisch	61	3	6	17	31	39	3

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne weitgehend ab	stimme teilweise zu	Stimme weitgehend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	16	31	18	9	18
Geschlecht							
männlich	541	9	20	28	20	9	15
weiblich	559	6	13	34	17	9	21
Alter							
18-24 Jahre	74	9	24	33	16	5	12
25-34 Jahre	121	2	23	33	14	15	13
35-44 Jahre	159	5	14	30	22	12	16
45-59 Jahre	266	8	14	35	24	9	9
60 Jahre und älter	480	9	16	28	15	8	25
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	11	18	20	14	10	28
10. Klasse	576	7	17	34	18	11	13
Abitur	105	4	13	32	27	5	18
(Fach-)Hochschule	165	4	13	37	20	6	20
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	5	16	35	23	10	11
in Ausbildung	61	3	25	30	17	4	20
arbeitslos	42	20	35	24	4	1	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	9	14	26	14	11	26
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	7	16	31	23	16	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	5	18	35	22	7	13
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	13	44	19	7	15
Landw./Selbst./Freib.	46	10	12	34	29	6	9
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	6	20	30	18	9	17
evangelisch	248	12	7	31	20	12	18
katholisch	61	4	10	40	11	12	23

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A3

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	20	69	2	7
Geschlecht						
männlich	541	2	19	71	2	6
weiblich	559	2	22	66	2	8
Alter						
18-24 Jahre	74	1	10	85	2	3
25-34 Jahre	121	3	37	55	0	5
35-44 Jahre	159	4	14	74	3	5
45-59 Jahre	266	2	28	65	1	4
60 Jahre und älter	480	2	16	70	3	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	3	22	62	2	11
10. Klasse	576	2	23	68	2	5
Abitur	105	1	15	75	4	5
(Fach-)Hochschule	165	1	13	79	2	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	3	23	71	1	3
in Ausbildung	61	1	16	77	2	4
arbeitslos	42	0	43	38	0	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	16	68	3	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	3	19	76	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	25	68	1	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	21	71	2	6
Landw./Selbst./Freib.	46	5	18	74	2	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	2	21	68	2	6
evangelisch	248	2	18	70	3	7
katholisch	61	2	21	66	0	11

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A4

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	18	61	16	1
Geschlecht						
männlich	541	3	18	62	16	1
weiblich	559	4	17	61	16	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	10	67	22	1
25-34 Jahre	121	8	19	58	15	0
35-44 Jahre	159	1	21	57	20	1
45-59 Jahre	266	6	19	62	13	0
60 Jahre und älter	480	3	16	62	16	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	7	17	57	16	2
10. Klasse	576	3	23	62	12	1
Abitur	105	5	7	64	21	3
(Fach-)Hochschule	165	1	7	64	27	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	3	15	65	17	0
in Ausbildung	61	1	12	62	25	0
arbeitslos	42	9	52	24	13	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	4	18	61	14	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	3	16	70	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	17	63	17	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	7	71	22	0
Landw./Selbst./Freib.	46	8	17	40	33	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	4	17	61	16	1
evangelisch	248	3	19	60	18	0
katholisch	61	0	16	67	11	5

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation...

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A5

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	38	42	3	6
Geschlecht						
männlich	541	10	39	41	3	7
weiblich	559	14	36	42	4	5
Alter						
18-24 Jahre	74	6	28	46	17	4
25-34 Jahre	121	8	37	50	5	1
35-44 Jahre	159	11	28	51	5	5
45-59 Jahre	266	18	45	31	2	4
60 Jahre und älter	480	10	39	41	1	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	10	35	44	0	11
10. Klasse	576	15	43	35	2	5
Abitur	105	6	28	53	11	2
(Fach-)Hochschule	165	6	31	54	6	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	12	40	40	4	4
in Ausbildung	61	4	21	61	13	1
arbeitslos	42	15	28	45	2	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	10	40	40	1	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	14	47	27	5	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	12	38	44	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	31	53	5	2
Landw./Selbst./Freib.	46	19	26	49	2	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	12	37	42	3	5
evangelisch	248	9	38	40	4	9
katholisch	61	13	40	38	4	5

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	14	69	4
Geschlecht					
männlich	541	13	11	74	3
weiblich	559	14	17	64	5
Alter					
18-24 Jahre	74	3	3	89	6
25-34 Jahre	121	12	13	69	7
35-44 Jahre	159	10	8	70	12
45-59 Jahre	266	18	15	67	0
60 Jahre und älter	480	14	17	66	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	18	19	58	6
10. Klasse	576	15	16	65	4
Abitur	105	6	3	87	4
(Fach-)Hochschule	165	6	7	85	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	12	11	73	5
in Ausbildung	61	4	1	90	5
arbeitslos	42	29	23	48	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	14	20	62	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	19	9	68	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	10	10	73	7
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	10	81	0
Landw./Selbst./Freib.	46	8	8	83	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	16	14	66	4
evangelisch	248	8	14	75	3
katholisch	61	7	7	78	8

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A7

Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1100	61	3	13	8	5	3	5	1
Geschlecht									
männlich	541	60	3	14	10	3	2	7	2
weiblich	559	63	2	13	6	7	4	4	1
Alter									
18-24 Jahre	74	71	2	14	2	4	0	7	0
25-34 Jahre	121	49	6	13	11	6	3	12	0
35-44 Jahre	159	68	2	11	6	4	3	3	3
45-59 Jahre	266	57	2	17	8	6	4	4	2
60 Jahre und älter	480	63	2	12	8	5	3	5	1
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	254	60	4	7	8	7	4	6	3
10. Klasse	576	62	2	14	9	5	3	4	1
Abitur	105	59	3	20	5	3	1	9	0
(Fach-)Hochschule	165	62	2	15	5	4	3	9	1
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	536	62	3	13	8	3	3	5	2
in Ausbildung	61	66	2	13	2	4	0	13	0
arbeitslos	42	57	0	20	9	11	0	1	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	60	2	13	8	7	3	5	1
Berufsgruppe									
Arbeiter	162	57	3	15	10	4	7	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	68	4	10	7	2	2	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	57	3	15	10	4	7	3	1
Landw./Selbst./Freib.	46	53	2	20	4	5	0	15	1
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	791	63	3	13	8	4	3	4	1
evangelisch	248	63	2	14	7	5	2	8	0
katholisch	61	37	2	11	12	12	5	15	6

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A8

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	45	10	44	2
Geschlecht					
männlich	541	50	10	38	3
weiblich	559	40	9	49	2
Alter					
18-24 Jahre	74	54	5	42	0
25-34 Jahre	121	49	9	42	0
35-44 Jahre	159	52	14	35	0
45-59 Jahre	266	47	10	40	2
60 Jahre und älter	480	39	9	49	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	39	9	47	4
10. Klasse	576	46	10	44	1
Abitur	105	52	9	37	1
(Fach-)Hochschule	165	46	10	42	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	48	8	43	1
in Ausbildung	61	52	7	42	0
arbeitslos	42	29	34	37	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	40	11	46	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	46	7	47	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	49	9	41	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	59	4	35	3
Landw./Selbst./Freib.	46	48	8	43	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	46	10	43	1
evangelisch	248	44	8	45	4
katholisch	61	37	10	48	6

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A9

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	9	60	2
Geschlecht					
männlich	541	39	10	49	2
weiblich	559	20	8	70	1
Alter					
18-24 Jahre	74	62	2	36	0
25-34 Jahre	121	37	11	52	0
35-44 Jahre	159	46	9	43	2
45-59 Jahre	266	32	8	59	2
60 Jahre und älter	480	16	11	71	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	21	10	66	3
10. Klasse	576	26	10	63	1
Abitur	105	55	7	37	0
(Fach-)Hochschule	165	37	9	52	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	35	7	56	1
in Ausbildung	61	65	5	30	0
arbeitslos	42	47	11	34	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	15	13	70	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	31	4	64	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	31	10	57	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	45	5	48	2
Landw./Selbst./Freib.	46	58	4	38	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	27	10	61	2
evangelisch	248	34	6	60	0
katholisch	61	45	8	39	8

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A10

Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr weit links	Ziemlich weit links	Etwas links	In der Mitte	Etwas rechts	Ziemlich weit rechts	Sehr weit rechts	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	3	10	35	32	13	2	0	6
Geschlecht									
männlich	541	3	8	32	35	15	2	1	4
weiblich	559	2	12	38	28	11	2	0	7
Alter									
18-24 Jahre	74	5	17	41	21	15	1	0	0
25-34 Jahre	121	3	18	34	21	16	7	0	1
35-44 Jahre	159	3	1	40	40	10	3	0	3
45-59 Jahre	266	3	11	29	32	19	1	0	6
60 Jahre und älter	480	2	10	35	33	9	1	1	9
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	254	1	10	27	35	17	5	0	6
10. Klasse	576	3	8	35	35	11	1	0	7
Abitur	105	2	19	44	16	16	1	0	2
(Fach-)Hochschule	165	4	13	41	25	12	1	0	4
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	536	3	9	33	35	13	3	0	5
in Ausbildung	61	6	22	43	12	16	1	0	0
arbeitslos	42	4	11	56	6	19	0	0	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	3	10	35	32	12	1	1	7
Berufsgruppe									
Arbeiter	162	3	5	29	41	20	0	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	10	34	32	9	5	0	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	9	40	33	15	0	0	2
Landw./Selbst./Freib.	46	2	8	21	38	12	3	0	16
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	791	3	11	34	30	13	2	0	6
evangelisch	248	2	7	37	34	13	1	0	5
katholisch	61	1	11	37	40	8	0	0	3

In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A11

Interesse an Politik

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht	wenig	mittel	stark	Sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	14	38	27	13	0
Geschlecht							
männlich	541	5	11	33	33	18	0
weiblich	559	11	18	43	21	8	0
Alter							
18-24 Jahre	74	3	19	34	25	20	0
25-34 Jahre	121	3	24	44	18	11	0
35-44 Jahre	159	12	13	49	22	4	0
45-59 Jahre	266	4	15	39	29	12	0
60 Jahre und älter	480	10	11	34	29	16	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	14	18	42	19	7	0
10. Klasse	576	8	16	40	26	11	0
Abitur	105	4	7	39	32	17	0
(Fach-)Hochschule	165	1	7	28	39	25	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	6	16	44	24	10	0
in Ausbildung	61	5	15	34	26	20	0
arbeitslos	42	4	21	14	47	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	10	12	34	29	15	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	7	10	45	33	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	6	20	51	13	9	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	8	8	33	36	14	0
Landw./Selbst./Freib.	46	2	9	20	36	33	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	7	16	38	26	13	0
evangelisch	248	8	11	39	29	13	0
katholisch	61	14	9	36	28	12	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A12

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	Lehne überwiegende ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	9	52	33	4
Geschlecht						
männlich	541	1	9	47	41	2
weiblich	559	3	8	56	26	6
Alter						
18-24 Jahre	74	0	11	54	35	0
25-34 Jahre	121	4	10	58	27	0
35-44 Jahre	159	4	2	59	30	4
45-59 Jahre	266	0	8	54	35	3
60 Jahre und älter	480	2	10	46	35	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	5	14	43	29	9
10. Klasse	576	2	9	55	31	4
Abitur	105	0	2	62	36	0
(Fach-)Hochschule	165	0	4	49	46	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	2	7	60	29	2
in Ausbildung	61	1	9	45	45	0
arbeitslos	42	4	13	47	36	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	11	45	35	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	3	8	61	26	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	6	62	27	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	5	47	42	5
Landw./Selbst./Freib.	46	0	4	45	45	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	2	9	54	32	4
evangelisch	248	3	9	45	36	7
katholisch	61	2	4	54	39	2

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen?
Stimmen/Lehnen Sie der/die Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ ... zu/ab?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A13

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	ziemlich unzufrieden	ziemlich zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	26	60	5	2
Geschlecht						
männlich	541	10	28	58	4	0
weiblich	559	9	24	61	5	1
Alter						
18-24 Jahre	74	2	21	72	5	0
25-34 Jahre	121	11	35	51	2	1
35-44 Jahre	159	9	27	60	3	0
45-59 Jahre	266	15	28	53	4	0
60 Jahre und älter	480	8	22	64	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	14	31	49	5	0
10. Klasse	576	10	24	61	4	1
Abitur	105	2	22	71	4	0
(Fach-)Hochschule	165	6	23	66	5	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	8	27	60	3	1
in Ausbildung	61	3	22	69	6	0
arbeitslos	42	14	54	30	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	11	22	60	7	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	9	31	56	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	8	27	61	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	17	68	4	2
Landw./Selbst./Freib.	46	10	25	62	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	10	28	58	4	1
evangelisch	248	8	20	66	6	0
katholisch	61	13	19	60	8	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A14

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	15	34	30	6	1
Geschlecht							
männlich	541	15	18	27	33	7	0
weiblich	559	14	11	41	27	5	2
Alter							
18-24 Jahre	74	5	11	40	34	10	0
25-34 Jahre	121	19	24	28	26	3	0
35-44 Jahre	159	18	17	32	28	4	0
45-59 Jahre	266	20	12	34	28	4	1
60 Jahre und älter	480	9	13	35	32	8	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	21	16	23	31	6	3
10. Klasse	576	14	15	39	26	5	0
Abitur	105	8	13	38	35	6	0
(Fach-)Hochschule	165	7	12	30	41	9	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	14	17	36	28	4	0
in Ausbildung	61	6	13	25	48	8	0
arbeitslos	42	16	23	47	9	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	14	11	32	32	8	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	20	22	26	26	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	12	15	42	28	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	12	11	42	28	7	0
Landw./Selbst./Freib.	46	15	18	21	38	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	16	16	34	28	5	1
evangelisch	248	10	11	31	37	10	0
katholisch	61	10	10	40	33	7	0

Vertraue – der Bundesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A15

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	7	38	36	9	2
Geschlecht							
männlich	541	8	9	34	36	11	2
weiblich	559	9	6	42	35	6	2
Alter							
18-24 Jahre	74	5	5	33	45	12	0
25-34 Jahre	121	3	5	52	34	4	3
35-44 Jahre	159	12	13	36	31	7	0
45-59 Jahre	266	14	8	40	33	3	1
60 Jahre und älter	480	7	6	34	37	13	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	11	6	30	41	10	3
10. Klasse	576	10	8	42	32	7	2
Abitur	105	4	7	39	43	7	0
(Fach-)Hochschule	165	6	8	35	37	13	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	7	9	43	34	5	1
in Ausbildung	61	5	5	28	49	13	0
arbeitslos	42	4	6	56	27	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	10	5	31	37	13	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	14	6	39	36	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	4	10	49	33	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	8	14	39	30	6	2
Landw./Selbst./Freib.	46	11	11	27	29	21	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	9	8	38	35	8	2
evangelisch	248	8	6	36	37	12	1
katholisch	61	7	7	45	34	6	0

Vertraue – der Landesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A16

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	7	27	36	20	6
Geschlecht							
männlich	541	4	9	22	39	23	3
weiblich	559	5	5	33	33	16	8
Alter							
18-24 Jahre	74	0	1	21	38	40	0
25-34 Jahre	121	4	7	28	31	26	3
35-44 Jahre	159	2	2	26	45	18	7
45-59 Jahre	266	8	5	31	35	18	2
60 Jahre und älter	480	5	10	26	34	16	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	5	6	22	33	22	12
10. Klasse	576	6	9	29	36	16	4
Abitur	105	1	2	28	38	28	4
(Fach-)Hochschule	165	2	5	27	39	23	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	3	5	30	37	21	4
in Ausbildung	61	0	0	15	41	40	4
arbeitslos	42	16	2	20	42	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	7	11	26	32	15	9
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	4	5	27	40	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	1	5	32	36	17	8
höh.-leit. Ang./Beamte	81	6	5	29	32	27	1
Landw./Selbst./Freib.	46	4	2	32	45	18	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	5	6	29	34	19	6
evangelisch	248	3	10	20	40	19	7
katholisch	61	7	1	31	38	24	0

Vertraue – den Gerichten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A17

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	5	19	41	29	2
Geschlecht							
männlich	541	5	7	16	40	32	1
weiblich	559	4	3	21	42	27	3
Alter							
18-24 Jahre	74	4	9	28	26	33	0
25-34 Jahre	121	7	9	20	38	26	0
35-44 Jahre	159	6	7	15	47	25	0
45-59 Jahre	266	4	2	23	46	23	2
60 Jahre und älter	480	3	4	16	39	34	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	4	6	15	29	40	6
10. Klasse	576	5	4	18	45	27	2
Abitur	105	4	7	25	38	25	1
(Fach-)Hochschule	165	2	5	23	47	23	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	4	4	21	45	27	0
in Ausbildung	61	3	11	29	26	32	0
arbeitslos	42	9	11	11	43	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	4	6	15	39	31	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	1	2	20	44	33	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	5	5	21	42	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	7	3	20	46	25	0
Landw./Selbst./Freib.	46	6	2	20	43	30	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	5	5	19	41	28	2
evangelisch	248	1	5	18	40	32	5
katholisch	61	3	3	15	48	31	0

Vertraue – der Polizei?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A18

Institutionenvertrauen: Wissenschaft

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	3	17	39	37	3
Geschlecht							
männlich	541	1	3	14	40	39	2
weiblich	559	2	2	20	37	34	5
Alter							
18-24 Jahre	74	0	0	12	34	55	0
25-34 Jahre	121	0	0	24	41	33	2
35-44 Jahre	159	3	3	23	45	24	0
45-59 Jahre	266	2	2	20	46	29	1
60 Jahre und älter	480	2	4	12	32	43	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	1	4	15	38	34	7
10. Klasse	576	3	2	21	38	34	3
Abitur	105	0	2	14	39	44	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	9	40	47	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	2	2	20	45	31	1
in Ausbildung	61	0	0	7	31	59	3
arbeitslos	42	0	0	18	36	46	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	4	14	32	41	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	0	2	21	36	40	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	2	20	50	24	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	5	16	45	32	1
Landw./Selbst./Freib.	46	4	0	25	30	41	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	1	3	17	39	37	3
evangelisch	248	3	2	14	39	39	4
katholisch	61	4	0	24	36	33	3

Vertraue – der Wissenschaft?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A19

Institutionenvertrauen: Robert Koch-Institut

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	7	18	33	32	4
Geschlecht							
männlich	541	7	11	13	32	33	3
weiblich	559	5	3	23	34	30	5
Alter							
18-24 Jahre	74	3	3	11	45	36	2
25-34 Jahre	121	11	16	19	36	18	1
35-44 Jahre	159	9	8	27	34	22	0
45-59 Jahre	266	9	5	23	37	23	2
60 Jahre und älter	480	3	5	14	28	42	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	6	8	14	20	40	12
10. Klasse	576	6	6	23	37	25	3
Abitur	105	6	6	16	39	33	1
(Fach-)Hochschule	165	6	5	12	36	41	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	7	8	24	38	23	0
in Ausbildung	61	3	4	7	45	40	2
arbeitslos	42	6	9	8	46	22	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	6	5	12	27	41	9
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	7	6	23	42	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	7	9	25	34	25	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	6	10	22	37	25	0
Landw./Selbst./Freib.	46	11	10	32	18	29	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	8	6	19	31	32	4
evangelisch	248	1	8	17	39	31	4
katholisch	61	4	9	12	39	33	2

Vertraue – dem Robert-Koch-Institut?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A20

Institutionenvertrauen: Medien

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue gar nicht	Vertraue eher nicht	Vertraue teilweise	Vertraue weitgehend	Vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	16	21	40	19	3	1
Geschlecht							
männlich	541	16	22	34	22	4	2
weiblich	559	15	20	44	17	3	1
Alter							
18-24 Jahre	74	10	32	28	22	3	5
25-34 Jahre	121	21	23	41	12	2	0
35-44 Jahre	159	15	26	30	23	4	1
45-59 Jahre	266	21	16	46	15	1	1
60 Jahre und älter	480	12	20	40	22	4	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	17	28	34	14	6	2
10. Klasse	576	17	20	42	20	1	1
Abitur	105	10	22	40	22	5	1
(Fach-)Hochschule	165	13	16	40	25	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	19	21	40	17	3	1
in Ausbildung	61	8	24	31	32	3	3
arbeitslos	42	21	33	30	13	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	12	20	41	21	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	20	18	40	16	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	17	24	43	14	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	16	40	25	2	0
Landw./Selbst./Freib.	46	27	23	29	17	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	17	22	40	18	2	1
evangelisch	248	12	21	36	24	3	3
katholisch	61	9	16	42	20	12	0

Vertraue – den Medien?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Zufriedenheit Bundespolitik in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Ziemlich zufrieden	Sehr zufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	35	41	6	1
Geschlecht						
männlich	541	21	31	42	5	0
weiblich	559	14	38	40	6	2
Alter						
18-24 Jahre	74	8	37	48	6	1
25-34 Jahre	121	23	43	33	1	0
35-44 Jahre	159	23	36	33	5	3
45-59 Jahre	266	24	34	39	4	0
60 Jahre und älter	480	12	32	46	8	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	23	36	31	9	1
10. Klasse	576	18	34	42	5	1
Abitur	105	13	38	44	4	0
(Fach-)Hochschule	165	10	31	53	6	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	18	36	42	3	1
in Ausbildung	61	9	44	40	6	1
arbeitslos	42	24	65	11	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	17	30	43	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	23	30	41	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	14	40	42	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	17	36	46	2	0
Landw./Selbst./Freib.	46	29	26	40	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	21	35	38	5	1
evangelisch	248	10	33	51	7	0
katholisch	61	7	40	42	11	0

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Politik auf Bundesebene in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Zufriedenheit Thüringer Landespolitik in Corona-Krise

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Ziemlich zufrieden	Sehr zufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	27	51	7	3
Geschlecht						
männlich	541	13	26	52	7	2
weiblich	559	11	28	49	7	5
Alter						
18-24 Jahre	74	8	24	63	4	1
25-34 Jahre	121	4	54	37	4	1
35-44 Jahre	159	16	28	45	6	6
45-59 Jahre	266	18	24	54	3	2
60 Jahre und älter	480	10	22	52	11	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	19	22	43	10	6
10. Klasse	576	11	28	53	6	3
Abitur	105	8	34	50	6	1
(Fach-)Hochschule	165	7	26	57	7	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	12	30	52	4	2
in Ausbildung	61	9	28	51	11	1
arbeitslos	42	9	31	45	0	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	13	23	48	12	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	16	29	48	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	8	32	53	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	8	29	58	5	0
Landw./Selbst./Freib.	46	25	17	57	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	12	28	49	6	4
evangelisch	248	9	24	55	9	3
katholisch	61	17	27	47	9	0

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Landespolitik in Thüringen in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Zufriedenheit Kreispolitik in Corona-Krise

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr unzufrieden	Ziemlich unzufrieden	Ziemlich zufrieden	Sehr zufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	21	50	13	5
Geschlecht						
männlich	541	10	21	49	14	6
weiblich	559	11	21	50	13	5
Alter						
18-24 Jahre	74	4	31	50	8	6
25-34 Jahre	121	18	40	30	11	0
35-44 Jahre	159	8	29	43	14	6
45-59 Jahre	266	13	17	56	9	4
60 Jahre und älter	480	10	14	53	16	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	14	21	47	12	6
10. Klasse	576	11	21	48	13	6
Abitur	105	4	29	54	11	1
(Fach-)Hochschule	165	9	16	55	17	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	12	24	50	10	3
in Ausbildung	61	4	35	46	11	4
arbeitslos	42	2	16	65	2	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	11	15	49	17	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	17	24	41	14	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	9	28	50	10	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	10	20	56	10	4
Landw./Selbst./Freib.	46	17	16	60	7	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	11	22	49	12	6
evangelisch	248	9	17	51	17	6
katholisch	61	16	22	50	10	1

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Politik in Ihrem Kreis bzw. in Ihrer Stadt in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Kann politische Fragen gut einschätzen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	13	50	30	2
Geschlecht						
männlich	541	1	6	51	40	2
weiblich	559	7	21	49	21	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	11	56	33	0
25-34 Jahre	121	1	17	60	22	0
35-44 Jahre	159	7	10	46	36	1
45-59 Jahre	266	3	11	51	35	1
60 Jahre und älter	480	6	15	48	28	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	9	16	44	26	5
10. Klasse	576	4	17	51	28	1
Abitur	105	3	6	52	40	0
(Fach-)Hochschule	165	1	4	55	39	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	4	12	51	32	1
in Ausbildung	61	1	9	60	30	0
arbeitslos	42	0	13	52	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	6	16	47	28	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	5	10	53	33	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	5	18	49	26	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	2	4	50	45	0
Landw./Selbst./Freib.	46	1	0	57	43	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	5	14	51	31	1
evangelisch	248	4	14	50	31	1
katholisch	61	2	10	47	27	15

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A25

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	34	22	26	15	4
Geschlecht						
männlich	541	36	24	24	13	4
weiblich	559	32	20	28	17	3
Alter						
18-24 Jahre	74	54	31	7	8	0
25-34 Jahre	121	37	29	21	12	1
35-44 Jahre	159	47	21	17	13	2
45-59 Jahre	266	35	20	31	13	2
60 Jahre und älter	480	26	20	30	18	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	19	20	30	23	8
10. Klasse	576	29	23	29	16	3
Abitur	105	61	18	15	5	2
(Fach-)Hochschule	165	57	23	16	5	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	36	23	26	13	2
in Ausbildung	61	68	25	6	1	1
arbeitslos	42	49	24	18	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	24	20	29	20	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	37	14	33	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	36	27	21	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	41	26	23	10	0
Landw./Selbst./Freib.	46	39	22	25	11	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	32	23	27	16	3
evangelisch	248	41	19	24	11	4
katholisch	61	35	28	18	14	5

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A26

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	32	25	10	4
Geschlecht						
männlich	541	31	32	24	9	3
weiblich	559	27	31	25	11	5
Alter						
18-24 Jahre	74	54	29	14	1	1
25-34 Jahre	121	31	37	20	7	6
35-44 Jahre	159	35	39	15	9	1
45-59 Jahre	266	23	35	27	9	6
60 Jahre und älter	480	25	27	29	14	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	21	33	28	14	4
10. Klasse	576	24	31	27	13	6
Abitur	105	51	32	15	2	1
(Fach-)Hochschule	165	43	34	17	3	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	27	36	25	7	5
in Ausbildung	61	60	28	10	0	2
arbeitslos	42	36	20	23	19	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	25	28	28	16	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	25	30	32	7	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	25	41	23	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	33	37	17	11	2
Landw./Selbst./Freib.	46	44	26	19	10	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	27	31	27	11	4
evangelisch	248	33	34	20	8	6
katholisch	61	30	34	14	17	4

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A27

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	69	6	11	10	3
Geschlecht						
männlich	541	75	4	8	10	3
weiblich	559	64	7	14	11	4
Alter						
18-24 Jahre	74	77	9	4	7	3
25-34 Jahre	121	75	6	12	7	0
35-44 Jahre	159	80	4	10	7	1
45-59 Jahre	266	71	5	11	9	4
60 Jahre und älter	480	62	6	13	14	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	59	4	14	19	4
10. Klasse	576	66	7	13	9	4
Abitur	105	85	4	6	4	2
(Fach-)Hochschule	165	89	4	4	3	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	74	4	11	9	3
in Ausbildung	61	83	11	3	0	3
arbeitslos	42	71	8	21	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	63	7	12	13	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	71	5	12	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	72	5	13	7	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	87	2	3	7	2
Landw./Selbst./Freib.	46	69	0	3	24	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	69	5	13	10	4
evangelisch	248	69	7	7	13	3
katholisch	61	78	1	12	5	3

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten wählen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	67	18	6	3	7
Geschlecht						
männlich	541	72	15	6	3	5
weiblich	559	62	21	6	3	8
Alter						
18-24 Jahre	74	76	16	2	5	0
25-34 Jahre	121	77	13	5	0	5
35-44 Jahre	159	80	14	3	2	1
45-59 Jahre	266	70	17	7	2	4
60 Jahre und älter	480	57	21	7	4	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	55	15	9	4	18
10. Klasse	576	67	21	6	3	4
Abitur	105	78	21	0	0	0
(Fach-)Hochschule	165	80	10	4	3	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	72	17	6	2	4
in Ausbildung	61	82	14	1	3	0
arbeitslos	42	75	9	16	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	57	20	6	4	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	69	12	13	2	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	72	20	2	2	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	85	11	1	2	1
Landw./Selbst./Freib.	46	69	19	8	0	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	67	16	7	3	7
evangelisch	248	63	25	3	3	5
katholisch	61	77	13	5	1	4

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A29

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	25	25	23	22	6
Geschlecht						
männlich	541	25	26	25	19	4
weiblich	559	25	23	22	24	7
Alter						
18-24 Jahre	74	34	38	20	8	0
25-34 Jahre	121	28	32	20	19	2
35-44 Jahre	159	30	28	21	15	5
45-59 Jahre	266	24	22	24	26	4
60 Jahre und älter	480	21	21	25	24	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	16	16	26	30	12
10. Klasse	576	23	25	24	24	4
Abitur	105	34	35	17	12	1
(Fach-)Hochschule	165	36	31	22	8	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	27	26	24	20	4
in Ausbildung	61	36	42	14	7	1
arbeitslos	42	23	16	27	19	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	21	20	25	26	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	28	18	22	25	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	24	29	25	19	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	29	31	21	15	4
Landw./Selbst./Freib.	46	31	35	14	19	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	21	25	24	24	6
evangelisch	248	33	24	18	18	7
katholisch	61	33	23	35	9	1

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	67	16	10	2	5
Geschlecht						
männlich	541	68	17	11	2	2
weiblich	559	66	15	9	2	8
Alter						
18-24 Jahre	74	80	9	8	2	0
25-34 Jahre	121	69	16	12	0	3
35-44 Jahre	159	72	15	11	1	3
45-59 Jahre	266	61	22	11	2	5
60 Jahre und älter	480	66	14	9	4	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	65	15	7	4	10
10. Klasse	576	63	18	12	2	4
Abitur	105	81	12	4	1	2
(Fach-)Hochschule	165	73	13	10	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	65	17	12	2	3
in Ausbildung	61	83	8	7	1	1
arbeitslos	42	51	32	17	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	67	14	7	3	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	63	23	10	1	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	64	15	13	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	70	15	11	3	1
Landw./Selbst./Freib.	46	86	7	6	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	66	16	11	2	5
evangelisch	248	70	14	6	4	7
katholisch	61	69	17	12	0	2

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	15	21	25	37	2
Geschlecht						
männlich	541	16	22	27	34	2
weiblich	559	14	20	24	39	3
Alter						
18-24 Jahre	74	15	33	32	19	1
25-34 Jahre	121	21	31	19	27	2
35-44 Jahre	159	19	25	29	24	3
45-59 Jahre	266	17	21	31	30	1
60 Jahre und älter	480	11	15	22	50	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	9	10	18	61	3
10. Klasse	576	14	21	26	36	2
Abitur	105	26	26	30	14	3
(Fach-)Hochschule	165	20	33	30	15	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	18	24	30	28	0
in Ausbildung	61	17	40	31	6	6
arbeitslos	42	12	15	19	46	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	10	16	19	52	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	14	22	29	34	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	22	31	28	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	22	34	30	14	0
Landw./Selbst./Freib.	46	26	18	20	32	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	15	22	24	38	2
evangelisch	248	16	17	29	34	4
katholisch	61	14	23	27	36	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	22	38	29	4
Geschlecht						
männlich	541	8	24	34	31	3
weiblich	559	7	20	41	28	4
Alter						
18-24 Jahre	74	9	28	46	16	0
25-34 Jahre	121	8	28	35	26	4
35-44 Jahre	159	9	25	36	25	5
45-59 Jahre	266	6	18	40	34	2
60 Jahre und älter	480	8	19	36	31	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	3	14	32	44	7
10. Klasse	576	9	20	39	30	3
Abitur	105	11	34	39	12	5
(Fach-)Hochschule	165	10	30	41	16	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	8	22	40	27	3
in Ausbildung	61	5	34	44	12	5
arbeitslos	42	9	24	30	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	8	18	35	34	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	10	21	34	35	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	6	21	43	25	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	30	46	14	1
Landw./Selbst./Freib.	46	12	29	29	30	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	8	20	38	32	3
evangelisch	248	7	27	37	22	6
katholisch	61	8	24	34	24	10

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	17	30	34	0
Geschlecht						
männlich	541	22	22	26	30	0
weiblich	559	16	11	35	37	0
Alter						
18-24 Jahre	74	12	16	42	30	0
25-34 Jahre	121	11	26	38	25	0
35-44 Jahre	159	24	18	30	28	0
45-59 Jahre	266	21	21	29	29	1
60 Jahre und älter	480	18	12	28	41	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	18	7	20	55	0
10. Klasse	576	15	16	35	34	0
Abitur	105	23	29	30	17	1
(Fach-)Hochschule	165	28	28	30	13	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	15	24	33	28	0
in Ausbildung	61	21	19	32	27	0
arbeitslos	42	40	9	20	31	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	19	8	30	43	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	12	24	32	32	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	14	23	33	30	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	20	31	31	17	0
Landw./Selbst./Freib.	46	37	16	22	24	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	20	17	30	33	0
evangelisch	248	15	16	33	37	0
katholisch	61	18	15	28	40	0

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A34

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	35	13	28	20	4
Geschlecht						
männlich	541	39	14	25	17	5
weiblich	559	31	11	31	24	3
Alter						
18-24 Jahre	74	49	10	29	10	2
25-34 Jahre	121	40	10	38	11	1
35-44 Jahre	159	43	8	30	15	3
45-59 Jahre	266	39	12	26	19	4
60 Jahre und älter	480	26	15	27	27	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	23	10	30	31	6
10. Klasse	576	31	14	31	20	4
Abitur	105	57	8	19	13	3
(Fach-)Hochschule	165	50	13	22	11	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	37	12	30	19	3
in Ausbildung	61	67	5	17	7	3
arbeitslos	42	45	9	41	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	27	15	27	25	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	26	9	31	29	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	40	11	33	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	47	17	21	14	1
Landw./Selbst./Freib.	46	34	9	17	32	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	36	11	29	19	5
evangelisch	248	30	18	23	24	4
katholisch	61	36	7	35	21	0

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A35

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	27	20	34	16	3
Geschlecht						
männlich	541	24	20	35	18	3
weiblich	559	30	21	33	15	2
Alter						
18-24 Jahre	74	16	30	40	13	1
25-34 Jahre	121	16	26	49	10	0
35-44 Jahre	159	24	17	40	18	1
45-59 Jahre	266	23	19	38	17	3
60 Jahre und älter	480	34	19	25	18	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	26	13	30	25	5
10. Klasse	576	23	19	39	16	2
Abitur	105	27	32	30	11	1
(Fach-)Hochschule	165	40	27	25	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	22	22	38	16	3
in Ausbildung	61	18	33	38	11	0
arbeitslos	42	17	14	41	29	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	36	18	26	17	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	17	21	44	16	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	21	18	41	17	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	29	35	31	3	2
Landw./Selbst./Freib.	46	30	14	21	34	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	24	20	37	16	3
evangelisch	248	34	21	27	18	1
katholisch	61	31	21	28	11	8

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	59	24	9	4	4
Geschlecht						
männlich	541	62	26	7	2	3
weiblich	559	56	21	12	5	5
Alter						
18-24 Jahre	74	42	36	13	0	9
25-34 Jahre	121	36	32	17	3	12
35-44 Jahre	159	62	26	7	5	1
45-59 Jahre	266	66	25	6	3	2
60 Jahre und älter	480	63	18	10	4	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	57	17	11	9	5
10. Klasse	576	57	27	10	2	4
Abitur	105	64	26	5	0	4
(Fach-)Hochschule	165	68	21	6	1	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	60	25	8	3	4
in Ausbildung	61	41	40	9	1	10
arbeitslos	42	49	33	10	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	61	18	11	5	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	61	23	7	5	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	56	28	9	2	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	70	22	4	2	2
Landw./Selbst./Freib.	46	73	13	13	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	58	24	10	4	4
evangelisch	248	59	22	8	4	7
katholisch	61	4	10	12	67	7
Gesamt	1100					

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	52	19	11	6	12
Geschlecht						
männlich	541	54	20	11	6	9
weiblich	559	51	17	11	5	15
Alter						
18-24 Jahre	74	76	17	3	0	4
25-34 Jahre	121	49	19	19	6	6
35-44 Jahre	159	58	26	4	4	8
45-59 Jahre	266	52	20	12	5	10
60 Jahre und älter	480	48	15	12	7	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	45	20	11	4	21
10. Klasse	576	48	18	14	8	12
Abitur	105	70	21	5	2	2
(Fach-)Hochschule	165	69	18	5	2	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	54	19	14	5	9
in Ausbildung	61	81	16	2	0	1
arbeitslos	42	49	27	6	9	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	45	18	11	8	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	52	15	14	10	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	52	23	14	2	9
höh.-leit. Ang./Beamte	81	70	16	7	2	5
Landw./Selbst./Freib.	46	65	9	7	7	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	49	19	13	6	13
evangelisch	248	62	17	7	4	10
Katholisch	76	56	20	10	5	9

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Wahres Gesicht der Juden zeigt sich im Umgang mit Palästinensern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	41	22	9	4	24
Geschlecht						
männlich	541	41	26	9	6	18
weiblich	559	41	18	9	2	30
Alter						
18-24 Jahre	74	61	22	5	0	13
25-34 Jahre	121	47	21	6	6	19
35-44 Jahre	159	55	23	5	2	15
45-59 Jahre	266	43	27	7	4	18
60 Jahre und älter	480	30	19	12	5	33
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	25	23	12	7	33
10. Klasse	576	37	24	9	4	27
Abitur	105	67	18	5	4	6
(Fach-)Hochschule	165	61	18	6	2	13
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	45	24	7	4	19
in Ausbildung	61	65	21	5	1	8
arbeitslos	42	54	15	0	9	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	29	20	12	5	33
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	41	25	11	4	19
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	45	26	7	4	18
höh.-leit. Ang./Beamte	81	56	23	3	0	18
Landw./Selbst./Freib.	46	55	12	2	8	24
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	39	23	9	5	25
evangelisch	248	45	22	7	4	22
Katholisch	76	50	16	8	2	24

Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A39

Feminismus benachteiligt Männer systematisch

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	60	21	9	5	5
Geschlecht						
männlich	541	55	23	9	7	6
weiblich	559	66	18	9	3	4
Alter						
18-24 Jahre	74	53	31	6	6	3
25-34 Jahre	121	56	20	14	9	0
35-44 Jahre	159	62	19	7	7	6
45-59 Jahre	266	62	19	10	4	5
60 Jahre und älter	480	61	20	8	4	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	55	19	11	5	11
10. Klasse	576	61	20	8	6	4
Abitur	105	65	23	7	4	1
(Fach-)Hochschule	165	63	22	9	4	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	62	20	9	6	2
in Ausbildung	61	57	27	11	2	4
arbeitslos	42	44	22	17	0	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	61	19	9	4	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	61	20	13	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	63	21	7	6	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	64	25	6	5	0
Landw./Selbst./Freib.	46	57	11	7	14	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	61	20	10	6	4
evangelisch	248	59	23	8	2	8
Katholisch	76	58	26	7	1	9

Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A40

Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	1	5	93	1
Geschlecht						
männlich	541	0	0	4	96	0
weiblich	559	1	1	6	90	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	1	7	92	0
25-34 Jahre	121	0	0	7	93	0
35-44 Jahre	159	3	0	4	93	0
45-59 Jahre	266	0	1	3	96	0
60 Jahre und älter	480	0	0	5	91	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	0	4	92	4
10. Klasse	576	1	1	6	92	0
Abitur	105	0	0	4	95	0
(Fach-)Hochschule	165	0	0	3	96	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	1	0	5	94	0
in Ausbildung	61	0	1	6	93	0
arbeitslos	42	0	0	0	100	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	1	5	91	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	1	4	95	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	2	0	6	93	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	1	4	96	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	0	3	97	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	0	5	93	1
evangelisch	248	0	1	4	92	2
Katholisch	76	0	0	5	95	0

..., dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A41

Staat soll sich um Schwächere kümmern

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	3	18	78	1
Geschlecht						
männlich	541	1	2	19	78	0
weiblich	559	0	4	17	77	1
Alter						
18-24 Jahre	74	0	1	29	69	0
25-34 Jahre	121	0	0	18	82	0
35-44 Jahre	159	0	7	30	62	1
45-59 Jahre	266	0	3	16	82	0
60 Jahre und älter	480	1	3	14	81	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	1	12	85	2
10. Klasse	576	1	4	17	77	0
Abitur	105	0	1	31	67	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	24	74	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	3	21	75	1
in Ausbildung	61	0	1	26	72	0
arbeitslos	42	0	0	11	89	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	3	14	81	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	6	14	80	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	3	20	77	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	1	37	61	1
Landw./Selbst./Freib.	46	0	0	24	76	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	3	18	78	1
evangelisch	248	0	4	19	76	0
Katholisch	76	0	0	20	80	0

...dass sich der Staat um die Schwächeren kümmert?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A42

Chancengleichheit im Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	0	11	87	1
Geschlecht						
männlich	541	0	0	11	88	0
weiblich	559	0	1	12	86	1
Alter						
18-24 Jahre	74	0	2	9	88	0
25-34 Jahre	121	0	0	8	92	0
35-44 Jahre	159	0	0	12	88	0
45-59 Jahre	266	1	1	11	88	0
60 Jahre und älter	480	0	0	13	85	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	1	13	83	3
10. Klasse	576	0	0	10	89	0
Abitur	105	0	0	8	92	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	14	86	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	0	10	89	0
in Ausbildung	61	0	3	9	88	0
arbeitslos	42	0	0	10	90	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	0	0	14	84	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	1	0	5	94	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	0	13	87	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	1	9	90	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	0	7	93	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	0	0	10	88	1
evangelisch	248	0	1	13	85	1
Katholisch	76	0	0	16	84	0

...dass alle Menschen gleiche Chancen im Leben haben?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A43

Freie Äußerung politischer Ansichten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	2	17	79	1
Geschlecht						
männlich	541	0	1	13	85	1
weiblich	559	1	3	22	74	1
Alter						
18-24 Jahre	74	0	5	19	76	0
25-34 Jahre	121	0	0	22	78	0
35-44 Jahre	159	0	1	22	74	2
45-59 Jahre	266	1	1	13	84	1
60 Jahre und älter	480	1	3	17	79	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	1	3	7	88	1
10. Klasse	576	0	2	22	75	1
Abitur	105	0	1	14	85	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	21	77	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	1	19	79	1
in Ausbildung	61	0	4	8	87	0
arbeitslos	42	0	0	10	90	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	4	18	77	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	1	13	83	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	1	0	25	74	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	1	18	81	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	3	9	88	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	1	17	81	0
evangelisch	248	0	4	20	72	4
Katholisch	76	0	2	13	85	0

...dass jeder seine politischen Ansichten frei äußern kann?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A44

Regelmäßige, freie, geheime Wahlen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	3	3	17	76	2
Geschlecht						
männlich	541	3	1	11	84	2
weiblich	559	3	4	23	68	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	2	22	75	1
25-34 Jahre	121	7	2	16	67	8
35-44 Jahre	159	1	5	15	76	3
45-59 Jahre	266	2	2	22	74	0
60 Jahre und älter	480	2	2	14	79	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	3	2	16	73	6
10. Klasse	576	4	3	21	71	2
Abitur	105	0	3	10	86	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	8	90	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	3	3	21	71	2
in Ausbildung	61	0	2	12	84	1
arbeitslos	42	0	0	20	80	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	3	13	79	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	8	1	18	73	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	2	4	24	65	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	1	15	84	0
Landw./Selbst./Freib.	46	1	0	5	94	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	3	3	19	73	2
evangelisch	248	0	3	13	81	4
Katholisch	76	2	1	7	89	0

...dass regelmäßig freie und geheime Wahlen stattfinden

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Kontrolle der Regierung durch die Opposition

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	7	36	52	3
Geschlecht						
männlich	541	2	7	32	58	1
weiblich	559	2	7	39	47	5
Alter						
18-24 Jahre	74	0	10	55	32	3
25-34 Jahre	121	1	8	54	33	3
35-44 Jahre	159	1	13	42	39	5
45-59 Jahre	266	6	7	34	53	0
60 Jahre und älter	480	1	4	26	64	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	3	3	26	61	7
10. Klasse	576	2	8	39	49	2
Abitur	105	0	5	41	52	2
(Fach-)Hochschule	165	2	9	36	53	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	3	9	42	44	2
in Ausbildung	61	0	7	54	36	3
arbeitslos	42	0	0	14	83	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	4	27	62	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	6	8	36	48	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	1	10	46	41	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	2	8	40	47	2
Landw./Selbst./Freib.	46	5	7	39	48	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	2	7	37	51	2
evangelisch	248	2	8	31	54	5
Katholisch	76	0	6	33	58	3

...dass eine starke Opposition die Regierung kontrolliert?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A46

Minderheitsrechte

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	3	25	69	2
Geschlecht						
männlich	541	1	2	24	72	1
weiblich	559	1	4	26	66	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	2	29	69	0
25-34 Jahre	121	0	0	26	72	1
35-44 Jahre	159	1	5	28	66	0
45-59 Jahre	266	0	4	26	69	1
60 Jahre und älter	480	1	3	24	69	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	1	5	24	68	1
10. Klasse	576	1	3	27	67	2
Abitur	105	1	2	28	69	0
(Fach-)Hochschule	165	0	1	21	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	4	28	68	1
in Ausbildung	61	0	1	19	80	0
arbeitslos	42	0	0	27	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	2	3	24	68	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	4	20	74	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	4	32	65	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	3	29	66	1
Landw./Selbst./Freib.	46	0	0	21	78	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	3	24	71	1
evangelisch	248	0	4	29	63	4
Katholisch	76	0	3	26	71	0

...dass die Rechte für Minderheiten gewährleistet sind?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A47

Politik an den Wünschen der Bürger ausrichten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	3	25	70	1
Geschlecht						
männlich	541	1	3	27	69	0
weiblich	559	0	4	24	71	1
Alter						
18-24 Jahre	74	0	1	29	70	0
25-34 Jahre	121	0	2	36	62	0
35-44 Jahre	159	0	7	32	61	0
45-59 Jahre	266	1	5	28	66	0
60 Jahre und älter	480	0	2	19	78	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	4	14	80	2
10. Klasse	576	0	2	26	71	0
Abitur	105	0	4	38	58	0
(Fach-)Hochschule	165	1	6	34	59	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	4	31	64	0
in Ausbildung	61	0	4	27	69	0
arbeitslos	42	0	8	34	58	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	0	2	18	78	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	2	24	74	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	4	31	64	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	9	37	53	0
Landw./Selbst./Freib.	46	4	1	30	65	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	0	4	23	72	0
evangelisch	248	0	1	31	65	2
Katholisch	76	1	0	31	68	0

...dass die gewählten Politiker ihre Politik an den Wünschen der Bürger ausrichten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politiker sollten sich zwischen den Wahlen über Bürgerwünsche informieren

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	1	14	84	1
Geschlecht						
männlich	541	0	0	15	83	1
weiblich	559	0	2	13	84	1
Alter						
18-24 Jahre	74	0	0	25	75	0
25-34 Jahre	121	0	0	25	74	0
35-44 Jahre	159	0	4	17	79	0
45-59 Jahre	266	0	1	11	88	0
60 Jahre und älter	480	0	0	11	86	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	2	11	86	1
10. Klasse	576	0	1	15	83	1
Abitur	105	0	0	17	83	0
(Fach-)Hochschule	165	0	2	17	81	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	2	16	82	0
in Ausbildung	61	0	0	23	77	0
arbeitslos	42	0	0	16	84	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	0	0	11	86	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	0	1	13	86	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	2	16	81	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	2	22	76	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	1	12	87	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	0	1	15	83	1
evangelisch	248	0	1	13	84	2
Katholisch	76	0	0	12	88	0

...dass sich die gewählten Politiker zwischen den Wahlen über die Wünsche der Bürger informieren?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A49

Erklären von Entscheidungen durch Politiker

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	1	17	80	1
Geschlecht						
männlich	541	0	2	14	82	2
weiblich	559	1	1	20	77	0
Alter						
18-24 Jahre	74	0	3	24	72	0
25-34 Jahre	121	5	0	14	81	0
35-44 Jahre	159	0	1	28	71	0
45-59 Jahre	266	1	2	14	84	0
60 Jahre und älter	480	0	2	15	81	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	2	20	75	3
10. Klasse	576	1	0	15	82	1
Abitur	105	0	4	19	77	1
(Fach-)Hochschule	165	0	2	17	80	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	1	1	20	78	0
in Ausbildung	61	0	4	20	76	0
arbeitslos	42	0	0	8	92	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	0	2	15	81	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	1	0	13	86	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	2	1	21	75	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	4	22	74	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	1	15	85	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	1	18	78	1
evangelisch	248	0	2	12	85	1
Katholisch	76	0	0	21	79	0

...dass die gewählten Politiker den Bürgern ihre Entscheidungen erklären?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gleiche Rechte für alle in einem Land

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	2	18	79	1
Geschlecht						
männlich	541	0	2	15	82	1
weiblich	559	1	2	20	76	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	1	20	79	0
25-34 Jahre	121	0	0	14	86	0
35-44 Jahre	159	1	4	17	78	0
45-59 Jahre	266	0	2	17	80	2
60 Jahre und älter	480	1	2	19	76	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	0	3	16	80	1
10. Klasse	576	1	2	20	76	2
Abitur	105	0	2	12	86	0
(Fach-)Hochschule	165	1	2	16	80	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	0	2	18	78	1
in Ausbildung	61	0	0	14	85	0
arbeitslos	42	0	1	8	91	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	2	18	77	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	1	1	15	82	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	3	21	75	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	3	15	82	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	0	17	81	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	0	3	18	78	1
evangelisch	248	0	1	16	81	2
Katholisch	76	1	0	19	78	1

...dass alle, die dauerhaft in einem Land haben, die gleichen Rechte haben?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Abgeordnete sollten spiegelbildlich für die Bevölkerung sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	3	8	33	51	5
Geschlecht						
männlich	541	3	7	30	56	4
weiblich	559	3	9	36	45	6
Alter						
18-24 Jahre	74	0	13	47	40	0
25-34 Jahre	121	0	13	38	43	6
35-44 Jahre	159	5	13	44	33	5
45-59 Jahre	266	3	8	33	52	4
60 Jahre und älter	480	4	4	27	59	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	6	5	28	53	8
10. Klasse	576	2	8	32	52	5
Abitur	105	1	8	42	43	5
(Fach-)Hochschule	165	2	10	39	46	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	2	10	40	44	4
in Ausbildung	61	0	18	36	42	4
arbeitslos	42	7	2	41	50	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	4	4	26	59	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	1	6	26	61	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	3	13	46	34	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	14	36	43	3
Landw./Selbst./Freib.	46	0	2	40	59	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	4	7	34	52	4
evangelisch	248	1	9	32	48	10
Katholisch	76	1	11	36	50	3

...dass die Abgeordneten die Bevölkerung spiegelbildlich abbilden?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A52

Politische Entscheidungen im Dialog treffen

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	4	23	70	2
Geschlecht						
männlich	541	0	4	23	71	1
weiblich	559	1	3	23	69	3
Alter						
18-24 Jahre	74	0	4	43	53	0
25-34 Jahre	121	0	4	27	69	0
35-44 Jahre	159	0	6	35	59	0
45-59 Jahre	266	2	2	20	76	1
60 Jahre und älter	480	1	4	16	74	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	1	2	16	72	8
10. Klasse	576	1	4	21	73	1
Abitur	105	0	4	32	64	0
(Fach-)Hochschule	165	0	4	33	63	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	1	4	25	70	0
in Ausbildung	61	0	6	39	55	0
arbeitslos	42	0	2	9	89	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	4	18	72	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	1	1	21	75	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	1	5	26	67	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	5	35	60	0
Landw./Selbst./Freib.	46	0	4	25	72	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	4	22	71	2
evangelisch	248	0	2	26	68	4
Katholisch	76	1	4	23	72	1

...dass politische Entscheidungen im engen Dialog mit Bürgern und Betroffenen entwickelt werden?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A53

Aktives Einbringen der Bürger in die Politik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Überhaupt nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Eher wichtig	Sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	20	41	35	2
Geschlecht						
männlich	541	2	19	41	37	1
weiblich	559	2	22	40	34	2
Alter						
18-24 Jahre	74	0	23	49	28	0
25-34 Jahre	121	1	21	56	22	1
35-44 Jahre	159	4	22	50	25	0
45-59 Jahre	266	2	18	40	37	2
60 Jahre und älter	480	2	20	33	43	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	3	19	39	37	3
10. Klasse	576	2	22	39	36	1
Abitur	105	1	15	46	35	2
(Fach-)Hochschule	165	1	21	44	32	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	2	21	44	33	1
in Ausbildung	61	0	26	49	26	0
arbeitslos	42	0	25	47	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	3	20	35	39	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	4	15	35	44	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	1	21	50	27	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	25	41	32	1
Landw./Selbst./Freib.	46	0	21	32	47	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	1	21	40	35	2
evangelisch	248	5	17	38	39	2
Katholisch	76	1	23	52	24	0

...dass sich alle Bürger aktiv in die Politik einbringen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gefahr Corona-Krise: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Keine Gefahr	Sehr kleine	kleine	Große	Sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	4	27	42	16	2
Geschlecht							
männlich	541	7	4	28	44	14	3
weiblich	559	9	3	26	41	18	2
Alter							
18-24 Jahre	74	3	9	30	44	14	0
25-34 Jahre	121	5	3	16	59	17	0
35-44 Jahre	159	8	2	30	38	20	2
45-59 Jahre	266	9	3	26	41	21	0
60 Jahre und älter	480	9	4	30	40	12	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	7	3	23	46	17	4
10. Klasse	576	9	4	27	41	17	3
Abitur	105	5	3	36	39	14	2
(Fach-)Hochschule	165	7	4	31	43	14	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	7	4	23	46	19	1
in Ausbildung	61	6	1	37	43	13	0
arbeitslos	42	25	2	22	38	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	9	4	31	36	14	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	6	5	22	45	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	6	3	26	47	17	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	3	23	49	21	0
Landw./Selbst./Freib.	46	7	2	26	47	17	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	7	3	27	42	19	2
evangelisch	248	10	4	26	45	9	5
katholisch	61	6	11	32	40	11	0

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A55

Gefahr Corona-Krise: Grundrechte

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Keine Gefahr	Sehr kleine	kleine	Große	Sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	22	7	29	27	9	6
Geschlecht							
männlich	541	21	10	25	29	10	5
weiblich	559	22	5	32	25	8	8
Alter							
18-24 Jahre	74	14	15	33	30	7	0
25-34 Jahre	121	13	15	26	37	9	0
35-44 Jahre	159	19	6	30	32	11	3
45-59 Jahre	266	19	6	28	33	10	3
60 Jahre und älter	480	27	5	29	20	7	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	20	5	22	30	7	17
10. Klasse	576	21	6	29	29	10	4
Abitur	105	17	13	34	25	10	1
(Fach-)Hochschule	165	28	12	32	20	5	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	19	7	30	32	9	3
in Ausbildung	61	9	28	28	28	7	0
arbeitslos	42	30	9	26	24	10	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	26	6	28	20	8	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	18	5	32	31	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	6	29	36	7	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	17	13	30	30	10	0
Landw./Selbst./Freib.	46	25	5	29	31	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	21	8	28	30	9	4
evangelisch	248	24	6	29	22	7	12
katholisch	61	22	12	29	23	7	7

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für die demokratischen Grundrechte (z.B. das Demonstrationsrecht)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gefahr Corona-Krise: eigene Gesundheit

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Keine Gefahr	Sehr kleine	kleine	Große	Sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	12	34	23	9	1
Geschlecht							
männlich	541	23	12	33	24	7	0
weiblich	559	18	12	35	23	10	1
Alter							
18-24 Jahre	74	11	17	48	16	7	0
25-34 Jahre	121	13	15	36	31	5	1
35-44 Jahre	159	21	16	32	19	12	0
45-59 Jahre	266	19	10	38	24	7	2
60 Jahre und älter	480	25	11	30	24	10	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	23	14	25	24	14	0
10. Klasse	576	22	10	35	25	7	1
Abitur	105	13	21	40	14	12	1
(Fach-)Hochschule	165	19	13	37	25	6	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	19	11	38	24	7	1
in Ausbildung	61	7	22	51	13	7	0
arbeitslos	42	12	16	24	38	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	25	12	28	22	12	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	19	10	37	27	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	16	11	41	22	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	22	16	29	29	4	0
Landw./Selbst./Freib.	46	35	6	38	19	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	21	13	33	23	9	1
evangelisch	248	23	10	34	24	8	1
katholisch	61	9	16	37	30	8	0

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für Ihre eigene Gesundheit?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gefahr Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Situation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Keine Gefahr	Sehr kleine	kleine	Große	Sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	47	12	23	12	5	1
Geschlecht							
männlich	541	46	13	24	12	5	1
weiblich	559	49	10	23	12	5	1
Alter							
18-24 Jahre	74	39	19	26	14	3	0
25-34 Jahre	121	34	16	34	10	6	0
35-44 Jahre	159	46	10	19	13	9	3
45-59 Jahre	266	38	11	28	19	4	1
60 Jahre und älter	480	57	10	19	8	4	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	51	9	20	9	6	5
10. Klasse	576	45	12	25	14	4	0
Abitur	105	44	16	20	16	4	0
(Fach-)Hochschule	165	53	11	25	7	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	42	13	26	14	4	1
in Ausbildung	61	35	21	31	9	4	0
arbeitslos	42	31	0	32	19	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	58	9	18	8	4	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	39	19	24	17	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	43	9	30	11	5	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	50	16	20	14	0	0
Landw./Selbst./Freib.	46	26	16	16	29	12	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	47	12	23	13	4	1
evangelisch	248	50	11	24	7	7	2
katholisch	61	44	11	29	13	4	0

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für Ihre persönliche wirtschaftliche Situation?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A58

Gefahr Corona-Krise: Bildung junger Menschen

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Keine Gefahr	Sehr kleine	kleine	Große	Sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	2	16	48	27	2
Geschlecht							
männlich	541	5	3	21	47	23	2
weiblich	559	5	1	12	50	31	2
Alter							
18-24 Jahre	74	5	1	16	51	27	0
25-34 Jahre	121	4	0	8	53	35	0
35-44 Jahre	159	7	1	15	45	32	0
45-59 Jahre	266	4	4	19	42	31	0
60 Jahre und älter	480	4	2	17	51	21	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	254	5	2	19	48	23	3
10. Klasse	576	6	1	14	48	29	2
Abitur	105	4	1	18	49	28	0
(Fach-)Hochschule	165	2	2	20	49	25	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	536	4	2	15	48	30	0
in Ausbildung	61	2	2	15	57	24	0
arbeitslos	42	10	8	16	39	27	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	5	1	18	49	23	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	162	6	3	13	39	39	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	5	1	16	52	26	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	1	14	58	26	0
Landw./Selbst./Freib.	46	1	3	27	32	36	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	791	5	2	15	48	28	2
evangelisch	248	4	1	19	49	25	2
katholisch	61	2	1	25	47	24	0

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für die Bildungschancen junger Menschen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Übertreibung Gefahr Corona-Virus durch Medien

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	32	22	24	19	3
Geschlecht						
männlich	541	33	20	23	22	3
weiblich	559	31	25	25	16	3
Alter						
18-24 Jahre	74	23	33	25	17	1
25-34 Jahre	121	20	32	25	22	1
35-44 Jahre	159	23	26	21	27	3
45-59 Jahre	266	35	17	23	23	2
60 Jahre und älter	480	38	20	25	13	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	31	15	21	27	6
10. Klasse	576	32	20	26	19	2
Abitur	105	29	34	22	14	2
(Fach-)Hochschule	165	35	34	20	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	28	24	23	24	1
in Ausbildung	61	29	36	24	10	1
arbeitslos	42	45	18	27	2	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	37	19	24	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	33	19	21	27	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	25	26	24	23	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	31	28	26	15	0
Landw./Selbst./Freib.	46	20	17	29	31	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	30	21	26	21	3
evangelisch	248	38	28	17	14	3
katholisch	61	37	21	24	12	6

Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird von den Medien stark übertrieben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Einflussnahme geheimer Organisationen in Corona-Krise

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	41	16	15	11	17
Geschlecht						
männlich	541	43	17	13	13	13
weiblich	559	39	15	16	9	21
Alter						
18-24 Jahre	74	51	24	10	12	3
25-34 Jahre	121	34	17	19	21	10
35-44 Jahre	159	44	14	15	9	18
45-59 Jahre	266	44	15	17	10	15
60 Jahre und älter	480	38	16	14	10	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	28	10	17	19	25
10. Klasse	576	36	19	16	10	18
Abitur	105	60	18	8	9	6
(Fach-)Hochschule	165	63	13	10	4	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	42	16	17	11	15
in Ausbildung	61	59	26	7	5	3
arbeitslos	42	59	17	19	1	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	36	13	14	14	22
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	37	14	13	16	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	39	17	20	8	17
höh.-leit. Ang./Beamte	81	55	17	11	10	7
Landw./Selbst./Freib.	46	39	29	6	15	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	40	15	17	12	17
evangelisch	248	43	17	8	11	20
katholisch	61	45	17	19	8	12

Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A61

Corona-Virus nicht schlimmer als Grippe

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	54	20	14	8	5
Geschlecht						
männlich	541	53	22	11	10	4
weiblich	559	54	18	16	6	5
Alter						
18-24 Jahre	74	42	26	21	11	0
25-34 Jahre	121	43	24	16	18	0
35-44 Jahre	159	48	26	12	10	4
45-59 Jahre	266	55	19	16	7	3
60 Jahre und älter	480	59	17	11	5	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	45	17	16	12	9
10. Klasse	576	53	21	15	8	3
Abitur	105	58	23	11	5	2
(Fach-)Hochschule	165	66	20	7	4	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	50	23	15	10	2
in Ausbildung	61	52	30	14	4	0
arbeitslos	42	51	18	18	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	58	16	12	6	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	52	26	13	5	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	47	22	16	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	56	21	12	4	7
Landw./Selbst./Freib.	46	46	17	14	20	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	52	22	14	8	4
evangelisch	248	58	14	15	6	7
katholisch	61	56	25	1	16	2

Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Mehr Vertrauen in Gefühle im Umgang mit Corona als in Expert*innen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	33	21	22	20	3
Geschlecht						
männlich	541	38	19	19	21	3
weiblich	559	28	24	26	20	3
Alter						
18-24 Jahre	74	34	38	23	5	0
25-34 Jahre	121	26	25	31	17	0
35-44 Jahre	159	20	29	25	23	4
45-59 Jahre	266	28	22	23	22	5
60 Jahre und älter	480	42	15	19	21	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	35	9	22	33	2
10. Klasse	576	30	22	24	19	4
Abitur	105	30	37	22	10	1
(Fach-)Hochschule	165	43	27	18	11	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	26	25	26	20	2
in Ausbildung	61	42	33	22	2	1
arbeitslos	42	36	17	16	19	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	40	13	20	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	22	24	25	23	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	28	26	28	18	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	25	38	20	16	1
Landw./Selbst./Freib.	46	35	23	21	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	33	19	23	21	3
evangelisch	248	31	28	19	18	4
katholisch	61	39	19	26	14	2

Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A63

Eigene gesundheitliche Betroffenheit (des persönlichen Umfelds) von Corona

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	nein, gehöre aber Hochrisikogruppe an	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	56	36	9	0
Geschlecht					
männlich	541	57	34	9	0
weiblich	559	54	38	8	0
Alter					
18-24 Jahre	74	68	29	3	0
25-34 Jahre	121	62	38	0	0
35-44 Jahre	159	66	28	7	0
45-59 Jahre	266	62	33	5	0
60 Jahre und älter	480	45	41	14	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	38	47	15	0
10. Klasse	576	60	33	7	0
Abitur	105	71	24	6	0
(Fach-)Hochschule	165	58	35	7	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	63	35	2	0
in Ausbildung	61	67	31	2	0
arbeitslos	42	65	11	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	44	40	15	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	63	36	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	62	33	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	63	36	1	0
Landw./Selbst./Freib.	46	53	45	2	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	53	38	9	0
evangelisch	248	61	33	7	0
katholisch	61	66	18	16	0

Waren Sie selbst von Corona gesundheitlich betroffen oder haben Sie Verwandte, Freunde oder enge Bekannte, die betroffen waren?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Regierung verbreitet Angst, um Grundrechte einzuschränken

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	45	20	16	17	2
Geschlecht						
männlich	541	49	17	15	17	1
weiblich	559	42	22	16	16	3
Alter						
18-24 Jahre	74	43	27	15	14	0
25-34 Jahre	121	30	21	28	21	0
35-44 Jahre	159	43	19	14	24	0
45-59 Jahre	266	41	21	15	21	2
60 Jahre und älter	480	53	18	14	12	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	36	16	21	22	5
10. Klasse	576	44	21	15	19	1
Abitur	105	50	28	10	11	1
(Fach-)Hochschule	165	62	17	13	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	41	22	17	19	1
in Ausbildung	61	50	27	14	9	0
arbeitslos	42	47	25	13	10	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	52	16	12	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	42	21	13	23	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	39	18	22	18	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	46	28	12	14	1
Landw./Selbst./Freib.	46	22	33	21	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	41	20	17	20	2
evangelisch	248	60	19	12	7	2
katholisch	61	48	24	11	13	4

Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A65

Maßnahmen sind übertrieben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	24	21	15	1
Geschlecht						
männlich	541	38	24	20	17	1
weiblich	559	39	24	22	13	2
Alter						
18-24 Jahre	74	29	38	23	10	0
25-34 Jahre	121	22	27	26	25	0
35-44 Jahre	159	24	33	21	22	1
45-59 Jahre	266	35	22	23	19	0
60 Jahre und älter	480	51	19	19	9	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	43	16	17	21	4
10. Klasse	576	35	24	25	16	1
Abitur	105	34	42	14	10	1
(Fach-)Hochschule	165	47	26	18	7	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	31	26	25	18	1
in Ausbildung	61	37	36	20	7	0
arbeitslos	42	23	37	27	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	51	19	16	11	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	28	23	24	23	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	31	26	28	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	36	29	20	14	0
Landw./Selbst./Freib.	46	16	27	21	36	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	37	22	22	18	1
evangelisch	248	41	29	19	8	2
katholisch	61	51	23	19	5	2

Ich finde die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden, stark übertrieben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Die Politik begründet die Maßnahmen ausreichend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	26	35	20	2
Geschlecht						
männlich	541	18	26	33	23	0
weiblich	559	16	26	36	18	3
Alter						
18-24 Jahre	74	18	43	32	6	0
25-34 Jahre	121	19	39	27	12	2
35-44 Jahre	159	20	32	34	14	1
45-59 Jahre	266	26	17	41	15	1
60 Jahre und älter	480	10	23	33	30	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	16	24	28	28	4
10. Klasse	576	20	26	35	18	1
Abitur	105	13	31	39	15	2
(Fach-)Hochschule	165	13	25	39	22	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	21	26	37	15	1
in Ausbildung	61	11	42	35	7	4
arbeitslos	42	9	40	44	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	14	23	29	32	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	27	21	33	16	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	26	39	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	11	35	46	8	0
Landw./Selbst./Freib.	46	28	25	31	13	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	19	28	35	18	1
evangelisch	248	15	23	31	27	4
katholisch	61	6	20	47	27	0

Die Politik unternimmt genug, um die Corona-Maßnahmen zu erklären und zu begründen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Aufpassen, durch Covid nicht in Diktatur zu gleiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	18	18	21	5
Geschlecht						
männlich	541	38	19	19	21	2
weiblich	559	38	17	17	20	8
Alter						
18-24 Jahre	74	45	23	17	15	0
25-34 Jahre	121	24	31	19	22	5
35-44 Jahre	159	40	23	23	12	2
45-59 Jahre	266	41	16	19	20	5
60 Jahre und älter	480	39	14	16	25	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	29	9	11	40	10
10. Klasse	576	36	19	23	18	4
Abitur	105	50	25	14	10	0
(Fach-)Hochschule	165	53	22	15	8	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	39	20	19	18	4
in Ausbildung	61	45	26	20	9	0
arbeitslos	42	40	24	34	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	37	12	16	28	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	33	15	22	28	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	41	20	18	15	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	42	25	17	13	2
Landw./Selbst./Freib.	46	38	34	11	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	36	18	18	24	4
evangelisch	248	43	20	17	12	8
katholisch	61	43	13	18	22	4

Wir müssen aufpassen, dass wir in der Corona-Pandemie nicht in eine Diktatur abgleiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Vergleich von Corona mit 3. Reich verhöhnt NS-Opfer

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	7	10	54	9
Geschlecht						
männlich	541	18	5	8	60	9
weiblich	559	23	8	12	48	8
Alter						
18-24 Jahre	74	12	14	12	56	6
25-34 Jahre	121	19	5	24	42	9
35-44 Jahre	159	18	7	8	56	10
45-59 Jahre	266	29	9	7	51	4
60 Jahre und älter	480	18	5	9	58	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	18	9	12	46	15
10. Klasse	576	24	7	10	50	8
Abitur	105	15	5	10	67	2
(Fach-)Hochschule	165	12	4	8	73	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	24	5	12	53	7
in Ausbildung	61	6	11	15	63	5
arbeitslos	42	6	19	4	50	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	17	7	9	57	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	33	5	6	52	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	7	17	48	9
höh.-leit. Ang./Beamte	81	18	5	8	61	8
Landw./Selbst./Freib.	46	43	2	4	50	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	19	8	11	54	9
evangelisch	248	26	4	10	52	9
katholisch	61	18	2	8	65	7

Wer die Corona-Einschränkungen mit der Nazi-Zeit vergleicht, verhöhnt die wirklichen Opfer der NS-Diktatur.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A69

Parteieneigung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	keine	CDU	SPD	Die Linke	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	NPD, Die Rechte, der III. Weg, DVU, Republikaner	Piraten	AfD	andere	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1100	41	15	7	13	2	4	0	0	4	2	12
Geschlecht												
männlich	541	42	16	6	14	2	3	0	0	4	2	10
weiblich	559	41	15	9	12	1	5	0	0	4	2	13
Alter												
18-24 Jahre	74	61	4	1	12	4	6	0	0	2	2	8
25-34 Jahre	121	48	12	2	16	2	4	0	0	5	1	10
35-44 Jahre	159	45	18	7	6	3	2	0	0	2	6	11
45-59 Jahre	266	41	14	4	11	2	6	0	0	9	1	12
60 Jahre und älter	480	35	17	12	15	1	3	0	0	2	1	13
Schulabschluss												
unter 10. Klasse	254	31	13	11	12	1	1	0	0	7	4	19
10. Klasse	576	47	16	6	12	1	3	0	0	4	1	10
Abitur	105	40	14	4	17	7	7	0	0	1	2	9
(Fach-)Hochschule	165	38	17	9	13	2	9	0	0	2	0	9
Erwerbstätigkeit												
erwerbstätig	536	46	15	5	10	2	5	0	0	4	2	12
in Ausbildung	61	51	4	2	21	5	6	0	0	1	1	9
arbeitslos	42	69	1	4	6	0	3	0	0	8	8	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	31	18	12	17	1	3	0	0	4	1	13
Berufsgruppe												
Arbeiter	162	50	15	3	8	2	2	0	0	6	1	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	44	16	6	11	1	4	0	0	2	3	13
höh.-leit. Ang./Beamte	81	49	13	6	8	4	9	0	0	4	0	7
Landw./Selbst./Freib.	46	41	24	3	14	6	3	0	0	7	1	1
Religionsgemeinschaft												
keine, andere	791	42	13	7	13	2	3	0	0	5	1	13
evangelisch	248	39	19	9	12	2	6	0	0	1	4	8
katholisch	61	38	25	3	13	2	9	0	0	1	0	8

Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen. Neigen Sie einer Partei zu?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A70

Stärke der Parteineigung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr schwach	Schwach	mittelmäßig	Stark	Sehr stark	Trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	0	2	20	20	4	53	0
Geschlecht								
männlich	541	1	1	19	23	4	52	0
weiblich	559	0	2	22	18	4	54	0
Alter								
18-24 Jahre	74	0	0	6	21	3	70	0
25-34 Jahre	121	0	1	11	24	6	58	0
35-44 Jahre	159	0	2	18	22	2	56	0
45-59 Jahre	266	1	3	18	22	2	53	0
60 Jahre und älter	480	1	1	27	18	5	48	1
Schulabschluss								
unter 10. Klasse	254	1	2	30	8	8	50	1
10. Klasse	576	0	1	18	21	3	56	0
Abitur	105	0	2	10	36	3	49	0
(Fach-)Hochschule	165	0	2	21	25	4	47	0
Erwerbstätigkeit								
erwerbstätig	536	0	2	18	20	3	57	0
in Ausbildung	61	0	0	6	32	2	60	0
arbeitslos	42	0	0	8	21	0	71	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	1	2	28	17	7	44	1
Berufsgruppe								
Arbeiter	162	0	1	10	20	5	64	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	0	2	18	21	2	58	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	2	19	21	1	56	0
Landw./Selbst./Freib.	46	4	1	25	28	0	43	0
Religionsgemeinschaft								
keine, andere	791	1	2	19	19	4	55	0
evangelisch	248	0	2	24	22	3	47	2
katholisch	61	0	0	22	28	3	47	0

Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A71

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	37	44	18	1
Geschlecht					
männlich	541	30	47	22	0
weiblich	559	44	41	13	1
Alter					
18-24 Jahre	74	35	42	23	0
25-34 Jahre	121	30	48	21	0
35-44 Jahre	159	39	35	25	1
45-59 Jahre	266	28	50	20	1
60 Jahre und älter	480	44	43	13	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	48	42	10	1
10. Klasse	576	39	43	17	1
Abitur	105	30	44	27	0
(Fach-)Hochschule	165	21	51	28	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	33	44	22	1
in Ausbildung	61	23	49	28	0
arbeitslos	42	26	46	27	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	47	43	10	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	37	48	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	33	43	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	26	48	27	0
Landw./Selbst./Freib.	46	26	42	32	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	39	42	18	1
evangelisch	248	34	50	16	0
katholisch	61	32	48	20	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Sich an einen Politiker wenden?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A72

Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	48	38	0
Geschlecht					
männlich	541	11	50	39	0
weiblich	559	15	47	37	1
Alter					
18-24 Jahre	74	2	46	53	0
25-34 Jahre	121	6	38	55	0
35-44 Jahre	159	10	41	49	1
45-59 Jahre	266	6	53	40	1
60 Jahre und älter	480	22	51	27	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	19	53	28	0
10. Klasse	576	14	51	34	1
Abitur	105	6	40	55	0
(Fach-)Hochschule	165	7	37	56	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	7	49	43	1
in Ausbildung	61	2	39	60	0
arbeitslos	42	10	48	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	23	50	27	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	9	66	25	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	7	41	51	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	4	41	55	0
Landw./Selbst./Freib.	46	5	43	49	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	13	50	37	1
evangelisch	248	15	44	42	0
katholisch	61	13	50	37	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A73

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	76	15	8	1
Geschlecht					
männlich	541	73	15	12	1
weiblich	559	80	15	4	1
Alter					
18-24 Jahre	74	64	30	6	0
25-34 Jahre	121	74	23	3	0
35-44 Jahre	159	83	12	5	0
45-59 Jahre	266	71	20	8	2
60 Jahre und älter	480	80	8	11	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	83	12	5	1
10. Klasse	576	79	12	8	1
Abitur	105	64	30	6	0
(Fach-)Hochschule	165	66	20	13	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	74	19	7	1
in Ausbildung	61	57	30	12	1
arbeitslos	42	83	17	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	82	7	10	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	73	19	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	77	17	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	70	21	9	0
Landw./Selbst./Freib.	46	74	15	10	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	77	14	8	1
evangelisch	248	76	15	9	0
katholisch	61	71	26	3	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - In einer politischen Partei mitarbeiten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A74

Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	39	50	10	1
Geschlecht					
männlich	541	37	51	11	1
weiblich	559	41	49	9	1
Alter					
18-24 Jahre	74	24	70	5	1
25-34 Jahre	121	37	57	6	0
35-44 Jahre	159	41	49	9	0
45-59 Jahre	266	31	58	11	1
60 Jahre und älter	480	46	42	11	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	53	43	4	1
10. Klasse	576	40	48	10	1
Abitur	105	21	66	13	0
(Fach-)Hochschule	165	28	57	15	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	33	58	9	1
in Ausbildung	61	25	63	10	1
arbeitslos	42	46	42	7	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	51	38	11	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	36	58	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	31	60	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	28	57	15	0
Landw./Selbst./Freib.	46	26	63	11	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	40	51	9	1
evangelisch	248	37	49	12	2
katholisch	61	38	50	12	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A75

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	41	39	19	1
Geschlecht					
männlich	541	32	43	25	0
weiblich	559	49	36	14	1
Alter					
18-24 Jahre	74	18	48	34	0
25-34 Jahre	121	35	39	26	0
35-44 Jahre	159	41	34	24	1
45-59 Jahre	266	29	50	20	1
60 Jahre und älter	480	52	34	14	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	58	33	9	0
10. Klasse	576	42	41	17	1
Abitur	105	19	48	34	0
(Fach-)Hochschule	165	26	39	35	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	33	45	22	1
in Ausbildung	61	17	42	42	0
arbeitslos	42	8	74	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	58	28	14	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	26	61	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	40	34	25	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	28	42	30	0
Landw./Selbst./Freib.	46	30	49	17	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	41	39	19	1
evangelisch	248	42	37	21	0
katholisch	61	26	54	20	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A76

Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	85	11	2	1
Geschlecht					
männlich	541	80	15	3	2
weiblich	559	90	8	1	1
Alter					
18-24 Jahre	74	84	9	5	2
25-34 Jahre	121	75	21	2	1
35-44 Jahre	159	82	16	2	0
45-59 Jahre	266	79	16	1	4
60 Jahre und älter	480	93	5	2	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	89	11	0	0
10. Klasse	576	85	11	2	2
Abitur	105	83	14	3	0
(Fach-)Hochschule	165	83	11	3	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	83	13	2	2
in Ausbildung	61	75	16	6	3
arbeitslos	42	53	47	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	93	5	1	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	83	15	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	82	14	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	86	10	3	2
Landw./Selbst./Freib.	46	82	10	4	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	84	13	2	1
evangelisch	248	88	8	2	2
katholisch	61	91	2	5	3

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A77

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	94	3	1	1
Geschlecht					
männlich	541	91	5	2	2
weiblich	559	98	2	0	1
Alter					
18-24 Jahre	74	86	9	0	5
25-34 Jahre	121	94	6	0	0
35-44 Jahre	159	88	5	6	1
45-59 Jahre	266	95	2	0	3
60 Jahre und älter	480	98	1	0	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	97	1	3	0
10. Klasse	576	93	4	1	2
Abitur	105	97	3	0	0
(Fach-)Hochschule	165	94	4	0	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	94	3	1	2
in Ausbildung	61	83	11	0	6
arbeitslos	42	89	11	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	98	2	0	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	95	3	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	92	4	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	94	1	4	1
Landw./Selbst./Freib.	46	100	0	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	93	4	1	1
evangelisch	248	98	1	0	1
katholisch	61	99	1	0	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A78

Politische Partizipation: Teilnahme an Protestaktion gegen Corona-Maßnahmen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	91	7	2	1
Geschlecht					
männlich	541	89	10	1	1
weiblich	559	92	5	2	1
Alter					
18-24 Jahre	74	89	10	1	0
25-34 Jahre	121	79	20	1	0
35-44 Jahre	159	92	7	2	0
45-59 Jahre	266	84	9	4	2
60 Jahre und älter	480	97	3	0	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	88	9	2	0
10. Klasse	576	91	7	2	1
Abitur	105	92	6	2	0
(Fach-)Hochschule	165	93	6	0	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	88	11	1	1
in Ausbildung	61	90	8	2	0
arbeitslos	42	96	4	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	93	4	2	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	84	15	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	88	9	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	93	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	46	89	7	4	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	89	8	2	1
evangelisch	248	93	6	1	0
katholisch	61	94	2	1	3

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan – An einer Protestaktion gegen die Corona-Maßnahmen teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A79

Politische Partizipation: politische Äußerungen in sozialen Medien

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Würde ich nicht tun	würde ich tun	Habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	81	8	9	1
Geschlecht					
männlich	541	80	9	10	1
weiblich	559	82	8	8	2
Alter					
18-24 Jahre	74	58	24	18	0
25-34 Jahre	121	65	16	19	0
35-44 Jahre	159	78	11	11	0
45-59 Jahre	266	81	5	13	1
60 Jahre und älter	480	91	5	2	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	254	89	6	4	1
10. Klasse	576	82	9	7	2
Abitur	105	68	17	16	0
(Fach-)Hochschule	165	75	7	18	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	536	80	8	11	1
in Ausbildung	61	44	32	24	0
arbeitslos	42	85	8	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	88	6	4	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	162	85	9	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	80	7	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	75	5	17	2
Landw./Selbst./Freib.	46	74	11	13	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	791	81	9	9	1
evangelisch	248	84	7	7	2
katholisch	61	77	5	17	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan – Auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken meine Meinung zu politischen Themen äußern?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	38	20	14	4	24
Geschlecht						
männlich	541	40	22	14	5	19
weiblich	559	37	18	13	4	29
Alter						
18-24 Jahre	74	53	25	7	0	14
25-34 Jahre	121	37	21	14	6	22
35-44 Jahre	159	45	27	12	1	15
45-59 Jahre	266	35	21	14	2	28
60 Jahre und älter	480	35	16	15	7	26
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	34	15	13	8	29
10. Klasse	576	35	22	14	3	26
Abitur	105	51	22	11	1	14
(Fach-)Hochschule	165	46	19	14	4	17
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	40	23	13	3	21
in Ausbildung	61	56	25	5	1	14
arbeitslos	42	37	16	24	0	23
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	34	16	15	7	29
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	40	18	17	4	22
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	34	28	10	3	24
höh.-leit. Ang./Beamte	81	48	20	16	1	16
Landw./Selbst./Freib.	46	50	17	9	6	17
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	38	20	13	5	24
evangelisch	248	39	20	13	3	26
katholisch	61	36	15	26	0	23

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A81

Sorge durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	42	22	18	15	3
Geschlecht						
männlich	541	42	25	15	15	3
weiblich	559	42	20	20	15	4
Alter						
18-24 Jahre	74	44	30	23	2	1
25-34 Jahre	121	37	20	20	20	3
35-44 Jahre	159	43	23	23	10	2
45-59 Jahre	266	45	19	14	17	4
60 Jahre und älter	480	41	23	16	16	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	33	16	16	27	8
10. Klasse	576	39	23	21	15	2
Abitur	105	51	26	14	5	3
(Fach-)Hochschule	165	60	25	11	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	46	21	18	13	2
in Ausbildung	61	50	30	12	3	5
arbeitslos	42	22	35	19	23	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	39	20	17	19	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	39	20	18	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	41	23	22	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	63	20	13	4	0
Landw./Selbst./Freib.	46	49	31	10	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	43	19	19	16	3
evangelisch	248	39	30	14	11	5
katholisch	61	30	29	17	18	6

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	22	17	28	30	3
Geschlecht						
männlich	541	24	18	27	28	3
weiblich	559	21	16	30	31	3
Alter						
18-24 Jahre	74	16	17	38	25	4
25-34 Jahre	121	13	31	41	14	1
35-44 Jahre	159	25	11	34	24	7
45-59 Jahre	266	22	15	29	32	3
60 Jahre und älter	480	25	16	21	35	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	12	11	25	49	3
10. Klasse	576	22	18	30	29	3
Abitur	105	26	20	32	19	4
(Fach-)Hochschule	165	39	20	26	12	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	20	19	32	27	2
in Ausbildung	61	23	18	35	21	3
arbeitslos	42	17	9	32	26	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	26	14	22	36	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	13	14	36	35	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	23	33	22	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	31	18	25	25	1
Landw./Selbst./Freib.	46	30	25	24	16	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	22	17	28	31	2
evangelisch	248	23	18	29	25	4
katholisch	61	19	13	26	35	6

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A83

Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	28	26	29	16	1
Geschlecht						
männlich	541	26	26	29	16	2
weiblich	559	30	26	28	15	0
Alter						
18-24 Jahre	74	36	35	24	4	1
25-34 Jahre	121	32	23	28	11	7
35-44 Jahre	159	36	31	25	8	0
45-59 Jahre	266	31	27	33	9	0
60 Jahre und älter	480	21	24	28	25	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	17	27	19	34	3
10. Klasse	576	27	23	36	13	1
Abitur	105	45	31	22	2	0
(Fach-)Hochschule	165	36	34	21	6	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	31	27	31	9	2
in Ausbildung	61	41	34	23	2	1
arbeitslos	42	41	23	34	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	22	23	27	27	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	29	26	37	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	28	30	28	10	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	37	31	28	2	2
Landw./Selbst./Freib.	46	35	27	21	16	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	28	27	28	15	2
evangelisch	248	29	22	30	18	1
katholisch	61	28	31	29	11	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A84

Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	18	32	18	18
Geschlecht						
männlich	541	14	12	36	24	14
weiblich	559	14	23	28	12	22
Alter						
18-24 Jahre	74	5	17	43	31	5
25-34 Jahre	121	11	18	45	11	15
35-44 Jahre	159	6	21	33	24	16
45-59 Jahre	266	15	18	33	18	15
60 Jahre und älter	480	18	16	26	16	24
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	26	10	19	20	26
10. Klasse	576	12	23	33	15	17
Abitur	105	7	14	40	24	13
(Fach-)Hochschule	165	8	14	39	22	16
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	12	18	34	20	17
in Ausbildung	61	1	13	46	36	5
arbeitslos	42	6	27	34	28	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	20	17	27	13	23
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	15	15	31	22	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	8	21	32	20	19
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	22	48	14	11
Landw./Selbst./Freib.	46	22	7	35	21	15
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	17	16	31	18	17
evangelisch	248	7	20	32	20	21
katholisch	61	3	28	38	12	20

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	68	14	8	2	8
Geschlecht						
männlich	541	68	17	6	1	8
weiblich	559	67	12	10	2	8
Alter						
18-24 Jahre	74	74	17	8	0	1
25-34 Jahre	121	64	18	11	0	6
35-44 Jahre	159	58	15	15	0	11
45-59 Jahre	266	70	15	7	3	5
60 Jahre und älter	480	70	12	6	2	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	67	11	9	3	9
10. Klasse	576	62	17	9	1	10
Abitur	105	78	10	7	2	4
(Fach-)Hochschule	165	82	12	3	0	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	68	15	10	1	6
in Ausbildung	61	78	15	5	0	2
arbeitslos	42	47	22	13	0	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	69	12	6	3	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	63	17	10	1	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	65	17	11	1	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	80	8	9	0	2
Landw./Selbst./Freib.	46	75	15	4	1	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	66	16	8	2	8
evangelisch	248	72	11	6	2	8
katholisch	61	69	8	15	0	8

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A86

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	49	25	11	5	11
Geschlecht						
männlich	541	52	25	9	6	7
weiblich	559	45	25	12	4	14
Alter						
18-24 Jahre	74	54	32	11	2	0
25-34 Jahre	121	57	27	8	0	8
35-44 Jahre	159	53	23	10	3	10
45-59 Jahre	266	55	25	12	4	4
60 Jahre und älter	480	40	24	11	8	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	36	20	15	9	19
10. Klasse	576	47	26	12	5	10
Abitur	105	60	30	4	2	4
(Fach-)Hochschule	165	67	24	3	2	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	56	23	12	2	7
in Ausbildung	61	58	37	5	0	1
arbeitslos	42	36	43	11	0	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	39	24	11	9	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	51	21	15	2	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	56	24	12	2	6
höh.-leit. Ang./Beamte	81	58	28	5	6	4
Landw./Selbst./Freib.	46	58	24	9	5	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	49	23	12	5	10
evangelisch	248	47	27	7	5	13
katholisch	61	43	37	12	1	6

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A87

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	57	23	12	5	3
Geschlecht						
männlich	541	58	25	11	3	2
weiblich	559	56	21	13	7	3
Alter						
18-24 Jahre	74	62	25	11	1	0
25-34 Jahre	121	56	27	12	4	1
35-44 Jahre	159	61	31	4	3	1
45-59 Jahre	266	58	23	14	5	1
60 Jahre und älter	480	54	19	14	7	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	50	21	15	11	4
10. Klasse	576	56	23	13	4	3
Abitur	105	67	28	4	1	0
(Fach-)Hochschule	165	65	25	7	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	61	23	11	4	1
in Ausbildung	61	64	28	6	2	0
arbeitslos	42	46	28	14	9	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	54	19	14	7	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	63	21	12	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	58	27	11	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	64	29	6	1	0
Landw./Selbst./Freib.	46	44	32	19	1	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	53	24	14	6	2
evangelisch	248	67	18	6	3	5
katholisch	61	64	26	10	0	0

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A88

Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	25	21	12	24
Geschlecht						
männlich	541	18	26	19	14	23
weiblich	559	20	23	22	10	25
Alter						
18-24 Jahre	74	36	45	13	4	3
25-34 Jahre	121	25	35	9	18	13
35-44 Jahre	159	25	21	22	5	28
45-59 Jahre	266	18	20	25	13	23
60 Jahre und älter	480	13	23	22	13	29
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	10	18	18	20	35
10. Klasse	576	15	25	25	12	22
Abitur	105	42	31	11	4	11
(Fach-)Hochschule	165	32	31	15	4	18
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	22	26	20	11	21
in Ausbildung	61	44	46	6	1	3
arbeitslos	42	15	16	17	18	34
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	12	23	22	14	29
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	19	26	22	12	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	22	25	18	10	24
höh.-leit. Ang./Beamte	81	24	29	25	3	19
Landw./Selbst./Freib.	46	19	18	31	22	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	19	23	21	14	22
evangelisch	248	20	28	19	5	29
katholisch	61	18	35	18	7	23

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A89

Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	25	33	20	5
Geschlecht						
männlich	541	17	28	29	21	5
weiblich	559	16	23	37	18	5
Alter						
18-24 Jahre	74	14	37	41	8	0
25-34 Jahre	121	15	27	33	23	3
35-44 Jahre	159	20	28	26	20	6
45-59 Jahre	266	16	25	32	22	5
60 Jahre und älter	480	16	22	35	20	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	12	18	30	31	9
10. Klasse	576	16	24	35	20	5
Abitur	105	19	42	26	10	2
(Fach-)Hochschule	165	23	31	35	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	17	26	33	20	4
in Ausbildung	61	18	40	31	7	4
arbeitslos	42	9	45	18	17	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	15	20	36	22	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	20	21	29	25	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	17	28	33	18	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	11	36	41	11	0
Landw./Selbst./Freib.	46	24	15	36	23	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	16	25	34	21	4
evangelisch	248	20	25	31	15	9
katholisch	61	16	32	27	23	2

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A90

Mächtige in Gesellschaft handeln gegen Interessen der einfachen Bevölkerung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	27	30	20	5
Geschlecht						
männlich	541	16	29	28	23	4
weiblich	559	22	24	31	18	6
Alter						
18-24 Jahre	74	13	33	40	13	0
25-34 Jahre	121	9	33	40	17	1
35-44 Jahre	159	23	32	24	17	4
45-59 Jahre	266	17	24	31	26	3
60 Jahre und älter	480	22	24	26	20	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	15	17	28	31	10
10. Klasse	576	18	27	31	20	4
Abitur	105	18	38	29	12	3
(Fach-)Hochschule	165	28	31	29	8	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	20	26	33	18	3
in Ausbildung	61	14	42	34	11	0
arbeitslos	42	7	37	27	21	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	19	23	26	24	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	20	18	37	24	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	21	29	32	14	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	18	41	22	17	2
Landw./Selbst./Freib.	46	19	28	34	18	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	18	26	29	22	6
evangelisch	248	23	29	28	16	4
katholisch	61	14	28	40	18	0

Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A91

Zeit für Widerstand gegen aktuelle Politik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	32	27	23	12	6
Geschlecht						
männlich	541	34	26	24	13	3
weiblich	559	31	27	21	11	10
Alter						
18-24 Jahre	74	21	43	30	5	2
25-34 Jahre	121	21	28	23	24	4
35-44 Jahre	159	36	26	20	17	0
45-59 Jahre	266	26	28	27	14	5
60 Jahre und älter	480	39	23	20	7	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	34	17	20	16	13
10. Klasse	576	30	29	23	13	5
Abitur	105	32	36	22	5	6
(Fach-)Hochschule	165	41	27	25	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	30	28	24	16	3
in Ausbildung	61	18	46	28	4	5
arbeitslos	42	27	27	35	8	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	39	23	17	9	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	31	25	27	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	30	31	20	16	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	34	26	27	12	1
Landw./Selbst./Freib.	46	14	22	47	16	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	31	26	23	14	6
evangelisch	248	36	27	21	7	9
katholisch	61	35	31	22	9	3

Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Treffen wichtiger Entscheidungen durch Experten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	19	31	24	9
Geschlecht						
männlich	541	22	18	27	23	9
weiblich	559	11	21	35	24	9
Alter						
18-24 Jahre	74	10	24	47	16	2
25-34 Jahre	121	10	23	39	17	11
35-44 Jahre	159	27	22	31	13	8
45-59 Jahre	266	18	20	30	25	7
60 Jahre und älter	480	15	16	28	29	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	17	13	22	30	17
10. Klasse	576	16	19	33	25	7
Abitur	105	15	26	38	14	6
(Fach-)Hochschule	165	20	25	37	14	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	20	23	34	19	5
in Ausbildung	61	6	33	39	15	7
arbeitslos	42	25	3	22	28	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	15	15	29	29	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	23	20	35	18	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	19	24	30	19	7
höh.-leit. Ang./Beamte	81	15	23	40	20	2
Landw./Selbst./Freib.	46	9	22	33	32	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	17	17	34	24	9
evangelisch	248	18	26	26	19	11
katholisch	61	13	19	27	35	6

Wichtige Entscheidungen sollten in einer Demokratie besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A93

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	18	33	31	6
Geschlecht						
männlich	541	13	22	33	27	5
weiblich	559	12	15	33	34	6
Alter						
18-24 Jahre	74	21	38	31	11	0
25-34 Jahre	121	12	36	17	25	10
35-44 Jahre	159	21	23	31	17	7
45-59 Jahre	266	11	15	40	30	4
60 Jahre und älter	480	9	11	33	40	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	8	12	25	45	10
10. Klasse	576	12	15	37	32	4
Abitur	105	20	34	29	13	3
(Fach-)Hochschule	165	15	30	33	16	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	13	21	34	27	5
in Ausbildung	61	20	49	23	8	0
arbeitslos	42	26	11	19	34	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	9	11	34	39	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	13	21	31	32	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	13	19	37	24	8
höh.-leit. Ang./Beamte	81	10	30	33	23	3
Landw./Selbst./Freib.	46	9	26	31	29	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	13	18	33	31	5
evangelisch	248	11	19	33	30	7
katholisch	61	11	19	30	30	10

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A94

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	27	28	28	13	4
Geschlecht						
männlich	541	32	30	23	11	4
weiblich	559	22	27	32	15	4
Alter						
18-24 Jahre	74	24	33	34	9	1
25-34 Jahre	121	16	29	34	18	2
35-44 Jahre	159	35	28	26	9	1
45-59 Jahre	266	34	28	23	13	2
60 Jahre und älter	480	24	27	28	14	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	21	17	27	26	8
10. Klasse	576	30	27	29	12	3
Abitur	105	27	45	24	2	2
(Fach-)Hochschule	165	26	38	27	5	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	31	31	25	11	2
in Ausbildung	61	29	36	28	6	1
arbeitslos	42	34	19	24	20	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	21	26	30	16	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	31	32	21	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	28	30	30	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	38	29	22	8	3
Landw./Selbst./Freib.	46	35	26	25	13	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	25	29	29	13	4
evangelisch	248	32	27	26	12	3
Katholisch	76	33	25	23	15	4

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A95

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	33	25	8	10
Geschlecht						
männlich	541	28	36	20	6	11
weiblich	559	20	29	30	11	10
Alter						
18-24 Jahre	74	30	36	19	1	13
25-34 Jahre	121	11	28	26	3	32
35-44 Jahre	159	37	33	11	9	11
45-59 Jahre	266	27	31	27	10	6
60 Jahre und älter	480	20	34	29	10	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	20	25	27	15	13
10. Klasse	576	22	33	28	9	8
Abitur	105	35	37	14	3	12
(Fach-)Hochschule	165	29	39	16	2	14
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	27	31	21	6	14
in Ausbildung	61	27	45	16	0	12
arbeitslos	42	13	38	26	19	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	18	33	30	12	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	23	29	23	10	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	27	33	20	6	14
höh.-leit. Ang./Beamte	81	33	34	24	0	8
Landw./Selbst./Freib.	46	40	18	21	5	16
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	23	31	27	9	11
evangelisch	248	25	36	22	6	11
katholisch	61	29	38	18	11	5

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	69	15	3	1	12
Geschlecht						
männlich	541	73	16	2	0	9
weiblich	559	66	15	4	1	14
Alter						
18-24 Jahre	74	84	12	0	0	4
25-34 Jahre	121	72	19	1	0	8
35-44 Jahre	159	76	12	1	0	10
45-59 Jahre	266	71	20	1	0	8
60 Jahre und älter	480	63	13	5	2	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	63	13	4	1	19
10. Klasse	576	66	18	3	1	12
Abitur	105	82	15	2	0	1
(Fach-)Hochschule	165	82	11	1	0	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	73	18	2	0	7
in Ausbildung	61	90	9	0	0	1
arbeitslos	42	67	13	4	0	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	61	14	4	2	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	72	20	2	0	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	71	19	2	0	8
höh.-leit. Ang./Beamte	81	77	11	1	0	11
Landw./Selbst./Freib.	46	78	18	1	0	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	68	15	2	1	13
evangelisch	248	72	18	2	1	7
Katholisch	61	74	9	5	0	12

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A97

Treffen wichtiger Entscheidungen durch das Volk

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	14	20	30	32	5
Geschlecht						
männlich	541	15	21	25	35	4
weiblich	559	12	19	35	29	5
Alter						
18-24 Jahre	74	14	15	51	20	0
25-34 Jahre	121	10	33	29	18	10
35-44 Jahre	159	16	23	33	27	1
45-59 Jahre	266	12	19	29	37	3
60 Jahre und älter	480	14	17	27	35	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	11	10	28	40	11
10. Klasse	576	12	22	29	35	2
Abitur	105	21	17	39	16	7
(Fach-)Hochschule	165	18	32	30	17	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	14	24	33	25	4
in Ausbildung	61	16	19	41	17	7
arbeitslos	42	7	11	24	54	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	14	16	26	39	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	15	23	30	29	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	12	25	34	24	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	17	34	32	14	3
Landw./Selbst./Freib.	46	13	7	35	42	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	13	20	29	34	4
evangelisch	248	15	19	37	22	7
katholisch	61	18	22	21	38	1

Das Volk, und nicht die Politiker, sollten die wichtigsten Entscheidungen treffen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politiker sind auf Schutz eigener Privilegien fokussiert

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	15	31	44	3
Geschlecht						
männlich	541	5	14	33	45	2
weiblich	559	8	15	29	43	5
Alter						
18-24 Jahre	74	5	33	41	18	2
25-34 Jahre	121	6	17	47	26	3
35-44 Jahre	159	13	16	37	29	4
45-59 Jahre	266	6	16	30	44	4
60 Jahre und älter	480	5	10	24	57	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	2	9	22	64	3
10. Klasse	576	8	11	32	44	5
Abitur	105	10	26	37	25	2
(Fach-)Hochschule	165	7	27	38	26	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	9	16	35	37	3
in Ausbildung	61	4	38	45	11	3
arbeitslos	42	6	17	31	37	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	5	11	23	59	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	11	14	33	38	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	8	14	38	36	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	25	39	30	1
Landw./Selbst./Freib.	46	9	9	34	46	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	6	13	31	46	3
evangelisch	248	7	18	31	39	4
katholisch	61	8	17	29	45	2

Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre eigenen Privilegien zu schützen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A99

Politische Kompromisse sind Prinzipienverrat

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	31	23	22	11	13
Geschlecht						
männlich	541	31	25	18	14	11
weiblich	559	31	21	26	9	14
Alter						
18-24 Jahre	74	23	37	34	2	4
25-34 Jahre	121	24	25	30	15	6
35-44 Jahre	159	35	28	20	6	10
45-59 Jahre	266	31	24	22	14	9
60 Jahre und älter	480	33	18	20	12	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	24	14	24	20	19
10. Klasse	576	29	24	23	11	13
Abitur	105	37	32	22	2	6
(Fach-)Hochschule	165	47	27	16	4	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	33	25	25	8	8
in Ausbildung	61	27	42	27	1	4
arbeitslos	42	20	31	9	27	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	31	16	18	15	20
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	32	23	29	5	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	29	27	27	9	8
höh.-leit. Ang./Beamte	81	47	25	12	12	4
Landw./Selbst./Freib.	46	21	25	30	20	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	29	22	24	12	12
evangelisch	248	35	24	18	8	15
katholisch	61	38	23	18	12	9

Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A100

Schlussstrich unter NS-Vergangenheit ziehen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	30	17	16	35	2
Geschlecht						
männlich	541	31	18	13	37	2
weiblich	559	30	16	19	34	2
Alter						
18-24 Jahre	74	32	19	22	25	2
25-34 Jahre	121	22	18	15	45	1
35-44 Jahre	159	25	20	18	35	2
45-59 Jahre	266	29	14	19	36	3
60 Jahre und älter	480	35	17	13	34	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	31	15	11	41	1
10. Klasse	576	22	17	18	41	2
Abitur	105	42	20	15	23	0
(Fach-)Hochschule	165	50	16	16	13	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	28	17	16	37	2
in Ausbildung	61	36	27	19	16	3
arbeitslos	42	19	26	4	48	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	34	15	17	33	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	23	13	14	48	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	28	19	18	33	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	38	13	14	33	2
Landw./Selbst./Freib.	46	26	21	23	29	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	29	16	16	37	2
evangelisch	248	34	19	16	29	1
katholisch	61	35	15	14	31	4

Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A101

Judenverfolgung wird im Verhältnis zu deutschem Leiden überthematisiert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	31	19	25	16	9
Geschlecht						
männlich	541	34	20	21	17	7
weiblich	559	28	17	29	16	10
Alter						
18-24 Jahre	74	36	39	21	1	3
25-34 Jahre	121	26	20	35	13	6
35-44 Jahre	159	40	23	19	8	11
45-59 Jahre	266	34	14	28	19	5
60 Jahre und älter	480	27	17	24	20	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	20	14	23	31	12
10. Klasse	576	27	18	30	15	10
Abitur	105	49	28	17	2	4
(Fach-)Hochschule	165	51	23	16	6	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	35	18	28	13	5
in Ausbildung	61	45	37	16	1	1
arbeitslos	42	20	14	24	23	20
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	24	17	23	22	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	29	14	34	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	36	19	28	12	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	48	21	17	7	6
Landw./Selbst./Freib.	46	34	24	27	9	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	29	19	26	17	8
evangelisch	248	35	21	20	12	12
katholisch	61	33	13	31	18	4

Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A102

Eliten wollen durch Einwanderer das deutsche Volk austauschen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	62	17	8	5	9
Geschlecht						
männlich	541	64	17	7	5	6
weiblich	559	60	16	9	5	10
Alter						
18-24 Jahre	74	77	20	0	1	2
25-34 Jahre	121	51	25	15	4	5
35-44 Jahre	159	69	19	4	5	2
45-59 Jahre	266	60	14	9	6	11
60 Jahre und älter	480	61	15	8	5	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	51	16	10	7	16
10. Klasse	576	59	18	9	6	8
Abitur	105	77	16	5	0	2
(Fach-)Hochschule	165	79	12	4	1	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	62	17	10	3	7
in Ausbildung	61	80	17	1	0	2
arbeitslos	42	71	14	2	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	57	16	8	6	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	58	14	11	6	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	61	23	10	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	70	13	4	7	5
Landw./Selbst./Freib.	46	69	11	12	2	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	62	16	9	6	8
evangelisch	248	61	21	6	1	11
katholisch	61	59	11	11	10	8

Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	Stimme überwiegend zu	Stimme völlig zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	32	22	25	19	3
Geschlecht						
männlich	541	33	23	23	19	2
weiblich	559	30	21	27	18	4
Alter						
18-24 Jahre	74	20	39	28	13	0
25-34 Jahre	121	19	20	34	27	0
35-44 Jahre	159	30	18	30	22	0
45-59 Jahre	266	25	20	33	21	1
60 Jahre und älter	480	41	23	16	15	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	254	36	10	22	23	9
10. Klasse	576	28	24	27	21	1
Abitur	105	30	34	24	11	1
(Fach-)Hochschule	165	39	27	23	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	536	26	21	31	22	1
in Ausbildung	61	25	41	24	11	0
arbeitslos	42	24	9	33	32	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	431	39	23	18	14	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	162	23	19	30	27	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	269	27	21	33	19	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	30	25	27	17	0
Landw./Selbst./Freib.	46	34	22	20	22	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	791	30	22	25	21	2
evangelisch	248	33	24	24	13	6
katholisch	61	42	18	22	14	4

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.